Zeitschrift: Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1893)

Rubrik: Zusammentritt des Grossen Rats : April

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tagblatt

des

Großen Nates des Kantons Bern.

Kreisschreiben

an die

Mitglieder des Großen Rates.

Bern, ben 7. April 1893.

herr Großrat,

Der Unterzeichnete hat im Einverständnis mit dem Regierungsrate den Zusammentritt des Großen Rats auf Montag den 24. April 1893 festgesetzt. Sie werden demnach eingeladen, sich am genannten Tage, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathause in Bern einzufinden.

Die zur Behandlung kommenden Gegenstände find folgende:

Gesekesentwürfe

Bur zweiten Beratung.

- Staatsverfaffung des Kantons Bern. Präfident der Kommission: Herr Brunner.
 Gesetz über den Primarunterricht im Kanton Bern.
- 2. Gefet über ben Primarunterricht im Ranton Bern. Präfident der Kommiffion: Herr Ritschard.

Bur erften Beratung.

- 1. Gesetz über Bereinfachungen und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt. Präfident der Kommission: Herr Müller in Bern.
- 2. Wirtschaftsgeset (Bestellung ber Kommission).
- 3. Impfgeset (Beftellung ber Rommiffion).

Dekretsentwüfe

- 1. Neue Feuerordnung. Präfident der Kommission: Herr Karl Schmid.
- 2. Anerkennung der christkatholischen Genossenschaft von Laufen=Zwingen als Kirchgemeinde. Präsident der Kommission: Herr Grieb.

Vorträge.

Des Regierungspräfidiums.

- 1. Erfatwahlen in den Großen Rat.
- 2. Einsprache gegen die Amtsrichterwahl im Amtsbezirk Courtelary.

Der Juftigdirettion.

- 1. Eingabe der Betreibungsgehülfen betreffend fire Befolbung.
- 2. Postulat betreffend Aufstellung eines Zeugentarifs in Civilsachen. — Präsident der Kommission: Herr Sahli.
- 3. Befchwerbe von Lehrer Stauffer gegen die Anklage- kammer. Bittschriftenkommiffion.

Der Polizeidirettion.

- 1. Naturalifationen.
- 2. Strafnachlaßgefuche.

Der Finange und Domanendirettion.

- 1. Räufe und Berkaufe von Domanen.
- 2. Nachfreditbegehren.
- 3. Thunersee-Beatenbergbahn; Steuerbeschwerde. Bittschriftenkommission.

Der Forftdirettion.

- 1. Waldtäufe und =Bertäufe.
- 2. Ablösung einer Armenholzservitut von Oberhunigen.

Der Erziehungsdirektion.

Eingabe der Herren Goffinet und Gogniat, Mitglieder der Korporation der Marienbrüder, betreffend Erteilung von Unterricht. — Präsident der Kommission: Herr Moser in Biel.

Der Baudirettion.

1. Strafen= und Brückenbauten.

2. Expropriationen.

3. Neuligen und Schwendi, Enklaven der Gemeinde Wyfiachengraben, Zuteilung an Eriswhl. — Präfibent der Kommission: Herr v. Werdt.

Motionen

der Herren Boinah und Mithafte betreffend Bestimmungen des französischen Civilgesethuches über das Erbrecht der Chegatten, vom 5. April 1892;
 des Herrn Daucourt betreffend Unterstützung der Faschen

2. des Herrn Daucourt betreffend Unterstützung der Familien, deren Angehörige sich im Militärdienst befinden, vom 28. September 1892;

3. des Herrn Marcuard betreffend Erhebung des 2. Januar, des Oftermontags und des Pfingstmontags zu bürgerlichen Festtagen, vom 21. Februar 1893; 4. des Herrn Lüthi betreffend Einführung von Haus-

4. des Herrn Lüthi betreffend Einführung von Hausindustrien in armen Gemeinden, vom 24. Februar 1893.

Mahlen

1. eines Regierungsstatthalters von Burgdorf; 2. eines Gerichtspräfibenten von Aarwangen.

Für den ersten Tag werden die Vorträge des Regierungspräfidiums und der Direktionen auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Wahlen finden Mittwoch den 26. April ftatt.

Die zweite Beratung über die Verfassungsrevision wird auf die Tagesordnung von Dienstag den 25. April gesett. Diejenigen Mitglieder, welche Abänderungsanträge zu stellen beabsichtigen, werden gebeten, dieselben behufs rechtzeitiger Drucklegung der Staatskanzlei dis Donnerstag den 20. April einzureichen. Selbstwerständlich ist damit niemand das Recht benommen, bei der Beratung selbst Abänderungsanträge zu stellen.

Mit Hochschätzung!

Der Großrats=Brafibent Ritichard.

Erste Sitzung.

Mantug den 24. April 1893,

nachmittags 2 Uhr.

Borfigender: Prafident Ritichard.

Der Namensaufruf verzeigt 179 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 91, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Charmillot, Coullery, Hauser (Gurnigel), Houriet, Itten, Moser (Herzogenbuchsee), Nägeli, Dr. Schenk, Stämpsli (Bern), Sterchi, v. Werdt, Zhro; ohn e Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Beguelin, Belrichard, Beutler, Blatter, Boillat, Borter, Boß, Brand (Tavannes), Bratschi, Buchmüller, Burrus, Chodat, Choquard, Choulat, Clémençon, Comte, Daucourt, Dubach, Eggimann (Hasle), Elsäßer, Etter (Meikirch), Fahrnh, Fleurh, Frutiger, Gerber (Stefsisburg), Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Gouvernon, Grandjean, Gurtner, Hadorn, Hegi, Hennemann, Hilbrunner, Hofer (Oberönz), Hofmann, Horn, Jacot, Jäggi, Jobin, Kaiser, Kloßner, Kohli, Krenger, Kunz, Lauper, Mägli, Marchand, Merat, Meher (Biel), Meher (Laufen), Michel (Interlaten), Morgenthaler (Leimiswhl), Mosimann, Müller (Tramlingen), Reiger, Péteut, Käh, Dr. Keber, Kenser, Kobert, Komh, Sahli, Schindler, Schneeberger (Orpund), Spring, Steiner, Stucki (Riederhünigen), Tanner, Thönen, Tschanen, Tschanen, Tschiemer, Will, Whß, Zehnder, Zingg (Jns).

Tagesordnung:

Portrag über die seit der letten Session stattgefundenen Ersatwahlen in den Großen Rat.

Rach diesem Bortrage wurden an Stelle der versteorbenen Herren Stegmann und Marchand und des abslehnenden Herrn Schmid am 12. März zu Mitgliedern des Großen Rates gewählt:

Im Wahlkreise Steffisburg: Herr Friedrich Aeber= fold, Gemeindepräfident in Heimberg; Im Wahlkreise St. Immer: Herr Paul Charmillot, Fürsprecher in St. Immer; Im Wahlkreise Laupen: Herr Friedrich Jenzer,

Amtsrichter in Laupen.

Da gegen diese Wahlverhandlungen innert der gesetzlichen Frist keine Einsprachen eingelangt sind und auch kein Grund vorliegt, dieselben von Amtes wegen zu beanstanden, so beantragt der Regierungsrat Valisterung der getroffenen Ersaswahlen.

Die Ersatmahlen werden genehmigt.

Die Herren Aeberfold und Jenger leisten hierauf ben versaffungsmäßigen Eid. Herr Charmillot ist abwesend.

Bereinigung des Craktandenverzeichniffes.

Primarichulgefet.

Präsident. Die vorberatenden Behörden schlagen Ihnen vor, dieses Geschäft in der gegenwärtigen Session zu erledigen. Sobald die Verkassungsrevision die zweite Beratung passiert hat, wird das Traktandum auf die Tagesordnung gesett werden.

Gefet betreffend Bereinfachungen im Staats= haushalt und die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts.

Scheurer, Finanzdirektor. Infolge verschiedener Beschlüsse des Großen Rates ist von der Finanzdirektion ein solcher Gesetzentwurf ausgearbeitet und vor einiger Zeit dem Regierungsrat vorgelegt worden. Wie schon der Name anzeigt, hat dieser Gesetzentwurf die verschiedenartigsten Materien beschlagen; er enthielt Bestandteile aus allen möglichen Zweigen der Staatsverwaltung, von denen man glaubte, sie seien geeignet, einerseits die Verwaltung zu vereinsachen und anderseits die Einnahmen zu vermehren und die Ausgaben zu vermindern, um so das angestrebte Ziel zu erreichen.

mindern, um so das angestrebte Ziel zu erreichen.
Der Regierungsrat trat auf die Beratung dieser Borlage ein. Im Verlaufe derselben hat er sich aber überzeugt, daß die Vorlage derart beschaffen ist, daß sie ihm und wahrscheinlich auch dem Großen Kat nicht munden könne, hauptsächlich wegen ihrer Zusammensetzung. Der Regierungsrat fand, der Große Kat würde wahrscheinlich zum nämlichen Schluß kommen wie der Regierungsrat, nämlich es sei so ziemlich alles, was der Entwurf enthält, zur "legislatorischen Behandlung ge-

eignet, die Vorlage folle aber in ihre einzelnen Beftand= teile zerlegt und es folle, soweit möglich, über jeden derfelben eine eigene Borlage ausgearbeitet werden. Um nun dem Großen Rate unnüße Arbeit zu ersparen und da die Finanzdirektion nicht an der Form hing, die fie der Borlage gegeben hatte, so erklärte fich dieselbe bereit, die Borlage in ihre einzelnen Bestandteile zu zerlegen. Infolge deffen hat der Regierungsrat ohne weiters diefen Weg betreten und der Finanzdirektion einen bezüglichen Auftrag erteilt. Aus den Zeitungen werden Sie bereits vernommen haben, woraus diese verschiedenen Borlagen hauptsächlich bestehen sollen. Als bringenoste Arbeit wurde vom Regierungsrat die Revision des Bermögensfteuergesetzes erachtet. Der bezügliche Ent= wurf ift Ihnen bereits zugefandt worden. Ueber die Tragmeite desfelben will ich mich jest nicht aussprechen; es wird das geschehen, wenn die Borlage selbst zur Behandlung tommt. Ich teile nur mit, daß die zur Be-handlung der größern Borlage bestellte Kommifsion das Gefet bereits durchberaten hat und bereit ift, darüber Bericht zu erstatten. Es wurde zwar die Frage auf= geworfen, ob die Kommiffion kompetent sei, auch diese veränderte Vorlage zu beraten. Die bezüglichen Bedenken haben sich aber sofort zerstreut, indem man fand, der Große Rat werde damit einverstanden sein, daß die Kommission vorläusig diesen Teil der Gesamtvorlage durchberate.

Müller (Eb. Bern), Präsident der Kommission. Man könnte vielleicht gerade die formelle Frage erledigen, ob die Kommission berusen gewesen sei, den reduzierten Gesetzesentwurf zußberaten. Die Kommission wurde einegesetz zur Beratung eines Gesetzes über Bereinsachungen im Staatshaushalt und die Wiederherstellung des sinanziellen Gleichgewichts. Von diesem Gesetz lag nun vorläusig nur ein Teil vor, nämlich das Gesetz betressen Wänderung des Gesetzs über die Bermögenssteuer. Wir sagten uns nun, da wir für das Mehrere ernannt seien, so dürsen wir uns auch für das Wenigere, das im Mehreren inbegrissen wäre, als kompentent erachten. Wir haben deshalb den Entwurf durchberaten in dem Sinne, das wir unser Bedenken dem Großen Kat mitteilen und ihm anheimstellen, ob er es für zweckmäßig erachtet, eine andere Kommission zu ernennen. Wir sind also bereit, Bericht zu erstatten'; wenn Sie aber vorziehen, eine andere Kommission zu bezeichnen, so haben wir auch nichts das gegen.

Präsident. Ich glaube, es sei kein Grund vorhanden, eine andere Kommission zu bezeichnen und nehme an, Sie seien damit einverstanden, daß die Kommission betreffend das Vereinsachungsgesetz uns auch über das reduzierte Projekt Bericht erstattet.

Dürrenmatt. Wenn ich mich recht erinnere, so ging der Beschluß des Großen Kates dahin, die Kommission solle eine Vorlage bringen, die es dem Großen Katermögliche, einmal die Abstimmung über das Schulgeset vorzunehmen. Man sagte, man müsse zuerst die Finanzen haben, bevor man eine Mehrausgabe von Fr. 7—800,000 beschließen könne. Nach dem Finanzgeset ist der Große Kat verpslichtet, bei Ausstellung des Budgets für das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zussorgen. Man hat das Budget dem Entscheid des Volkes

entzogen; umsomehr ist es Pflicht bes Großen Rates, bafür zu sorgen, daß das Büdget balanciert. Was die Bereinsachung des Staatshaushalts betrifft, so ist dieselbe seit vielen Jahren eine beschlossene Sache, und schon vor mehreren Jahren wurde eine bezügliche Kommission ernannt. Ich verwundere mich deshald, wie die Regierung nun auf die Idee kommt, der Große Rat wünsche kein Bereinsachungsgesetz, nachdem er doch wiederholt beschlossen hat, es solle ein solches beraten werden. Ich muß gestehen, daß mich dieses Vorgehen der Regierung nicht beruhigt. Ich fürchte, wenn wir an dem in der letzten Session gesaßten Beschluß nicht festhalten, so werde die Vereinsachung wieder auf die lange Bank geschoben oder überhaupt nicht zu stande kommen. Was die Regierung heute bietet, mag sehr löblich sein, aber eine Vereinsachung ist ein neues Steuergeseh nicht und es entspricht nicht der Aufgabe, welche Regierung und Kommission erhielten. Ich möchte deshalb darauf beharren, daß die ganze Vorlage eingebracht wird, bevor wir das Schulgesetz zu Ende führen. Wir können doch nicht in einer Session einen Beschluß fassen und ihn in der nächsten wieder umstoßen.

Warum will man nicht an die Bereinfachung gehen? Ich habe mir an Hand des Budgets einen Ueberschlag über mögliche Mehreinnahmen und Minderausgaben gemacht und din auf die beträchtliche Summe von Fr. 400,000 gekommen, ohne daß ich eine Ahnung von der Entbedung des Herrn Finanzdirektors in Bezug auf die Bermögenssteuer hatte, die für unsere Finanzen ja eine sehr glückliche ist. Man muß aber den Mut haben, einmal das Messer anzusehen und mit der Bereinfachung anzusangen. Sollte das nicht belieben, so wird einem großen Teil von Mitgliedern des Großen Kates nichts anders übrig bleiben, als den Antrag des Herrn Ballif aufzugreisen, zugleich mit der Borlage des Schulgesetzes eine Erhöhung der direkten Steuern um 4/10 % zu verlangen; denn anders ist es nicht möglich, die Staatsfinanzen im Gleichgewicht zu halten. Ich glaube, man muß zwischen diesen beiden unangenehmen Sachen wählen: entweder Bereinfachung des Staatshaushalts oder Erböhung der direkten Steuern zu Gunsten eines neuen Schulgesetzes.

Müller (Ed., Bern), Präfident der Kommiffion. Es ift ber Rommiffion, gleichzeitig mit bem Entwurf betreffend Abanderung bes Bermögensfteuergesetse ein Auszug aus dem Protofoll des Regierungsrates vom 12./13. April abhin zugeftellt worden. In diesem Protokoll heißt es nun, nachdem mitgeteilt ift, daß sich der Regierungsrat grundsäglich mit dem Entwurf betreffend Abanderung des Bermögenssteuergeses einverstanden erklart habe, folgendes: "Im fernern wird die Finangbireftion beauftragt, über folgende in ihrem gurudgezogenen Gesetzesentwurf enthaltene Revisionsvorschläge Borlagen einzubringen: 1. Ueber die Revision des Gefetes betreffend die Stempelabgabe; 2. über die Revifion bes Erbschaftssteuergesetes, im Sinne einer stärkern Belaftung großer Erbichaften; 3. über Ginführung einer Ronzelfionsabgabe für Bafferrechte; 4. über Revifion des Gesehes betreffend die Finanzverwaltung, namentlich im Sinne einer zwedmäßigern Kormierung der Kompetenzen für Aufnahme und Konversion von Anleihen." Ihre Kommiffion hat daraus entnommen, daß es durch= aus nicht die Abficht des Regierungsrates ift, es bei diefer Abanderung des Bermogensfteuergefeges bewenden

zu lassen, sondern daß man lediglich aus gesetzebungstechnischen Gründen die verschiedenen Materien ause einanderhalten wollte. Die Kommission fand, es sei dies zweckmäßig und zu billigen, indem sonst sehr leicht, wenn man alles zusammen in den nämlichen Entwurf genommen hätte, das Resultat hätte eintreten können, daß das eine der Feind des andern geworden und das Gesetzschlich verworsen worden wäre. Wir wollen aber zu positiven Resultaten gelangen, und eines dieser Resultate, das eine erhebliche Mehreinnahme liesern soll, erblicht die Kommission in dem Gesetzesentwurf betressend Abänderung des Vermögenssteuergestes. Man kann beide Wege einschlagen; aber wir glauben, der von der Regierung nun betretene Weg sei der bessere.

Scheurer, Finanzdirektor. Ich glaube, es follte fich gegenwärtig nur barum handeln, ob bie Rommiffion im Sinne des Großen Rates handelte, als fie fich mit dem Gefet betreffend Abanderung des Bermögensfteuergefetes befaßte. Es ift nun einmal ein Gefetesentwurf bes Regierungsrates da, der Große Rat muß sich damit be= faffen und es frägt fich einzig, ob er benfelben eventuell an eine neue Kommiffion weifen will. Was den Inhalt des Gefetes betrifft und die Frage der Bereinfachung des Staatshaushaltes, fo wird, wenn der heute vorliegende Entwurf in Beratung genommen wird, von der Regie-rung über die ganze Materie ausführlich Auskunft gegeben werden. Sobald dann einmal die verschiedenen Borlagen da find, wird sich der Große Kat über die finanzielle Situation ein Bild machen und beurteilen fönnen, ob die Mittel zur Durchführung des Schulgesetzes sich finden werden. Uebrigens bezweckt schon das heute vorliegende Gefet eine fehr bedeutende Bereinfachung in Bezug auf die Revision der Grundsteuerschatzungen. -Ich glaube also, Sie sollten sich heute bloß darüber aussprechen, ob Sie es als richtig betrachten, daß die seinerzeit für eine allgemeine Borlage betreffend Verein= fachungen im Staatshaushalt niedergefette Rommiffion auch das heute vorläufig einzig vorliegende Gefet betreffend die Bermögenssteuer durchberaten hat.

Präsident. Ich habe die gleiche Auffaffung von der Sache wie herr Scheurer und ich halte dafür, auch die Aussehungen des herrn Durrenmatt weichen materiell von dem foeben Gehörten nicht ab. Man hat beschloffen, bie Abstimmung über das Schulgeset einstweilen zu verschieben bis die Borlage betreffend Bereinfachung des Staatshaushalts vorliege. Nun kommt die Regierung zum Schluß, es müsse diese Vorlage in verschiedene Einzelvorlagen zerlegt werden, die successive zu behandeln seine Sie konnten aus bem Protokoll bes Regierungsrates entnehmen, daß fich fein Programm durchaus innerhalb ber ihm zugewiefenen Aufgabe bewegt. Borerft wird nun bas Gefet betreffend Abanderung bes Bermogens= fteuergefetes jur Behandlung tommen, und bei biefem Anlag wird über die ganze Materie und ihre finanzielle Tragweite, namentlich auch mit Rücksicht auf das Schul= gefet Bericht erstattet werden, so daß man fich ein Bild machen kann, wie fich die Ausfichten für die herftellung des Gleichgewichts geftalten werden, und zu beurteilen vermag, ob wir das Schulgefet dem Bolte zur Abftimmung vorlegen können ober nicht. - Sie haben also heute einzig darüber zu beschließen, ob die Kommiffion richtig vorgegangen fei, als fie fich mit dem Bermögens=

fteuergesetz befaßte. Wenn ja, so wird dieses Gesetz dann im Laufe der Session auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sind Sie damit einverstanden?

Der Große Rat erklärt fich mit der Auffaffung des Präfidiums stillschweigend einverstanden.

Wirtschaftsgeset.

Das Bureau wird beauftragt, eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission zu ernennen.

3mpfgefet.

Das Bureau erhält den Auftrag, eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission zu ernennen.

Reue Feuerordnung.

Schmib (Karl), Präfibent ber Kommission. Diese Borlage ist vor kurzem von der Regierung beraten worden; die Mitglieder der Kommission, mit welchen ich sprechen konnte, haben aber gewünscht, zwei dis drei Wochen Zeit zum Studium des Entwurfs zu haben. Die Kommission wird nun im Laufe dieser Session eine erste orientierende Sitzung halten; es kann dieses Geschäft deshalb erst in der Maisession behandelt werden.

Wird verschoben.

Steuerbeschwerde der Thunersee=Beaten= bergbahn.

Scheurer, Finanzdirektor. Mit Rücksicht auf in den letten Tagen gemachte Propositionen, die wahrscheinlich eine gütliche Berständigung zur Folge haben werden, wird dieses Geschäft zurückgezogen.

Gesuch zweier Marienbrüder betreffend Erteilung von Unterricht.

Prafident. Diefes Geschäft fallt von der Erattandenlifte weg, da die herren Goffinet und Gogniat ihr Gefuch um Bewilligung jur Unterrichtserteilung jurudgezogen haben.

Buteilung der Enklaven Reuligen und Schwendi.

Marti, Baudirektor. Dies Geschäft ist ziemlich kompliziert und wird eine längere Kommissionsberatung und wahrscheinlich auch einen Augenschein ersordern. Nun schreibt mir der Präsident der Kommission, Herr v. Werdt, er sei krank und man müsse ihn ersetzen, wenn man das Geschäft in dieser Session behandeln wolle. Ich habe darauf Herrn v. Werdt geantwortet, das Geschäft presidere durchaus nicht und könne für diese Session verschoben werden, was ich beantrage.

Wird verschoben.

Folgende die Berfassung Grevision betref= fende Eingaben werden an die Bierziger=Rommis= sion gewiesen:

1. Eingabe des Kantonalvorstandes der bernischen Grütli- und Arbeitervereine, dahingehend, es möchte die Zahl der Initianten für die Berfassungs- und die Gesetzgebungsinitiative herabgesetzt
werden;

2. Eingabe eines Herrn J. U. Wälchli in Glay, das Armenwesen betreffend;

3. Eingabe einer öffentlichen Berfammlung in Pruntrut betreffend die Art. 67, 70, 83 und 85 des Berfassungsentwurfes;

4. Eingabe aus dem Amtsbezirk Freibergen, in ahn=

lichem Sinne wie die Eingabe sub Ziff. 3.
5. Eingabe des Bereins für Sonntagsheiligung.

Es ift eingelangt folgender

Anjug.

Der Regierungsrat wird eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über Revision des Civilgesetzs, Satzung 632 bis und mit 673, im Sinne 1. der amtlichen Inventarisation bei allen Todesfällen; 2. eines einsachern Bersahrens und 3. der Reduzierung der Kosten und gerrechteren Anwendung derselben.

3. Burkhardt, Großrat.

Wird auf ben Rangleitisch gelegt.

Einsprache gegen eine Amtsrichterwahl im Amtsbezirk Courtelary.

Der Bericht des Regierungsrats wird verlesen und schließt mit dem Antrage auf Abweisung dieser Einsprache, was ohne Diskussion beschlossen wird.

Befchwerde des Jehrers Stauffer in Meiersmaad.

Der Regierungsrat beantragt, über diese Beschwerde zur Tagesordnung zu schreiten, da der Petent laut übereinstimmenden psychiatrischen Gutachten an Quärulantenwahnfinn leide.

Wird beschloffen.

Anzug des Herrn Großrat Marcuard betreffend bürgerliche Feiertage.

(Siehe diesen Anzug Seite 120 hievor.)

Marcuard. Seit mehreren Jahren ist in den hiesigen Geschäftstreisen beim Herannahen des Neujahrs und besonbers der hohen kirchlichen Festtage, wie Oftern und Pfingsten, die Unregung besprochen worden, die Geschäfte am nachfolgenden Tage, bei Ostern und Pfingsten am sogenannten zweiten Feiertag, auch zu schließen, um dem immer wiedertehrenden Begehren der Angestellten entsprechen zu können, deren Familien nicht in Bern leben, und ohne die ganze Arbeit den im Geschäft Bleibenden ausbürden zu müssen.

Die Versuche, durch gegenseitige Verständigung zum Biele zu gelangen, scheiterten wenn nicht ganz, so doch teilweise, und es liegt der Grund ohne Zweisel an der Besorgnis vor den Konkurrenten.

"Schließe ich meinen Laden und halt der Ronkurrent

offen, fo fangt er mir meinen Runden meg."

Diese Furcht muß mit einem Schlage beseitigt werden, sobald die Anordnung von oben, svon den Behörden kommt. Schließen alle, so entgeht keinem der Verdienst und der Handelsstand wird seine Interessen ebenso gut wahren, das Publikum seine Kausbedürfnisse gleichwohl befriedigen können, wenn es auch ein paar Werktage

weniger gibt.

Wie schon gesagt, ist die angestrebte Reuerung im Interesse der Angestellten wünschdar. Die prosessionellen Blaumacher wissen sich zu helsen; die machen sich so viel Feiertage im Jahre, wie es ihnen beliebt. Aber unter den fleißigen, pflichtgetreuen Angestellten beiderlet Geschlechts gibt es eine ganze Menge, die fast nie Ferien haben; denen würden solche Erholungstage, welche ihnen erlauben würden, das Bureau, das Magazin oder wie alle diese Lokalitäten heißen, zeitweise auf 48 Stunden zu verlassen, eine wahre Wohlthat sein, für welche dieselben den Behörden dankbar wären, wonn von dieser Seite Hand geboten würde.

Das Faktum, daß die letzte Weihnachten und der Neujahrstag auf einen Sonntag gefallen sind, hat diesen Bunsch neuerdings wachgerusen. Deshalb ist auch der 2. Januar in meiner Motion genannt worden, um so mehr, als an diesem Tage in Bern von jeher so viel wie nichts gearbeitet wurde, obwohl ich mir nicht verhehle, daß der 2. Januar mit einigem Recht angesochten werden kann; denn wenn der Neujahrstag auf einen Freitag oder einen Montag fällt, so hätten wir drei Feiertage nach einander.

Die zweiten Feiertage nach Oftern und Pfingsten hat

die ganze Oftschweiz und seit kurzem auch Basel.

In der Oftschweiz beruhen diese zweiten Feiertage auf einem alten Brauche, gegen welchen weder die dortige sehr zahlreiche Fabrikarbeiterschaft, noch die Fabrikeigentümer je reklamiert haben.

In Basel wurden die Feiertage im Jahre 1887 infolge Initiativbegehrens des Grütlivereins eingeführt durch eine Volksabstimmung, bei welcher von 4409 Stimmen 3343 zu Gunsten der Neuerung sich aussprachen. Darin liegt der Beweis, daß auch ohne alten Brauch die jetzige Gesinnung der arbeitenden Bevölkerung mit der Motion einverstanden ist.

Ich will nur anführen, daß die Bundesbehörden für ihre Angestellten den 2. Januar neben den Ofter= und Pfingstmontagen als Feiertage aufgestellt haben. Die beiden angeführten Feiertage werden von sämtlichen schweizerischen Eisenbahngesellschaften als solche anerkannt.

Es scheint mir also nicht unbescheiden, das Berlangen zu stellen, daß unsere Regierung sich mit dieser Frage beschäftige und darüber dem Großen Kate Bericht und Antrag stelle.

M. Stockmar, conseiller d'Etat, rapporteur du gouvernement. Le gouvernement ne conteste pas que la motion de M. Marcuard réponde à un vœu souvent exprimé à Berne, mais il pense aussi que les circonstances qu'invoque M. Marcuard sont spéciales à la ville de Berne et peut-être à quelques autres localités du canton. Mais pour la très grande majorité des communes le besoin ne se fait pas sentir d'augmenter le nombre des jours fériés. L'exemple de Bâle que cite M. Marcuard n'est pas concluant. Bâle se trouve dans d'autres conditions que Berne. Si à Bâle la population s'est prononcée pour l'établissement de quelques nouveaux jours fériés, c'est que ses habitudes commerciales en faisaient sentir le besoin.

Chez nous, il n'en est pas ainsi. Il y a 30 ans, on a déclaré jour férié le vendredi saint parce que dans toute la partie protestante du canton, on le considérait depuis longtemps comme tel, et l'on a trouvé qu'il convenait de le reconnaître dans la loi. Mais en même temps, par la loi du 24 février 1860, on a supprimé la fête de l'Annonciation. Nous sommes aujourd'hui dans la situation suivante: outre les fêtes communes, la partie protestante a le vendredi saint, et la partie catholique l'Assomption, la Fête-Dieu et la Toussaint. On n'est pas même fixé exactement sur la portée légale de ces jours fériés. On ne sait pas par exemple si, sous prétexte que le vendredi saint est férié pour un protestant bernois, il sera obligé de le fêter dans la partie catholique du canton, ou si, dans les communes protestantes, les catholiques

doivent considérer la Toussaint, ou l'Assomption, comme des jours fériés. Faudra-t-il compliquer encore cette situation en créant des fêtes communales?

Nous croyons qu'il ne serait pas bon de créer de nouvelles fêtes légales que la population, en dehors de quelques intéressés, ne semble pas demander.

Avant donc que la population ait exprimé un vœu à cet égard par des pétitions, nous pensons que que ni le gouvernement ni le Grand Conseil ne doivent en prendre l'initiative, et, des lors, nous vous proposons de ne pas prendre en considération la motion de M. Marcuard.

Freiburghaus. Ich möchte mich gegen die Erheblicherklärung der Motion des Herrn Marcuard aussprechen. Es ist kein Bedürfnis für weitere Feiertage vorhanden. Wie weit man kommt mit diesen vielen Feiertagen, sieht man am besten im Kanton Freiburg, wo viele Leute sinanziell herunterkommen, weil sie die halbe Zeit wegen Feiertagen nicht arbeiten. Was den Bärzelistag andetrisst, so hätte dieser Feiertag, vom Standpunkt der Landwirtschaft aus, nicht viel auf sich. Was aber den Ostermontag betrisst, so ist zu bemerken, daß man dann gewöhnlich mitten im Anpslanzen begrifsen ist, so daß es einem sehr ungelegen wäre, wenn ein Feiertag dazwischen käme. Am schwersten aber fällt sür die Landwirtschaft der Pfingstmontag ins Gewicht. Um diese Zeit ist man in der Kegel mit Heuen beschäftigt und hat nicht nur am Werktag vollauf Arbeit, sondern ist oft genötigt, auch am Sonntag Hen einzuthun. Mit Kücksicht hierauf wäre es sehr zu bedauern, wenn der Pfingstmontag als Feiertag bezeichnet würde. Ich saher den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären.

- Abstimmung.

Für Erheblicherklärung Minderheit.

Auzug des Herrn Großrat Lüthi (Gümligen) betreffend Einführung von Hausinduftrien.

(Siehe diesen Anzug Seite 148 hievor.)

Lüthi (Gümligen), am Stenographenpult nicht verständlich, weist zur Begründung seines Anzuges auf die Nebelstände hin, welche das vielsach im Kanton noch vorstommende nomadisierende Hausterertum namentlich für die Erziehung der Kinder solcher Familien mit sich bringe. Um Wandel zu schaffen, sollte zunächst das Polizeigesetz etwas strenger gehandhabt werden. Das Hauptmittel aber bestehe darin, daß man den Leuten helse, ihren Unterhalt in anderer Weise zu verdienen, namentlich durch Einführung irgend einer Hausindustrie, wie man z. B. im Frutigthale die Zündholzindustrie habe, in Brienz 2c. die Holzschnißlerei u. s. w. Es gehen z. B. jährlich große Summen sür Korbwaren ins Ausland, die ganz gut bei uns hergestellt werden könnten. Werde nichts gethan, so werde die Auswanderung immer mehr zunehmen und die Bevölkerung in gewissen Gegenden immer mehr verarmen. Der

Motionär möchte beshalb die Regierung einladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob nicht in gewissen Kanstonsteilen passende Hausindustrien eingeführt werden könnten.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich kann mitteilen, daß die Regierung gegen die Erheblicherklärung nichts einzuwenden hat. Ich möchte zwar nicht zum voraus große Hoffnungen erwecken, als ob es eine so leichte Sache wäre, in ärmeren Landesgegenden Industrie zu pflanzen. Es haben schon wiederholt solche Bersuche stattgefunden und speziell im Amt Schwarzendurg hat man mehr als einmal Versuche gemacht, die jedoch aus verschiedenen Gründen jeweilen sehlschlugen. Gleichwohl bin ich überzeugt, daß man nicht ablassen soll, dis man das Richtige gefunden hat, das die nötigen Lebensbedingungen vorsindet. Man kann die Sache eben nicht künstlich gedeichen machen und wenn die Eristenzbedingungen sich nicht in den Lebensverhältnissen der Bevölkerung und in den Absaperhältnissen vorsinden, so nüßen alle Bemühungen nichts. Allein wie gesagt, die Regierung nimmt den Auftrag, den ihr Herr Lütht geben möchte, gerne an und wird Ihnen darüber seinerzeit Bericht erstatten.

Die Motion wird stillschweigend erheblich erklärt.

Nachsnebvention an die Bleiken: Ibachftrafe.

Der Regierungsrat beantragt, den am 5. April 1892 an die Bleiken-Jbachstraße bewilligten Staatsbeitrag von 50 auf 60 %, d. h. um Fr. 3100 zu erhöhen.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Gemeinderäte von Bleiken und Buchholterberg haben schon anfangs 1890 bas Gefuch gestellt, es möchte ber Staat an die Korrettion der Dießbach-Heimenschwandftraße zwischen Bleiken und Ibach einen Staatsbeitrag von ³/₄ der Kosten bewilligen. Das Gesuch war wohl begründet, und da das Geschäft schon am 5. April des letzten Jahres dem Großen Kate vorgelegen ist, so will ich die Gründe nicht wiederholen. Ich bemerke nur, daß diese Gemeinden für die betreffende Stragenkorrektion schon viel Geld ausgegeben haben, ohne daß fie vom Staat bedeutend unterstützt wurden; auch find es arme, sehr belaftete Gemeinden, denen es schwer halt, auf eigene Roften für Verkehrsmittel zu forgen. Die Korrektion ber Strecke zwischen Bleiken und Ibach koftet Fr. 38,200. davon entfallen auf Expropriationen 7,238.40 so daß die eigentlichen Baukosten Fr. 30,961. 60 oder rund Fr. 31,000 betragen. Der damalige Baudireftor jchlug vor, einen Beitrag von 60 % an diese Fr. 31,000 zu bewilligen; der Große Kat bewilligte 50 % mit Fr. 15,500. Dies hat nun in den beteiligten Kreisen große Verstimmung hervorgerusen. In Eingaben an die Regierung und den Großen Kat wurde dargethan, sie käten sich in den Versprechungen, die man ihnen machte, extension in den Versprechungen, die man ihnen machte, extension in den Versprechungen, die man ihnen machte, getäuscht, indem ihnen die Mitglieder der Staatswirt= schaftskommission und der Regierung, welche auf Ort und

Stelle waren, 70—75 %, resp. eine Summe von Fr. 20 bis 23,000 versprochen haben. Das ist nun allerdings nicht richtig, und die Beteiligten müssen die ihnen gemachten Bersprechungen irrig aufgefaßt haben. Hingegen ist man doch allgemein einverstanden, daß sich ein Beitrag von 60 % rechtfertigen würde. Die Gemeinden verlangen, daß man die Subvention auf 70 % erhöhe, doch kann man unmöglich so hoch gehen. Regierung und Staatswirtschaftskommission beantragen Ihnen daher, eine Nachsubvention von 10 % im Betrage von Fr. 3100 zu bewilligen. Ich empsehle Ihnen diesen Antrag bestens zur Annahme.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftstom= mission. Dieses Geschäft ift dem Großen Rate schon vor einem Jahre vorgelegen, gleichzeitig mit einem Straßen-projekt Sigriswyl-Tichingel. An letteres gab man 60 %, während die Straße Bleiken-Ibach nur mit 50% sub-ventioniert wurde. Die Baudirektion hatte damals für beide Projekte 60% beantragt, allein die Staatswirtschaftstommiffion fand, bei Bleiten-Ibach feien die Berhältnisse nicht gleich schwierig. Gewöhnlich subventionierte man Straßen IV. Klasse mit 40 % der Baukosten. Bei schwierigen Berhältnissen ging man auf 50 % und bei Sigriswus-Tschingel kam man zum ersten male dazu, 60% ju bewilligen, wobei man bemerkte, es sei dies ein Maximum, das nicht überschritten werden durfe. In Bezug auf Bleiken=Ibach fand man, die Verhältniffe seien etwas günstiger und hat sich deshalb mit 50 % begnügt. Run erklären aber die Gemeinden, mit 50 % können fie das Projekt nicht ausführen, fie müssen einen Beitrag von 70 % verlangen. Regierung und Staakswirtschaftskommiffion fanden jedoch, fo hoch könne man nicht geben, eine folche Subvention fei an eine Straße IV. Klaffe noch nie bewilligt worden. Mit Rücksicht darauf aber, daß die Korrektion der Straße im hohen Interesse ber Bevölkerung liegt, einigte man fich dahin, dem Großen Rate eine Nachsubvention von 10% vorzuschlagen. Es wird Ihnen deshalb beantragt, die Staatssubvention von 50 auf 60 %, d. h. von Fr. 15,500 auf 18,600 zu erhöhen.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Erziehungsdirektion pro 1892.

I.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung fol= gender Nachkredite:

VI, C 4, Sekundarschulen, Staatsbeiträge Fr. 4500 D 1, Primarschulen " 3600 D 7, Mädchenarbeitsschulen " 3070

Zusammen Fr. 11,170

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Die berschiedenen Rachkredite, um deren Bewilligung heute nachgesucht wird, beziehen sich alle auf das Jahr 1892. Die betreffenden Summen sind bereits in der Staatsrechnung verrechnet und das Re-

sultat derselben, das durch die Presse bereits bekannt gemacht wurde und als ein relativ günstiges bezeichnet werden kann, wird also dadurch nicht mehr verändert. Um der gesetlichen Borschrift zu genügen und der guten Ordnung halber müssen sie aber nachträglich noch vom Großen Kate bewilligt werden. Die meisten Rachkredite sind solche der Erziehungsdirektion; ein erster bezissert sich auf Fr. 11,170 und betrifft Ausgaben, die unvermeidlich sind, indem die bezüglichen Leistungen des Staates gesetzlich normiert sind und von den Leistungen der Gemeinden, der Bermehrung der Schulklassen zu. abhängen. Ich empsehle Ihnen diesen Rachkredit zur Genehmigung.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftse kommission. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen Genehmigung dieses Rachkredites, indem die betreffenden Ausgaben auf gesetzlichem Boden beruhen.

Bewilligt.

II.

Ferner beantragt der Regierungsrat die Bewilligung eines Nachkredits von Fr. 800 auf Rubrik VI B 15, Tierarzneischule, Angestelltenbesoldung.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Infolge Erstellung einer neuen Tierarzneischule und Vergrößerung der Räumlichkeiten ist die Anstellung eines Hauswartes nötig geworden. Für densselben ist aber im Budget kein Ansat vorgesehen, so daß ein Nachkredit im Betrage von Fr. 800 bewilligt werden muß.

Bewilligt.

III.

Des weitern sucht der Regierungsrat nach um Bewilligung eines Rachkredits im Betrage von Fr. 7500 auf Rubrik VI B 5, Berwaltungskosten der Hochschule.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieser Rachkredit im Betrage von Fr. 7500 ist veranlaßt durch Ueberschreitungen auf verschiedenen Aubriken. Schon 1891 wäre ein Rachkredit von Fr. 3000 nötig gewesen; es wurde auch ein bezügsliches Begehren eingereicht, das aber aus Bersehen nicht vor den Großen Rat gelangte, so daß die betreffende Summe auf das folgende Jahr übertragen werden mußte. Im übrigen sind die Ueberschreitungen derart, daß sie dem Regierungsrat als gerechtfertigt erschienen, weshalb er beantragt, diesen Rachkredit zu bewilligen.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Auf der Rubrik Berwaltungskosten der Hochschule ist ein Nachkredit von Fr. 7500 nötig geworden. Es ist hier insofern eine Unregelmäßigkeit vorhanden, als eine Areditüberschreitung vom Jahre 1891 weiter geschleppt wurde. Bei diesem Anlasse wurde von der Finanzdirektion die Frage aufgeworfen, ob nicht in Bezug auf die Berwaltungskosten der Hochschule eine etwas intensivere Kontrolle stattsinden sollte. Die Staatswirtschaftskommission ist sehr damit einverstanden. Wenn eine besondere Kontrollstelle geschaffen würde, so ließen sich sicher Ersparnisse erzielen, so daß nicht immer Nachtredite bewilligt werden müßten. Die Staatswirtschaftskommission ist daher mit diesem von der Finanzdirektion aufgestellten Postulat durchaus einverstanden.

Bewilligt.

IV.

Im weitern beantragt ber Regierungsrat die Bewilligung eines Nachtredites von Fr. 1800 auf Rubrik VI B 8 a, landwirtschaftlich-chemische Bersuchs- und Kontrollstation.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Durch Beschluß des Regierungsrates vom 16. Januar 1892 wurde die landwirtschaftlichemische Bersuchs= und Kontrollstation* neu kreiert. Man nahm an, die Einnahmen und Ausgaben werden sich decken und zwar wurden dieselben auf je Fr. 4600 veranschlagt. Unter den Einnahmen sigurierten Fr. 1400 an Gebühren. Nun haben aber in Wirklichkeit die Gebühren weniger betragen, nämlich nur Fr. 525. 40, während anderseits die Ausgaben um Fr. 1277. 75 überschritten wurden, so daß die ganze Ueberschreitung des Budgets Fr. 1803. 15 beträgt. Für die Jukunst ist das Budget so gestaltet, daß voraussichtlich Differenzen nicht mehr vorsommen werden. Mit Rücksicht darauf, daß das Institut ganz neu ist und man in Bezug auf die sinanzielle Seite keine richtigen Begriffe hatte, wird auch dieser Rachkredit von der Regierung zur Genehmigung empfohlen.

Bewilligt.

V.

Der Regierungsrat beantragt ferner die Bewilligung eines Nachtredits von Fr. 3150 auf Rubrik VIB 7 a, pharmazeutisches Institut.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter bes Regierungsrats. Hier wird ein Nachkredit von Fr. 3150 verlangt, veranlaßt durch Rückftände von früheren Jahren her und eine größere Reihe von Anschaffungen, namentlich von Glas-, Porzellan- und Steingutgerätschaften sowie Mikrostopen. In ihrem Mitrapporte sprach sich die Finanzdirektion gegen diese Ueberschreitung der Aredite

aus und sie kritisierte auch diesmal wieder, daß die Vorsteher solcher Institute viel und oft ganz eigenmächtig vorgehen und Ausgaben machen, die nicht in ihrer Kompetenz, ja nicht einmal in der Kompetenz der Erziehungsbirektion liegen, sondern dem Regierungsrate vorgelegt werden sollten. Es siguriert da z. B. eine Ausgabe von Fr. 591 für Glasgeräte, eine Ausgabe, welche die Kompetenz eines einzelnen Direktionsvorstehers (Fr. 500) überschreitet und vom gesamten Regierungsrat bewilligt werden sollte. Es wird zwar immer von den Vorstehern der Hochschulinstitute versucht, sich über solche Vorschriften hinwegzusehen; sie glauben, solche Vorschriften existieren für sie nicht, wenn ein Kredit bewilligt sei, so können sie undeschränkt darüber verfügen. Die Finanzdirektion hat sich entschieden gegen dieses Versahren ausgesprochen, und ich hoffe, es werden diese Vemerkungen dazu beitragen, in diesem Vewaltungszweig eine bessere finanzielle Ordnung zu schaffen. Mit dieser Vemerkung beantrage ich Ihnen Bewilligung dieses Nachkredits.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Der Vorsteher des pharmazeutischen Instituts
hat seinerzeit einen Aredit von Fr. 4000 verlangt. Es
wurde aber nur ein solcher von Fr. 2000 bewilligt und
wir hatten schon damals den Eindruck, daß dieser Aredit
zu niedrig sei. Derselbe ist nun um Fr. 3150 überschritten worden. Wenn ich mich recht erinnere, so beantragte die Erziehungsdirektion, nur einen Nachtredit
von Fr. 1500 zu bewilligen und den Kest auf dem
Kredite des lausenden Jahres einzubringen. Wir glauben
aber mit der Regierung, es sei zweckmäßiger, die ganze
lleberschreitung durch einen Nachkredit zu decken, damit
keine Lebertragung auf das solgende Jahr nötig ist.
Die Staatswirtschaftskommission ist also mit dem Antrage
des Regierungsrates einverstanden und hält ferner dafür,
es schlte in Zukunst bei Aufstellung des Budgets auf die
Verhältnisse des pharmazeutischen Instituts mehr Kücksicht
genommen werden.

Bewilligt.

VI.

Ferner wird beantragt, auf Rubrik VI B 11, Beitrag an die Kliniken des Inselspitals, pro 1892 einen Rachkredit von Fr. 2184. 65 zu bewilligen und den bezüglichen Budgetkredit pro 1893 von Fr. 130,000 auf Fr. 131,240, d. h. um Fr. 1240 zu erhöhen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieser Rachtredit rührt her aus dem Berhältnis, das zwischen Staat und Insel bezüglich der Kliniken, welche die medizinische Fakultät der Hochschule unterhält, besteht. Nach diesem Bertrage müssen neue Einrichtungen von der Inselkorporation erstellt werden. Der Staat ist aber verpslichtet, die betreffenden Ausgaben in gewissem Maße zurüczubergüten und namentlich auch zu verzinsen. Nun wurde, gestückt auf einen Regierungsratsbeschluß vom 15. März 1890, ein Operationssaal sür

chirurgische Klinik erstellt, ferner Stallungen für Bersuchstiere gemäß Beschluß des Regierungsrates vom 27. November 1889. Für die daherigen Ausgaben reklamiert nun die Insel für die letzten Jahre einen Zins von 6%, worin die Amortisation inbegriffen ist. Es macht dies die als Nachkredit gesorderte Summe aus, deren Bewilligung Ihnen beantragt wird.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Es handelt sich hier um zwei Nachkredite,
einen solchen für 1892 und einen solchen für 1893,
beide aus dem Bertragsverhältnis zwischen Insel und
Staat herrührend. Die Insel hat sich verpslichtet, gegen
6 % Zins und Amortisation die nötigen Lokalitäten zu
erstellen. Nun ist von der Insel ein Operationssaal für
die chirurgische Klinik erstellt worden mit einer Kostensumme von Fr. 12,890. 55
ferner Stallungen für Bersuchstiere, welche "7,820. 65
kosteten, mithin Gesamtkosten . Fr. 20,711. 20
Hiedon sind 6 % Zins zu vergüten, was die Ende Dezember 1892 Fr. 2184. 65 ausmacht, welche Summe als
Nachkredit pro 1892 zu bewilligen wäre. Für 1893 ist
auf der nämlichen Rubrik der ordentliche Kredit auf
Fr. 131,240, d. h. um Fr. 1240 zu erhöhen. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen Bewilligung dieser
beiden Rachkredite.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Baudirektion.

gefunden. So find namentlich im Emmenthal infolge eines Regengusses zwei zu Staatsstraßen gehörende Brücken weggerissen worden, die durch provisorische Brücken ersetz und so rasch als möglich neu erstellt werden mußten. Diese Brücken kosteten nun ziemlich viel Geld, nämlich Fr. 30,714, inbegriffen Fr. 7000 für Schwellenbauten, die zur Sicherung erstellt werden mußten, und die Herstellung von Zusahrten. Diesen außerordentlichen Außegaben war der betreffende Kredit nicht gewachsen, sondern mußte um Fr. 17,103. 20 überschritten werden. Der Regierungsrat beantragt, die erläuterten Nachkredite zu bewilligen.

Bühlm'ann, Berichterstatter der Staatswirtschaftstommission. Ich habe der Begründung des Herrn Finanzbirektors nur noch folgendes beizufügen: Der zweite Nachkreditposten im Betrage von Fr. 20,000 wäre in Wirklichkeit bedeutend größer. Die Ueberschreitung beträgt Fr. 43,000; man glaubt aber, im laufenden Jahre von dieser Ueberschreitung einen bedeutenden Teil ersparen zu können. Die große Ueberschreitung rührt namentlich her von den Kosten des Neuanstrichs der Kirchenseld= und der Schwarzwasserbrücke, der zusammen Fr. 22,000 ersorderte. Die übrigen Ueberschreitungen rühren her von der Vermehrung des Straßennezes um fast 16 Kilometer und von Wasserberungen namentlich im Emmenthal.

— Die Staatswirtschaftskommission beantragt Bewilligung dieser Nachkredite.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Gerichtsverwaltung und die Justizdirektion.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung fol=	
gender Nachkredite pro 1892:	
ÍI A 2, Suppleanten des Obergerichts. Fr. 1,025.	
B 2, Befoldung ber Angestellten " 248. 90	
C 1, Befoldung der Amtsgerichts=	
präfidenten	
C 2, Bizegerichtspräsident und Unter=	
suchungsrichter von Bern " 417. 85	
0.2 Winter anishta Stallmantratar 271 85	
O 4 Neutrichten und Gupplaguten 2806 20	
C 5 West & carichta Marrague of tan 710 95	
C & Wicharonautticha Garichtahaamta 1 380 85	
, - , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	
D2, Entschädigungen für Angestellte " 16,938. 65	
E 1, Staatsanwaltschaft, Besoldungen " 520. —	
E 2, Generalprofurator, Bureaukosten " 88. 22	
E 3, Bezirksprokuratoren " 597. 60	
F 1, Entschädigung der Geschwornen " 902. —	
F 2, Unterhalt der Kriminalkammer " 779. 30	
G 1, Besoldungen der Betreibungs=	
beamten	
G3, Angestellte und Bureaukosten . " 9,649. 65	
G 5, Besoldungen der Betreibungs=	
gehülfen	
G 6, Auffichtsbehörde " 2,608. 90	
G 7, Entschädigung der Stellvertreter " 970. 50	
Zusammen Fr. 109,139. 57	
jujummin (j. 100,100, 0)	

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter bes Regierungsrats. Diese Nachkredite find in Bezug auf ihre Sohe nicht fo gefährlich, wie fie auf ben erften Blid scheinen, indem anderseits die korrespondierenden Gin= nahmen eben fo bedeutend höher find als fie budgetiert waren. Der hauptpoften von Fr. 109,000 für die Gerichtsverwaltung betrifft hauptsächlich die Rubriken Entschädigung für die Angestellten der Gerichtsschreiber (Fr. 16,938), Besoldungen der Betreibungsbeamten (Fr. 2000), Besoldungen der Angestellten der Betreibungsbeamten und Bureau-tosten (Fr. 9649), Besoldungen der Betreibungsgehülfen (Fr. 66,607). Wie man sich erinnern wird, konnten diese Posten im Boranschlag pro 1892 nicht mit Zuversicht budgetiert werden, indem die Einrichtungen und Beamtungen teilweise neu waren und im Jahre 1892 erstmals in Funktion traten. Man konnte sich daher nicht klar machen, eine wie große Summe die Besoldungen und Entschädigungen ausmachen werben, so wenig als man anderfeits einen annähernden Begriff hatte, wie hoch fich bie Gebühren belaufen werden. Run hat man während eines Jahres Erfahrungen gemacht und hat diese bei Aufstellung des Budgets pro 1893 benutzt, so daß in Zukunft nicht mehr so bedeutende Abweichungen vor= tommen werben. Das Refultat der Erfahrungen ift im großen ganzen ein gunftiges, indem den Mehrausgaben von über Fr. 100,000 Mehreinnahmen in größerem Betrage gegenüberstehen und das Resultat um circa Fr. 20,000 günftiger ift, als im Budget vorgesehen war. Unter diesen Umständen existiert kein Grund, diesen Nachkredit nicht zu bewilligen. Derselbe ift weniger ein Nachkredit als

eine nachträgliche Berichtigung des Budgets.

Der Nachkredit der Justigdirektion mird hauptsächlich gerechtsertigt durch die Kreierung eines Inspektors der Amts- und Gerichtsschreibereien, für welches Amt im Budget pro 1892 kein Ansas aufgenommen war. Der betreffende Inspektor ist aber bereits während eines Teils des Jahres in Funktion gewesen. Es kann deshalb auch dieser Rachfredit im Betrage von Fr. 2225 zur Genehmigung empfohlen werden.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Wie Ihnen bezeits gesagt worden ist, handelt
es sich hier hauptsächlich um eine desinitive Reglierung
der Kreditverhältnisse infolge des neuen Betreibungsund Konkursgesetzes. In das Budget von 1892 konnten
nur approximative Zahlen aufgenommen werden, indem
man noch keine sesten Anhaltspunkte hatte. Die definitiven
Ergebnisse sind nun derart, daß die sinanzielle Situation
eher günstiger ist, als im Budget vorgesehen war. Die
Staatswirtschaftskommission empsiehlt Ihnen diese Nachkredite zur Bewilligung.

Bewilligt.

Schluß ber Situng um 41/2 Uhr.

Der Redaktor: Knd. Schwarz.

Zweite Sitzung.

Pienstug den 25. Speil 1893, vormittags 9 Uhr.

Vorfigender: Prafident Ritschard.

Der Namensaufruf verzeigt 231 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 39, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Coullery, Itten, Moser (Herzogenbuchsee), Nägeli, Dr. Schenk, Stämpsli (Vern), Sterchi, v. Werdt; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Belrichard, Beutler, Blatter, Boillat, Boß, Clémençon, Comte, Clfäßer, Glaus, Hennemann, Heß, Hilbrunner, Jobin, Kloßner, Lenz, Mägli, Marti (Mülchi), Meher (Viel), Meher (Laufen), Reiger, Péteut, Prêtre, Kät, Sahli, Schneeberger (Schoren), Thönen, Tschiemer, v. Wattenwyl (Richigen), Wenger.

Das Protokoll der geftrigen Sitzung wird ver= lefen und genehmigt. Der neugewählte herr Großrat Charmillot leiftet ben verfassungsmäßigen Gib.

Cagesordnung:

Staatsverfassung des Kantons Bern.

3weite Beratung.

(Siehe die erste Beratung Seite 90 ff hievor. Ferner die Nrn. 19, 20 und 21 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates pro 1893.)

Eintretensfrage.

Eggli, Berichterstatter bes Regierungsrats. Die Abänderungsanträge, die Ihnen von der Regierung und der Kommission gestellt werden, sind nicht von großem Belang; die Mehrzahl derselben ist nur redaktioneller Natur. Namens des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, auf die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes einzutreten.

Das Eintreten wird ftillichweigend beschloffen.

Art. 1-5.

Ohne Bemertung angenommen.

Art. 6.

Eggli, Berichterstatter bes Regierungsrats. Hier wird eine kleine Abänderung zu Zisser 5 beantragt, soweit diese Jisser eine Ausnahme zu Gunsten der Kompetenz des Großen Kates bezüglich solcher Anleihen macht, die im nämlichen Rechnungsjahre aus der lausenden Berwaltung zurückgezahlt werden. Es hat sich an einem gerade zur Stunde gewissermaßen praktisch vorliegenden Falle gezeigt, daß unter Umständen Geldaufnahmen vorübergehender Katur nötig werden, die nicht im nämlichen Rechnungsjahre aus der lausenden Berwaltung zurückgezahlt werden, wohl aber aus der lausenden Berwaltung des nächsten Jahres. Es wurde, ohne daß damit gesagt sein soll, daß der Fall praktisch eintreten werde, auf solgende Möglichseit hingewiesen. Bekanntlich nimmt gegenwärtig die Hypothekarkasse eine Keduktion des Zinssusses für ihre Depots vor, was sie auf dem Wege der Konversion zu bewerkstelligen sucht. Es ist nun denkbar, daß nicht alle Gläubiger in die Konversion eins

willigen und alfo das gekundete Geld gurudverlangen werben. Infolge beffen tommt im Laufe ber zweiten hälfte des gegenwärtigen Jahres die hypothekarkaffe und mit ihr der Staat möglicherweise in den Fall, zu rein vorübergehenden Zwecken Geld aufzunehmen, um die-jenigen Gläubiger auszubezahlen, welche ihr Guthaben nicht konvertieren wollen. Diese Geldaufnahme könnte man aber, wenn fie erft in der zweiten Salfte bes laufen= den Jahres effektuiert werden mußte, nicht mehr aus der laufenden Berwaltung des Rechnungsjahres 1893 zurückbezahlen. Es wäre also in einem folchen Falle, wenn die Ziffer 5 des Urt. 6 nicht abgeandert wird, ein Bolksbeschluß nötig. Der Regierungsrat hat nun gefunden, es sollen auch folche vorübergehende Gelbaufnahmen, die mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit eine Rückerstattung im gleichen Jahre nicht möglich machen, in die Rompetenz des Großen Kates fallen. Ich beantrage Ihnen deshalb, die Ziffer 5 in der Weise zu fassen, daß gesagt würde: "Beschlüsse betreffend die Aufnahme von Anleihen. Ausgenommen hievon find folde Unleihen, welche jur Rudzahlung bereits bestehender Anleihen dienen, sowie vor= übergehende Geldaufnahmen, welche spätestens im nächstfolgenben Rechnungsjahre aus ber laufenden Berwaltung zurückbezahlt werben."

Dr. Brunner. Berichterstatter der Kommission. Es handelt sich in Wirklichkeit hier, was die Kompetenz des Großen Rates betrifft, nicht um Anleihen; denn unter einem Anleihen versteht man eine bleibende Geldaufnahme, nicht eine solche, die man im gleichen Rechnungsziahre zurückbezahlt. Man hat deshalb die Sache in der neuen Redaktion der Ziffer 5 etwas besser ausgeschieden. Ferner hat die Regierung gefunden, es wäre mitunter beinahe unmöglich, eine vorübergehende Geldaufnahme im gleichen Rechnungsjahre zurückzubezahlen. Sie schlägt deshalb vor, zu sagen "spätestens im nächstsolgenden Rechnungsjahre".

Mit der beantragten neuen Redaktion der Ziffer 5 angenommen.

Art. 7 und 8.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 9.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Es sind gestern der Kommission verschiedene auf die Berfassungsrevision bezügliche Eingaben überwiesen worden. Es ist klar, daß es nicht möglich war, gestern noch die Kommission zu besammeln. Ich werde aber jeweilen bei den betreffenden Artikeln von den Eingaben Kenntnis geben.

Bu Artikel 9 liegt nun eine Eingabe vor vom Ran-

tonalvorstand bernischer Grütlis und Arbeitervereine. In berselben wird verlangt, daß die Zahl der Initianten von 12,000 auf 10,000 herabgesetzt werde. Sie werden sich erinnern, daß die Frage bereits in der ersten Beratung erörtert wurde. Die Kommission schlug die Zahl 10,000 vor; allein auf den Antrag des Regierungsrates haben Sie die Zahl der Initianten auf 12,000 sestgesetzt. Ich kann nicht annehmen, daß Sie bereit sind, auf Ihren Beschluß zurückzukommen. Die Kommission sah sich nicht veranlaßt, ihre frühere Aussalfsstrug nochmals geltend zu machen und stellt deshalb den Antrag, es bei dem Beschluß der ersten Beratung bewenden zu lassen.

Steck. Ich finde denn doch, daß die Zahl der Initianten etwas hoch gegriffen ist. Sie scheint mir nach der Zahl der stimmberechtigten Bürger berechnet zu sein; allein ich halte dafür, daß diefe Berechnungsart nicht die richtige ift. Man muß sehen, wie viele Bürger überhaupt ihr Stimmrecht ausüben. Wenn Sie nun auf die lette Abstimmung zurudbliden, so ergibt fich, daß etwa 37,000 Bürger ihr Stimmrecht ausübten. Wenn man für eine Gesetzeinitiative 12,000 Unterschriften verlangt, so ware das alfo gerade der dritte Teil der stimmenden Bürger. 3ch glaube nun, man verlange nirgends, weder im Bund noch in andern Kantonen, wo die Initiative besteht, einen bankens begriffen, und wir sollen nicht zeigen, daß wir nicht zu folgen vermögen, indem wir vor ber demokratischen Einrichtung der Initiative gleichsam zuruchschrecken und fie fo viel als möglich erschweren wollen. Wir follten viel eher fagen: Wir wollen ben Gedanken der Initiative so ausführen, daß diefelbe Sand und Jug hat und auch gebraucht werden fann; wir wollen deshalb nicht fo viel Initianten verlangen, sagen wir einen Fünftel berjenigen Bürger, welche erfahrungsgemäß durchschnittlich an den Abstimmungen teilnehmen. Wenn wir nun annehmen, daß sich durchschnittlich etwa 40,000 Bürger an den Abstimmungen beteiligen, so wäre eine Zahl von 8000 Initianten das richtige Maß. Ich schlage deshalb vor, statt 12,000 nur 8000 Initianten zu verlangen.

Abstimmung.

Art. 10.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Hier ist nur ein redaktioneller Vorbehalt beizufügen. Da der Artikel 10 die administrative und die richterliche Gewalt in allen Stufen der Staatsverwaltung trennt, so steht er allerbings im Widerspruch mit dem Artikel 48, der ermöglicht, durch das Geset Strafbesugnisse der Verwaltungsbehörden des Staates und der Gemeinden einzuräumen. Um diesen scheinbaren Widerspruch zu beseitigen, wird vorgeschlagen, als zweites Alinea beizufügen: "Borbehalten bleibt Artikel 48."

Mit bem beantragten Bufat angenommen.

Art. 11-16.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 17.

Eggli, Berichterstatter bes Regierungsrats. Die neu vorgeschlagene Fassung bes dritten Alineas ist nur eine redaktionelle Berbesserung. Inhaltlich stimmt die neue Redaktion mit dem Alinea 3 der ersten Beratung vollsständig überein.

Mit ber neuen Redaktion bes britten Alineas angenommen.

Art. 18.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 19.

M. Imer. Dans un moment où l'on parle beaucoup d'accorder aux minorités une représentation équitable, il est évident que cela ne serait pas possible dans un cercle électoral où il n'y aurait plus qu'un seul député à élire. Sous tous les gouvernements qui ont existé jusqu'ici, sous les gouvernements aristocratiques aussi bien que sous les gouvernements démocratiques, le plus petit district du canton, celui de Neuveville, a toujours eu 2 députés. Or, il me semble qu'en vue de la paix du district, — car on peut bien dire qu'elle a régné jusqu'à présent; la montagne de Diesse nommant son député et Neuveville le sien; nous avons été constamment d'accord, il ne faut pas réduire la députation du district de Neuveville à un membre. S'il devait en être ainsi, il y aurait des tiraillements. Depuis un quart de siècle député du district de Neuveville — je ne connais pas suffisamment celui de Brienz pour défendre ici son droit, — je me permets de rendre l'assemblée attentive au fait que je signale et je la prie de faire une exception à la règle en ajoutant à la fin du dernier alinéa, ceci: Néanmoins, aucun cercle électoral n'aura moins de deux députés. C'est la proposition que j'ai faite en commission, et qui a réuni un certain nombre de voix. J'aurais voulu qu'on maintînt la division par districts, et j'aurais dû reprendre cette idée après l'abandon par la commission de celle d'un de nos collègues; je ne serais peut-être pas resté en minorité. Mais aujourd'hui encore je demande une faveur, — si c'en est une; je demande que le plus petit cercle électoral du canton continue à avoir deux députés.

Burkhardt. In der Kommission wurde die Ziffer 3000 mit einer Stimme Mehrheit festgehalten. Herr Imer hatte beantragt, man solle dem Amtsbezirk Neuenstadt zum voraus zwei Vertreter geben. Ich glaube, eine solche Ausnahmebestimmung dürfen wir nicht in die Verfassung aufnehmen. Um aber Neuenstadt und vielen andern Bezirken gerecht zu werden, glaube ich, es wäre angezeigt, die Repräsentationsziffer auf 2500 Seelen festzusehen. Es wurde geltend gemacht, der Großratssaal sei zu klein. Allein ich glaube, wenn man auf 2500 Seelen ein Mitglied wählt, wird der Plat noch immer ausreichen. Man fagte ferner, ein kleiner Rat werde mehr Verantwortlich= keitsgefühl haben. Dem ist entgegenzuhalten, daß wenn man die Reprösentationsziffer auf 2500 Seelen fixiert, die Repräsentation fich besser auf den ganzen Kanton verteilt und hie und da ein Nebenausdörstein auch einen Bertreter erhält. Nimmt man eine zu ftarke Reduktion vor, so werden die Vertreter größtenteils aus den Zentren genommen werden. Wenn es aber zu einer Boltsabstimmung kommt, so hat man nicht nur die Zentren und großen Ortschaften nötig, sondern man ift auch auf die abgelegenen Dorflein angewiesen, und da ift es gut, wenn diese eine Bertretung haben. Ich beantrage deshalb, die Repräsentationsziffer auf 2500 Seelen festzustellen.

Eggli, Berichterstatter bes Regierungsrats. Ich habe bas Wort verlangt, um gegenüber dem Antrage des Herrn Imer einige Bemerkungen anzubringen. Da nun aber vorgängig Herr Burkhardt den Antrag stellt, die Repräsentationsziffer auf 2500 Seelen herunterzusehen, so möchte ich doch ihm gegenüber geltend machen, daß von Anbeginn der Revisionsbewegung hinweg bis und mit der ersten Beratung sich fortwährend eine entschiedene Majorität für die Repräsentationsziffer 3000 aussprach. Ich glaube, es würde zu Misverständnissen im Bolk sühren, wenn man nun nachträglich durch Abänderung der Repräsentationsziffer die Zahl der Großräte wieder um etwa 40 vermehren würde. Ich will mich darüber nicht weiter verbreiten, aber ich glaube, man würde allzgemein das Gefühl haben, es sei hier noch etwas zu retten versucht worden gegenüber dem frühern heroischen Entschluß, die Mitgliederzahl um einen Drittel zu reduzieren.

Was den Antrag des Herrn Imer betrifft, so ist berfelbe, so wie er gestellt ist, nicht acceptabel. Borerst sorgt derselbe nur für den Wahltreis Neuenstadt mit seinen 1473 nicht repräsentierten Seelen und vergist, daß z. B. der Wahltreis Brienz noch 7 Personen mehr aufzuweisen hat, die keine Repräsentation hätten. Man müßte also, wenn man überhaupt so etwas in die Verfassung aufnehmen wollte, sagen, daß jeder Wahlkreis auf mindestens 2 Repräsentanten Anspruch habe. Würde

man aber diese Vorschrift später betrachten, so konnte man sie nicht mehr recht begreifen; benn wenn für die Repräsentantenzahl in einem Wahlfreis eine Limite aufgeftellt wird, fo geschieht dies gewöhnlich durch Beschrän= kung des Maximums und nicht des Minimums. Ich glaube also, es konne nicht auf diese Beise geholfen werden, abgesehen bavon, daß ein unzulässiges Vorrecht geichaffen wurde, das gegenüber dem Bringip der gleichmäßigen Reprafentation nicht wohl Beftand hatte. Dagegen läßt fich vielleicht in folgender Weife helfen, und es könnte dies bei den Nebergangsbestimmungen erwogen werden. Man stellt bekanntlich ab auf das Ergebnis der letzen Volkszählung. Diese fand im Jahre 1888 statt und es darf vorausgesest werden, daß sich die Wohn= bevölkerung derjenigen Wahlkreise, welche nur mit etwa 50 Seelen unter derjenigen Ziffer stehen, die ihnen einen weitern Bertreter sichern würde, sich inzwischen in ge-nügender Beise vermehrt habe. Es sind dies die Wahl-treise Brienz, Jegenstorf, Neuenstadt und Courtemaiche. Man könnte nun in den Uebergangsbestimmungen sagen, in den Wahltreifen Brienz, Jegenftorf, Reuenstadt und Courtemaiche folle eine besondere Boltszählung stattfinden, die auf Ende dieses Jahres vorgenommen würde. Ich bin überzeugt, Neuenstadt brächte es schon fertig, die 28 fehlenden Mann aufzubringen (große Heiterteit) und ebenfo die andern Bahlfreife.

Dr. Brunner, Berichterftatter ber Rommiffion. 3ch gehörte in der Kommission ju benjenigen, welche für eine Reduktion um einen Drittel stimmten und ich bin genötigt, darüber einige Worte zu verlieren. Es wird mit einem folchen Beschluß niemandem zu nahe getreten, in= bem man ja von keinem Mitglied speziell fagt, es gehore zu denjenigen, welche überstüffig seien. Allein, daß der Große Rat zu zahlreich ift, damit ist man allgemein ein= verstanden. Schon ift ber Saal zu klein und sodann ift es Thatsache, daß wenn eine Versammlung zu zahlreich ist, der einzelne sich weniger intensiv mit den zur Behandlung kommenden Geschäften befaßt. Dies war der Grund, weshalb der Große Rat in vollständiger Selbst= lofigkeit gesagt hat: Obschon wir wiffen, daß manche von uns nicht mehr gewählt werden können, wollen wir doch eine Reduktion vornehmen und zwar wollen wir gerade eine anftändige Reduktion eintreten laffen. Wenn ich mit Beren Burthardt annehmen konnte, daß ein größerer Rat eine stärkere Beteiligung an den Abstimmungen zur Folge hatte, fo wurde ich fur ben größern Rat fein. Allein Sie sehen, daß der gegenwärtige sehr zahlreiche Große Rat ganz minime Volksabstimmungen zu Tage förderte. Was war das z. B. letzten Sonntag für eine traurige Abstimmung! Ich glaube also nicht, daß ein zahlreicher Großer Kat eine stärkere Beteiligung an den Abstimmungen zur Folge habe; wir haben bis jest vielmehr die gegensteilige Erfahrung gemacht, und ich möchte einmal vers suchen, ob nicht, wenn wir etwas weniger Großräte wählen, das Bolf sich etwas mehr mit den zur Abstimmung tommenden Gegenständen befaffen wird. 3ch möchte Sie beshalb ersuchen, es beim Beichluß der erften Beratung bewenden zu laffen.

Wyß. Ich möchte mir doch erlauben, mit einigen Worten den Antrag des Herrn Burkhardt zu unterstüßen. Die Kommission war sehr geteilter Ansicht, indem sie sich mit einer einzigen Stimme Mehrheit für eine Repräsen= tationsziffer von 3000 Seelen aussprach. Wir find alle einig, daß eine Reduktion des Großen Rates vorgenommen werden foll, und es ift hiefür namentlich auch die Plat= frage entscheidend. Wenn man glaubt, daß daburch gleichzeitig auch das Berantwortlichkeitsgefühl des einzelnen gehoben werden könne, so ift das fehr erfreulich. Ich weiß zwar nicht, ob das absolut nötig ist. Es ist nicht immer Nachläffigfeit, wenn man einer Situng nicht beiwohnen kann. Will man aber eine Reduktion vornehmen, fo halte ich bafür, man muffe immerhin auch auf ben gegenwärtigen Stand etwas Rückficht nehmen und sich vergegenwärtigen, welche Differenz es für viele Wahl-treise ausmachen würde, wenn die Repräsentationsziffer plöglich von 2000 auf 3000 Seelen erhöht wird. Ber-schiedene Wahlkreise werden nicht wefentlich berührt, andere dagegen verlieren geradezu die Hälfte ihrer Bertreter und da scheint es mir, der Nebergang zum neuen Syftem sei etwas zu schroff. Ich erlaube mir, Ihnen folgende Beispiele vor Augen zu führen. Brienz, das bis-her zwei Vertreter entsandt hat, könnte in Zukunft nur noch einen Vertreter wählen. Das gleiche ist der Fall in Bezug auf den Wahlkreis Neuenstadt. Sumiswald schickt gegenwärtig vier Bertreter und konnte in Bukunft nur noch 2 schicken. Im gleichen Fall sind die Wahlkreise Aarwangen, Oberburg und Jegenstorf. Der Wahlkreise Courtelary, der gegenwärtig 7 Vertreter wählt, könnte in Zukunst nur noch vier schicken. Im Wahlkreis Münster wurde die Bahl ber Bertreter von vier auf zwei reduziert. In den übrigen Wahltreifen machen fich die Menderungen weniger schroff. Allein ich glaube, wir seien den andern Wahlkreisen eine gewisse Rücksicht schuldig. Wenn Herr Eggli bemerkte, das Bolk habe sich mit der Reduktion um einen Drittel einverstanden erklärt, so mag das richtig fein. Allein das Bolk konnte fich eben nicht vergegen= wärtigen, welche Folgen in Bezug auf die Bertreterzahl in den einzelnen Wahlfreifen biefe Menderung haben werde. Wenn nun einzelne Kreife die Wahrnehmung machen, daß fie fich eine so erhebliche Einbuße gefallen laffen muffen, fo glaube ich, biefelben werden fagen: Hatten wir das gewußt, so waren wir nicht dafür gewefen. Das Mittel einer neuen Bolkszählung in einzelnen Rreisen, vielleicht unter Unwendung einzelner Finessen, halte ich nicht für geeignet. So gut man 3. B. den Kreisen Brienz und Neuenstadt in den Uebergangsbestimmungen eine Bolkszählung in Aussicht stellen könnte, könnten andere Kreise bies mit dem nämlichen Recht auch verlangen. Solche Ausnahmebestimmungen muß man überhaupt in einer Berfassung vermeiden. Dagegen würde den Bedenken des Herrn Imer Rechnung getragen, wenn Sie die Repräsentationszisser im Sinne des Antrages Burkhardt auf 2500 Seelen festsetzen. Das Resultat ware dann folgendes. Gegenwärtig besteht der Große Rat aus 271 Mitgliedern und man ging von der Ansicht aus, es wäre eine Reduktion auf etwa 200 Mitglieder angemessen. Nach dem Entwurf (Repräsentationszisser 3000) würde der Große Rat auf 177 Mitglieder reduziert, nach Ans Untrag Burthardt auf 212, er wurde also nur 12 Mitglieder mehr zählen als 200, welche Zahl man sich un= gefähr als Norm sette. Auf alle Fälle liegt die Zahl 212 näherbei 200 als die Zahl 177. Es wird also die Rorm von 200 Mitgliedern nach dem Antrag des Herrn Burkhardt beffer erreicht als nach dem Entwurf.

Bas angeführt worden ift betreffend die Hebung des Berantwortlichkeitsgefühls und der Beteiligung der ein=

zelnen an den Sitzungen, so ist es richtig, daß in einer kleinen Behörde dieses Gefühl stärker vorhanden sein wird. Allein der Gegensatz zwischen klein und groß muß ein bedeutender sein und auch eine Behörde von 177 Mitzgliedern, nach Entwurf, ist noch immer so zahlreich, daß in dieser Masse das Berantwortlichkeitsgefühl nicht größer sein wird als gegenwärtig oder bei 212 Mitgliedern nach Antrag Burkhardt. Bei einer Behörde von 7, 10 oder 20 Mitgliedern würde sich das größere Berantwortlichkeitsgefühl geltend machen, aber nicht bei einer so großen Behörde, wie der Große Kat sie auf alle Fälle sein wird. Die Hauptsache ist die, daß sich die Reduktion in schonender und einzelne Wahlkreise nicht zu sehr schädigender Weise vollzieht, und dies ist der Fall, wenn Sie die Repräsentationszisser auf 2500 Seelen sektseen.

Friedli. Ich bin gang der Meinung des herrn Großrat Burthardt und des herrn Borredners Wyg, und ich möchte zur weitern Begrundung nur noch auf 2 Bunkte hinweifen. Wir haben unfere liebe Not, die neue Berfaffung unter Dach zu bringen, um im Armen- und Niederlaffungswesen und im Steuerwesen auf einen etwas andern Standpunkt zu kommen. Da kann ich nun wirklich nicht begreifen, weshalb man hier absolut noch einen neuen Gegner schaffen will; es wäre das ein großer Fehler, den man durchaus vermeiden sollte. Ein zweiter Bunkt ist folgender. Man sieht, wie im industriellen und volkswirtschaftlichen Leben das Große sich gegenüber dem Rleinen geltend macht. In der Industrie haben wir großartige Fabriken, welche die kleinen ruinieren. Etwas Aehnliches haben Sie in Bezug auf die Wahlkreise. Es gibt abgelegene Wahlfreise, welche infolge Entvölkerung bereits einen Bertreter im Großen Rate verloren haben; ich könnte einen folchen nennen. Wir vom Land haben absolut nötig, daß unsere Interessen im Großen Rate ver= treten werden. Die kleinen Wahlkreise können fich daher ihrer Bertreter nicht berauben laffen. Früher hieß es, im Großen Rate bes Kantons Bern haben die Bauern bas gewichtigfte Wort. Sier nun wurde eine Brefche gemacht, durch die das Gewicht der Landkreise zu Gunften der großen Zentren erschüttert wurde. Ich mochte die Herren Kollegen vom Lande deshalb dringend ersuchen, zum Antrag des Herrn Burkhardt zu stimmen.

M. Reymond. Permettez-moi d'ajouter deux mots à ce qui vient d'être dit. Les arguments qui ont dicté la décision de la commission sont probablement ceux-ci:

On a d'abord voulu faire une économie pour l'Etat. Il est évident en effet que moins il y aura de députés au Grand Conseil bernois, moins la caisse d'Etat aura de rétributions à faire. D'un autre côté, on a peut-être cru que les discussions dans le Grand Conseil seraient plus attentivement suivies et plus sérieusement fréquentées si le nombre des députés était plus restreint, et que chacun sentirait et remplirait enfin son devoir d'une manière plus sensible. On a aussi dit que la salle du Grand Conseil était trop petite, qu'il fallait absolument, par conséquent, — et ceci m'a paru assez singulier —, non pas agrandir la salle, mais diminuer le nombre des députés. Ce serait plus vite fait, mais je ne sais pas si l'argument est plausible.

Je crois donc que la proposition du gouvernement

et de la commission est peut-être un peu trop radicale. Je reconnais qu'une réduction des députés est nécessaire, mais, comme on l'a dit tout à l'heure, nous pourrions trouver un moyen terme. Il ne faut pas oublier que dans le vote de dimanche dernier, nous avons reçu une leçon dont nous devons profiter, — je dis cela en me plaçant au point de vue de la discussion d'aujourd'hui. Une des lois que nous avions présentées au peuple a été refusée. Si nous avions peut-être plus travaillé, le résultat aurait pu être différent. Nous devons chercher à rendre plus fréquent le contact entre les électeurs et les députés; seulement nous n'arriverons pas facilement à ce but en diminuant le nombre de ceux-ci.

Mais, d'un autre côté, le chiffre de 2500 électeurs nous donnerait satisfaction, puisqu'il nous conduirait à une réduction du 1/4 des députés. N'oublions pas que, dans la campagne, on croit, à tort ou à raison, qu'un député a une grande influence à Berne et peut sauvegarder les intérêts des petites communes. Il est évident que le projet aura plus de chances d'être accepté par la majorité des électeurs bernois si nous continuons à donner aux petites communes le nombre de représentants qu'elles ont eu jusqu'aujourd'hui.

On a parlé de représentation proportionnelle. Si on a laissé la porte ouverte à cette représentation, c'est qu'on a pensé pouvoir nourrir l'espérance qu'elle serait introduite un jour chez nous. Il faut évidemment, pour qu'elle porte ses fruits, qu'on laisse d'abord aux minorités le droit d'être représentées.

Voilà des arguments qui me paraissent devoir être pris en considération. La proposition Imer me paraît assez rationnelle, mais elle pourrait consacrer une exception qui deviendrait un danger. J'appuie chaudement par contre la proposition de M. Burkhardt.

Abstimmung.

Eventuell, für den Fall, daß die Repräfentations= giffer auf 3000 Seelen festgefest bleibt:

77 Stimmen.

129

aufzunehmen) Niemand.

Definitiv. Für den Entwurf (3000 Seelen)

Für den Antrag Burkhardt (2500 Seelen)

Art. 20—23.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 23 a.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Es wurde in der Kommission der Antrag gestellt, man möchte den Artikil 24 der gegenwärtigen Bersassung wieder aufnehmen. Derselbe lautet: "Die Mitglieder des Großen Rates sind Stellvertreter der Gesamtheit des Bolkes und nicht der Wahlkreise, durch welche sie erwählt worden. Sie dürsen keine Instruktionen annehmen." In der ersten Beratung nahm man diesen Artikel nicht auf, indem man fand, er sei selbstwerständlich und mehr bloß dekorativer Natur. Es werde ein Mitglied des Großen Rates die Gesamtheit nicht mehr im Auge haben, ob dieser Artikel in der Versassung stehe oder nicht. Es wurde aber gesagt, daß es doch gut sei, wenn man sich seinen Wählern gegenüber auf einen solchen Artikel berusen könne, indem man häusig in den Fall komme, im Großen Rate etwas zu befürworten, was vielleicht nicht ganz im Wunsch der betreffenden Wähler liege. Aus diesem Grunde schlägt die Rommission nun vor, den Artikel 23 a, der mit dem Artikel 24 der gegenwärtigen Versassung übereinstimmt, einzuschalten; die Regierung ist damit einverstanden.

Angenommen.

Art. 24.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 25.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Aenderung, welche hier zu Ziff. 11 beantragt wird, steht in Zusammenhang mit der Aenderung, welche Sie in Art. 6, Ziff. 5, betreffend vorübergehende Geldaufnahmen beschlossen haben. Ich beantrage Ihnen, Sie möchten auch diese Aenderung genehmigen.

Dr. Brun'ner, Berichterstatter der Kommission. Was die Ziss. 11 betrifft, so habe ich nichts beizusügen; es ist diese Aenderung die notwendige Konsequenz desjenigen, was Sie dei Art. 6, Ziss. 5, beschlossen haben. Dagegen habe ich noch eine Bemerkung zu machen in Bezug auf die Ziss. 18. Es wird hier nämlich gesagt, daß dem Großen Kat folgende Berrichtungen übertragen seien: "... 18. Die Erteilung des Kantonsbürgerrechts (Naturalisation) an Ausländer." Nun wurde in der Kommission gesagt, daß der Große Kat nicht nur Ausländern, sondern auch Schweizerbürgern die Raturalisation erteile; man müsse deshalb eine Aenderung vornehmen, wenn man am disherigen System sestsalten wolle. Herr Eggli antwortete darauf, in der Verfassung sei bloß zu statuieren, daß eigentliche Ausländer vom Großen Kat naturalisiert werden müssen. Was hingegen die Schweizerbürger betresse, so sei es denkbar, daß man auf dem

Wege der Gesetzebung bestimme — namentlich wenn das Gemeindedürgerrecht so durchgeführt wird, wie man es im Auge hat — daß Bürger anderer Kantone ohne Naturalisationsbeschluß des Großen Rates das bernische Kantonsdürgerrecht erwerden können. Wir haben des halb in Zisser 18 beigefügt "ebenso an Schweizerdürger anderer Kantone, sosern das Gesetz es verlangt". Wir sagten uns nämlich, gegenwärtig werde dies vom Gesetzerlangt; wenn man aber das Gesetz ändern wolle, so solle dies geschehen können ohne auch die Verfassung ändern zu müssen. Wir wollen also in der Verfassung nur statuieren, daß wirkliche Ausländer durch die oberste Landesbehörde naturalisiert werden müssen. Gegenüber Schweizerbürgern anderer Kantone soll dies nicht nötig sein. Es ist dies ein Standpunkt, auf dem schon viele Kantone stehen, und es ist ein echt eidgenössischer Standpunkt, daß man die Schweizerbürger nicht auf die gleiche Linie stellt wie die Ausländer. Die Sache wäre zwar auch ohne den Zusaß so gemeint. Da aber Herr v. Erlach in der Kommission gewünsicht hat, es möchte die Sache etwas deutlicher gesagt werden, so haben wir seinem Wunsche Kechnung getragen und den Zusaß beigefügt, wie Sie ihn gedruckt vor sich sehen.

Die Kommission beantragt ferner einen Zusatzu Ziff. 19. In der ersten Beratung wurde beschlössen, daß der Große Kat die Ordnung seines Geschäftsganges und seiner innern Organisation selber tressen solle. Wir beantragen nun, folgenden Zusatzbert seizusügen: "Durch das Geschäftsreglement ist dasür zu sorgen, daß bei Bestellung des Bureaus und der ständigen Kommissionen auf Bertretung der Minderheit angemessen Kücksicht genommen wird." Es ist das ein Sat, der sich allerdings von selbst versteht und dis jetzt in der Regel auch beobachtet wurde. Aber es ist doch eine gewisse Garantie für die Minderheit, wenn man ihr im Geschäftsreglement ausdrücklich eine angemessene Berücksichtigung zusichert. Ich möchte Ihnen beantragen, diesen Zusatz anzunehmen und zwar unter Weglassung des Wortes "ständigen" "vor Kommissionen", indem ich nicht einzusehen vermag, warum man zwischen ständigen und vorübergehenden Kommissionen einen Unterschied machen sollte.

Eggli, Berichterstatter bes Regierungsrats. Der Zusatzu zu Ziff. 19 wurde von der Kommission beschlossen und deshalb wollte ich zunächst dem Herrn Kommissionspräsidenten darüber das Wort lassen. Der Antrag ging von Herrn Flückiger aus und es hat derselbe besonderes Gewicht darauf gelegt, daß bei den ständigen Kommissionen — Bittschriftenkommission und Staatswirtschaftskommission — eine angemessen Berücksichtigung der Minderheit Platz greise. Ich habe während der ganzen Diskussion im Schooße des Großen Kates nicht gehört, daß man auch in Bezug auf die übrigen Kommissionen eine verfassungsmäßige Garantie wünsche, daß die Minderheit berücksichtigt werde. Allerdings wird sich diese Garantie in Bezug auf die ständigen Kommissionen weitergehend in der Weise äußern, daß auch für die übrigen Kommissionen das gleiche Prinzip Geltung haben wird. Wie gesagt, in der Kommissionen wurde von einer verfassungsmäßigen Garantie nur in Bezug auf das Bureau und die ständigen Kommissionen gesprochen. Herr Flückiger kann übrigens über die Tragweite seiner Anregung am besten selber Auskunft geben.

Flückiger. Mein Antrag, den ich in der Rom=

mission stellte, ging bahin, "es sollen alle vom Großen Rate zu wählenden ständigen Behörden und Vorberatungstommissionen unter angemessener Berücksichtigung der Minderheit bestellt werden". Es wurde dann das Wort "Behörden" gestrichen; das Wort "ständigen" aber blieb stehen. Ich hatte ausdrücklich alle Kommissionen einbezogen, und es wurde in der Kommission zwischen den ständigen Kommissionen und den übrigen kein Unterschied gemacht. Es war offendar nur ein Versehen, daß bei Streichung des Wortes "Behörden" das Wort "ständigen" stehen blieb, und ich möchte vorschlagen, dieses Wort "ständigen" zu streichen. Die Beibehaltung desselben wäre unschieklich, indem damit ausgesprochen würde, man brauche bei den nicht ständigen Kommissionen auf die Minderheit seine Rücksicht zu nehmen. Ich hoffe, die beiden Herren Berichterstatter werden nicht Anstand nehmen, diese Aenderung zuzugeben.

Präsident. Die Herren Brunner und Eggli erklären, daß fie mit dem Antrage des Herrn Flückiger auf Streichung des Wortes "ständigen" einverstanden sind.

Der Art. 25 wird mit ben vorgefchlagenen Uenderungen und Bufagen angenommen.

Art. 26 und 27.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 28.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Die neue Fassung des Art. 28 ist eine redaktionelle Umarbeitung des Art. 28 wie er in der ersten Beratung angenommen wurde. Damit nicht das Misverständnis auftauchen könne, daß auch solche Gesetzesentwürse, die auf dem Wege der formulierten Initiative entstehen, einer zweimaligen Beratung durch den Großen Kat unterstellt werden sollen, wurde erstens das Wort "alle" gestrichen und zweitens in einem zweiten Alinea beigefügt: "Vorbehalten bleibt Art. 9." Ich beantrage Annahme der neuen Redaktion.

In der neuen Redaktion angenommen.

Art. 29 und 30.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 31.

Dürrenmatt. Rachbem die Mitgliederzahl des Großen Rates um einen Viertel reduziert worden ist, sinde ich, es wäre angemessen, auch die Zahl der Initianten für eine außerordentliche Großratssitzung zu reduzieren. Man behielt die Ziss. 20 der alten Verfassung bei. Ich schlage vor, dieselbe ebenfalls um den vierten Teil zu reduzieren; ich glaube, es sei nur ein Versehen, daß man nicht schon von Ansang an, die Zahl 20 auf 15 herabsetze.

Abstimmung.

Für den Entwurf 55 Stimmen. Für den Antrag Dürrenmatt . . . 28 "

Art. 32-38.

Dhne Bemerkung angenommen.

Art. 39.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. erften Sat bes Urt. 39, wie derfelbe aus ber erften Beratung hervorgegangen ift, wird gesagt, daß der Regierungsrat höchstinstanzlich alle Berwaltungsstreitigkeiten, die nicht in die endliche Kompetenz des Regierungsstatthalters fallen, zu entscheiden habe. Im zweiten Sat ist beigefügt: "Durch das Gesetz soll ein besonderes Verwaltungsgericht eingeführt werden." Diese zwei Sätze ftehen nicht gang miteinander in Uebereinstimmung. Man hat sich zwar bei der Beratung im allgemeinen dahin verständigt, daß in der Regel der Regierungsrat die oberste Berwaltungsgerichtsinstanz bleiben soll, daß aber für gewisse Arten von Rechtsstreitigkeiten administrativer Natur, ganz besonders Steuerstreitigkeiten, durch das Gesetz ein besonderes Berwaltungsgericht eingeführt werden folle. Run dürfen aber diefe beiden Bestimmungen nicht fo unvermittelt nebeneinander bestehen gelaffen werden, wenn dieselben nicht Anlaß zu verschiedenartiger Aus-legung bieten follen. Es muß beshalb in einer neuen Redaktion dem Gedanken Ausdruck gegeben werden, daß burch das Gesetz zu bestimmen sein werde, wie diese beiden Bermaltungsgerichtsinftanzen in betreff der Kompetengen nebeneinander funktionieren follen, damit keine Rompetenzkonflikte entstehen können und genau umschrieben ift, welche Geschäfte in die betreffende Gerichtsbarkeit gehoren. Diesem Zweck bient die vorliegende neue Redattion, durch welche das erreicht wird, was mit dem Beschlusse des Großen Rates beabsichtigt war.

Dr. Brunner, Berichterstatter ber Kommission. Man hat in der Kommission nur darüber debattiert, ob man einen solchen Verwaltungsgerichtshof obligatorisch vorschreiben oder sakultativ lassen solle. Schließlich sprach man sich ziemlich einstimmig für das Obligatorium aus und zwar wesentlich mit Rücksicht auf die Steuerstreitigeteiten, für deren Beurteilung ein besonderes Gericht entschieden besser am Plaze ist als eine administrative Beshörde, welche mit einer Reihe von andern Geschäften zu thun hat.

In der neuen Redaktion angenommen.

Art. 40-54.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 55.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Die hier vorgeschlagene Reuerung betrifft die Möglichkeit, im Amtsbezirk Bern auch in Bezug auf die Organisation des Amtsgerichts und nicht nur in betreff der Organisation desiAmts des Gerichtspräsidenten durch Dekret des Großen Kates besonders disponieren zu können. Es besteht nämlich das Bedürsnis, unter Umständen auch die Komposition des Amtsgerichts von Bern anders zu gestalten als in den übrigen, viel kleineren Bezirken, mit Kücksicht auf die große Zahl von Geschäften, die im Bezirk Bern zu behandeln sind. Es ist denkbar, daß man für den Bezirk Bern mit seinen nahezu 90,000 Einwohnern zwei Gerichte nebeneinander funktionieren läßt, um die Masse von Geschäften rechtzeitig und im Interesse einer prompten Bezirksjustizpsiege zu erledigen. Um nun nach allen Kichtungen hin ganz freie Hand zu haben, glaubte der Regierungsrat, Ihnen eine etwas weitergehende Fassung des Art. 55 vorschlagen zu sollen, und die Kommission hat dem Antrag des Regierungsrates einstimmig beigepsichtet. Ich beantrage Ihnen daher, den Absat 2 des Art. 55 in der neuen Redaktion zu genehmigen.

Mit der neuen Redaktion des zweiten Absatzes angenommen.

Art. 56—59.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 60.

hirter. Ich stelle keinen Antrag, wünsche aber, daß ins Protokoll auch der zweiten Beratung die Er-

klärung aufgenommen werde, daß die Streichung des frühern Art. 62 nicht den Sinn habe, daß man von andern Fachgerichten, wie Handelsgerichten 2c., nichts wiffen wolle, sondern daß die Streichung nur deshalb erfolgt sei, weil schon der Art. 60 die Möglichkeit biete, solche andere Gerichte zu organisieren.

Dürrenmatt. In diesem Falle möchte ich verlangen, daß im Protokoll auch der bäuerlichen Schiedsgerichte ausdrücklich Erwähnung gethan wird. Man hat es an vielen Orten ziemlich empfunden, daß der frühere Beschluß aufgehoben wurde, wonach auch landwirtschaftliche Gerichte vorgesehen waren. Man nahm damals nur Anstand an dem Ausdruck "landwirtschaftliche Gerichte", aber mit der Sache selbst war man einverstanden. Wenn nun der Handelsgerichte im Protokoll Erwähnung gethan werden soll, so verlange ich, daß auch der bäuerlichen Gerichte Erwähnung gethan wird. Man hat dieselben nötig, gerade mit Kücksicht auf die vielen neuen landwirtschaftlichen Genossenschaften, sowie auch zur Ordnung des Flurz und Marchwesens 2c.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Es war durchaus die Meinung der Kommission, daß man nach beiden Richtungen hin freie Hand haben solle.

Mit den beantragten Protofollnotizen angenommen.

Art. 61 und 62.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 63.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte nur einige erläuternde Bemerkungen anbringen. Es ist in diesem Artikel vom Gemeindebürgerrecht die Kede, indem gesagt ist, das Gemeindebürgerrecht die Kede, indem gesagt ist, das Gemeindebürgerrecht bilde die Grundlage des Kantonsbürgerrechts. Weiter wird beigesügt: "Die Bestimmungen über den Erwerd des Bürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe, sowie über den öffentlich=rechtlichen Inhalt des Gemeindebürgerrechts sind Sache der Gesetzebung. Vorbehalten bleiben die bundesrechtlichen Vorschriften über das Schweizerbürgerrecht." Man hat hier nicht die Burgergemeinden im Auge, wie sie gegenwärtig bestehen. Wenn man im Jahre 1833 statt die Einwohnergemeinden die Burgergemeinden geöffnet hätte, dann könnte man allezdings sagen: Wir wollen in dieser Beziehung weiter gehen und auf dem Wege der Gesetzgebung die Oessung der Burgergemeinden durchsühren. Man hat aber damals die Burgergemeinden belassen, wie sie sind, und neben dieselben die Einwohnergemeinden gestellt. Infolge dessen haben sich unsere Gemeindeverhältnisse zweispurigkeit nicht wieselt, und wir können heute die Zweispurigkeit nicht

mehr aufheben, sondern wir muffen, wenn wir ein neues erweitertes, auf der Dauer des Wohnfiges beruhendes Bürgerrecht gründen wollen, neue Gemeinden freiren, ein neues Burgerrecht — nicht mehr Burgerrecht. Das Schweizerburgerrecht beruht auf dem Rantonsburgerrecht und diefes lettere wiederum auf dem Gemeindebürgerrecht, aber es ist nicht gesagt, daß es auf dem Burger= recht in den alten Burgergemeinden beruhen muffe. Wir haben deshalb ausdrücklich ftatuiert, daß das Gemeindebürgerrecht die Grundlage des Kantonsbürgerrechtes bilde und daß in Bezug auf die Erwerbung des Bürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe die Gesetzgebung das wei= tere statuieren werde. Diefer Artitel berührt also die Burgergemeinden nicht und ich wollte das betonen, damit man nicht glaubt, man wolle hier einen Artikel ein= schmuggeln, wonach man auf dem Wege der Gesetzgebung die Burgergemeinden aufheben oder schädigen konnte. Es ist das durchans nicht unsere Absicht, und es wird des= halb lediglich vom Gemeindebürgerrecht gesprochen, das identisch ist mit dem Heimatrecht. Ich wollte diese Bemerkung anbringen, weil ich darum ersucht worden, in-bem gesagt wurde, es sei gut, wenn man dies im Großen Rate ausdrücklich sage zur Beruhigung derjenigen, welche fonft glauben konnten, man werde fpater vielleicht Burgerrecht mit Burgerrecht verwechseln.

Angenommen.

Art. 64-66.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 67.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Die vorgeschlagene neue Fassung des zweiten Sates des zweiten Absates ist nur eine redaktionelle Aenderung. Im Entwurf der ersten Beratung heißt es: "Die bisherigen Leistungen der allgemeinen burgerlichen Nutzungsgüter an die Armenpslege ihrer Angehörigen dürfen jedoch nicht vermindert werden." Das war nicht ganz korrekt auszgedrückt, indem Nutzungsgüter keine Angehörige haben. Es muß in korrekter Beise gesagt werden: "Die bisherigen Leistungen der burgerlichen Korporationen an die Armenpslege ihrer Angehörigen dürsen nicht vermindert werden." Inhaltlich tritt keine Aenderung ein.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Ich bin mit der neuen Redaktion ganz einverstanden und möchte nur noch ersuchen, im letten Alinea das Wort "nutzungsberechtigter" zu streichen, indem dasselbe hier gar keinen Sinn hat. Man will ja nicht auf dem Wege der Gesetzebung die Burgergemeinden zwingen, neue Aufnahmen vorzunehmen, sondern man will ihnen in dieser Beziehung völlig freie hand lassen, ob sie Autzun-

gen beziehen oder nicht. Hier in Bern werden wir hoffentlich in nicht ferner Zeit keine Augungen mehr beziehen; aber dessen ungeachtet wird die Burgergemeinde Burger aufnehmen können, ja ich glaube, sie wird noch mehr Burger aufnehmen als vorher, wenn dieses Augungs-hindernis nicht mehr vorhanden ist. Ich möchte Ihnen also beantragen, das Wort "nugungsberechtigter" zu streichen und im weitern zu sagen: "Die Aufnahme neuer Mitglieder steht den Burgerschaften und burgerlich en Korporationen ausschließlich zu." Es muß ausdrücklich betont sein, damit kein Zweisel besteht, daß nur die burgerlich en Korporationen gemeint sind.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich bin mit der Streichung des Wortes "nugungsberechtigter" einverftanden und möchte nur noch folgendes ertlaren. Es wird mit diesem Sate gefagt : Der Gefetgeber mischt fich nicht in die Aufnahme neuer Mitglieder in den Ber= band der burgerlichen Korporationen im hergebrachten Sinn der Nugungskorporationen; es ist ihre Sache, ob fie jemand aufnehmen wollen oder nicht. Wie es scheint, ist die Befürchtung aufgetaucht, daß der neue Gemeinde-burger zwar nicht nugungsberechtigter Burger werde, wenn er nicht durch die Korporation ausdrücklich als folder anerkannt werde, wohl aber ftimmberechtigtes Mitglied in burgerlichen Rugungsangelegenheiten, fo daß er bazu beitragen könnte, durch Mehrheitsbeschluß einen llebergang bes burgerlichen Bermögens an die Gemeinde, gemäß Urt. 69, zu bewerkstelligen. Diefer Befürchtung tritt man mit Weglaffung bes Wortes nugungsberechtig-ter entgegen, indem damit beutlich gefagt ift, jede Aufnahme neuer Mitglieder stehe den betreffenden Korporationen ausschließlich zu. Allein ich habe doch einen Bor-behalt zu machen. Diese Burgerschaften erscheinen in Zukunft wesentlich nur noch unter dem Gesichtspunkt der Bermaltung und bes Eigentums an ihrem Bermögen; fie stehen nicht mehr im Zusammenhang mit dem Gemeindebürgerrecht nach seiner öffentlich=rechtlichen Seite hin. Die zukunftige Gefetgebung wird - ich möchte bas ausdrücklich betonen, damit nach keiner Seite hin ein Migverständnis über die Ordnung des Gemeindebürgerrechts obwaltet — soweit sie mit dem hier behandelten Sat im Zusammenhang steht, entweder extlären muffen: Gemeindeburger find unter anderm die bisherigen Burger des Ortes und deren Rachkommen, nicht aber auch solche Personen, die von den Augungskorporationen in ihren Berband aufgenommen werden; denn das Rugungs= recht hat mit dem Gemeindeburgerrecht teine Beziehung mehr. Oder aber man wird, was richtiger ift, fagen : Ihr feid in der Aufnahme neuer Mitglieder frei, aber ihr feid nicht frei in der Auswahl derfelben, ihr durft nur solche Personen aufnehmen, welche gleichzeitig Ge-meindebürger find; denn es wäre doch widernatürlich, wenn die Burgerschaften beliebige Personen aufnehmen und fie dann berjenigen Gemeinde, welche für das Bor= mundschaftswesen und eventuell auch für die Armenpflege zu forgen hat, auf diesem Wege gewiffermaßen über-binden würden. Ich denke, es wird gegen diese Auffassung nichts eingewendet werden können. Man tritt damit der Berechtigung ber Burgerschaften, als vermögensrechtliche Rorporationen gedacht, in keiner Weife entgegen. So viel zur Erläuterung der hierseitigen Auffaffung diefer Frage.

M. Daucourt. Mon intention était d'abord de vous

demander purement et simplement d'en revenir au texte de l'ancien art. 69, par lequel les bourgeoisies étaient tenues, dans l'ancien canton comme dans le Jura, de rembourser les frais d'assistance de leurs ressortissants pauvres à la commune de domicile.

Mais je crains de me butter à ce qui semble devenu une impossibilité, depuis surtout le vote dela commission des 40 qui a rejeté la proposition d'un de mes collègues jurassiens renouvelant cet amendement. Dans ces conditions, je fais deux propositions éventuelles, l'une qui tendrait à supprimer la disposition qui a remplacé, à l'art. 67, l'ancien art. 69, c'est-à-dire cette phrase du 2º alinéa: « On ne pourra toutefois diminuer la mesure dans laquelle les biens généraux de bourgeoisie sont aujourd'hui mis à contribution pour l'assistance des bourgeois » ou éventuellement encore, dans le cas où vous voudriez absolument dire quelque chose des obligations des bourgeoisies, je demande que l'art. 67 soit renvoyé à la commission pour trouver une formule qui corresponde mieux au principe inscrit à l'art. 90, d'une « équitable répartition des charges de l'assistance ».

Je pense pouvoir dire sans offenser personne que l'art. 67, tel qu'il est rédigé maintenant, pose un principe d'inégalité, et j'ajouterai, d'injustice. D'inégalité. Et pourquoi? Parce que cet article consacre un dualisme dans l'assistance publique à un triple point de vue. Il y aura en effet des bourgeoisies qui seront obligées de rembourser à la commune de domicile les frais d'entretien de leurs pauvres ressortissants. D'autres communes en seront dispensées. Cela fera deux catégories distinctes de bourgeoisies. Vous maintenez deux systèmes d'assistance complètement différents: l'un sera en vigueur dans 25 communes de l'ancien canton et dans le Jura, tandis que dans les autres il n'y aura que l'assistance de la commune de domicile. Enfin, je note encore un dualisme dans l'administration de l'assistance bourgeoisiale; elle sera double: d'abord, celle de la bourgeoisie, puis à côté d'elle celle de la municipalité.

Avec l'article 67 tel qu'il vous est proposé, vous n'aurez donc pas fait un pas vers l'unification de l'assistance, ou plutôt, vous aurez fait un pas en arrière dans l'unification morale du canton. Car c'est ici qu'éclate l'injustice dont j'ai parlé tout à l'heure: en créaut deux sortes de bourgeoisies, plusieurs bourgeoisies de l'ancien canton qui possèdent de la fortune — cette fortune se monte au total de 58 millions, y compris bien entendu les fonds considérables des abbayes bernoises — plusieurs bourgeoisies, dis-je, pourront continuer à répartir des dividendes entre leurs membres, distribuer des revenus à leurs ressortissants même riches, alors que l'assistance de leurs pauvres tombera ailleurs à la charge de la commune de domicile et de communes peutêtre déjà obérées. Est-ce cela qu'on appelle une « équitable répartition des charges »?

Savez-vous combien, nous, Jurassiens, nous dépensons pour l'assistance de nos pauvres? En 1891, d'après le rapport officiel, nous avons dépensé 240,600 fr. Or, l'intérêt du fonds des pauvres calculé au 4 % ne produit que 131,610 fr. C'est donc, si l'art. 67 est adopté, 109,000 fr. que les corporations jurassiennes devront continuer à prendre

sur leurs revenus des biens généraux, chaque année, alors que les communes de l'ancien canton, sauf 25, seront libérées de prestations semblables.

Il y aura ainsi pour le Jura triple charge: les bourgeois, d'abord, auront à contribuer, sinon plus, du moins autant qu'aujourd'hui à l'entretien de leurs pauvres, de ceux-là même qui habiteront dans les communes de l'ancien canton où les bourgeoisies ne font rien ou à peu près rien pour les leurs. Puis, nous aurons l'impôt des pauvres dont les bourgeois paieront aussi leur part, impôt que le Jura ne connaissait pas. Enfin les municipalités devront ellesmêmes grever annuellement leur budget d'une somme considérable pour entretenir non seulement les pauvres qui tomberont à leur charge, mais quelquefois aussi les pauvres bourgeois de l'ancien canton, résidant dans le Jura, alors que les nôtres seront entretenus aux frais des bourgeoisies.

Le Jura, messieurs, ne demande pas une faveur, il ne demande que l'égalité. Oui, l'égalité....., car, ou bien il faut rétablir l'ancien art. 69 qui établissait une règle uniforme pour les bourgeoisies, en les obligeant toutes à rembourser; ou bien, si vous ne voulez pas imposer cette charge aux vôtres, il faut la supprimer pour toutes indistinctement, afin de ne pas établir à l'art. 67 une exception au détriment de 25 bourgeoisies de l'ancien canton et de toutes

celles du Jura.

Ici, je ne parle pas en bourgeois égoïste, car la bourgeoisie de Porrentruy, à laquelle j'appartiens, ne répartit absolument rien entre ses membres. Je parle en citoyen d'un pays qui a le droit de réclamer égalité et justice.

L'art, 85 de la Constitution actuelle assure aux Jurassiens que « la nouvelle partie du canton ne sera pas atteinte par l'augmentation des dépenses faites pour les pauvres dans l'ancienne partie du canton. »

Nous savons bien que par l'unification de l'assistance, le Jura va être atteint: nous savons qu'elle ne s'accomplira pas sans sacrifices, et nous sommes prêts à en faire. Toutefois, nous n'entendons les faire que dans une juste mesure. Au reste, dans le message que vous-mêmes, messieurs, avez adressé au peuple le 24 mai 1892, ne dites-vous pas ceci: «L'Etat prendra des mesures pour supprimer autant que possible les causes du paupérisme et répartir équitablement les charges de l'assistance. L'exécution de ces principes sera réglée par la loi.»

Dans le projet constitutionnel que nous discutons, l'art. 90, qui reproduit textuellement cette partie du message, prévoit le même principe, et l'art. 67 le méconnaît déjà. Si le principe d'une équitable répartition des charges est déjà violé par la Constitution, que sera-ce de la loi qu'on nous annonce?

Je veux en terminant m'inspirer d'une parole que M. Eggli, au nom du gouvernement, prononçait le 26 septembre 1888 au Grand Conseil, parole très digne, se rapportant précisément à la question de l'assistance. Il s'agissait de reviser l'art. 85 de la Constitution: «Aujourd'hui, disait M. Eggli, c'est le Jura qui voit la revision se faire à son détriment: une autre fois, les choses pourront changer de face, et c'est peut-être l'Emmenthal qui en pâtira. Ne rompez donc pas le lien de solidarité qui unit les diffé-

rentes parties du canton et qui a sauvegardé jusqu'ici l'unité politique de notre pays. >

Ainsi, j'ai l'honneur de vous prier de rétablir l'égalité de traitement pour toutes les parties du canton dans cette question de l'assistance. Au cas où vous vous refuseriez décidément à imposer aux bourgeoisies de l'ancien canton comme à celles du Jura l'obligation de rembourser les frais d'entretien de leurs pauvres, ce que le gouvernement proposait en premier débat, supprimez l'exception à l'art. 67 au désavantage de nos seules communes bourgeoises, ou encore veuillez prier les autorités préconsultatives de trouver une formule conciliatrice, et pour peu qu'elles y réussissent, nous nous déclarons tout disposés à joindre notre voix à la vôtre.

Dr. Schwab. Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es bloß, um zu konstatieren, daß der frühere Art. 69 von vielen jurassischen Großräten als ein Mittel zur Verständigung betrachtet wurde. Ich bedaure, daß dieser Artikel gestrichen wurde. Wir werden aber suchen, eine neue Brücke aufzuschlagen, damit wir doch zur Einsheit gelangen können. Wir werden morgen darüber sprechen.

In der ersten Beratung wurde bei Behandlung des Art. 67 konstatiert, an Hand des Berwaltungsberichtes der Armendirektion für das Jahr 1891, daß einzelne Aemter keine Zuschüffle für den Unterhalt der Rotarmen liefern. Unter andern wurde das Amt Trachselwald genannt. Seither ist durch Bermittlung des Herrn Bühlemann konstatiert worden, daß in den Gemeinden Dürrenroth, Eriswyl, Huttwyl, Lügelssüh, Sumiswald und Wysachengraben während einer Reihe von Jahren Zuschüffle für die Notarmenkasse gemacht worden sind. Ich habe also in der ersten Beratung einen Irrtum des gangen; aber dieser Irrtum beruht auf einem großen Irrtum des Berwaltungsberichtes der Armendirektion. Die Herren Großräte aus dem Amt Trachselwald werden meine Entschuldigung gewiß als eine gültige annehmen. Andererseits sollte darnach getrachtet werden, daß man die ofsiziellen Berichte der Regierung als richtig betracheten kann.

M. Stockmar, conseiller d'Etat. J'appuie en première ligne la proposition de M. Daucourt qui faciliterait une solution équitable.

Mais il ne faudraît pas faire les choses plus noires qu'elles ne sont et donner à l'art. 67 une interprétation qu'il ne comporte pas. L'art. 67, tel qu'il vous est soumis avec la nouvelle rédaction, ne peut avoir qu'un sens, celui-ci: c'est que lorsque les communes bourgeoises qui ont actuellement l'administration de l'assistance voudront la céder aux communes municipales, elles ne pourront le faire qu'en fournissant aux municipalités un capital équivalant à celui que représentent aujourd'hui leurs prestations.

Cet article donne aux municipalités du Jura les garanties qu'elles demandent pour le cas où, ensuite de la nouvelle loi sur l'assistance, les bourgeoisies leur céderaient l'assistance de leurs ressortissants. Quant au reste, les communes du Jura seront évidemment sur le même pied que celles de l'ancien

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Ich habe die Sache nicht anders aufgefaßt. Ich habe mit verschiedenen herren aus dem Jura gesprochen und kann nicht begreifen, daß man glaubt, es trete da irgend eine Menderung ein. Es bleibt einfach beim bisherigen Bu= ftand bis ein neues Armengefet tommt. Ift das lettere ber Fall, dann wollen wir mit einander reden. Ich bin überzeugt, daß es dabei durchaus nicht zu Konflikten mit ben Burgergemeinden tommen wird, sondern es wird das neue Armengesetz auf dem Boden einer allgemeinen Verständigung durchgeführt werden muffen. Ich glaube, es werde das gar nicht fo schwierig sein; denn die Differenzen, die wir heute haben, find nur entstanden infolge ber beiden gang contraren Syfteme, die zur Stunde im Ranton Bern gelten. Wenn auf beiden Seiten alle fundigen Leute das Ihre zu einer richtigen Lösung beitragen, so mußte es doch merkwürdig zugehen, wenn man sich nicht auf ein richtiges System verständigen könnte. Aber heute schon, wo es sich noch nicht um die Ausführung handelt, fondern wo man bloß die Möglichteit dazu ichaffen will, alle möglichen Schreckgespenfte ju sehen, halte ich nicht für richtig. Die Sauptsache ift heute, daß wir einmal freie Sand erhalten. Dies soll geschehen burch bie Berfaffungsrevifion, und wenn das der Fall ift, bann benke ich, das Bernervolk werde fo viel Berftand haben, daß es nicht etwas Unvernünftiges genehmigen wird. Auch der Große Rat seinerseits wird diesen Berftand haben. Man braucht alfo feine Befürchtungen zu hegen. Es ist dafür geforgt, daß die Bäume nicht in ben himmel wachsen, und namentlich im Kanton Bern geht man nicht im Laufschritt vorwärts.

M. Folletête. Il n'est pas douteux que la rédaction du passage de l'art. 67 dont on a demandé la suppression et qui a été modifiée par la commission du Grand Conseil, laisse prise à une double interprétation qui a produit dans les contrées jurassiennes une sensation pénible à laquelle il fallait nécessairement s'attendre.

L'on s'est dit dans le Jura: l'assistance appartient aux communes bourgeoises, et si dans la loi future sur l'assistance, dont nous allons poser les bases, l'assistance passe de la bourgeoisie à la municipalité, il est à craindre que nous ayons dans le Jura une double assistance, l'une par la commune de bourgeoisie, l'autre par la commune de domicile. Voilà les craintes qui se sont emparées des esprits. Il y a un inconvénient à mettre en regard l'art. 67 avec l'art. 90; il faut y obvier, puisque nous cherchons l'unification de l'assistance. Il ne faut pas qu'il soit possible de porter atteinte au principe d'équité qui doit toujours nous guider; il faut faire disparaître tous les doutes qui pourraient surgir dans les esprits.

Je viens d'entendre avec une satisfaction très certaine les explications de M. Stockmar provoquant celles du rapporteur du gouvernement et celles du rapporteur de la commission. C'est donc ainsi qu'on l'entendrait, mais si c'est ainsi, et je veux le croire, il faut le dire en termes clairs, précis, et voici l'adjonction que je propose à l'article 67, — c'est une modification de rédaction tout à fait nécessaire:

Les corporations bourgeoises en cédant l'administration de l'assistance à la municipalité ne pourront

pas contribuer dans une mesure moindre que jusqu'à présent à l'assistance de leurs ressortissants pauvres.

Voilà qui me paraît présenter toute la clarté

désirable, à moins qu'on ne trouve une formule meilleure pour donner essor à notre désir et afin d'éviter surtout toute interprétation double et dangereuse.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Es macht mir ben Gindruck, als ob eine Berftandigung gefunden werden könnte. Im Artikel 69, den herr Daucourt wieder aufnimmt, war ausdrücklich gesagt: "Bereinbarungen, burch welche diese Rückerstattungspflicht abgelöst wird, unterliegen der Genehmigung des Staates." Der Regierungsrat hat sich also gedacht, die Pstlicht der Burgergemeinden, an die Armenpflegekoften der Ginwohnergemeinden, beziehungsweise ber neuen Beimatgemeinde, für ihre Angehörigen einen Beitrag zu leiften, brauche fich nicht für alle Zeit nach dem Syftem zu vollziehen, bas gegenwärtig im alten Kanton, geftütt auf das Armen-gefetz von 1857, praktiziert wird, wonach diefe Beiträge an alle Gemeinden, in welchen burgerliche Armengehörige verpstegt werden, verschieft werden muffen. Die Hauptsfache ift eine hinreichende Dotation der vorhandenen Armengüter, und wenn deren Ertrag hinreichen würde, um die gesamten Kosten der Armenpstege zu decken, so brauchte man fich nicht nach andern Mitteln umzusehen. Man muß also barnach trachten, die Armengüter der Gemeinden möglichft zu äufnen. Run hat man fich gedacht und hat dies in Art. 69 ausgesprochen, daß die Gemeinden die Rückerstattungspflicht dadurch ablösen können, daß sie gestützt auf eine billige und richtige Durchschnittsberechnung eine entsprechende Summe aus bem burgerlichen Vermögen an das Armengut abtreten, wodurch bie Burgergemeinde für alle Zeiten gegenüber der Gemeindearmenpflege liberiert werde. Diefer Gedanke läßt fich aber auch ganz gut, wie Herr Folletête gewünscht hat, nur vielleicht in etwas anderer Fassung, mit dem vorliegenden System verbinden. Ich will nicht wiederholen, was herr Kollega Stockmar bereits ausgeführt hat. Die ganze Frage berührt eigentlich die meisten Gemeinden des Amtsbezirks Pruntrut nicht; denn es ist ja klar und im Bericht ausdrücklich hervorgehoben worden, daß da, wo gemischte Gemeinden bestehen und diese aus dem Ertrage ihres Bermögens vor allem aus für alle öffent= lichen Lasten auftommen muffen, also auch für die Rosten der Armenpflege innerhalb der Gemeinde, diese gemischten Gemeinden nicht noch in Anspruch genommen werden können, an einem zweiten, britten und vierten Ort für burgerliche Angehörige ju bezahlen. Aber der übrige Jura und ebenso ber alte Ranton ift an der Frage intereffiert. Man wird allfeitig anerkennen muffen, daß die Lösung der Frage durch Dotation des Armenguts, womit die Leiftungen der bisherigen Burgergemeinden erfüllt find, die einzig rationelle sein kann. Bon diesem Momente weg kann aber eine Befürchtung, wie sie von Herrn Daucourt ausgesprochen worden, absolut nicht mehr Plat greifen. Die Burgergemeinde hat das Ortsarmengut hin= reichend botiert und damit hort jede Leistung an britte Orte auf. Ich wäre daher meinerseits - Redaktion vor-behalten, benn ich glaube, die Redaktion des herrn Folletête muffe noch etwas unter die Loupe genommen werden, mit bem Spftem, das von Seite ber beiben Berren Ruraffier postuliert wird, einverstanden; es enthält den nämlichen Gedanken, den man im frühern Artikel 69 ausgesprochen hatte und der einzig eine rationelle Löfung biefes verquickten Berhaltniffes gwischen Burgergemeinden und neuen Beimatgemeinden ermöglicht.

M. Daucourt. Je ne veux pas allonger le débat, mais j'ai encore quelques observations à faire; l'une est suscitée par les paroles de M. Stockmar, qui prévoit le cas où les communes bourgeoises jurassiennes céderaient aux communes municipales leurs fonds des pauvres.

Où voyez-vous dans la Constitution que cette cession soit autorisée? Je n'y vois, pour mon compte, rien de pareil. Qu'on me cite l'article prévoyant que les communes bourgeoises pourront se décharger de l'assistance en cédant tout ou partie du capital qui y est destiné? L'art. 69 dit bien que « les bourgeoisies et les corporations bourgeoises sont autorisées à abandonner leurs biens à la commune sous certaines réserves »; mais il s'agit ici d'un abandon général de leur fortune, et non pas du cas spécial qui nous occupe. Toutes ces appréciations diverses prouvent que la question qui fait l'objet de l'art. 67 n'est pas suffisamment élucidée et qu'une formule plus claire s'impose dans la Constitution.

Encore une objection, — car c'est le moment de vider la question. On peut admettre que les corporations bourgeoises ne consentiront pas à céder leurs fonds des pauvres et préféreront conserver l'assistance de leurs ressortissants pauvres. C'est comme une famille qui vient en aide à ceux de ses membres se trouvant dans le malheur; ces derniers ont intérêt à être assistés par la famille plutôt que par d'autres. Si donc les bourgeoisies comprennent leur devoir, la plupart d'entr'elles n'abandonneront pas l'assistance à la municipalité. Or, dans ce cas, que se passera-t-il? Je crains que M. Stockmar ne se fasse illusion. Nous serons obligés, comme par le passé, de contribuer au moins dans la même mesure, à l'entretien de nos ressortissants pauvres. Si le système qu'on propose était appliqué, et que nous ayons par exemple 40, 50, 100 ressortissants pauvres de l'ancien canton dans le Jura — ou vice versa ou bien nous devrions les assister, ou il faudrait rembourser aux communes de l'ancien canton les dépenses qu'elles pourraient avoir faites pour nos ressortissants.

Les communes bourgeoises de l'ancien canton ne tombent pas sous le coup de l'art. 67, puisque la plupart n'ont pas l'assistance bourgeoise. L'art. 69 la leur imposait, en ce sens que les communes bourgeoises qui possèdent des biens généraux de jouissance auraient été tenues dans l'ancien canton également de rembourser en proportion de ces biens les frais d'entretien de leurs ressortissants pauvres. Du moment où l'on a écarté cet article, c'est évidemment qu'on a vould dispenser les bourgeoisies allemandes de cette obligation, autrement le compromis dont on parle ne significait rien. Or, cette inégalité doit disparaître. Et quoi qu'on dise, je ne vois pas où l'on trouve dans le projet une disposition qui permette à une commune bourgeoise de ceder simplement son fonds des pauvres à la municipalité. Si elle veut en arriver là, elle n'a d'autre ressource que l'art. 69 actuel qui l'oblige alors à céder tous ses biens, sauf certaines réserves spéciales. Donc, il faut en tout état de cause que l'art. 67 retourne au Gouvernement et à la commission pour être complété et précisé.

M. Stockmar, conseiller d'Etat. M. Daucourt demande où nous voyons dans la Constitution que les bourgeoisies pourront céder l'administration de l'assistance à la municipalité. Cela est indiqué implicitement dans l'article qui supprime la garantie accordée au Jura par l'art. 85 actuel, dans l'article qui dit qu'il y aura une législation unique de l'assistance pour tout le canton.

Il est possible que la loi future supprime purement et simplement l'assistance bourgeoise, mais il est plus probable qu'on maintiendra l'organisation actuellement en vigueur dans l'ancien canton, et qui permet aux bourgeoisies de conserver l'assistance de leurs ressortissants. Les bourgeoisies du Jura ne pourront pas prétendre qu'elles sont lésées par une disposition dont elles seront libres de bénéficier ou de ne pas bénéficier.

Pour reprendre l'exemple cité, lorsque de Köniz on viendra à Tavannes réclamer des contributions à la bourgeoisie, Tavannes répondra, si c'est le cas, que l'administration de l'assistance a été cédée à la municipalité, et la bourgeoisie ne sera tenue quedes contributions fixées d'avance par la loi, comme

aujourd'hui.

M. Daucourt se trompe donc quand il dit que ces mesures ne seront pas appliquées dans le Jura de la même façon que dans l'ancien canton.

Bühlmann. Die ganze Distuffion ift mir fehr unverständlich. Was man mit dem Art. 67 bezweckt, ift fehr einfach. Man fagt: Bis wir ein neues Armengefet haben, dürfen die bisherigen Leiftungen der Burgerge= meinden nicht vermindert werden, weil dies das Minimum ift, was von denfelben an das Armenwesen geleiftet werden muß. Alles, mas man weiter in diefen Artifel aufnehmen will, gehört gar nicht hieher, sondern zur Löfung der Armenfrage in einem späteren Armengefet. Dort muß die Frage gelöst werden, wie man die Burger= gemeinden beiziehen und wie man die Hulfsmittel beschaffen will. In der Berfaffung wollen wir bloß die Garantie aufstellen, daß die bisherigen Leistungen der Burgergemeinden nicht reduziert werden dürfen; es handelt fich noch nicht darum, wie es im Jura gehalten sein soll, wenn eine Burgergemeinde ihr Armenwesen an die Einwohnergemeinde übergehen lassen will. Jedenfalls ist ein folcher Nebergang zulässig und herr Daucourt befindet fich im Frrtum, wenn er fagt, es bestehe keine Garantie dafür, daß eine solche Maßregel zuläffig sei. In Art. 69 ist ausdrücklich gesagt, daß die Korporationen berechtigt seien, ihr Vermögen an die Gemeinde abzutreten; es kann kein Zweifel sein, daß sich dies nur auf das Armen-wesen beziehen kann. Die Burgergemeinde kann ihr Vermögen an die Ginwohnergemeinde übergehen laffen und fich auf diefe Beife von ihrer Armenunterstützungspflicht loskaufen. Das ist also unter allen Umständen zulässig. Geschieht dies, so ist der in Art. 67 ausgesprochene Grundsatz wieder der nämliche: Es fällt für die betreffen= ben Burgergemeinden der außerordentliche Beitrag an bas Armenwesen ber Einwohnergemeinde dahin und fie hat nur an die Armenpflege auswärtiger Angehöriger so

viel beizutragen, als sie Nutungsgut zu beziehen haben. Ich glaube also, die Fassung des Art. 67 sei eine durch= aus klare, und ich möchte sehr warnen, eine neue Redaktion anzunehmen, über deren Tragweite man nicht klar ist.

Dr. Brunner, Berichterstatter ber Kommission. Ich fürchte, wenn wir nach den verschiedenen Voten nun sofort zur Abstimmung schreiten, daß das Resultat ein solches wäre, das viele nicht befriedigen würde. Fast jeder Redner saßt die Sache etwas anders auf. Ich glaube daher, es sei angezeigt, den Artikel an die Kommission zurückzuweisen. Wir werden dann in der Kommission sehen, daß wir uns verständigen können und Ihnen morgen einen Antrag bringen, der allen konveniert.

Der Große Rat pflichtet der Ordnungsmotion des Herrn Dr. Brunner stillschweigend bei.

Präsibent. Ich möchte noch folgende Anregung machen. Sie sehen, daß Migverständnisse bestehen, und um sich zu verständigen, wäre es das beste, wenn die Herren Daucourt und Schwab zu der Kommissionssitzung beigezogen würden. Ich frage an, ob Sie damit einverstanden sind, daß die Kommission durch diese zwei Mitglieder verstärkt wird?

Einverftanden.

Die Beratung wird hier abgebrochen.

Auf Antrag bes Prafibiums wird befchloffen, bie folgenden Sigungen mogens um 8 Uhr zu beginnen.

Schluß der Sitzung um 12 Uhr.

Der Redaktor: Und. Schwarz.

Dritte Sigung.

Mittwoch den 26. April 1893,

morgens 8 Uhr.

Vorsitzender: Prafident Ritschard.

Der Namensaufruf verzeigt 216 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 54, wovon mit Entschuldigung: die Herren Aegerter, Arm, Benz, Biedermann, Coullery, Fahrnh, Ghgar (Bleienbach), Habegger (Bern), Häberli (Narberg), Hofer (Langnau), Iten, Michel (Interlaten), Moser (Herrogenbuchsee), Nägeli, Dr. Schenk, Schüpbach, Stämpsti (Bern), Sterchi, v. Werdt; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Anken, Beguelin, Belrichard, Beutler, Blatter, Boh, Clemençon, Friedli, Glaus, Grieb, Haldimann (Eggiwhl), Hennemann, Heß, Hilbrunner, Horn, Hostettler, Howald, Kaiser, Klohner, Kohli, Lehmann, Mägli, Marvlf, Marti (Mülchi), Minder, Neiger, Prêtre, Kenfer, Koth, Ruchti, Sahli, Thönen, Tschiemer, Ziegler.

Das Protokoll ber gestrigen Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

Tagesordnung:

Wahl eines Regierungsftatthalters von Burgdorf.

Borfcläge bes Amtsbezirts:

Spridinge nes autonefitie

- 1. herr Schar, Rotar in Wynigen;
- 2. herr Albert Roller, Gerichtsprafident in Burgborf.

Borfcbläge bes Regierungsrates:

- 1. herr Fürsprecher Morgenthaler, Umtsvermefer in Burgborf;
- 2. herr Großrat howald in Oberburg.

Mit 151 von 154 gultigen Stimmen wird im erften Wahlgange gewählt:

herr Notar Schar, Amterichter in Wynigen.

Naturalisationen.

Auf den Antrag des Regierungsrates werden bei 147 gültigen Stimmen (*/s= Mehrheit: 98) folgende in Nr. 24 der Beilagen zum Tagblatt von 1893 näher bezeichnete Personen ins bernische Landrecht aufgenommen, mit dem Borbehalte jedoch, daß die Naturalisation erst mit der Zustellung des Naturalisationsaktes in Wirksamkeit tritt, nämlich:

1. Fr. Malet, aus Galizien (Defterreich), Schriftfetzer in Bern, mit 111 Stimmen.

2. A. Martin, Franzose, Uhrmacher in Sonvillier, mit 129 Stimmen.

3. Brüder Colombo (minderjährig), aus Italien, in Biel und Courtelary, mit 132 Stimmen.

4. G. Boney, aus Luzern, Rentier in Bern, mit 134 Stimmen.

Staatsverfassung des Kantons Bern.

3 weite Beratung.

(Siehe Seite 185 hievor).

Zurückgewiesener Art. 67.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission hat diesen Artikel nochmals beraten und alle hier gefallenen Anträge in Erwägung gezogen. Schließlich einigte sich die Mehrheit der Kommission dahin, es beim zweiten Alinea zu belassen, im Protokoll aber anzumerken, daß dasselbe den Sinn habe, daß die Bestimmung auch gelte, wenn die Armenpslege von der Burgergemeinde an die Wohnsitzgemeinde übergehe. Herr Gobat hat diesen Antrag bereits gestern in der Plenarberatung gestellt und ihn gestern in der Kommissionssitzung wieder ausgenommen. Neue Gesichtspunkte wurden nicht geltend gemacht und deshalb werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich mich darauf beschränke, den Antrag zu stellen, Sie möchten das zweite Alinea belassen, wie es ist und gleichzeitig im Sinne des Antrages des Herrn Gobat sich mit einer Protokollbemerkung einverstanden erklären.

Burkhardt. Aus der gestrigen Kommissionssitzung war zu entnehmen, daß die Jurassier in Bezug auf diesen Artikel selber nicht einig find. Die einten wollen in Artikel 67 den von der Kommissionsminderheit früher aufgegriffenen Sat deswegen aufnehmen, um die Burgergemeinden dazu anhalten zu können, die Armenpslege

boll und gang zu übernehmen. Undere herren Juraffier fagten: Wir wollen aber doch nicht mehr beitragen als die Burgergemeinden des alten Kantons; wir wollen gleich geftellt fein. Beide Meinungen der herren Juraffier konnen wir in einem neuen Armengeset, wenn der Artikel 67 so bleibt, nicht berücksichtigen. Entweder volle Ruckerstattung oder ein Beitrag, wie es im alten Kanton ift! Für das eint oder andere muß man sich entscheiden, und dann steht denjenigen Burgergemeinden, welche glauben, die Sache sei nicht nach ihrem Sinne gegangen, das Recht zu, Rekurs zu ergreifen. Ich glaube deshalb, man sollte das zweite Alinea streichen. Es wurde einzig von herrn Eggli verteidigt wegen seiner staatsrechtlichen Bebeutung. Er fagte, wenn wir diefen Sat nicht aufnehmen, fo konnen wir die Burgergemeinden überhaupt nicht für das Armenwesen herbeiziehen, indem, wenn fie opponieren würden, das Bundesgericht zu ihren Gunften entscheiden wurde. Ich bin nicht Rechtsgelehrter, habe aber diefe Auffaffung nicht. Wenn wir ein neues Armengefet aufftellen und wir uns im Großen Rate verständigen konnen, daß die Bertreter der Burgergemeinden ebenfalls bei-ftimmen, so glaube ich nicht, daß Refurs erhoben wird, so wenig als ich glaube, daß ein solcher Refurs begründet erklart würde. Es ift flar, daß wir nicht ein Armengeset machen tonnen, das die Burgergemeinden in einer Weife herbei= ziehen würde, daß fie fich veranlaßt fähen, den Rekurs zu ergreifen. Ich finde deshalb, man solle nicht einen Sah aufnehmen, der uns geradezu zwingt, vor der Auf-stellung eines Armengesetzes einen Burgerkrieg anzusagnen Wir muffen dafür forgen, daß alle mithelfen konnen, ein neues Armengeset aufzustellen, und deshalb müffen wir vermeiden, daß wir, bevor wir zur Ausarbeitung eines neuen Armengeses schreiten können, den Artikel 67 der Berfaffung wieder revidieren muffen. Wenn Berr Eggli garantieren fann, man konne ein Armengefet ausarbeiten, ohne daß bie juraffifchen Burgergemeinden, fei es von dieser oder jener Richtung, Kefurs erheben können, so bin ich befriedigt; diese Erklärung möchte ich aber befinitiv und bündig haben.

Eggli, Berichterstatter bes Regierungsrats. Es ist allerdings in der 40er Kommission der Antrag gestellt worden, den zweiten Absatz zu streichen. Dieser Antrag wurde aber in erster Linie von Herrn Stadtpräsident Müller gestellt und nach meinen Aussührungen darüber hat Herr Müller erklärt, er lasse den Streichungsantrag fallen. Daraushin hat Herr Burkhardt denselben ausgenommen. Ich verarge es Herrn Burkhardt durchaus nicht, daß er sich über die staatsrechtliche Bedeutung dieses Sates vor der Bundesgerichtsinstanz nicht ganz klar ist, weil es sich hier um eine juristische Frage handelt und diesenigen Personen in erster Linie berusen sind, eine solche Frage zu prüfen, die sich gelegentlich mit derartigen Dingen abgeben müssen.

Herr Burkhardt sagt — und dieses Argument ist allerdings im ersten Moment bestechend — man könne ja jedermann besteuern, um an die Kosten der Armenpstege beizutragen, warum deshalb nicht auch die Burgergemeinden. Herr Burkhardt hat vollständig Recht soweit es sich um die allgemeine Staatssteuer handelt. Auch Korporationen sind steuerpstlichtig, indem sie die Einrichtungen des Staates und den Schutz desselben in gleicher Weise genießen, wie physische Personen. Allein hier handelt es sich nicht um ein allgemeines Besteurungsgeses, dem

die Korporationen mit ihrem Vermögen unterworfen find, sondern es handelt sich lediglich um deren Berbeiziehung zu speziellen Zwecken, und das ift nicht mehr allgemeines Steuerrecht. Man sagt ferner, wenn man die Familienangehörigen eines Berarmten verpflichten könne, in erfter Linie für benselben zu sorgen, so könne man das auch gegenüber den Burgergemeinden in Bezug auf ihre Angehörigen thun. Allein hier fängt der Bergleich schon zu hinken an. Die Rorporationen, die fogenannten juriftischen Bersönlichkeiten, haben eine ganz andere Rechtsexistenz, als die physischen Personen, der einzelne Bürger. Sie haben eine Rechtsexistenz nur mit Rücksicht auf ihre Zweckbestimmung ober im vorliegenden Falle auf die Zweckbestimmung ihres Vermögens; das ist die einzige rechtliche Grundlage für die Existenz einer juriftischen Person. Nun wird im ersten Satz des zweiten Alineas des Artistel 67 gesagt: "Der Ertrag dieses Bermögens wird ferner seiner Bestimmung gemäß verwendet." Wo ist aber diese Zweckbestimmung in der Berkassung normiert? Man findet dieselbe dort nirgends. Einzig im Weset über das Gemeindewesen und in demjenigen über bie Ausscheidung der Gemeindegüter ift gesagt, die Güter sollen nach ihrer Zweckbestimmung zwischen der Einswohners und der Burgergemeinde ausgeschieden werden. Wir sind also auf diese Gesetzesbestimmungen und auf die Ausscheidungsatte verwiesen. In feinem einzigen berselben finden Sie aber den Sag, daß das burgerliche Ruhungsgut zu Zwecken der Armenpflege herbeigezogen werden könne. Wenn Sie daher dem ersten Sat des zweiten Alineas nicht einen zweiten Sat beifügen, wonach die bisherigen Leistungen der Burgergemeinden an die Armenpflege ihrer Ungehörigen nicht vermindert werden durfen, fo fehlt kunftighin die verfaffungsmäßige Grundlage, um die allgemeinen Burgergüter zu den Koften der Armen-pflege herbeiziehen zu können. Die Sache ift demnach so: Wenn dieser Vorbehalt in Artikel 67 nicht gemacht wird, so ristieren Sie, daß auf Rlage ber hinterften Burger-gemeinde hin der Große Rat Unrecht erhält, wenn er ohne denselben das allgemeine Burgergut zu den Lasten der Armenpstege im Gesetz herbeiziehen will, wie er ja schon einmal vor der Klage einer kleinen Gemeinde am Rurzenberg, die taum im ftande ift, einen vollständigen Gemeinderat aufzustellen, in einer andern tonftitutionellen Frage zum Rreuze friechen mußte. Seien Sie also vorsichtig und forgen Sie dafür, daß wir auch in Zukunft für eine richtige Lösung dieser Frage die verfassungs= regelmäßige Grundlage haben.

Da ich hierüber gerade das Wort habe, so möchte ich, ohne einen Antrag zu stellen, noch einen Punkt zu überlegen geben, ob nämlich nicht durch eine etwas andere Fassung das nämliche erreicht und zugleich die bestehenden Besürchtungen etwelchermaßen gemildert werden könnten. Wir sagen, die disherigen Leistungen der Burgergemeinden dürsen nicht vermindert werden. Dieser Sat wird, wie mir von kompetenter Seite mitgeteilt worden ist, auch so aufgesaßt, daß einer Burgergemeinde gegenüber auf diesenige Jahresleistung abgestellt würde, die sie in einem bestimmten Jahre — 1894, 1895 zc., je nachdem das Armengeset in Kraft treten wird — gemacht hat. Es sei nun denkbar, daß sich eine Gemeinde in einem Jahre in besonders schwierigen Armenpslegeverhältnissen besinde und daß man dann gerade auf dieses Jahr abstelle, um ihre Leistungen zu bemessen. Ich glaube zwar, eine solche Interpretation würde niemals

Platz greifen; sie wäre ja gegen die Billigkeit, gegen eine verstandesmäßige Operation in dieser Sache. Allein ich kann die Befürchtung begreifen und es könnte derselben durch eine etwas andere Redaktion abgeholfen werden, indem man sagen würde: "Die bisherigen Leistungen der allgemeinen burgerlichen Autungsgüter an die Armenpstege ihrer Angehörigen werden dem Grundsate nach beibehalten." Damit hätten wir nur das Prinzip aufgestellt und hätten namentlich auch freie Hand, allfällige Ungerechtigkeiten, die sich zwischen Jura und altem Kanton repräsentieren, möglichst auszugleichen.

Im übrigen möchte ich beantragen, den zweiten Abfatz ja nicht zu streichen. Es ist das für den Jura eine Kapitalfrage. Die Fr. 100,000, welche die jurassischen Burgergemeinden discher beitrugen, dürfen Sie nicht auf die Einwohnergemeinden abladen ohne jeden Entgelt. Nachdem der Artikel 69 nicht Gnade gefunden, der ein gerechtes und billiges System aufgestellt und die Burgergemeinden für alle Zukunft vor dem Vorwurf gesichert hätte, daß sie einen Teil ihres Vermögensertrages in der Tasche behalten, der zur Unterstützung ihrer armen Angehörigen verwendet werden sollte, möchte ich Sie bitten, doch wenigstens das beizubehalten, was in Artikel 67 proponiert wird.

M. Daucourt. Après le vote de la commission préconsultative qui a rejeté hier, pour la troisième fois, la réintroduction du texte de l'ancien art. 69 à l'art. 67, j'avoue que c'est par pur acquit de conscience vis-à-vis du Jura que je maintiens ma première proposition. Mais j'en avais fait une autre, éventuelle, qui a réuni un certain nombre de voix au sein de la commission et que M. Burckhardt vient de développer devant vous.

Il est vrai que M. le directeur Eggli, rapporteur du gouvernement, s'oppose à cette proposition éventuelle, c'est-à-dire à la suppression de la disposition ajoutée à l'art. 67 qui porte que les corporations bourgeoises ne pourront pas contribuer dans une mesure moindre que jusqu'à présent à l'assistance de

leurs ressortissants pauvres.

Je ne sais pas si peut-être il y a confusion. Je ne demande pas pour ma part la suppression complète du second alinéa de l'art. 67; dans ma proposition cette phrase: «le produit de ces biens continuera à être employé conformément à sa destination» demeure, et par le fait le produit du fonds des pauvres restera affecté à l'entretien des pauvres bourgeois; il continuera à être employé conformément à sa destination. La phrase suffit ainsi pour établir ce principe. C'est à l'adjonction qu'on y veut insérer que je m'oppose, à celle obligeant les bourgeois à prendre sur leurs biens généraux ce qu'ils ne pourraient pas donner avec leur fonds des pauvres pour satisfaire à leurs obligations. Voilà ce que j'estime injuste.

Du reste, remarquez que cette adjonction soulève une question de droit. Jusqu'à présent, dans les corporations jurassiennes, nous avons donné volontairement sur le produit de nos biens généraux, alors que nous n'étions tenus strictement qu'à consacrer à l'assistance le produit du fonds des pauvres. Si nous sommes allés au delà, c'est par esprit de charité. Mais avons-nous le droit, nous, assemblée

constituante, d'obliger dorénavant ces corporations à aller plus loin, à prendre sur les revenus de leurs biens généraux des sommes supplémentaires pour les affecter forcément à l'entretien des pauvres? Il y a là, me semble-t-il, un point de droit, que nous résolvons d'une façon bien hardie. Ne serait-il pas plus prudent de s'en tenir au principe posé dans le premier alinéa et de ne pas aller au devant de nouvelles difficultés?

Au fond, toute la question se réduit à ceci: Si vous voulez maintenir à la charge de nos corporations bourgeoises l'obligation d'entretenir leurs ressortissants pauvres, même quand ils seraient domi-ciliés dans des communes de l'ancien canton qui répartissent des dividendes à leurs bourgeois, alors, usez envers nous de réciprocité. Voilà toute l'économie de l'art. 69 dont j'ai demandé la réintroduction dans la Constitution. Voulez-vous de ce principe de réelle et équitable unification? Si oui, adoptez ma proposition dont l'initiative vient du gouvernement, même pas du Jura. Mais si vous ne voulez pas nous accorder cette réciprocité, il ne vous reste qu'un parti à prendre, c'est de ne pas mettre dans cet art. 67 une exception défavorable au Jura, contre laquelle il aura toujours le droit de protester. C'est ce que M. Burckhardt demande avec moi. N'inscrivez donc rien à ce sujet dans l'art. 67; enlevez la disposition qui consacre une inégalité injuste entre des concitoyens. En commission, plusieurs de vos collègues, appartenant à différentes opinions politiques, ont eu le courage de voter cette suppression. Si vous agissez de même, ce sera encore un témoignage de bon vouloir dont les Jurassiens devront tenir compte à la majorité. Il ne faut pas oublier que la Constitution de 1846 que nous revisons actuellement a un caractère éminemment transactionnel, elle a été un compromis entre les diverses parties du canton. Dans la question de l'assistance ce compromis doit être respecté.

Une dernière observation. Je demande en tout cas qu'il soit bien entendu, si vous maintenez l'art. 67, que les prestations des bourgeoisies en faveur des pauvres devront être calculées défalcation faite des recettes de l'enregistrement, car nos districts ne les toucheront plus. Je suppose qu'il ne peut y avoir à ce propos aucun doute dans vos esprits.

Dr. Schwab. Es darf meiner Ansicht nach an dem Artikel 67 nicht mehr gerüttelt werden. Derselbe hat den Eroßräten aus dem Jura nicht gefallen. Wir haben uns einstimmig aus bekannten Gründen um den Artikel 69 geschart, indem wir die Einwohnergemeinden, die nach dem Oertlichkeitsprinzip die Armenpslege werden übernehmen müssen, so viel als möglich entlasten wollten. Wir haben diesen Standpunkt, wie es unsere Pssicht war, träftig vertreten, haben aber konstatieren müssen, daß man auf diesem Boden nicht zu einer Verständigung gelangen kann. Da wir aber die Verständigung wollen, so stellen wir uns jest auf den Voden des Artikel 67. Ich teile teilweise die Ansicht des Herrn Daucourt; allein ich betrachte diese Vertretung als eine unkluge und din überzeugt, daß auch dieser Antrag nicht die Mehrheit erhalten wird. Ich werde also nicht zum Antrage des Herrn Daucourt

stehen, wohl aber werde ich zu der von Herrn Regierungsrat Eggli vorgeschlagenen Abänderung stimmen und zwar
deshald, weil ich dasjenige, was im alten Kanton erreicht worden ist, unter keinen Umständen preisgeben
möchte. Ich habe die Großratsverhandlungen von 1857
nachgelesen und gesehen, daß es damals sehr schwer war,
diese Burgergutsbeiträge zu erhalten. Jest haben sie sich
eingesebt, und wir dürsen dieselben absolut nicht preisgeben. Was den Jura betrifft, so handelt es sich darum,
von den jurassischen Burgergemeinden zu Gunsten von
den Einwohnergemeinden 100,000 Fr. zu retten, und da
wir im Jura die Einwohnergemeinden nicht zu sehr belasten wollen, so sagen wir eben, diese Fr. 100,000,
welche nicht aus dem Ertrag der Armengüter geschöpft
wurden, sondern aus den Nutzungsgütern, müssen sestgenagelt werden. Das geschieht in Artikel 67 und für
den Augenblick genügt mir dies. Das neue Armengeses
wird dann darüber nähere Bestimmungen aufzustellen
haben.

Ich stimme also zu der neuen Redaktion, wie sie Herr Eggli angedeutet hat. Dabei dürfen Sie aber nicht glauben, daß wir jurassischen Großräte ganz befriedigt seien. Wir suchen eine Verständigung, und wir haben deshalb bei einem andern Artikel eine Brücke aufzuschlagen gesucht, welche die Brücke des ehemaligen Artikels 69 ersegen soll. Wir werden hierüber heute noch zu reden haben.

Flückiger. Da herr Regierungsrat Eggli keinen Antrag stellt, sondern nur eine Anregung gemacht hat, so bin ich so frei, diese Anregung als Antrag aufzunehmen. Ich beantrage also, im zweiten Alinea die fünfletzen Worte zu streichen und zu ersetzen durch "werden beibehalten". Dann ist der Artikel klar und kann zu keinen Misverständnissen Anlaß geben.

Burkhard. Ich möchte Herrn Eggli anfragen, ob er mir garantieren will, daß die Parteien im Jura gegen ein neues Armengesetz keinen Rekurs werden ergreifen können. Herr Eggli ist mir bisher die Antwort hierauf schuldig geblieben, und wenn er mich in dieser Beziehung beruhigen kann, so will ich meinen Antrag zurückziehen.

M. Folletête. Dans une matière pareille, il est excessivement difficile de trouver le fil conducteur; la preuve nous en a été fournie abondamment par la discussion d'hier sur l'art. 67 et la confirmation de cette discussion au sein de la commission, puis fortifiée encore par l'accession de nouveaux membres aux mêmes idées.

Il y a tant d'intérêts contradictoires en jeu; d'abord l'intérêt de l'ancien canton et celui du Jura, puis celui des municipalités et celui des bourgeoisies. Il est par conséquent bien difficile de concilier tous ces intérêts contraires et nous marchons ainsi un peu dans la confusion.

Cependant la proposition de revenir à l'art. 69 est bien raisonnable, elle est de toute équité, car il me paraît tout naturel que les communes bourgeoises qui ont l'assistance bourgeoisiale doivent, avant de penser à leurs privilèges, songer à leurs ressortissants qui sont dans l'indigence. Qu'est-ce que la bourgeoisie? C'est une famille. Or, une famille bien ordonnée doit tout d'abord soulager ses membres malheureux, quand il y en a, avant de

s'occuper des avantages qu'elle peut distribuer. Avant de se réjouir, il faut d'abord remplir son devoir; avant de distribuer des dividendes qui sont des privilèges, la commune devrait venir en aide à ses pauvres bourgeois, c'est là un principe d'équité des plus élémentaires. Or, conséquents avec ce principe, qu'avons nous à faire de plus simple que de dire, selon la première teneur de l'art. 69, que les communes bourgeoises ne pourront distribuer de dividendes avant d'avoir fait leur devoir et fait la part de l'as-

sistance publique?

On dit que cet article heurte les intérêts des autres bourgeoisies. Dans une question qui touche à des intérêts si grands, ne serait-il pas possible pour arriver à l'unification désirée, d'opérer un rapprochement sur le terrain de la justice et du droit en même temps? Y aurait-il de la part des corporations de l'ancien canton un mouvement de répulsion assez accentué pour empêcher une entente? Je veux croire que non; et il m'a paru que la discussion d'hier nous laissait encore entrevoir l'espoir, faible peutêtre, mais enfin c'est un espoir, que nous pourrions trouver au Grand Conseil une majorité; je ne sais pas si je me suis trompé, nous le verrons par la votation de tout à l'heure, puisqu'il a été fait une proposition formelle, une proposition qui, si elle était acceptée, couperait court à toute difficulté; les corporations jurassiennes se déclareraient satisfaites, l'opinion pourrait être travaillée chez nous dans le sens d'une acceptation de la constitution, et les craintes qu'on avait déjà au sujet de l'assistance par la commune du domicile s'évanouiraient. Il y a donc là un terrain qu'il semble important de ne pas négliger; il s'agit non seulement d'une question de jouissance, mais d'une question économique au premier chef.

Si toutefois cette proposition de revenir à la teneur de l'ancien art. 69 ne trouvait pas de majorité dans cette assemblée, que devons nous faire? Supprimer le paragraphe de l'art. 67 qui a donné lieu à de longues délibérations au sein du Grand Conseil et de la commission. Mais nous nous trouvons ici encore en présence d'un dualisme, non-seulement entre l'ancien canton et le Jura, mais aussi entre la municipalité et la bourgeoisie. Si l'on favorise trop la bourgeoisie, ce sera aux dépens de la municipalité. D'un autre côté, il paraît injuste de charger les bourgeoisies au-delà des limites du possible, c'est-à-dire de les obliger à se désaffecter de tout ou partie de leurs biens généraux pour l'entretien des pauvres. Cette obligation n'aurait pas de base juridique, de base légale, et par conséquent deviendrait arbitraire. Voilà le danger.

Cependant, il ne paraît pas prudent non plus de dégager complètement les bourgeoisies de l'assistance publique. Il me paraît qu'il y a quelque chose à faire dans le cas même où l'on supprimerait purement et simplement l'art. 67. Ce quelque chose vient de nous être indiqué par M. Daucourt. Pour ma part, je ne verrais pas avec déplaisir sa proposition éventuelle adoptée. Si j'ai bien compris, lors même que le rapporteur du gouvernement n'a pas fait de proposition spéciale, il a cependant indiqué une

issue. Notre collègue M. Schwab a fait la proposition formelle de rédiger l'art. 67 comme suit: Les prestations des corporations bourgeoises sont maintenues en principe. Je crois qu'on pourrait aussi accepter cette proposition, mais éventuellement et seulement après le rejet de la proposition de M. Daucourt demandant la restitution au projet de Constitution de l'ancien art. 69.

Représentants du Jura, nous représentons certainement les municipalités et les bourgeoisies. Pour mon compte personnel, je suis représentant d'un district qui ne connaît pas les communes bourgeoises, dont le système est tout à fait distinct de celui des autres communes du Jura et où les nonbourgeois par exemple peuvent être admis aux jouissances bourgeoisiales. Il est donc évident que, dans ce district, la question n'a pas la même importance que dans les autres; mais nous sommes représentants non-seulement d'un district, mais de tout le canton et nous devons par conséquent prendre en considération tous les intérêts qui peuvent s'y agiter. Et je crois que dans une question aussi complexe, aussi difficile que celle-ci, il serait sage, il serait prudent, il serait d'une bonne politique, de tâcher d'arriver par une entente à sauvegarder tous ces intérêts. Et si les représentants des corporations bourgeoises ont encore des craintes à cet égard, qu'ils mettent devant leurs yeux l'importance du résultat à obtenir et réfléchissent que de leur attitude dépend l'entente commune sur un point épineux de notre Constitutution. J'espère alors que, grâce à leur concours patriotique, nous pourrons arriver au but que nous nous proposons.

M. Boinay. On nous a dit hier que l'amendement à cet article ne concernait pas les communes mixtes. J'ai entendu avec plaisir cette déclaration formelle sortir de la bouche du directeur de la justice. Comme représentant du district de Porrentruy, je tiens à ce qu'il soit ici bien précisé que l'amendement à l'art. 67 ne vise pas et ne peut pas viser les communes mixtes, qui sont des institutions que du reste on ne comprend pas très bien dans l'ancien canton.

Cet amendement qui dit que les « bourgeoisies ne pourront contribuer dans une mesure moindre que jusqu'à présent à l'assistance de leurs ressortissants pauvres > devant s'appliquer aux communes bourgeoises, on pourrait craindre qu'on ne soit tenté d'englober dans cette classe les communes du district de Porrentruy. Chez nous, il existe des communes mixtes, une institution qui nous est propre, et dans lesquelles les revenus des biens servent à couvrir les frais d'administration avant qu'il puisse être question de répartitions à faire aux bourgeois. Or, malgré qu'elles doivent faire face à ces frais, il existe encore des communes qui répartissent des jouissances dont les bourgeois seuls bénéficient, bien qu'elles soient faites par les soins d'un conseil communal dans la composition duquel peuvent entrer des non-bourgeois. Par ce côté, nos communes mixtes tiennent donc de la commune bourgeoise, et jusqu'à présent elles ont assisté leurs ressortissants pauvres.

Je veux, quant à moi, prendre acte de la déclaration de Monsieur le directeur de la justice, afin que plus tard il ne puisse plus y avoir de doute sur ce point et sur l'assurance qu'il nous a donnée.

M. Daucourt. Vous voulez inscrire dans la Constitution que les prestations des bourgeoisies sont maintenues. Oui, mais dans quelle mesure? Tout est là! Vous ne fixez rien à cet égard. Est-ce dans les limites du produit du fonds des pauvres et en faveur de tous les pauvres domiciliés dans la commune? Jamais je ne pourrais accepter en tout cas que, si les communes bourgeoises ne veulent pas céder leur fonds des pauvres aux municipalités, on puisse les y obliger par une loi uniforme.

Cet amendement n'indique donc pas jusqu'à quel point on pourra faire contribuer les bourgeoisies à l'entretien des pauvres; il ne supprime en définitive pas le dualisme fâcheux qui a été signalé et contre lequel je proteste pour ma part.

Präsident. Da von keiner Seite mehr das Wort verlangt wird, fo gehen wir zur Abstimmung über. Für den Fall, daß das zweite Alinea beibehalten wird, ftellt die Kommission den Antrag, eine Protokollnotiz aufzunehmen wurfs angenommen werde oder die neue Redaktion nach Antrag Eggli-Flückiger. Da diefe Protokolinotiz von keiner Seite bestritten ist, so betrachte ich dieselbe als eventuell angenommen.

Abstimmung.

Zweites Alinea.

I. Eventuell: 1) Für den Fall einer Regelung nach Antrag der Kommission:

Für die Redaktion der Kommission (gegenüber dem Antrag Eggli-Flückiger, zu sagen "werden dem Grundssate nach beibehalten").... Minderheit.
2) Für den Fall, daß in der Versafflung eine gewisse Heranziehung der Burgergüter proklamiert werden soll:

Für das Alinea zwei, wie es in der erften eventuellen Abstimmung redigiert wurde 133 Stimmen

Für den Antrag Daucourt auf Wiederherstellung des frühern Artifels 69 . .

II. Definitiv. Für Festhalten an diesem Abstimmungsergebnis (gegenüber dem An-Antrag Burkhardt auf Streichung des zweiten Alineas) .

Mehrheit.

Lettes Alinea.

Die Streichung bes Wortes ',, nutungsberechtigter" im letten Alinea, sowie die Beifügung des Wortes "burgerlichen" vor Rorporationen ift nicht bestritten und somit beschloffen.

Herr Vizepräfident Weber übernimmt das Präfidium.

Art. 68-80.

Ohne Bemerfung angenommen.

Art. 81.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Es ist zu diesem Artitel eine Eingabe eingelangt, welche da= hin geht, man möchte denfelben aufrecht erhalten. Da von feiner Seite ein Abanderungsantrag geftellt worben ist, so nehme ich an, es sei nicht nötig, darüber weitere Worte zu verlieren.

Dürrenmatt. Der Artikel 81 enthält meines Er= achtens eine Ginfeitigkeit. Er fieht ichugende Beftimmungeft gegen gefundheitsschädliche Arbeitsüberlaftung vor und ich bin mit diesem Postulat vollständig einverstanden. Ich stelle mir vor, man wolle damit die Bestrebungen des eidgenössischen Fabrikgesetzes, überhaupt die humanen Bestrebungen zum Schutze der Gesundheit des Arbeiters unterftugen, und das fteht der Rantonsverfaffung mohl an. Aber ich finde, man folle anderseits auch die Arbeit schützen, nicht nur die Sonntagsruhe und die Ansprüche, die der Arbeiter macht. Ich möchte nicht etwa das vielgenannte Recht auf Arbeit postulieren, wohl aber den Schut der Arbeit. Ich glaube, die Arbeit verdient so gut einen Schut, als der Arbeiter geschützt werden soll. Ich stelle beshalb ben Antrag, zu sagen: "Der Staat anerkennt ben Grundsatz ber Sonntagsruhe und trifft schützende Bestimmungen sowohl gegen gesundheitssichädlidje Arbeitsüberlaftung, wie jum Schutze der Arbeit." Diefe beiden Seiten verdienen den gleichen staatlichen Schut. Es soll nicht vorkommen, daß ein Arbeiter ge= waltsam aus der Werkstatt herausgezerrt oder daß ein Meister in seiner Werkstatt mighandelt werden fann. Wir wollen in dieser Beziehung die Wage der Gerechtig-teit von Staates wegen nach beiden Richtungen hin gleichmäßig handhaben.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Da aus ber Mitte ber Versammlung bas Wort nicht ergriffen wird, fo sehe ich mich veranlagt, den Antrag zu ftellen, Sie möchten den Antrag des Herrn Dürrenmatt nicht acceptieren. Ich glaube, herr Großrat Sted konnte nichts Sehnlicheres wünschen, als daß der Schutz der Arbeit, das Recht der Arbeit in der Verkaffung proklamiert würde; benn fo wie herr Durrenmatt die Cache redigiert, wird gerade das proklamiert, was die Parlei, welche Herr Steck hier vertritt, postuliert. Herr Durrenmatt spricht von dem Schutz der Arbeit; aber er meint nicht einen Schutz der Arbeit, sondern den Schutz der Person. Diesen brauchen wir aber nicht ausdrucklich hier aufzunehmen, da er schon im Strafgesethuch vorgesehen ift. Und was das Eindringen in Wertstätten betrifft, wie es letthin

und schon mehrmals bei Streikbewegungen vorkam, so ift auch dies strafrechtlich geregelt. Ich möchte Sie deshalb davor warnen, einen solchen Zusatz aufzunehmen, der, objektiv aufgefaßt, losgelöst von den Motiven des Antragstellers, eine ganz andere Tragweite hätte.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Herr Dürrenmatt möchte, daß, wenn einer in eine Werkstatt eindringt, ohne dazu ein Recht zu haben, man ihn wieder hinausbefördern kann. Das ist schon in Artikel 75 ausgesprochen, wo es heißt: "Das Hausrecht ist unverstezlich." Der Artikel 81 hat ganz andere Verhältnisse im Auge; er handelt von der Arbeitsüberlastung, die in keinem Gesehe regliert ist, soweit es Arbeitsüberlastungen betrifft, die außerhalb des Bereichs des Fabrikgesets stattsinden. Es sind deshalb hier schützende Bestimmungen, analog denjenigen im Fabrikgeset, nötig. Etwas anderes will man in Artikel 81 nicht sagen. Daß Arbeiter, die in einer Werkstatt arbeiten wollen, geschützt werden sollen, ist, wie gesagt, schon in Artikel 75 ausgesprochen.

Steck. Herr Regierungsrat Eggli ist mir zuvorgekommen. Ich hatte sofort auch das Wort verlangt und zwar in der Absicht, Ihnen den Antrag des Herrn Dürrenmatt wärmstens zu empsehlen (heiterkeit). In bem Sinne allerdings, wie herr Dürrenmatt denselben stellt, wäre er unnötig; denn das Strafgesetz und die Polizei sorgen genügend dafür, daß solche Berhinderungen an ber Arbeit geahndet werden. Dagegen hatte eine Berfaffungsbestimmung, welche ausdrucklich ben Schutz ber Arbeit verlangt, einen sehr guten Sinn. Ich erinnere nur daran, wie sehr die Arbeit bis jest eines Schutzes gegen willfürliche, ja, ich möchte fast fagen, gegen un= gerechte Angriffe entbehrte. Bas heute auf eidgenöffischem Boben mit der Initiative betreffend das Recht auf Arbeit verlangt wird, ift ficher nichts ungerechtes. Von der Betrachtung ausgehend, daß die große Maffe des Bolkes die Arbeit zu ihrem Lebensunterhalte nötig hat, möchten wir ihr ein staatliches Recht zuerkennen, durch bas der Staat verpflichtet wurde, den Arbeiter in seiner Behandlung durch den Arbeitgeber zu schützen. Es ist bekannt, daß die Klagen der Arbeiter zahlreich find über Ent-laffungen, die keinen andern Grund haben als die politische Ueberzeugung der betreffenden Arbeiter und die nicht begründet sind im Unsleiß, im Ungehorsam ze- oder barin, daß der Arbeitgeber feine Arbeit mehr hatte. Es gibt eine ganze Reihe von Fällen, die vom schweizerischen Arbeitersekretar gegenwärtig gefichtet werden, wo Arbeiter entlassen wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zu mißbeliebigen Bereinen; sie wurden entlassen, weil sie dem Grütliverein beitraten 2c., d. h. weil fie von einem Recht Gebrauch machten, das jedem Bürger zusteht, oder weil fie Flugschriften verteilten, an Bolksversammlungen sprachen zc. Ich finde daher, es sei absolut kein un-berechtigtes Begehren, wenn man verlangt, daß der Arbeiter in feiner Arbeit gefchutt werde und nicht ohne Grund entlaffen werben tonne. In diefem Sinne mochte ich Ihnen ben Bufat, den herr Durrenmatt beantragt, warm empfehlen.

Was die Verhinderung von Arbeitern bei Streiks betrifft; so will ich dieselben nicht rechtfertigen. Es ist klar, daß ich Ungesetlichkeiten nicht in Schutz nehmen möchte. Indessen möchte ich Ihnen mit Kücksicht auf eine gerechte Veurteilung doch ans Herz legen, daß es

feineswegs nur Arbeiter sind, welche da, wo sie sich zu gemeinsamer Bersolgung ihrer Interessen vereinigen, mit einer gewissen Gewaltthätigkeit gegen solche Kollegen vorgehen, welche die Zwecke ihrer Organisation stören. Es sind in Amerika bei Unternehmerverbänden, den sogenannten Ringen, welche den Zweck haben, die Interessen der Unternehmer durch künstliche Hinausschaubung der Preise auf dem Wege der Monopolisierung der betreffenden Produktion zu versolgen, schon sehr arge Dinge vorgekommen. Es kam vor, daß Fabrikanten, welche sich dem Ring nicht anschließen wollten, einsach ihre Fabriken verbrannt oder in die Luft gesprengt wurden. Es wurde von Unternehmern sogar Ohnamit angewendet. Sie sehen also, daß nicht nur die gemeinsam ihre Interessen suchen, daß, nicht nur die gemeinsam ihre Interessen suchen, daß, sie mitmachen.

Wie gesagt, es fällt mir nicht ein, ungesetliche Handlungen zu entschuldigen. Dagegen würde ein verfassungsmäßiger Schutz der Arbeit dem Kanton Bern in der ganzen Schweiz Ehre machen; denn unsere Verfassung wäre meines Wissens die erste, welche erklären würde: die Arbeit verdient Schutz in dem Sinne, daß der Arbeiter nicht ungerechtsertigter Weise auf die Straße gesetzt werden kann. Proklamieren Sie den Schutz der Arbeit, so wird dies sicher ein Grundsatz sein, der die Villigung jedes einsichtigen und gerechtdenkenden Bürgers erhält. Ich empfehle Ihnen den Insatz des Herrn Dürrenmatt bestens zur Annahme.

Dürrenmatt. Herr Steek hat meinen Antrag unterstützt, und ich bin ihm dafür dankbar, wenn er auch sagt, er unterstütze den Antrag in dem Sinne, den er ihm beilegt. Es versteht sich von selbst, daß ich meinen Antrag festhalte, allerdings in dem Sinne, den ich ihm beilege (Heiterkeit). Herr Steek hat sich wohl gehütet, von der zu schützenden Arbeit zu sprechen; er sprach von dem zu schützenden Arbeiter, und das ist zweierlei. Ich bin mit dem Schutz des Arbeiters einverstanden, und es ist das in der Bestimmung enthalten, daß schützende Bestimmungen gegen gesundheitsschädliche Ueberlastung ausgestellt werden sollen; aber nicht erwähnt ist die Arbeit, die der Arbeiter leisten will, die er aber nicht leisten kann, weil er durch Streisende daran verhindert wird. Ich sinde, trotz der Zustimmung des Herrn Steek, keine andere Fassung. Man könnte die Sache umschreiben, doch sinde ich mich dazu nicht veranlaßt. Ich will es darauf ankommen lassen, ob dieser Grundsatz, wenn er zur Answendung kommt, vom Richter und den Bollziehungsbehörden so verstanden wird, wie Herr Steek ihn versteht oder wie ich ihn verstehe. Soweit traue ich mir zu, daß ich auch noch Deutsch verstehe (Heiterkeit).

daß ich auch noch Deutsch verstehe (Heiterkeit).

Was herr Eggli in Bezug auf die Strafbestimmungen wegen Verletzung des Hausrechtes sagt, ist nur zum Teil zutreffend. Es mag hinreichen für Fälle, wie sie vorhin aufgezählt wurden (unerlaubtes Eindringen in Werkstätten); aber die Strafbestimmungen wegen Verletzung des Hausrechts reichen nicht hin, wenn ein arbeitsuchener Bürger auf der Straße oder auf dem Bahnhofe von Streisenden abgesaßt und verhindert wird, seine Arbeit anzutreten. In einem solchen Falle liegt keine Verletzung des Hausrechts vor und auch die sonstigen Bestimmungen genügen nicht; denn es muß schon sehr gut bewiesen werden, namentlich vor einzelnen Richtern, daß wirklich eine Veeinträchtigung der persönlichen Frei-

heit vorliege. Es find in diefem Sinne an die Regierung gang pofitive Begehren geftellt worden; man hat gewünscht, fie möchte einschreiten gegen das provokatorische Herumtragen der roten Fahne, diefem Symbol des Aufruhrs. Man hat schützende Magnahmen gewünscht mit Rücksicht auf die beim jüngften Streik in Bern vorgekommenen Standale. Allein die Regierung verschanzt fich hinter ihre verfaffungsmäßige Inkompetenz. heute hatte nun der Große Rat Gelegenheit, der Regierung die verfassungs= mäßige Kompetenz zu verschaffen und es verwundert mich, daß die Regierung nicht selber uns entgegenkommt und froh ist, daß man ihr eine solche Kompetenz geben will. Ich halte nämlich dafür, die Befugnis zum Schutz der Arbeit würde der Regierung Kompetenz geben sowohl in Bezug auf öffentliche, provokatorische Auftritte, wie in Bezug auf Berhinderung an der Arbeit. So lange ehrliche, treue und sleißige Arbeiter an der Arbeit gewaltsam verhindert werden können, können wir sicher nicht sagen, daß die Arbeit geschütt sei. Ich lasse mich deshalb durch die heitere Zustimmung des Herrn Steck durchaus nicht irre machen. Ich weiß, was ich verlange und möchte meinen Antrag allen denen zur Annahme empfehlen, welche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Wage gleichhalten wollten. Sollte der Antrag, weil er von mir geftellt murbe oder weil er von herrn Sted unterftugt wird (Beiterkeit), verworfen werden, fo möchte ich bann, also eventuell, vorschlagen, diese einseitige Bestimmung des Artikels 81 zu Gunften der Arbeiterpartei, betreffend gesundheitsschädliche Arbeitsüberlastung, zu streichen und nur zu sagen: "Der Staat anerkennt den Grundsatz der Sonntagsruhe."

Steck. Nur noch einige kurze Bemerkungen. (Ruf: Schluß!) Wenn man sagt "Schutz der Arbeit", so wird das in der Ausführung immer auf einen Schutz der Arbeiter herauskommen. Sowohl im Sinne des Herrn Dürrenmatt als in meinem Sinn können Sie den Schutz der Arbeite nicht anders ausführen, als indem Sie den Arbeiter schützen. Dieser Unterschied, den Herr Dürrenmatt Ihnen angeben wollte, existiert also nicht.

Kerr Dürrenmatt hat bereits von richterlichen Urteilen, gestützt auf diesen Verfassungsartikel, gesprochen. Soweit sind wir noch nicht. Es kommt auf die Gesetzgebung an, die diesen Verfassungsgrundsatz auszuführen haben wird, und es wird sich also fragen, wie der Gesetzgeber und nicht wie der Richter diesen Grundsatz auffaßt; der Gesetzgeber wird ihn so interpretieren, wie er es mit Rücksicht

auf das Wohl des Bolkes für richtig erachtet.

Da die rote Fahne erwähnt wurde, muß ich als Bertreter der sozialdemokratischen Partei energisch dagegen protestieren, daß die rote Fahne unter allen Umständen als das Symbol des gewaltsamen Aufruhrs gelte. Die schweizerische Arbeiterschaft hat dis jest nicht den geringsten Anlaß zu einer solchen Auslegung gegeben, und in seiner Antwort an den Einwohnerverein mußte der Regierungsrat anerkennen, daß bei allen Anlässen alles in vollkommen gesetzlicher Ordnung vor sich ging. Es hat also niemand das Recht, der schweizerischen Arbeiterschaft vorzuwersen, sie wolle mit der roten Fahne den Aufruhr andeuten. Die rote Fahne ist einsach das Symbol derzienigen Bestrebungen, die auf gesetzlichem Boden in der ganzen Schweiz von der Arbeiterschaft versolgt werden. Wie die blaue Fahne das Symbol der Temperenz ist, so gilt die rote Fahne als Symbol der sozialresormerischen

Beftrebungen auf Befreiung der Arbeit von der Herrschaft des Kapitals, und es hat niemand das Recht, mit Rückssicht auf das bisherige Auftreten der Arbeiterschaft, weiter zu gehen und zu sagen, die rote Fahne sei die Fahne des Aufruhrs; ich protestiere dagegen. Sie mag in andern Ländern zu Zeiten diese Bedeutung gehabt haben oder als das erschienen sein; das hindert aber nicht, daß wir die rote Fahne heute hochhalten in einem andern Sinne, in dem Sinne, den wir durch unser Vorgehen, durch die

That bewiesen haben.

Und was das Vorgehen der Arbeiter gegen folche Rollegen betrifft, welche die Intereffen, die durch die Organisation erftrebt werden, schwer schädigen, so möchte ich durch ein Beispiel Sie daran erinnern, wie man wohl auf dem Lande bie Sache ansehen wurde. Rehmen wir an, die Landwirte einer Thalschaft hatten fich auf einen Biehmartt hin geeinigt, fie wollen ihr Bieh nur zu den und den Preisen vertaufen. Nun gehen einzelne Landwirte hin, laufen den Sändlern nach und offerieren ihnen das Bieh billiger. Werden Sie da auch sagen, das seien gute Rameraden, das seien ehrliche, treue und fleißige Landwirte? Ich glaube, Sie würden fich auch etwas empören und sagen: Das find schlechte Kameraben, die wir nicht lieben können. Im gleichen Falle befindet fich ber Arbeiter, der nichts zu verkaufen hat als feine Arbeitsfraft, die er durch das Mittel der Organisation zum höchsten Preise zu verkaufen sucht und der entruftet ift, wenn andere dieselbe billiger als er verkaufen. Bum Schluffe wiederhole ich, daß ich ungesetzliche Handlungen nicht beschönigen möchte, und es ist auch noch keiner, der sich gegen das Gefet verfehlte, seiner Strafe entgangen. Im übrigen möchte ich Ihnen wirklich empfehlen, diefen von geren Durrenmatt beantragten Grundfat anzunehmen, aus dem sich später eine spezielle kantonale Arbeiterschutgesetzgebung entwickeln kann, welche weiter geht als die eidgenöffische und welche für die Bolkstraft gute Folgen haben wird.

v. Steiger, Regierungsrat. Ich möchte zunächst eine kleine Abanderung empsehlen, nämlich das Wort "insbesondere" zu streichen. Bei Beibehaltung dieses Wortes könnte man meinen, die Bestimmungen gegen gesundheitsschädliche Arbeitsüberlastung bilden lediglich einen Teil der Sonntagsruhe. Allein man will weitergehen und gesundheitsschädliche Arbeitsüberlastung nicht nur am Sonntag, sondern überhaupt verhüten. Man denkt an Bestimmungen zum Schuhe weiblicher Arbeiter, wie sie zum Teil noch sehlen. Da die schühenden Bestimmungen gegen Arbeitsüberlastung also weitergehen als der Grundsah der Sonntagsruhe, so glaube ich, es sei logisch, das Wort "insbesondere" zu streichen.

In den Streit zwischen den Herren Dürrenmatt und Steck betreffend die rote Jahne, Ausschreitungen und berechtigte Wehr von Seite der Arbeiter und der Meister bei Streiks 2c. möchte ich mich nicht einläßlich einmischen. Aber es scheint mir doch, es liege etwas Richtiges in demjenigen, was herr Dürrenmatt beantragt und herr Steck unterfüht hat. Nur scheint mir der Ausdruck "Schutz der Arbeit" außerordentlich unbestimmt, und ich möchte Ihnen beantragen zu sagen "und trifft schützende Bestimmungen für die Freiheit der Arbeit". Der Arbeiter soll frei sein, ob er arbeiten will oder nicht; wer aber arbeiten will, der soll auch arbeiten können. In dieser Fassung könnte dieser Grundsatz ganz gut neben der

andern Forderung bestehen, daß gegen gesundheitsschädeliche Arbeitsüberlastung schützende Bestimmungen getroffen werden sollen.

Prafident. Kann fich herr Dürrenmatt dem Antrage des herrn v. Steiger anschließen?

Dürrenmatt. 3a!

Eggli, Berchterstatter bes Regierungsrats. Damit auch gegenüber dem Antrag des Herrn Regierungsrat v. Steiger ein Gegenantrag besteht und nicht aus dem Stillschweigen auf Zustimmung geschlossen wird, möchte ich einen solchen stellen. Der von Herrn Steiger beantragte Sat kommt mir gerade so unbestimmt vor wie der andere. Freiheit der Arbeit und Schutz der Arbeit ist ungefähr das nämliche. Man begeht überhaupt den Fehler, aus gewissen Vorgängen der letzten Zeit allgemeine Prinzipien zu abstrahieren, ohne sich klar zu machen, welches die Bedeutung und Tragweite derselben sei. Ich glaube nicht, daß so vorgegangen werden könne.

M. Folletête. Nous nous bornerions à dire à l'art. 81: «L'Etat reconnaît le principe du repos dominical.» On pourrait très bien s'en tenir là, et faire un art. 82, ainsi conçu: Il établit des prescriptions pour assurer la liberté du travail et pour empêcher que nul ne soit astreint à un excès de trarail qui nuirait à sa santé.

Je diviserais donc ainsi l'article en deux ordres d'idées.

Il me paraît en effet qu'il y a une certaine contradiction, après avoir admis le principe du repos dominical, d'y ajouter le principe de la liberté du Est-ce que l'Etat pourra empêcher un ouvrier de travailler publiquement ou de se livrer à un travail public un jour de dimanche? Voilà la grande objection. D'une part, l'Etat reconnaîtrait et assurerait le repos dominical, d'autre part il serait amené à tolérer le travail le dimanche en vertu du principe de liberté du travail. Je crois qu'il serait préférable de diviser l'article comme je le propose. Je salue avec plaisir dans la nouvelle Constitution bernoise le principe du repos dominical, mais il faut que ce principe soit absolu et que l'Etat par exemple soit libre comme jusqu'à présent d'interdire les travaux publics le dimanche. La disposition telle qu'elle est proposée dans le projet prêterait certainement le flanc à la critique.

Sted. Da Herr Dürrenmatt seinen Antrag fallen ließ, so möchte ich nur erklären, daß ich denselben aufnehme.

Abstimmung.

2. Die Streichung des Wortes "insbefondere" ist von keiner Seite bestritten und mithin beschloffen.

Art. 82.

Ohne Bemerkung angenommen.

herr Präsident Ritschard übernimmt wieder den Borfig.

Art. 83.

M. Folletète. Je comprends que les longs débats sur la question de l'assistance aient fatigué l'assemblée, et que le moment est mal choisi pour exposer l'attitude de la minorité catholique vis-à-vis de l'article 83, tel qu'il est sorti des délibérations de la commission. Je me résignerai à parler devant les bancs vides, sans me faire aucune illusion sur l'issue d'un débat qui commence par la désertion d'une partie de cette assemblée.

La question religieuse n'en a pas moins une très grande importance, quoique cette vérité ne paraisse pas être appréciée par une certaine fraction de cette assemblée qui se désintéresse assez volontiers, et par parti pris, de tout ce qui a rapport à cet ordre d'idées; qui considère même comme oiseuse, inutile et superflue toute discussion de ce genre. Ce n'est certainement pas par plaisir que nous prenons la parole dans cette enceinte pour vous rappeler que la question religieuse ne peut se régler sur d'autres bases que celles du droit et de la justice. Nous venons donc encore une fois faire entendre ici nos doléances, vous présenter nos vœux, et insister sur la nécessité de ne pas adopter une rédaction de l'art. 83 qui blesse les droits acquis de l'Eglise catholique romaine, sachant d'avance qu'ils ne seront pas accueillis, et que comme toujours on nous opposera le nouveau droit de la majorité. Mais cependant, comme nous l'avons dit si souvent au sein du Grand Conseil, il y a des devoirs qu'on ne peut pas esquiver, des discussions qu'on ne peut pas fuir. Quel que soit donc le résultat de la discussion qui va s'ouvrir, c'est un devoir pour nous de parler. Nous devons au Grand Conseil de nous exprimer franchement sur la teneur de l'article 83, tout comme nous devons à nos électeurs de tout faire pour justifier leur confiance, et obtenir le redressement de nos griefs confessionnels.

Pour apprécier la situation spéciale de l'Eglise catholique romaine dans le canton de Berne, il faut remonter à l'époque des remaniements territoriaux de 1815.

Les droits de l'Eglise catholique romaine ont été reconnus, d'une manière irréfragable et positive, par l'acte de réunion de l'ancien évêché de Bâle au canton de Berne, signé à Bienne le 14 novembre 1815, par les représentants de l'Evêché et les délégués du gouvernement bernois. Cet acte qui revêt les formes d'un contrat synallagmatique, et s'appuie sur les stipulations du traité de Vienne, reconnaît dans la plus large acception du mot les droits de notre Eglise. Les garanties qui y sont stipulées au point de vue confessionnel, s'appliquent à l'Eglise catholique romaine (le mot y est). Les dispositions qui s'y trouvent sont si claires, qu'elles ne peuvent laisser prise au doute ou à une double interprétation. Le canton de Berne a vécu sous le régime de l'Acte de réunion pendant 58 ans, sans que les commotions de 1831, 1836 et 1846 aient pu l'ébranler. Les constituants de 1846 ne songeaient guère à le remplacer. Depuis lors, on peut le dire, malgré quelques fâcheries passagères, momentanées, malgré quelques imprudences commises peut-être ici et là, d'un côté comme de l'autre, il est très certain qué d'une manière générale, la paix religieuse a régné jusqu'à la grande crise de 1873. La loi de 1874 sur l'organisation des cultes a complètement bouleversé l'organisation de notre église catholique romaine, en dépit de la garantie formelle de ses droits par la Constitution de 1846. Mais tout était possible à cette époque. Quelques-uns d'entre vous peuvent croire que cette loi constitue un bien et un progrès. A nos yeux, c'est une injustice, — qui plus est, une faute politique, et une faute qui déploie encore actuellement ses malheureuses conséquences. N'auraitil pas été possible, après l'expérience des pitoyables résultats du Culturkampf, et la décadence de la confession nouvelle qu'on avait couverte d'une si vaste protection, d'en revenir à une autre appréciation plus saine, plus raisonnable, plus équitable de la situation spéciale de l'Eglise romaine dans le canton de Berne? Ne pourrait-on pas profiter de l'occasion qui nous est donnée aujourd'hui, en inscrivant dans la future Constitution un principe qui nous permettrait de donner au Jura catholique une paix définitive et loyale, après laquelle il soupire depuis longtemps? Ceux qui me font l'honneur de m'écouter, savent que je m'y suis employé avec tout le dévouement et toute la persévérance possibles. Ceux de mes collègues qui ont assisté aux délibérations de la commission savent aussi combien de fois j'ai rendu la commission attentive au véritable danger qu'il y aurait à ne pas régler, une fois pour toutes, cette question catholique, qui continue malgré tout à préoccuper les esprits sérieux, et dont la permanence entretient des méfiances qu'il serait grand temps, ce me semble, de dissiper.

Vous croyez que c'est une conquête, cette loi sur l'organisation des cultes, qui a bouleversé complètement les conditions d'existence de notre église? — Non, ce n'est pas là un progrès, c'est plutôt une reculade. Pourquoi? — Parce que d'abord cette loi n'a aucun fondement juridique — pas plus que constitutionnel. Rappellerai-je les paroles qui retentissaient un jour dans cette enceinte, celles de M. le conseiller d'Etat Bitzius, alors directeur de l'instruc-

tion publique, déclarant ici même que la loi sur l'organisation des cultes était une inconstitutionnalité du haut en bas! Ce n'est que trop vrai. Cette loi n'est pas légale. Dès les premiers essais qu'on a faits, on a pu s'en convaincre, et elle a toujours été acceptée avec une perpétuelle répugnance aussi bien par les populations que par le clergé. Quelle raison si puissante y a-t-il donc de continuer un système qui soulève tant de difficultés? Je n'en vois aucune.

C'est pourquoi il faut profiter de l'occasion unique qui se présente à nous aujourd'hui, pour tâcher de dissiper les inquiétudes que la rédaction de l'art. 83 provoque, et de revenir à la situation normale d'avant le conflit de 1873. Pourquoi ne le pourrait-on pas faire? Prêtez-vous au moins à un essai loyal. Il serait accuelli par les populations catholiques avec une faveur certaine. En vous y refusant, vous augmentez leurs défiances, et ne vous étonnez pas si elles se montrent hostiles au projet de revision, et persistent à rester dans la réserve où elles se trouvent actuellement.

L'économie de l'art. 83 est complètement basée sur les considérations que je viens d'indiquer. Vous voulez donner au fait accompli d'une loi inconstitutionnelle, la garantie et la consécration constitutionnelles. Vous voulez légaliser une situation qui nous froisse, inquiète nos consciences, blesse nos convictions, et fait tort à nos droits confessionnels. Et tout cela, vous le faites, parce que vous voulez absolument sauver de l'agonie la nouvelle confession des vieux catholiques. Nous ne savons que trop comment, sous le prétexte des décrets du Concile du Vatican, il s'est opéré au sein de l'Eglise catholique une scission qui, bien affaiblie sans doute aujourd'hui, puisqu'elle ne possède plus que trois paroisses dans le canton, continue à affirmer son droit à l'existence. Un certain nombre de nos coreligionnaires nous ont quittés pour fonder une église nouvelle. Admettons que c'était là leur droit. Je ne songe pas à le leur contester: la liberté de conscience, d'opinion est garantie à chacun. Mais qu'est-ce que l'Etat a à s'immiscer dans la fondation d'une Eglise nouvelle? D'abord appelée libérale, puis nationale, prenant ainsi des allures politiques, la confession des vieux-catholiques (maintenant catholiques-chrétiens) a un instant pu espérer de remplacer, dans le Jura, le catholicisme romain. On sait ce qu'est devenue cette petite Eglise à laquelle on pourrait sans injustice donner un autre nom, étant données les proportions minuscules auxquelles elle est réduite. On nous dit que la nouvelle confession a droit à l'existence, et que l'autorité cantonale ne peut pas l'ignorer puisqu'elle se soumet aux lois. Dès lors, ajoute-t-on, nous ne pouvons pas la détruire. Mais, Messieurs, si l'Etat n'a aucune mission pour supprimer de sa propre autorité, une confession religieuse, il n'en a pas davan-tage pour en créer une. Dès lors l'Etat n'a point à fournir aux catholiques-chrétiens les moyens d'alimenter, aux dépens des catholiques romains, un culte nouveau qui ne jouit point de la garantie des traités de droit public.

Encore une fois, l'Etat n'a aucune qualité pour fournir aux adhérents de la dissidence les moyens de continuer la triste existence qu'ils traînent actuellement, alors surtout que le mouvement né en 1873—1874 dans ce pays, et auquel on avait essayé de donner d'une manière factice de si grandes proportions, a actuellement échoué de manière à ne pouvoir se relever. Un conseiller d'Etat bernois, aujourd'hui décédé, me le disait du reste il y a quelques années, d'une manière très expressive: « Le mouvement vieux-catholique est fini sans retour. « C'est un ruisseau qui s'est perdu dans le sable. »

Je persiste à croire qu'il serait de la dignité du canton de Berne de ne pas se prêter encore, à l'heure actuelle, à la tentative quelque peu étrange, vraiment, de ranimer une Eglise agonisante, dont les jours sont comptés, et que la garantie constitutionnelle ne fera pas revivre. Il nous paraît donc, — et ce sont surtout nos populations qui sont imprégnées de ce sentiment, — il nous paraît qu'il est hors de propos de la part du Grand Conseil de reconnaître officiellement l'Eglise catholique-chrétienne pour l'ériger en Eglise d'Etat. Les séparatistes ne comptent plus dans notre canton que trois paroisses, qui, peut-être, disparaîtront successivement l'une après l'autre. Ce n'est pas avec un mouvement politique qu'on peut fonder une religion. Le christianisme s'est étendu et répandu dans le monde d'une toute autre façon. On pourrait se demander pourquoi d'autres sectes ne jouiraient pas des mêmes prérogatives, si l'on accédait aux vœux des vieux-catholiques? S'il prenait aux salutistes la fantaisie de se réunir en paroisse, en déclarant se soumettre aux prescriptions de la loi sur l'organisation des cultes, l'Etat sera-t-il obligé de leur accorder sa haute consécration, et de créer pour eux des paroisses officielles? Je ne crois pas qu'on ira jusque là, bien que dans cette hypothèse les salutistes auraient la logique pour eux. Mais on n'ose pas abandonner à son triste sort la nouvelle confession qu'on a tout fait pour imposer aux populations catholiques du Jura. Voilà le secret de la rédaction de l'art. 83. C'est un des derniers vestiges du fameux Culturkampf que nous avons subi pendant des années entières, et qui a malheureusement entraîné le canton de Berne dans les difficultés où il se débat aujourd'hui.

Combien nous serions plus libres et le gouvernement plus à l'aise, si on avait le courage d'en revenir au droit pur et simple, et si l'Etat ne connaissait qu'une seule Eglise catholique, celle avec laquelle il a traité en 1815 et en 1828, lors du rétablissement du diocèse de Bâle! Tout empiètement de l'Etat sur le domaine des convictions religieuses est un danger. C'est là une vérité dont nous pouvons chaque jour nous pénétrer davantage. On dit que nos populations sont indifférentes, et qu'elles supportent sans se plaindre l'organisation actuelle qui leur donne des droits dont elles ne jouissaient pas auparavant. C'est une grave erreur, Messieurs. J'ai souvent fait remarquer au sein de la commission qu'à cet égard l'opinion publique était faite dans le Jura catholique. Ce sont les populations qui nous adjurent de ne pas laisser accorder à la nouvelle confession la garantie de l'Etat, qui n'appartient qu'à l'Eglise catholique romaine.

On a convoqué récemment quelques assemblées dans nos districts pour leur soumettre l'état de la

question, et concerter notre attitude avec celle de nos commettants. Ces assemblées ont été unanimes à réclamer la conservation de l'ancien système, et à protester contre la rédaction actuelle de l'article 83. A l'ouverture de la séance d'hier, M. le président a annoncé qu'il est arrivé de Porrentruy une requête des délégués des communes de ce district, renfermant les vœux de leur assemblée à l'occasion du second débat du projet de revision constitutionnelle. A l'instant, on vient de déposer sur le bureau le procès-verbal d'une réunion nombreuse de délégués des communes des Franches-Montagnes, convoquée sur dimanche dernier. Les conclusions de ces deux pièces sont à peu près identiques et, pour constater l'état de l'opinion publique dans cette partie du Jura, il suffit de donner lecture de la pétition de Saignelégier que j'ai sous les yeux:

« L'assemblée populaire du district des Franches-Montagnes, réunie à Saignelégier le 23 avril 1893, a décidé à l'unanimité d'exprimer au Grand Conseil

le vœu suivant:

«L'assemblée décide que l'article confessionnel soit rédigé de manière à tenir compte des droits de l'Eglise catholique, tels qu'ils sont reconnus par l'Acte de Réunion de l'ancien Evêché de Bâle au canton de Berne en date du 14 novembre 1815.

« En conséquence, ils réclament la liberté en faveur de la religion catholique romaine et de son culte

public.

« Ils demandent la suppression des entraves à la liberté du culte public, aux processions et aux cérémonies religieuses des enterrements, résultant de la législation inconstitutionnelle de 1874.

« Ils revendiquent la garantie de la Constitution en faveur des biens affectés aux nécessités et aux dépenses du culte et de la conservation intégrale de

la fortune des paroisses.

« Ils protestent contre toute disposition ayant pour effet de consacrer un droit de copropriété sur ces biens, à ceux qui se sont séparés ou pourraient se séparer de l'Eglise catholique romaine >

Ces vœux sont l'expression fidèle du sentiment public dans nos contrées. Il ne faut pas s'en étonner vraiment. Les souvenirs de la grande crise de 1874 sont encore assez vivaces pour nous laisser des inquiétudes à l'endroit des conséquences que pourra

déployer plus tard l'article 83.

On dira peut-être: Mais vous perdez votre temps à réclamer contre l'introduction de la garantie de l'Etat en faveur des catholiques chrétiens. Quel mal cela pourrait-il vous faire si cette garantie était inscrite dans la Constitution? Quelles conséquences fâcheuses pour votre Eglise en pourrait-il résulter? — Messieurs, la réponse est facile, et il y a long-temps que nos commettants l'ont donnée. La malheureuse histoire de Laufon qui donnera lieu ces jours-ci à un pénible débat, suffit vraiment pour ouvrir les yeux à tout le monde. Les prétentions audacieuses que les vieux-catholiques élèvent sur les biens paroissiaux, partout où ils peuvent recruter quelques adhérents, sont un fait gros de conséquences, et qui caractérise à lui seul la garantie qu'ils ont réussi à faire inscrire au projet.

Si nous pouvons envisager d'une manière assez

platonique la garantie de l'Etat aux vieux-catholiques, il faut cependant distinguer entre cette reconnaissance et les conséquences juridiques qui en peuvent découler. Les dissidents de Laufon se sont chargés de nous ouvrir les yeux. Ils réclament non seulement la reconnaissance officielle de leur culte paroissial, mais encore le partage des biens paroissiaux. Or, ce partage remplit nos populations d'une véritable terreur. Cela se comprend, quand on a vu et subi les actes d'arbitraire qui se sont produits pendant tant d'années lors du fameux Culturkampf. Les électeurs se diront qu'il suffira de quelques mauvaises têtes dans une paroisse, d'une poignée de dissidents, inspirés par des raisons politiques, pour obtenir du Grand Conseil la constitution d'une paroisse séparatiste, et, comme conséquence, le partage des biens paroissiaux.

Si le Grand Conseil était mieux disposé à apprécier comme elle le mérite la position spéciale des catholiques romains dans l'Etat, et s'il comprenait enfin que cette situation anormale n'est pas à l'avantage du développement du canton, il sentirait la nécessité de sacrifier ses dernières illusions du Culturkampf, et de regagner la confiance des populations catholiques. On n'y parviendra pas, je le crains, en accordant sans raison à la nouvelle confession une faveur exceptionnelle qui blesse le sentiment

public.

Je renouvelle donc la proposition d'abord faite à la commission, puis présentée au premier débat, tendant à la suppression de la garantie de l'Etat attribuée à l'Eglise catholique-chrétienne. Je réclame cette modification de l'art. 83, fondé et appuyé sur la garantie formelle stipulée en faveur de l'Eglise catholique romaine dans l'Acte de Réunion. Cet Acte n'étant que la conséquence des stipulations contenues dans les traités, j'estime que l'Etat de Berne ne peut se soustraire aux obligations qu'il a contractées. Ce n'est donc pas sans de solides raisons que nous pouvons affirmer ici que l'Etat ne devrait connaître qu'une seule Eglise catholique, l'Eglise catholique romaine. Remarquez, Messieurs, que je n'appelle pas sur les autres confessions les mesures de compression qu'on nous a si largement appliquées en 1873 et 1874. Non! Les autres confessions religieuses rentrent purement et simplement dans le droit commun. L'article 84 donne satisfaction au principe de liberté des cultes, et il me paraît qu'il aurait été non seulement de la dignité, mais de l'avantage du canton de Berne, de s'en tenir à cet article 84.

Il y a encore un passage de l'article 83 qui mérite quelques observations. Je me contenterai de

les indiquer brièvement.

J'ai demandé en commission la suppression du 2º § de l'article 83, portant que les curés seront élus par les paroissiens, et voici pourquoi: En ce qui concerne par exemple les instituteurs et les institutrices, le projet ne nous dit pas de quelle manière ils seront nommés; le mode de nomination est réservé à la loi. Pourquoi donc ne pourrait-il pas en être de même pour les ecclésiastiques? Pourquoi fait-on à leur égard un article spécial? Pourquoi cette exception ou plutôt cette nouveauté, cette superfluité dans la constitution? Le rapporteur du gouverne-

ment m'a répondu en commission, que l'Etat devait prendre des précautions contre la curie, qu'on ne pouvait plus reproduire l'article de l'acte de réunion par lequel les curés sont nommés par l'évêque, et présentés au gouvernement, qui les mettait en possession de leur bénéfice temporel. On en est arrivé progressivement à un autre système, et le gouvernement tient à ne pas abandonner l'article de la loi sur l'organisation des cultes qui attribue aux paroisses la nomination des curés. M. le rapporteur a ajouté en commission que, dans la pratique, il ne se présentait jamais à l'inscription du concours devant l'Etat d'autre candidat que celui agréé par l'autorité diocésaine.

Il en concluait qu'au fond la véritable élection reste toujours de fait entre les mains de l'évêque, et qu'en face de l'entente tacite qui se produit lors de la repourvue des cures, il est d'autant plus nécessaire d'affirmer le droit des paroisses. Si l'on se plaignait de cette entente, il faudrait la mettre au regard de celle des instituteurs. Il existe entre les instituteurs et les institutrices, surtout entre les premiers — je ne sais pas si cela se voit aussi dans l'ancien canton — une association, en vertu de laquelle il ne se présente jamais personne au concours d'une place dont le titulaire éprouve une opposition ou a eu des difficultés quelconques avec la commune. Cette association est un moyen d'éluder les conséquences du droit des communes de choisir les instituteurs. En vertu de cette entente, il ne se présente ordinairement à l'élection qu'un seul candidat, que la commune se voit le plus souvent forcé d'accepter à contre cœur. Je pourrais citer bien des exemples de ce genre. Je me bornerai à un seul qui me paraît caractéristique. Dans une commune du district de Porrentruy, les électeurs ont refusé jusqu'à cinq ou six fois de nommer définitivement un régent suspect d'immoralité; malgré les appels faits de toute part aux amateurs par la commune, elle n'a pu jusqu'à présent trouver personne, et l'instituteur reste toujours provisoirement en fonc-tion. Je fais allusion à ces faits pour mieux carac-tériser l'entente que l'on a l'air de blâmer au sujet des inscriptions de candidats à la repourvue des cures vacantes. Ici, il y a autre chose que l'esprit de camaraderie ou la solidarité d'intérêt entre gens de la même profession. Il y a des raisons de hiérarchie et de discipline ecclésiastique prédominantes. L'Etat aurait beau confirmer le choix de la paroisse; si le candidat ne présente pas les conditions intrinsèques et s'il n'est pas agréé par son évêque, il ne peut être installé par le pouvoir civil sans conflit. D'après le droit canonique, l'évêque seul peut donner la consécration sacerdotale à un prêtre, et lui conférer la mission paroissiale. Voilà pourquoi la loi sur les cultes renferme une lacune que rien ne peut combler. La prétendue élection des curés ne peut signifier autre chose qu'une présentation, puisqu'en définitive c'est toujours l'évêque qui doit avoir le dernier mot. Si on tient absolument à faire mention dans la nouvelle Constitution du mode d'élection des curés, il est regrettable que nous n'ayons pu nous entendre sur une formule acceptable pour les deux parties. Ces sortes de questions se règlent

d'ordinaire par des concordats. Nous n'y arriverons pas actuellement, cela est évident. Il y a deux ou trois personnages néfastes qui rôdent autour des avenues du pouvoir, s'efforçant de convaincre tel ou tel homme politique qu'il est absolument nécessaire pour le canton de Berne de ne pas reculer d'une semelle, et que maintenant encore il faut toujours faire front contre l'ultramontanisme et affirmer la suprématie de l'Etat. Ceux qui tiennent ce langage, et qui continuent à attiser les passions contre nous, n'ont vraiment pas souci de l'honneur du can-

ton, de sa grandeur et de son avenir.

Je l'ai dit souvent et ne cesserai de le répéter: si nous avions pu, laissant à la porte les mauvais souvenirs du Kulturkampf, nous entendre pour rédiger l'article 83 conformément au droit, en tenant compte de la situation assurée à l'Eglise catholique romaine par les traités, nous aurions pu arriver à élever ensemble un édifice stable; et l'œuvre constitutionnelle que nous aurions ainsi édifiée serait une œuvre solide parce qu'elle reposerait tout d'abord sur la justice, qui est le pain des nations. Je sais parfaitement bien que mes propositions ne seront acceptées que par mes collègues catholiques du Jura et par quelques rares députés qui croiront obéir à la voix de leur conscience, et repousser ainsi le reproche d'imposer à la minorité catholique un système religieux qu'elle réprouve. Mais au fond, il n'importe! Les questions de justice ne se règlent pas sur le nombre. Ce que j'ai dit, je devais le dire. Personne ici ne pourra se tromper sur la signification des paroles que j'ai prononcées. Je suis de ceux qui appellent de leurs vœux la restauration de la vraie paix confessionnelle, d'une paix sérieuse, tenant compte des droits acquis, qui laisse chacun dans ses droits, l'Etat sur son domaine, l'Eglise sur le sien; d'une paix basée sur l'honneur et la justice, qui ne soit pas une humiliation pour l'Eglise, dont les droits ont été si solennellement reconnus dans l'Acte de réunion. Nous avons eu l'Etat sur son domaine et l'Eglise sur le sien, pendant un demi-siècle, et malgré les nuages que les événements d'une époque orageuse pouvaient amonceler sur l'horizon politique, nous nous étions, en somme, bien trouvés de ce système. Nous sommes toujours de ceux qui croient que la liberté franchement accordée à l'Eglise n'est point un danger pour l'Etat. Notre concours vous est acquis dans ce sens. Et quand enfin vous comprendrez que l'Etat de Berne n'a rien à craindre de l'Eglise catholique, vous nous trouverez empressés à coopérer à la restauration d'un édifice qu'on a grand tort d'ébranler, parce qu'il n'a pas encore cessé d'être la colonne la plus solide de l'ordre social.

M. Stockmar. Je ne demanderais pas mieux que de clore une discusssion qui n'intéresse plus personne. Si M. Folletête s'est plaint de parler devant des bancs vides, l'explication en est bien simple, c'est que M. Folletête parle la langue de 1815, et nous celle de 1893. Et je n'en veux pour preuve que la pétition que M. Folletête vient de lire, pétition qui émane de ses électeurs et qui prouve qu'électeurs et représentants sont en parfaite communion

d'idées, ce dont nous n'avions jamais douté, mais aussi en parfait désaccord avec la presque unani-

mité du peuple bernois.

Cette pétition demande la liberté pour les catholiques romains, puis le contraire de la liberté pour ceux qui ne sont pas catholiques. Si elle se bornait à demander la liberté de certaines cérémonies du culte catholique-romain, je serais le premier à l'appuyer, mais lorsqu'on vient vous dire: donnez-nous la liberté des cérémonies du culte, mais ne permettez pas aux vieux-catholiques de se constituer en paroisses; tolérez-les si vous ne pouvez pas faire autrement, mais ne les reconnaissez pas, c'est une logique que je ne comprends pas.

L'intolérance me paraît condamnable aussi bien

d'un côté que de l'autre.

Il y a, à mon avis, une distinction fondamentale à faire.

M. Folletête parlant, je le répète, la langue de 1815, invoque les droits de l'Eglise, et nous lui répondons: il n'y a plus de droit des Eglises, il n'y a que les droits des citoyens. Les citoyens ont le droit dans chaque commune de constituer des associations religieuses auxquelles l'Etat doit protection. Je n'ai aucun motif particulier de prendre le parti des catholiques chrétiens, mais j'estime que les reproches adressés par M. Folletête à cette Eglise, qu'il s'acharne à écraser tout en déclarant qu'elle est morte, ne sont pas de ceux qui peuvent amener le Grand Conseil et le peuple bernois à revenir sur la législation de 1873. On nous demande de déchirer d'un trait de plume la loi qui représente la volonté de l'immense majorité du peuple; on veut nous faire condamner une association religieuse reconnue par le seul motif que ses adhérents ne sont qu'une faible minorité. M. Folletête répète aujourd'hui pour la centième fois que le gouvernement s'obstine à protéger une Eglise artificielle. Comme si M. Folletête ne savait pas que le gouvernement ne peut pas faire autre chose que ce qu'il fait, qu'il ne fait que son devoir, qu'il ne favorise personne, mais qu'il se borne à appliquer la loi, qui est égale pour tous. Et M. Folletête serait à notre place qu'il ne pourrait pas l'appliquer autrement que nous. En s'obstinant à réclamer des mesures qu'il sait impossibles, M. Folletête prolonge donc inutilement une discussion épuisée.

Il a parlé de Laufon. J'espère que cette question pourra être discutée ici dans quelques jours, dépouillée de tout ce que les débats de ce genre ont eu précédemment d'irritant, et que la solution proposée par le gouvernement se présentera sous une forme tellement rationnelle que M. Folletête lui-même sera forcé de reconnaître qu'il n'y en a pas d'autre

possible.

Jadis, sous l'ancien droit, pour me servir de cette expression, lorsque la population d'une commune voulait passer d'une religion à l'autre, c'était la majorité des électeurs qui en décidait, et parfois aussi l'Etat, et la minorité n'avait qu'à se soumettre. Aujourd'hui, les droits des minorités sont reconnus, et ces droits que vous invoquez pour vous, lorsque c'est votre avantage, il n'est que juste de les reconnaître aussi aux autres citoyens. Aujourd'hui,

lorsqu'une partie importante de la paroisse veut se retirer de la confession dominante pour vivre indépendante, elle en a le droit, et c'est la Constitution fédérale qui lui garantit sa part des biens communs.

Je crois que M. Folletête sera obligé de reconnaître lui-même plus tard la vérité de ce principe. Il nous a dit que, pendant 50 ans, nous avons vécu en paix dans le Jura sous l'égide des anciennes lois. C'est une erreur. Nous avons eu pendant toute cette période le conflit à l'état permanent, et la grande crise de 1873 n'en a été que l'explosion.

En acceptant ce que M. Folletête vous propose, vous nous ramèneriez purement et simplement à l'ancien conflit, qui ne manquerait pas d'éclater à la première occasion. La véritable solution est celle du projet de Constitution, qui prend les faits tels qu'ils sont, qui adapte les institutions aux besoins actuels, et qui garantit désormais, non plus le privilège des Églises, mais la liberté des citoyens.

M. Daucourt. Dans le premier débat de cet article, je vous ai rappelé, Messieurs, que le plus simple moyen d'arriver à une entente honorable et durable sur le terrain confessionnel, dans le cauton de Berne, c'était de la préparer de concert avec l'autorité ecclésiastique, seule compétente en la matière. Un échange de vues eut lieu, peu de temps après, entre l'évêque diocésain et M. le Directeur des cultes. Mais les choses en restèrent là, et nous voici au même point qu'il y a trois mois. Nous faisons ainsi, depuis trop longtemps, la douloureuse expérience de cette triste parole: «Il y a mille portes pour entrer dans un Culturkampf; il n'y en a presque pas pour en sortir. » Ce serait pourtant le moment, ou jamais, de nous efforcer ensemble de la démentir.

On nous dit, du côté du gouvernement: « Acceptez l'article confessionnel! »... Nous venons d'entendre M. le conseiller d'Etat Stockmar qui le proclame parfaitement acceptable et répondant aux exigences de la situation. Il s'étonne même que les catholiques, qui seuls auront à souffrir des dispositions injustes inscrites à cet article, se réunissent et élèvent la voix pour émettre leurs vœux. Ces vœux sont absolument dignes; le droit de pétition est garanti, et il serait étrange qu'on ne permît point aux victimes de s'en servir!

Non, les catholiques ne peuvent accepter l'article religieux dans sa forme actuelle. Pour en bien peser la valeur, ils n'ont qu'à considérer ce que vous leur enlevez et ce que vous mettez à la place: vous rayez l'ancien article de la Constitution de 1846 qui reconnaît pleinement les droits de l'Eglise catholique, et vous le remplacez par deux innovations que cette Eglise ne reconnaît pas. L'une est l'élection des curés imposée aux paroisses catholiques; l'autre, la consécration d'un schisme érigé par l'Etat en Eglise nationale.

Mon honorable collègue, M. Folletête, vous demande le retranchement de l'alinéa qui prévoit l'élection populaire des curés. J'ajouterai à sa proposition une proposition éventuelle, uniquement pour tenir compte de la situation délicate, d'autres diront difficile, faite aux membres du gouvernement qui ne croient pas pouvoir effacer, d'un seul trait de plume, l'œuvre néfaste de leurs prédécesseurs. Il me semble concilier toutes choses en vous invitant, Messieurs, à rédiger ainsi l'alinéa 2 de l'article 83:

«Les paroisses ont le droit d'élire leurs desservants; pour les paroisses catholiques romaines, ce droit est celui de présentation de leurs curés.»

Ici, je prévois la même objection qui nous fut opposée lors du premier débat; on va nous dire: Pourquoi vous, catholiques jurassiens, ne voulezvous pas élire vos curés, alors qu'on les élit dans

tant de cantons catholiques? >

D'abord, Messieurs, parce que l'Eglise ne nous accorde pas ce droit: or, dans ces questions, il faut toujours en revenir à l'Eglise, qui seule a le droit de le conférer. On ne saurait l'usurper arbitrairement. Il est même étrange que vous entendiez nous contraindre, nous autres catholiques, à user d'une prérogative que nous ne demandons pas, au contraire que nous refusons. Si l'élection des pasteurs agrée à votre Eglise, si vos paroisses y tiennent, je n'y vois pour ma part aucun inconvénient: nommez-les à votre convenance. Qu'on laisse aussi les vieux-catholiques élire leurs curés. Il ne nous viendra jamais à l'idée, ici ni autre part, de leur constester, pas plus qu'à vous, cette liberté.

Mais si nous, catholiques, nous n'en voulons pas, pourquoi nous obliger à nous en servir bon gré mal gré? Or, la preuve, toute récente encore, que les catholiques n'en veulent pas, c'est la protestation qu'ont fait entendre, sur cette question de l'élection du clergé, les assemblées des 17 et 23 avril, à

Saignelégier comme à Porrentruy.

Une des raisons de notre répugnance se trouve aussi dans la manière dont ce droit de nomination est réglé dans le canton de Berne, car, quoi qu'on prétende, on ne saurait assimiler nos élections de curés avec ce qui se passe, sous ce rapport, dans la plupart des cantons catholiques suisses. Chez eux, l'autorité de celui qui donne l'investiture est toujours sauvegardée. Les communautés, les paroisses, les personnes qui ont le droit de patronat en un mot, ne l'exercent que sous la forme d'une présentation. L'évêque confère l'institution canonique: la loi le dit, l'Etat lui reconnaît ce droit. Dans notre loi bernoise, au contraire, l'autorité épiscopale est nulle: l'Etat l'ignore absolument. Il y a bien une confirmation, une approbation à donner à la nomination du curé; mais le gouvernement se la réserve: c'est lui qui occupe, de son chef, la place de l'évêque.

Assurément l'Eglise peut céder quelque chose de son droit de nommer les pasteurs des âmes; elle l'a fait souvent pour des corporations, des individualités, par exemple pour les fondateurs de bénéfices ecclésiastiques. Mais c'est en retour de bienfaits, de services rendus que l'Eglise accordait ces faveurs. Est-ce le cas du canton de Berne, Messieurs, je vous le demande?

J'ai là sous les yeux quatre lettres officielles de nomination de curés dans des communes des petits cantons; chaque fois le président de la commune, après avoir constaté l'élection, écrit à l'évêque pour lui demander son approbation.

On nous a objecté, il y a trois mois, le texte de la Constitution d'Uri dans laquelle l'honorable Directeur des cultes, M. Eggli, a voulu chercher un argument à l'appui de l'élection populaire du clergé. J'ai consulté ce texte et j'ai constaté que, loin de réfuter ce que j'allègue, il le confirme au contraire.

Lorsque le peuple de ce canton discuta son projet de Constitution en 1888, le chancelier épiscopal, M. le curé Gisler, attira, en pleine landsgemeinde, l'attention des catholiques sur ce fait que, par cette élection, il ne pouvait s'agir que d'un droit de pure « présentation ». Et ce mot fut substitué à celui d'« élection » dans l'article 3 de la Constitution.

J'ajoute que la périodicité de l'élection, telle qu'on la pratique dans le canton de Berne, est une des difficultés principales du système qu'on nous propose: cette périodicité n'existe dans aucun canton catholique; le curé est nommé une fois pour toutes. Cette différence est essentielle. Chez nous, malheureusement, une nomination intervient tous les 6 ans. Cela peut devenir une source de troubles et de conflits. Je demande donc avant tout, si vous ne voulez pas voter la suppression pure et simple de l'alinéa 2 de l'article 83, si l'élection des pasteurs doit être conservée, je demande qu'elle revête simplement la forme d'un droit de présentation dans les paroisses catholiques. Accordez-nous au moins cela: c'est peu de chose. Mais si encore ce minimum de satisfaction est refusé, eh bien, qu'il soit du moins arrêté et inscrit au protocole que la périodicité de l'élection est pour l'avenir supprimée.

Quant à la constitution du vieux-catholicisme en Eglise nationale, je ne puis que joindre ma protestation à celle de M. Folletête. Malgré ce qu'a dit M. Stockmar pour la défense des minorités, je ne saurais admettre que les vieux-catholiques aient quelque droit à se faire ériger, plus que toute autre

secte, en une nouvelle Eglise nationale.

L'Etat s'apprête pourtant à satisfaire cette prétention. Le mal vient de ce qu'en général, chez les hommes politiques du canton de Berne, on ne renonce pas à la fiction de deux Eglises catholiques, formant plutôt deux courants, deux subdivisions, comme vous disiez d'abord, de la même Eglise. Cette conception est fausse: c'est elle qui produit tant de contradictions. Il n'y a qu'une Eglise catholique au XIXe comme au XVIe siècle: c'est la société des chrétiens unis par la profession d'une même foi, la participation aux mêmes sacrements et surtout la soumission au même et unique pasteur romain. Voilà pourquoi on l'appelle Eglise catholique ou Eglise romaine, terme dont on se servait indistinctement dans les traités et les lois antérieures au Culturkampf.

La religion dite catholique chrétienne n'est pas la nôtre: cela est si vrai qu'en Allemagne le ministère libéral de Bavière se vit forcé de reconnaître que les vieux-catholiques, par cela seul qu'ils sont accusés et convaincus de rejeter un de nos dogmes, ne sont plus catholiques. Malgré son amitié pour Dœllinger, M. de Lutz dut leur signifier défense d'avoir à porter encore ce titre, qui est le nôtre; leurs pasteurs furent rayés du budget, les églises restituées aux catholiques, et l'on vit jusqu'à M. Reinkens obligé de mettre de côté ses insignes épiscopaux.

M. Folletête vous a dit naguère: Il faut qu'une

porte soit ouverte ou fermée. En effet, de deux choses l'une: ou bien vous reconnaissez que le vieux-catholicisme constitue une autre Eglise que le catholicisme, ou vous ne le reconnaissez pas:

Si vous le reconnaissez, comment pouvez-vous lui attribuer des droits sur notre Eglise et pourquoi ce partage des biens qu'on essaie déjà pour Laufon?

Si vous ne le reconnaissez pas et si, pour l'Etat, les vieux-catholiques sont des catholiques, pourquoi en faire une Eglise nationale, séparée de la nôtre et rétribuée à part?

M. Stockmar vient de dire: Il faut bien accorder aux minorités religieuses la place à laquelle elles ont droit, et vous, catholiques, vous êtes intolérants

en la leur refusant!

Qui a jamais nié, parmi nous, le droit des vieux-catholiques à l'existence? Est-ce donc parce que leur Eglise ne sera pas reconnue comme Eglise nationale qu'ils ne pourront pas vivre? Mais, alors, que signifie l'article 84 de la Constitution qui déclare expressément que « la liberté des cultes est garantie? » Effacez-le donc si un culte ne peut s'exercer qu'au cas où il est élevé au rang d'Eglise nationale! Mais non! les vieux-catholiques restent au bénéfice de cet article 84, comme les autres cultes, comme les Israélites qui pourraient, au moins par droit d'ancienneté, réclamer avec plus de raison que les vieux-catholiques une faveur que l'Etat n'octroie qu'à ces derniers.

J'irai même plus loin, et je vous demanderai, Messieurs, si parmi vous il n'y en a pas un grand nombre qui, tout en étant membres de l'Eglise protestante, ne font point partie de l'Eglise nationale, et se rattachent plutôt à l'un des groupes divers qui partagent le protestantisme. Est-ce que le culte de ces Eglises détachées n'est pas libre? Et y aurait-il injustice à mettre le vieux-catholicisme sur le même pied? Vous le voyez, Messieurs, le reproche qu'on vient de nous adresser est immérité, car notre tolérance à l'égard des autres cultes dépasse, certes, de beaucoup celle qu'on professe à

notre égard.

On nous répète aussi: « Mais qu'est-ce que cela vous fait donc que les vieux-catholiques érigent leur

Eglise en Eglise nationale?

Qu'est-ce que cela nous fait? Mais, Messieurs, si l'Armée du Salut allait être érigée, elle aussi, en Eglise nationale, est-ce que cela vous serait indifférent? Ne réclameriez-vous pas? Et cependant l'Armée du Salut n'a jamais attenté à vos droits; elle n'a pas usurpé votre nom; elle ne vous a pas fait la guerre comme nous l'a faite à nous le vieux-catholicisme qui n'a cherché que notre mort. Ne sentezvous pas que nous devons être à bon droit blessés dans nos sentiments en voyant la protection exceptionnelle dont l'Etat va, plus que jamais, entourer une secte qui accapare nos églises partout et n'en cède pas même une? On le voit bien à Genève. Une secte qui déclare, suivant l'occasion, qu'elle appartient à l'Eglise catholique pour partager nos biens comme dans le canton de Berne, ou qui, adoptant la thèse opposée, proteste qu'elle n'en est point, comme dans le canton de Neuchâtel, pour ne pas les lâcher!

Depuis 1815, les droits des catholiques étaient constitutionnellement protégés et comme on vous l'a dit tout à l'heure, en rappelant une parole solennelle de M. Bitzius, la loi sur les cultes qui nous lèse, est « inconstitutionnelle d'un bout à l'autre ».

La situation va changer du tout au tout: jusqu'à ce jour, en protégeant le vieux-catholicisme, soit un schisme, l'Etat de Berne attentait à la Constitution.

Dorénavant, en le protégeant, il la respecte et il l'applique. Et devant cette volte-face énorme, on s'étonne que nous protestions!... Mais nous n'avons pas autre chose à faire, et nous protesterons jusqu'au bout, quoi que dise M. Stockmar.

L'honorable conseiller ne comprend pas que des députés catholiques en soient encore à parler au Grand Conseil des traités de 1815. M. Stockmar, un jour pourtant, en a parlé à son tour, en déclarant, ici même, que « l'Acte de réunion était un acte malheureux, malheureux surtout pour le Jura. »

D'autres membres du gouvernement de Berne en ont également parlé, et dans un sens qui témoigne qu'eux du moins savaient encore et voulaient respecter les garanties que ces traités assurent aux catholiques. Ecoutez, Messieurs, ce passage du rapport de M. C. Neuhaus, Directeur de l'éducation du canton de Berne, rapport approuvé et présenté par le Conseil-exécutif au Grand Conseil, en 1842, sur un décret tendant à améliorer le sort du clergé catholique:

«L'opinion émise dans la discussion que le nombre des curés catholiques est trop considérable en proportion de la population, et qu'un curé par mille âmes serait suffisant, est juste; s'il s'agissait d'une nouvelle circonscription des paroisses, on pourait certes en réduire le nombre sans inconvénient. Mais nous sommes ici sur le terrain des faits historiques garantis par des traités formels et par la Constitution: le maintien des paroisses existant à l'époque de l'Acte de réunion est solennellement garanti! » (Rapport du 9 novembre 1842.)

Il s'agissait alors d'une question, certes, moins importante que celle qui nous occupe aujourd'hui. Vous voyez pourtant, Messieurs, si le gouvernement d'alors croyait pouvoir négliger les garanties de 1815! Ce sont elles qu'en terminant j'invoque aujourd'hui, car moi je me place aussi sur le terrain des faits historiques. Et dans cet ordre d'idées, je vous rapellerai deux actes consignés également par l'histoire, deux proclamations qui datent de l'incorporation du Jura au canton de Berne. Dans la première, voici comment parlait le commissaire fédéral:

« Habitants du ci-devant Evêché! C'est aujour-d'hui que vous entrez dans de nouvelles relations avec la Confédération Suisse, et renouvelez celles que vous avez entretenues jadis. Rendez-vous dignes par votre conduite de ce bienfait! Rivalisez avec les habitants de l'ancienne Suisse en loyauté de caractère, (Nous l'avons toujours fait!) en respect pour la religion, (Vous entendez, Messieurs, en respect pour cette religion que nous sommes obligés de défendre aujourd'hui!) en obéissance aux lois et en simplicité de mœurs..... L'époqué, à ce que j'espère, n'est plus éloignée où vous passerez aux

louables Etats de Berne et Bâle et sous leurs gouvernements paternels.

«Suisses, accordez-moi votre confiance: Lorsque je vous quitterai tôt ou tard, je désire emporter votre reconnaissance et la satisfaction d'avoir contribué à vous préparer un avenir heureux!»

Cette proclamation, dont voici un exemplaire imprimé en 1815, est datée de Porrentruy, le 23 avril, et revêtue de la signature de Jean-Conrad d'Escher, ancien bourguemestre du canton de Zurich.

Voilà comme on nous parlait en 1815. La Confédération suisse, par la bouche de son représentant, promettait de préparer aux catholiques un avenir heureux. C'était la même pensée qui dictait les paroles si dignes qu'au nom du canton de Berne, l'avoyer alors en charge adressait également aux habitants de l'Evêché. Veuillez, Messieurs, écouter encore ces paroles; ce seront les dernières:

« Nous, avoyer, petit et grand conseil de la ville

et république de Berne,

« Habitants de l'Evêché de Bâle! La divine Providence a rétabli les liens que la nature avait formés entre Vous et la Suisse, et l'administration provisoire d'un de ses magistrats les plus distingués y a déjà rattaché vos affections. C'est à Nous, maintenant, que la confiance des premières Puissances de l'Europe a spécialement remis le soin de votre bonheur. Nous sentons toute l'importance de cette obligation honorable, et Nous Nous sommes plus à vous convaincre d'avance, par l'Acte de Réunion, des sentiments de bienveillance dont Nous sommes animés envers Vous.

« Soyez donc les bien-venus, chers anciens amis et voisins de Bienne, de la Neuveville, des Villes et Vallées du Jura! Soyez les bien-venus comme Bernois, comme enfants de notre patrie! La vocation de Nous occuper de Votre bien-être, que d'antiques relations ne Nous avaient donnée qu'imparfaitement, Nous est assurée aujourd'hui. C'est avec joie que Nous entreprenons cette tâche sacrée; Nous

la remplirons avec loyauté. « Accomplir les engagements stipulés par l'Acte de Réunion, protéger et maintenir le Culte des deux Confessions, améliorer le sort du Clergé, Nous occuper de célui des Employés, qui sous un précédent ordre de choses ont rempli fidèlement leurs fonctions, favoriser les établissements d'instruction publique et les fondations pieuses, accorder aux habitants des Villes et Communes la jouissance des mêmes droits civils et politiques que la Constitution assure aux habitants de notre ancien territoire, garantir à toutes les Communautés, Ordres et Classes de Citoyens leurs droits et leurs propriétés légitimement acquises, faire rendre à chacun bonne et impartiale justice, alléger autant qu'il sera possible les impôts et les charges du pays, encourager l'agriculture et tous les arts utiles: tels seront les objets de notre constante sollicitude, tel est le but, qu'avec l'aide du Tout-Puissant, Nous avons l'espérance d'atteindre.

« Vous allez vous unir, chers compatriotes, à un peuple bon et loyal, qui vous reçoit comme ses frères. Rivalisez avec lui d'attachement pour la Suisse, notre commune patrie, de respect pour la religion, d'obéissance aux lois, de fidélité et de confiance envers Votre gouvernement et ses fonctionnaires; afin qu'en consolidant Votre bonheur comme celui de notre ancien pays, Nous puissions remplir le vœu le plus cher à nos cœurs, et afin que Vous-mêmes, voyant s'effacer les traces des maux qui ont si longtemps pesé sur Vous, désormais Suisses heureux et libres, Vous puissiez bénir avec Nous le jour qui Vous a réunis à l'Etat de Berne et par Lui à la Confédération. »

C'est un homme dont le nom est bien connu et estimé de vous, Messieurs, c'est M. R. de Watteville qui, avec le chancelier d'Etat, signait cette pièce-là à Berne même, le 14 décembre 1815.

C'est comme interprète officiel des sentiments du petit et du grand conseil de la ville et de la république de Berne qu'on nous parlait ainsi, au jour solennel où vous nous avez reçus dans ce canton.

Messieurs, si vous le vouliez bien, ces paroles, qui sont si belles, vous les pourriez toutes résumer en nous accordant les simples satisfactions qu'au nom du Jura catholique nous vous demandons, avec la justice, aujourd'hui.

Abstimmung.

Alinea 1.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Folletete, die christkatholische Kirche nicht als Landeskirche anzu-

Alinea 2.

Eventuell, für den Fall, daß die Wahlart der Geiftlichen überhaupt in der Verfassung normiert werden foll: Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Dau= . . Mehrheit.

trag Folletête

Art. 84.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 85.

Dürrenmatt. In der ersten Beratung wurde in der Kommiffion der Antrag gestellt, das Placet zu streichen. Ich kann nicht umbin, diefen Antrag heute aufrecht zu erhalten, will Sie aber mit der Begründung nicht lange ermuden. 3ch finde, das Placet sei überfluffig, da dasfelbe ichon im Rirchengeset fteht; wir konnten bis heute leben ohne daß das Placet in der Berfaffung stund, und man hat versprochen, eine Verfaffung aufzustellen, in welcher alle zweifelhaften Neuerungen vermieden werden.

Wie schon gesagt, schreibt schon der Art. 2 des Rirchengesehes, wenn ich nicht irre, vor, daß die Erlaffe ber tirchlichen Behörden der Genehmigung der Staasbehörden bedürfen. Wir haben das Placet aber auch in prattischer Beziehung nicht nötig. Wenn man die katho-lischen Geiftlichen verhindert, ein Schriftstud von der Kanzel zu verlesen, so sind die Mittel der Publizität heute so ausgedehnt, daß die Gedanken gleichwohl ihren Lauf in alle Welt finden. Es läßt fich also praktisch mit dem Placet nichts erreichen, und es sind nur noch wenige Kantone, wo man dieses antiquierten Mittels aus der Zeit des deutschen Kulturkampfes noch zu be= dürfen glaubt.

Und nun nur noch eine Erwägung. Wir kommen jum Schluß der Berfaffungsberatung und man darf dem Großen Kat das Zeugnis geben, daß er jeder Partei etwas zu bieten suchte. Ich will das Entgegenkommen wirklich anerkennen. Wenn man einen Blick über das ganze Werk wirft, so hat natürlich die herrschende, große freisinnige Partei den Löwenanteil erhalten. Ihr werden in erster Linie die Wege geebnet jum Erlaß eines Steuer= gesetzes, das ihr die Mittel an die hand geben foll, um die Herrschaft ferner zu behaupten. Man hat auf die Proportionalität und die direkten Bolkswahlen verzichtet, die unfern Herren Freisinnigen so zuwider sind, obschon der Anlaß zur Berfassungsrevision ursprünglich gerade in der direkten Volkswahl der Ständeräte lag. Allein wir Konser-vative haben darauf verzichtet. Dabei will ich nicht verhehlen, daß man auch ber Boltspartei entgegengekommen ift, daß man das Bersprechen in Bezug auf die Burgerge= meinden gehalten hat. Ich anertenne das, und glaube, bamit fei bie Hauptschwierigkeit für bas Gelingen bes Revifionswerkes beseitigt. Man ist auch den juraffischen Freifinnigen entgegengekommen; Sie haben nicht ein Jota abgelassen von der ganzen kulturkämpferischen Kirchen= gefetgebung. Jebe Partei barf fich alfo fagen, man fei ihr etwas entgegengekommen. Wollen Sie nun einzig der römisch-katholischen konservativen Partei im Jura nichts gewähren? Soll sie einzig mit Leeren Händen ausgehen? Finden Sie das recht und billig? Wir haben noch genug Schwierigkeiten zu überwinden, um die Revi-sion unter Dach zu bringen. Wer dieselbe stürzen will — das muß man noch zur Stunde sagen — stellt sich keine schwere Aufgabe. Es ist noch zur Stunde viel die größere Runft, die Revision zu retten als fie zu Fall zu bringen, und es wird das Resultat vielleicht, wie beim Gesetz über die Organisation des Polizeikorps, von wenigen hundert Stimmen abhangen. Wo geraten wir hin, wenn sich der katholische Kantonsteil en masse gegen das Revisionswerk erhebt? Und das wird der Fall sein, wenn der Große Rat hartnäckig den Rechthaber spielt und nicht das geringste Entgegenkommen zeigt, auch nicht in Bezug auf das veraltete, nichtsnutige Placet, das dem Unsehen des Staates in keiner Weise etwas nütt. Und wenn die Revision verworfen wird, was wollen Sie dann an-fangen? Wie steht dann der Große Rat da! Wird er den Mut haben, das Werk nochmals zu beginnen? Oder wollen Sie es auf eine Partialrevision auf dem Wege der Volksinitiative ankommen laffen, wo man erst nicht weiß, mas für einen Berlauf die Revision nehmen wird. Wir würden in eine Stagnation hineingeraten, aus welcher sich der Kanton kaum herauszuarbeiten vermöchte. Das läßt fich vermeiden mit einem unbedeutenden Opfer auf konfessionellem Gebiet. Ich möchte Sie warnen,

die Hand, welche die Katholiken Ihnen wiederholt reichen wollten, ganz und gar zurückzustoßen. Die freifinnige Partei und der Freifinn wird beswegen keinen Schaden nehmen, wenn Sie in diesem unbedeutenden Punkt entzgegenkommen und das Placet streichen.

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. statten Sie mir in diefer Frage ein freimutiges Wort. Sie konnten ichon dem Bericht des Regierungsrates jum Revisionsprogramm entnehmen, daß er auf die praktische Bedeutung des Placets fein großes Gewicht legt. In den mehrfachen Beratungen, die der Regierungsrat dem Revisionsprogramm widmete, wurde in einer erstmaligen Abstimmung das Placet geftrichen. Später tam man auf die kirchlichen Fragen, wie auch auf andere, die Gegenstand des Programms zu bilben hatten, natürlich noch mehrfach zuruck und infolge einer Berschiebung in den Anwesenheiten wurde das Placet wieder aufgenommen. Seither ließ man es dabei bewenden und auch der Große Rat nahm keine Uenderung vor. Man muß natürlich in der Stellungnahme des Staates gegenüber der Kirche geschichtlich jeweilen zwei Perioden unterscheiben: die Beriode des Friedens und die Periode des Kriegs. Während der Periode des Friedens ift die Ausübung Dieses Genehmigungsrechts eine mehr oder weniger harmlofe Funktion. Man liest die Sirtenbriefe und Fastenmandate der Bischöfe mit Interesse, da sie einem einen Gesichts-kreis eröffnen, dem man sonst als Protestant nicht gerade nahe fteht. Das einte mal ift es eine Abhand= lung über Rirchenmufit, das andere mal über irgend einen anderen Gegenftand des firchlichen Lebens. Und wenn ich mich gefragt habe: Sind die Erlasse friedlich ober agressiv, so mußte ich immer anerkennen, daß sie friedlich gehalten sind. Ich habe sogar einmal heraus= gefunden, daß der hirtenbrief des christkatholischen Bi= schofs etwas polemischer gehalten war, als berjenige des römisch=katholischen. Ich habe mir dies dadurch erklärt, daß die römisch=katholische Kirche die größere, die chrift= tatholische die kleinere ift, und wie es gewöhnlich geht, wenn ein Großer und ein Kleiner mit einander im Streite find: der Kleine ift immer etwas angriffiger als der Große (Heiterkeit). Nicht daß ich sagen möchte, die Bolemit bes drifttatholischen Bischofs fei zu weit gegangen. 3ch führe das nur an zur Bergleichung. Was gar die Erlaffe der protestantischen Rirchenbehörden anbetrifft, so wird niemand die Notwendigkeit einer staatlichen Aufsicht behaupten wollen, wie denn überhaupt das Placet bei uns erst im Jahre 1836 durch die Artikel der sog. Badenerkonferenz aufgekommen ift und aus-schließlich gegen die katholische Kirche gerichtet war. Der praktische Wert des Placets existiert also nur gegenüber ber römisch=katholischen Kirche und zwar bann, wenn fie zur kampfenden Kirche wird, wenn fie glaubt fich gegen= über dem Staate und seinen Institutionen auf den Kriegsfuß stellen zu sollen. Run sagen wir aber im zweiten Satz des Art. 85: "Dem Staate bleibt vorbehalten, zur Handhabung der Ordnung und des öffent= lichen Friedens unter den Angehörigen der verschiedenen Religionsgenossenschaften, sowie gegen Eingriffe kirchlicher Behörden in seine Rechte und diejenigen der Bürger die geeigneten Maßnahmen zu treffen." Gestützt auf diesen Sat hat der Staat, wie ich glaube, hinreichende Mittel an der Hand, um gegen Uebergriffe der Kirche sich zur Behre zu feten und diefelben abzuweifen. Er ift gang

frei in den Magnahmen, die er treffen will und tann 3. B. das Berkundigen von firchlichen Erlaffen vollftandig verbieten. Bon diefem Gefichtspunkte aus halte ich nun wirklich dafür, es wäre ein Akt weiser Politik im Intereffe des Zuftanbekommens des Revisionswerkes, wenn man in Bezug auf das Placet nachgeben wurde, voraus= geset, daß die römisch-katholische Deputation und mit ihr Die römisch-katholische Bevölkerung anerkennen will, man habe wenigstens in diesem Punkte — in ben andern Bunkten konnten wir nicht mit uns markten Lassen ihren Reklamationen Rechnung getragen und sie können deshalb das geschaffene Revisionswerk acceptieren. Allerbings ift damit, daß in Urt. 85 der erfte Sat geftrichen wird, nichts erreicht, da derfelbe auch im Kirchengesetze fteht. Wenn wir das Placet abschaffen wollen, jo mußten wir dies hier ausdrücklich fagen, und ich glaube, man dürfte das ohne irgendwelche Gefahr thun. Der Bund tennt dieses Recht nicht und mehrere andere Kantone tennen es ebenfalls nicht; diejenigen aber, welche es aus= üben, find damit noch nicht genügend gewappnet, sondern bedürfen Machtbefugnisse, wie fie im zweiten Absatz des Urt. 85 ben Behörden eingeräumt werden sollen.

Ich wollte diese Erwägungen der Bersammlung nicht vorenthalten. Sie find rein individueller Natur. Im Schooße des Regierungsrates stand ich jeweilen auf Seite derjenigen, welche das Placet streichen wollten.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Rommiffion. Ich habe perfönlich über den Wert des Placets eine ahn= liche Auffassung wie herr Eggli. Ich glaube nicht, daß ber Staat desfelben bedarf, um seine Oberherrschaft über die Kirche, wenigstens auf weltlichem Gebiete, zu behaupten. Es wäre traurig, wenn es anders wäre. Immerhin ift es nicht ganz bedeutungslos, daß man . weiß, daß in den Landeskirchen nichts mitgeteilt wird, was irgendwie der Ordnung und den Staatsgesetzen zuwider ware. Run hat Herr Durrenmatt gesagt, man sollte, um das Revisionswerk zu stande zu bringen, auf das Placet verzichten. Was mich personlich betrifft, so bin ich bazu bereit, unter ber Boraussetzung, die auch herr Eggli anführte, daß die herren aus bem Jura, welche bis jest toloffal Opposition machten, erklären, fie nehmen die Berfaffung an. Sobald diese Herren er-klären, sie werden der Berfaffung keine Opposition machen, bin ich für Streichung des Placets. Das ift alfo außerordentlich einfach (Heiterkeit). So große Wichtigkeit hat das Placet nicht, daß man es nicht dürste fallen laffen. Immerhin wird dadurch eine Konzeffion gemacht, und wenn sich damit die katholische Bevölkerung des Jura zufrieden geben kann, fo glaube ich, wir follten bas Placet streichen.

M. Folletête. Nous voici arrivés à une disposition du vieux droit césarien qui jure avec nos institutions actuelles, et qui aurait sa place marquée dans quelque musée d'antiquailles, — vieux pistolet rouillé, selon l'expression pittoresque d'un homme d'Etat, et qui éclate dans la main de celui qui s'en sert, — vieillerie surannée, sans signification pratique, sinon de nous blesser dans notre sentiment intime, de faire sentir à l'Ordinaire du diocèse la suprématie de l'Etat, même dans les choses spirituelles, et de continuer, au détriment des catholiques-romains, le régime des mesures exceptionnelles.

Voyons, Messieurs, n'est-il pas plus que temps de se débarrasser de cette défroque usée?! Il semble, par ce que vient de dire M. le rapporteur du gouvernement, qu'un certain nombre de députés feraient bon marché du 1er paragraphe de l'article 85. Les esprits sérieux en arrivent à la conviction forcée que le droit de placet ne remplit plus le but de l'institution. M. le rapporteur de la commission lui-même paraît disposé à ne pas maintenir le 1er paragraphe de l'article. Mais cette concession serait illusoire, si la Constitution ne renferme pas expressément la mention de l'abolition du placetum regium. En effet, on aurait beau supprimer le paragraphe de notre article: le placet ne continuerait pas moins à exister, puisqu'il est prévu par la loi de 1874 sur l'organisation des cultes. Si l'on veut sérieusement reléguer cette vieillerie au vieux fer, ou dans la Rumpelkammer, comme on dit en allemand, il faut avoir le courage de le dire franchement. Je propose donc de remplacer le 1er paragraphe de l'article 85, par ces mots: Le placet est aboli.

Ainsi qu'on l'a fait justement observer, le second paragraphe de l'article donne à l'Etat une garantie suffisante. Ceux qui croient que l'Etat peut avoir intérêt à réprimer les empiètements des autorités ecclésiastiques supérieures sur ses droits, peuvent se rassurer. Le pouvoir est suffisamment armé pour faire respecter les droits de l'Etat et prendre les mesures nécessaires pour sauvegarder la paix confessionnelle. Mais pourquoi ne parle-t-on jamais que des empiètements des autorités ecclésiastiques sur les droits de l'Etat, sans dire aussi quelque chose des empiètements des autorités de l'Etat sur les droits de l'Eglise? Il faut convenir, cependant, que la chose est au moins possible. C'est, de la part d'une certaine école, une marotte de ne voir du danger que du côté de l'Eglise. Mais laissons-là les

théories pour en revenir à notre article.

Ne vous semble-t-il pas, Messieurs, que cette disposition du 1er paragraphe dépare notre Constitution et lui donne une physionomie qu'elle ne devrait véritablement pas avoir, si l'on veut en faire une œuvre de progrès? Ici, j'arrive aux observations de M. Brunner, et au marché qu'il nous propose sans rire. Drôle de marché, qui provoque involontairement l'application du vieux proverbe français: Donner un œuf pour avoir un bœuf! (Rires sur quelques bancs.) M. le rapporteur de la commission croit-il sérieusement que la maigre concession d'une vieillerie surannée, qui, au fond, nous importe peu, puisqu'on peut éluder très facilement la prohibition qu'elle renferme, vaut notre soumission sans réserve au projet de Constitution? Le marché serait peu glorieux pour nous, convenons-en. En définitive, le fameux placet ne peut empêcher nos autorités supérieures ecclésiastiques de faire parvenir aux fidèles leurs instructions et leurs prescriptions. A une époque de publicité comme la nôtre, si l'Etat voulait s'opposer à la promulgation d'un mandement de carême, par exemple, il en serait pour la confusion de voir le mandement condamné reproduit avec ostentation par la presse, et acquérir ainsi une notoriété bien plus étendue que par sa lecture en chaire. Non, Messieurs. Ces foudres de carton sont d'une autre

époque. Le *placet* est un droit éteint. Qu'il repose en paix! Je pourrais proposer à M. Brunner un marché bien plus rationnel et qui égaliserait au moins les positions. Donnez-nous satisfaction sur l'art. 83, et supprimez l'art. 87, dont l'adoption dans la Constitution de 1846 est due aux passions de l'époque contre les Jésuites, et je pourrais facilement vous promettre les suffrages en masse des électeurs des districts catholiques. Ce marché-là ne serait plus un bœuf pour un œuf, mais une transaction raisonnée et basée sur des concessions d'égale valeur. C'est alors que nous ferions de la bonne besogne, et que nous donnerions à notre œuvre des garanties de durée. Voyons. Voulez-vous? Pour le moment, je vous en conjure, ne laissez pas subsister cette veillerie du placet dans notre législation, et, pour mieux consacrer ce progrès, dites-le dans la Constitution. Qu'il ne soit pas dit que le canton de Berne, à peu près seul de tous les cantons suisses, tient encore à consacrer dans la nouvelle Constitution ce droit ridicule.

M. Daucourt. Je ne prends la parole que pour vous communiquer, Messieurs, une citation; je suis très amateur de citations; elles servent notre cause, et celle que je vous demande la permission de lire encore, sur cette question du placet, a un à-propos que l'on ne contestera pas. Je l'emprunte à l'ancien directeur des cultes du canton de Berne, à M. Teuscher en personne, qui, le 27 mai 1873, au premier débat du projet de loi sur l'organisation des cultes, faisait au Grand Conseil cette déclaration, au nom du Conseil-exécutif:

« La loi (des cultes) ne s'immisce pas dans les affaires intérieures de l'église. . . Elle entend réserver en matière de questions ecclésiastiques intérieures l'autonomie absolue tant aux paroisses qu'aux autorités ecclésiastiques supérieures, de manière à ce qu'elles puissent régler leurs affaires librement et sans immixtion de l'Etat. Si le placet, le droit de sanction de l'Etat, est maintenu, c'est parce que nous sommes liés par la Constitution: il n'est d'ailleurs maintenu que pour la forme. Ainsi l'Etat n'a plus à examiner s'il agrée ou non les dispositions renfermées dans les édits de l'église; il a seulement à s'enquérir s'il y a quelque chose qui soit en opposition à la règle de l'Etat ou contre la loi de l'Etat. Si ce n'est pas le cas, on doit dire simplement: Vu et approuvé'.

Voilà quelle était l'opinion du Conseil-exécutif, en 1873, sur le placet. S'il ne proposait pas au Grand Conseil de le supprimer à cette époque, c'est, vous l'entendez, Messieurs, uniquement parce qu'alors il était lié par la Constitution. Or, cette Constitution, nous la revisons aujourd'hui, et c'est bien le moment de se délier. M. Teuscher ajoutait que le placet n'était maintenu que pour la forme: ce n'est donc point pour l'Etat une question de principe, une affaire de véritable intérêt, et il ne saurait mettre de l'importance à conserver ce qui n'existe plus

que pour la forme.

Quant au troc proposé par M. Brunner, M. Folletête vient de dire ce que nous en pensons. Au reste ce n'est pas à nous, députés, à nous prononcer sur cette proposition: nous la soumettrons à nos communes jurassiennes, et si elles estiment que l'abolition du placet peut être l'équivalent des sacrifices qu'on leur demande pour l'assistance, elles répondront à M. Brunner le 4 juin.

L'art. 67 ne me satisfait nullement, quant à moi. On ne nous a rien cédé à l'art. 83. Reste encore

l'art. 87.

Nous attendons.

Prafident. Kann fich herr Folletête vielleicht dem Untrage bes herrn Durrenmatt anschließen?

M. Folletête. J'ai fait une proposition spéciale. Je ne me contente pas de la proposition de M. Durrenmatt. Je demande que le 1er alinéa soit rédigé ainsi:

Le droit de placet est supprimé. M. Durrenmatt n'aura pas de difficulté à se rallier à cette rédaction.

Dürrenmatt. Ich schließe mich dem Antrage des herrn Folletete an.

Abstimmung.

Für den Entwurf 70 Stimmen. Für den Antrag Folletste 84 "

Auf Antrag des Präsidiums wird beschlofsen hier abzubrechen und in einer Nachmittagssitzung, um ½ 3 Uhr, die zweite Beratung des Bersassungsentwurfes zu Ende zu führen.

Schluß der Sigung um 121/4 Uhr.

Der Redaktor: Rud. Edwar:

Vierte Sitzung.

Mittwoch den 26. Apeil 1893,

nachmittage 1/23 Uhr.

Borfigender: Prafident Ritschard.

Das Protokoll ber Bormittagsfigung wird ab= gelesen und genehmigt.

Cagesordnung:

Staatsverfassung des Kantons Bern.

Zweite Beratung.

(Siehe Seite 197 hievor.)

Art. 86 und 87.

M. Daucourt. Dans une séance d'après-midi, je serai bref, supposant que vous seriez fatigués, Messieurs, d'entendre recommencer les discours de ce matin.

Ma proposition sera très simple: je vous demande simplement de supprimer le premier alinéa de l'article 87, et d'insérer à l'article 86 cette réserve: « L'article 51 de la Constitution fédérale demeure réservé. »

La Constitution fédérale règle en effet cette matière: ne peut-on s'en tenir à ce qu'elle prescrit aux cantons, au point de vue de l'enseignement congréganiste? Est-il nécessaire d'aller au delà? Ce qu'elle estime convenable et suffisant pour la Confédération, ne saurait-il convenir au canton de Berne? Puisque nous revisons notre charte cantonale en grande partie pour l'harmoniser avec la Constitution fédérale, nous ne pouvons mieux faire, dans ce domaine, que de reproduire l'article 51 dans la Constitution bernoise.

Du reste, quelle portée pratique voyez-vous à la première partie de l'article 87 dont je propose

le retranchement? Elle est rendue inutile par la Constitution fédérale qui prévoit le cas à l'article où elle « interdit de fonder de nouveaux couvents et de rétablir ceux qui ont été supprimés ». Evitons un pléonasme en reproduisant cette disposition sous une autre forme.

En 1846, si le texte de la Constitution de 1874 eût existé, l'assemblée constituante bernoise se fût sûrement contentée de l'article 51: il répondait entièrement à sa pensée, et elle n'aurait pas inséré dans notre Constitution cet article 87 auquel on donne aujourd'hui une signification générale, absolue, qui ne répond pas aux sentiments de ses auteurs. Les débats de la Constituante l'établissent clairement.

Eh bien, faisons aujourd'hui ce que nos prédécesseurs de 1846 eussent fait à notre place. A cette époque, on n'avait pas si peur de voir quelques religieux enseigner dans le canton de Berne. En voulez-vous, Messieurs, une preuve bien frappante?

En 1835, M. l'avoyer Neuhaus fit demander par lettre, puis par des délégués, à Lucerne, à un simple religieux, à un franciscain, à un cordelier, au Père Richard, de venir s'installer dans le Jura. Et savezvous pour quelle raison, Messieurs? Pour le placer, comme directeur, à la tête de l'école normale de Porrentruy. Ainsi, voilà un congréganiste qu'on appelait à diriger l'éducation des instituteurs jurassiens, et maintenant vous aggraveriez l'interdiction prévue à l'article 51 de la Constitution fédérale, de manière à fermer en quelque sorte le territoire bernois à tout congréganiste, fût-il capable et digne d'enseigner? Je veux croire encore qu'en acceptant ma proposition vous ne le ferez pas.

Dr. Gobat, Regierungerat. Zu Artikel 87 beantragt Herr Daucourt eine vollständige Aenderung des Artikels, d. h. er beantragt, einfach den Artikel 51 der Bundes= verfaffung aufzunehmen, wonach im ganzen Gebiet ber Eidgenoffenschaft die Niederlaffung des Jesuitenordens verboten ift; für die andern Orden will er völlige Freiheit der Niederlaffung und des Unterrichts gewährleiften. Ich kann mich diefer Unficht nicht anschließen und glaube, wir muffen an dem Artifel 87, fo wie er lautet, fest= halten. Er ift wörtlich aus der gegenwärtigen Verfaffung herübergenommen. Wenn der Artifel 27 der Bundesverfaffung ausgeführt würde, so wäre dieser Artikel nach meiner Unficht überflüffig; denn ich glaube, es sei ziemlich unzweifelhaft, daß nach Urtikel 27 der Bundesverfaffung die Beteiligung religiöser Orden am Unterricht verboten ift, indem gesagt ift, daß der Unterricht unter staatlicher Leitung sein solle. Aus den damaligen Berhandlungen der eidgenössischen Räte geht so ziemlich hervor, daß diese Bestimmung nicht nur für die öffentlichen Schulen, sondern auch für die Privatschulen gelten folle. Man legte großes Bewicht barauf, daß das ganze Unterrichtswesen in den Sänden des Staates fei und nicht in denjenigen religiöfer Orden, die — namentlich im Kanton Bern, wo es keine Orden gibt — unter fremder Botmäßigkeit stehen. Die Mitglieder religiöser Orden durfen sich nicht einmal den Staatsgesegen fügen, sondern muffen sich ihren Oberen unterziehen.

Allein, wie Sie wiffen, fteht ber Artikel 27 ber Bundesverfaffung jum Teil nur auf bem Papier; er ift

ausgeführt in Bezug auf das Obligatorium und die Un= entgeltlichkeit der Primarschule; aber in Bezug auf ge= nügenden Unterricht und ftaatliche Leitung beftehen in einigen Kantonen noch folche Zustände, daß man mit Recht behaupten tann: in diesen Rantonen wird der Urtifel 27 der Bundesverfassung nicht beachtet. Es wurden seinerzeit aus dem Kanton Luzern gegen die Bestätigung religiöser Orden am Unterricht verschiedene Rekurse an die Bundesbehörden eingereicht. Allein diefelben find noch nicht erledigt. Sätten Die eidgenöffischen Rate Belegenheit gehabt, fich darüber auszusprechen, fo wüßte man, welche Tragweite der Artitel 27 der Bundesverfaffung hat. Da dies aber noch nicht geschehen ist und man also nicht weiß, wie weit dieser Artikel geht, so haben die Kantone gewiß nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Sache fo zu ordnen, wie fie es für richtig halten. In diefer Beziehung glaube ich nun, der Artifel 87 habe absolut nichts an fich, was Anftog erregen konnte, fogar in gut tatholischen Ländern. Wir haben im Ranton Bern in jeder Gemeinde Primarschulen. Diefelben find zwar nicht überall die besten, aber doch kann man sagen, daß der Unterricht ein genügender ist. Wir haben ferner den Grundfat völliger Freiheit in Bezug auf den Privatunterricht durch nicht geiftliche Personen; wir verlangen nur, daß derjenige, der Privatunterricht erteilen will, die Bewilligung der Erziehungsdirettion einhole, und es tann dieselbe nach dem Gesetz die Bewilligung nicht verweigern sobald der betreffende in Bezug auf Moralität und Kennt-nisse genügende Ausweise besitzt. Im gegenwärtigen Ent-wurf sind wir noch weiter gegangen und haben sogar das Recht des Familienvaters unbedingt anerkannt, seine Rinder unterrichten zu laffen wie er will, wenn fich nur biefelben darüber ausweifen, daß fie einen genügenden Unterricht bekommen. Es besteht im Ranton Bern also absolut keine Notwendigkeit, einen andern Unterricht ein= zuführen als denjenigen, den wir gegenwärtig haben: den öffentlichen Primarschulunterricht und den Privat= unterricht durch nicht geiftliche Personen. Ich glaube ben Jura genügend zu fennen, um Ihnen fagen zu konnen, daß auch dort ein anderes Bedürfnis nicht besteht und die Bevölkerung des Jura durchaus nicht verlangt, daß bie Sorge für den Unterricht religiösen Orden übergeben werde. Ein Beweis dafür liegt darin, daß ein Gesuch zweier Marienbrüder, in Pruntrut Unterricht erteilen zu burfen, wieder gurudgezogen worden ift und zwar nicht etwa veranlaßt durch Schritte, die von unferer Seite ge= macht murben, sondern mahrscheinlich auf Beranlaffung von Perfonlichkeiten, die heute beantragen, den Artikel

87 zu streichen.

Wir müssen absolut darauf dringen, daß in unserm Lande — und zwar nicht nur in der öffentlichen Primarschule. sondern auch in der Privatschule — ein nationaler Unterricht erteilt wird, daß die Kinder im Sinn und Geist unserer freistaatlichen Institutionen erzogen werden. Ein solcher Unterricht aber ist kaum möglich, wenn er durch geistliche Lehrer erteilt wird, die unter der Botmäßigkeit fremder religiöser Orden stehen und ihren Oberen unbedingt gehorchen müssen. Was speziell diese verschiedenn Lehrorden anbelangt, wie die Marienbrüder, die Lehrschwestern u. s. w., so sind die Mutterhäuser alle in Frankreich und Belgien und wir haben absolut keine Garantien daß der Unterricht in nationalem Sinne erteilt würde. Allein auch sonst hat dieser Unterricht durch geistliche Lehrer große Lebelstände im Gesolge. Im alle

gemeinen fuchen diefelben durch Gedachtnisubungen gewiffe glanzende Erfolge zu erzielen, um mit denfelben an den Prufungen zu paradieren. Geht man aber der Sache auf ben Grund, so findet man, daß der Unter-richt mit einer großen Neberburdung der Jugend verbunden ift und anderfeits in Wirklichkeit weit weniger schöne Erfolge aufweist, als man nach den Prüfungen glauben sollte. Zum Beweise, daß unser Unterricht ein viel besserer ist, brauche ich Sie nur auf die Länder auf= merksam zu machen, welche den Unterricht durch geistliche Lehrer haben. Da haben wir vorerft Belgien, wo von ben Refruten eine fehr große Prozentzahl — die genaue Biffer habe ich nicht im Gedächtnis — ganzlich unwissend sind. In Frankreich, wo die Republik seit 1870 sehr große Fortschritte gemacht hat, ist doch der Unterricht noch nicht auf einer solchen Höhe, daß wir dieses Land beneiden könnten, und zwar gerade deshalb - ich hatte Gelegenheit, das System im Jahre 1889 genau zu ftu-dieren — weil die geistlichen Schulen sehr zahlreich sind. In vielen Gegenden besteht neben der öffentlichen Schule eine freie, von geiftlichen Lehrern geleitete Schule, und in vielen Departementen find die öffentlichen Schulen zu Gunften der geiftlichen Privatschulen verlassen. Wie es in Spanien steht, wissen Sie; es ist eines berjenigen Länder Europas, welche in punkto Schulbildung am weiteften zurückstehen.

Man sagt und hat es bei früheren Anlässen gesagt, daß es sich nur darum handle, in einigen wenigen Ortsschaften, wie Pruntrut, eine Schule mit geistlichen Lehrern zu errichten. Allein ich glaube nicht, daß es, wenn wir unbedingte Freiheit einräumen, bei einer oder zwei Schulen sein Bewenden haben wird; wir werden vielsmehr mit der Zeit dazu kommen, daß nicht nur in den größeren Ortschaften des katholischen Jura, sondern auch in den größeren Ortschaften des protestantischen Jura und des alten Kantonsteils, wo eine ziemlich zahlreiche katholische Bevölkerung vorhanden ist, geistliche Schulen errichtet werden. Man hat das in Basel gesehen. Dort ließ die Regierung vor 30, 40 Jahren die geistlichen Lehrer gewähren. Unfänglich waren nur eine oder zwei Lehrschwestern und ein Lehrbruder da. Mit der Zeit aber kam es dazu, daß in Basel 35 solche Schulen bestanden, wenn ich nicht irre, was so große Uebelstände hatte, daß die Regierung vor einigen Jahren sich veranlaßt sah, geistlichen Lehrern die Unterrichtserteilung zu verbieten. Gegenwärtig ist in Basel auch die Erteilung von Privatunterricht durch geistliche Lehrer absolut verboten.

Man hat bis jest im Kanton Bern durchaus kein Bedürfnis nach Lehrbrüdern und Lehrschwestern empfunben. Wir haben im Gegenteil im Jahre 1867 die Lehrschwestern, die in vielen Bezirken des katholischen Juras den Unterricht in den Händen hatten, trotz sehr heftiger Opposition seitens des katholischen Jura, abgeschafft. Anfangs hatte dies im Jura eine gewisse Erbitterung zur Folge. Allein nach und nach hat sich dieselbe gelegt und heute sinden sogar diesenigen, die orthodorkatholisch sind, daß die öffentlichen Schulen allen Bedürfnissen genügen. Ich glaube, wir sollen heute von diesem Standpunkte nicht abgehen. Wir haben im Kanton Bern genügende Institute, um unsern Kindern einen richtigen Unterricht zu Teil werden zu lassen und wir wollen densselben nicht fremden, religiösen Orden überlassen. Ich empfehle Ihnen daher, den Artikel 87 zu belassen, wie zu ist

M. Daucourt. Je ne puis pas m'empêcher de répondre au moins deux mots aux arguments présentés par M. Gobat. Il y a dans ses paroles une ou deux inexactitudes qu'il faut relever. Il y a un article constitutionnel qui s'oppose à la création de couvents de jésuites en Suisse. Mais je dois dire que quand il nous accuse de demander des frères religieux qui apporteraient dans notre pays une méthode d'enseignement qui ne serait pas conforme aux institutions de notre pays, il se réfute lui-même quand il parle des écoles des frères de Bâle devenues si prospères et dont les élèves se sont signalés par leurs distingués services. Un rapport présenté au Grand Conseil de Bâle est explicite à ce sujet. Je vous rappellerai du reste qu'au point de vue des capacités, les quelques rares maîtres sortis de cet. établissement qui pourraient être appelés à enseigner dans notre pays, seraient soumis, comme de juste, aux lois scolaires que nous avons élaborées, et devraient donner des preuves suffisantes de leurs connaissances pour obtenir des brevets de capacité. Quant au retrait de la requête présentée par les Frères de Marie, je suis étonné que M. Gobat l'ait invoqué à l'appui de son dire. Je suis, avec quelques-uns de mes collègues, cause de ce retrait, parce que nous n'avons pas voulu soulever dans cette einceinte un débat qui aurait pu ajouter de l'aigreur aux difficultés dans lesquelles nous nous débattons. Nous nous sommes dit: il faut écarter cette nouvelle source de division, attendons. Nous avons donné par là la preuve que nous voulions la conciliation et il n'appartient guère au directeur de l'Instruction publique de nous en faire un reproche.

On a lu les pétitions adressées de Porrentruy et des Franches-Montagnes qui demandent le rétablissement de l'art. 51. Et M. Gobat n'est pas juge suprême pour connaître les besoins catholiques du Jura. Bref, il ne s'agit pas de savoir si nous avons besoin de frères enseignants; si nous n'en avons pas besoin, nous n'en appellerons point, et dans le cas contraire, on ne saurait nous refuser ce que la Constitution fédérale nous accorde. Je ferai remarquer — beaucoup de membres du Conseil national ici présents se le rappelleront — que M. de Steiger, dans une discussion au Conseil national, a remercié le gouvernement du canton de Fribourg de l'appui qu'il donnait aux écoles protestantes, écoles qui, sans cet appui, disait-il, ne pourraient pas subsister. Il y a eu là une preuve de tolérance que jusqu'à un certain point on pourrait imiter

Si l'on voulait parler du peu de danger que les religieux peuvent faire courir à notre canton, il me suffirait de placer sous vos yeux le rapport de 1880 de MM. Birmann et Tschudy, — j'en ai le texte sous les yeux, mais c'est inutile. Ce rapport rend parfaitement hommage à la capacité et à la tolérance des frères religieux. C'est pourquoi le Conseil national a pris une décision imprégnée de l'esprit de tolérance.

Mais je ne tiens pas à allonger le débat. Pour terminer, je citerai cependant une parole — je pourrais en citer deux — que j'emprunte à M. Gobat. M. Gobat a écrit un jour: le catholicisme est un mal. Je ne m'étonne plus dès lors des conséquences qu'il

tire de cette parole; mais je suis étonné que ce soit précisément celui-là même qui l'a prononcée qui se trouve être le directeur de l'Instruction publique dans un canton mixte. Mais, le même homme politique a dit aussi ceci: L'union fait les peuples forts et la Suisse, pour remplir sa haute destinée a besoin de tous les dévouements, de tout l'esprit de tolerance et de concorde de ses enfants. C'est le moment de l'appliquer, cette parole, et de l'appliquer dans la mesure qui est permise par la Constitution fédérale. Nous ne courons pas plus de danger dans le canton de Berne que dans les autres cantons d'être mis au bénéfice de cet art. 51 de la Constitution fédérale.

Dürrenmatt. Die Vergleichung, welche Herr Gobat in Bezug auf den Stand der Bolksschule in den ver= schiedenen Staaten Europas angestellt hat, kontraftiert seltsam mit dem, was wir bei Beratung des Primarschul= gesetzes hörten. Damals konnte man den Stand unseres Schulwesens nicht mangelhaft genug schildern, um für die Opfer, die zur Hebung nötig sind, Stimmung zu machen. Jetzt vernehmen wir auf einmal, wo es sich darum handelt, den Privatschulen im Jura eine Erleichterung zu verschaffen, daß bas bernische Schulmefen bas befte aller möglichen Staaten ift. Wenn man im gleichen Moment ein Opfer von Fr. 800,000 zur Berbefferung des bernischen Schulwesens verlangt, so sollte man sich hüten, nur pour le besoin de la cause das bernische Schulwesen wieder um so viel höher zu stellen, einzig weil es unter der Leitung des herrn Dr. Gobat steht. Es wiederholt sich gegenüber den Privatschulen im Jura das, was wir diesen Morgen erlebt haben. In Bezug auf die "freie Schule" des Herrn Wassilieff in Bern, in der offenkundig die Gottesleugnerei gepredigt wird, hat Herr Gobat keine Mitttl zum Einschreiten; aber wenn es fich um positiv driftliche Schulen im Jura handelt, kann er die Bügel nicht stramm genug ziehen. Es ift das eine bedauerliche Art, im Schulwesen die Wage der Gerechtigkeit zu halten. Daß der Antrag des Herrn Daucourt mahrscheinlich verworfen wird, sehe ich voraus; aber ich konnte mich gleichwohl nicht enthalten, auf diefe Intonsequenzen aufmerksam zu machen.

Schmib (Andreas). Nur ganz wenige Worte, indem es mir scheint, es habe dieser Artikel schon viel zu viel Anlaß zur Diskussion gegeben. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich in der Berkassung von 1846 genau der gleiche Artikel vorsindet und ich glaube, Sie alle werden sich nicht erinnern, daß der betreffende Paragraph der alten Versassung ein leberbein war. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß der Staat im Jura und im alten Kanton eine ganze Masse von Seminarien besitzt, um Leher heranzubilden, und Sie wissen, daß wir Ueberssuss an Lehrkräften haben. Und da sollten wir der Konsturrenz auswärtiger Korporationen, deren Tendenzen wir nicht kennen, Thür und Thor öffnen! Ich bin überzeugt, daß der Große Kat den Artikel 87 nicht streichen wird.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Nur zwei Worte, zur Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Dürren=matt! Er hat die Gewohnheit, Behauptungen aufzustellen, die nicht richtig find. Das hat er wiederum gethan, ins dem er mir vorwarf, ich habe absolut nichts einzuwenden

gehabt gegen die freie Schule bes herrn Waffilieff, wo man Gottesleugnung predige, während ich Schulen mit positiv religiösem Unterricht nicht geduldet habe. Das alles ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe meines Erinnerns niemals einem Gesuche um Erteilung von Privatunterricht nicht entsprochen, und wenn die Erziehungsdirektion gegen die Schule des Herrn Wassilieff nicht eingeschritten ist, so hatte das eben seine guten Gründe. Einmal ist es nicht die Erziehungsdirektion, welche gegen einen Lehrer, der ohne Befugnis Unterricht erteilt, einschreitet, sondern es ift das Sache der Polizei, indem im Geset über den Privatunterricht vom Jahre 1832 gefagt ift, daß wer ohne Erlaubnis ber Erziehungs= birektion Schule halt, in eine Buge bis zu 200 Fr. verfällt. Ich habe die Polizei nicht in meiner Hand, und wenn dieselbe nicht eingeschritten ist, so ist das nicht meine Schuld. Uebrigens lag die Sache vor dem Regierungsrat und biefer fand, nach ben gegenwärtigen gefeglichen Bestimmungen tonne die Schule des herrn Wassilieff kaum als eine Schule angesehen werden. Herr Wassilieff hat unrichtigerweise den Namen "freie Schule" gewählt. Unter einer Schule ist im Sinne des Gesetzes zu verstehen, daß darin schulpslichtige Kinder Unterricht erhalten. Herr Wassilieff erteilt aber nicht in den Schule fächern Unterricht, sondern in der höhern Naturwissen= schaft, in der fozialen Wiffenschaft zc., und die Regierung fand, daß hier die Staatsbehorden nicht dirett einschreiten können, fondern daß man höchstens verlangen könne, daß der Richter, wenn eine Anzeige eingereicht werde, untersuche, ob es sich um eine Schule handle oder nicht. Findet ber Richter, Herr Waffilieff halte eine wirkliche Schule, so wird er ihn zu einer Buße verurteilen. Findet der Richter, es handle fich um feine Schule, sondern nur um öffentliche Vorträge über verschiedene Themata, so kann man auch der Erziehungsbirektion nicht vorwerfen, daß fie gegenüber Herrn Wassilieff nicht das Rötige gethan habe. Vorträge finden in der Stadt Bern das ganze Jahr hindurch fast jeden Tag statt, und es ist noch keinem Bor-tragenden eingefallen, hiefür die Erlaubnis einzuholen, da die Verfassung die Redefreiheit garantiert. So lange im Kanton Bern diese Redefreiheit besteht, können die Behörden nicht ohne weiteres gegen Lehren auftreten, die in gewiffen Kreifen nicht genehm fein mögen.

Es ist also absolut nicht richtig, was herr Dürrenmatt sagt. Ich habe niemals gegen den Privatunterricht willkürliche Berbote erlassen, und was herrn Wassiless anbelangt, so ist diese Sache vom Regierungsrat erledigt worden und geht mich nichts mehr an.

Abstimmung.

Art. 88 und 89.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 91-105.

M. Jobin. Dans ce grave débat sur l'assistance publique, je n'ai pas entendu placer la question sur son véritable terrain, ni aborder la question de principe.

Comment se fait-il que le grand, le puissant canton de Berne, qui a produit tant d'hommes d'Etat, de fins diplomates, des savants distingués, traîne depuis des siècles un boulet, le boulet du paupérisme? Et il semble que cet engin destructeur suit la progression des inventions nouvelles, qu'il va prendre les proportions du boulet Krupp.

Avec ses belles provinces, ce Mittelland aux magnifiques et riches campagnes, cet Oberland si remarquable avec ses sites pittoresques, la production d'un bétail qui défie toute concurrence, cette Haute-Argovie si propice, cet industriel Seeland, comment se fait-il, dis-je, que la plaie du paupérisme va s'étendant, prenant toujours plus de malignité, et qu'on sente le besoin de l'étendre au Jura, le cadet, l'enfant gâté du grand canton?

Ah! c'est que l'assistance obligatoire est un principe vicieux, une erreur sociale, qu'il importe de signaler. Ecoutons ce qu'en dit un savant économiste, membre de l'Académie:

« La charité, quand elle a des clients d'habitude légale, brise le ressort de leur initiative, et le sentiment de leur responsabilité.

« Un homme qui se fait nourrir, et n'a souci de rien d'autre, n'est qu'une bête à l'étable, un porc à l'engrais, qui déshonore l'humanité. »

Ces paroles sont de M. Léon Say, que vous connaissez sans doute.

Une dame anglaise, miss Hill, qui se trouve à la tête d'associations de bienfaisance, s'exprime ainsi:

«La charité légale a dévoré le cœur de nos hommes, de nos femmes, corrompu, dégradé, appauvri les foyers, détruit la vie de famille. >

Et cependant, la nouvelle Constitution va encore sanctionner cette erreur. J'adjure la haute assemblée de n'en rien faire.

Il est vrai que l'art. 90 dit que l'Etat prendra des mesures pour supprimer, autant que possible, les causes du paupérisme; mais j'envisage cette disposition comme de l'eau bénite de cour. Déjà la Constitution de 1846 édictait l'abolition de l'obligation légale pour les communes d'entretenir leurs pauvres. On a vu et l'on voit quels résultats on a obtenus.

Je fais donc la proposition de décréter en principe l'abolition de l'assistance légale, en disant au premier alinéa de l'article 90:

La tâche de faire prévaloir et mettre à exécution graduellement cette disposition incombe à la loi et à la sollicitude de l'administration de l'Etat.

Puis, suivent les autres alinéas de l'article.

Je demande à la haute assemblée, qui est en même temps assemblée constituante, d'oser mettre le doigt sur la plaie. Du reste, ma proposition ne modifie pas d'une manière sensible l'art. 90 du projet.

Abstimmung.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Jobin) Mehrheit.

Ohne Bemerkung angenommen.

Art. 106.

Dr. Schwab. Nach Verwerfung des von dem Regierungsrat und auch vom Großen Kate ursprünglich aufgestellten Art. 69, welcher die mit allgemeinem Autungs gut gesegneten Burgergemeinden zu Mehrbeiträgen an ihre armen Angehörigen verpflichtete, eine Bestimmung, auf welche der Jura mit Recht ein großes Gewicht legte und die ihn zur Annahme des Verfassungsentwurfs ge-neigt machte, handelt es sich heute darum, die zu Fall gekommene Brücke durch eine andere zu ersetzen und damit eine Berftandigung zwischen altem und neuem Ran-

ton herbeizuführen.

Ich erachtete es als meine patriotische Pflicht, ein Mittel ausfindig zu machen, das geeignet ware, die wegen dem bevorstehenden Aufgeben ihres altherkömmlichen, im allgemeinen bewährten Shitems ber Armenunterstützung bekummerten Juraffier zu beruhigen und ihnen zugleich Waffen zu verschaffen, vermöge welcher fie rafch, das heißt schon vor oder bald nach Intrafttreten eines gemein= famen Armengesetes gegen die Hauptursachen der Armut wirksam tampfen konnten. Gin solches Mittel bietet nach meiner Ueberzeugung ber Ihnen vorgeschlagene Art. 106; berselbe wurde den Deputierten aus dem Jura unterbreitet, und es gereicht mir ju hohem Bergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß er von ihnen einstimmig als zweckentsprechend und gleichermaßen als eine Kompensation für in Aussicht stehende Opfer betrachtet wird. Mögen Sie, verehrte Herren, den Art. 106 als ein Werk des Friedens und ein Mittel, um der Entzweiung entgegen= zutreten, murdigen; er kann mehr oder weniger als ein Kompromiß zwischen altem Kanton und Jura gelten.

Was mich zu obigem Vorschlage veranlaßte, ift, daß bisher die französisch-sprechenden Berner Staatsanstalten vermiffen mußten, wo fie, unter gewiffen Umständen, gemäß ihren Eigentümlichkeiten erzogen und behandelt würden. Man muß nicht vergeffen, daß der Kanton Bern ein gemischter ist sowohl hinsichtlich der Sprache als der Religion, ber Beschäftigungsart, ja selbst der Sitten und Gebrauche. Früher waren die Waadtlander die welschen Berner; feit 1815 find es die Juraffier, und wenn auch beinahe 28,000 Alt=Berner fich bort niedergelaffen haben, so ift es Thatsache, daß diese, wie die Ureinwohner, der frangofischen Sprache sich bedienen. Ein Rind, das französische Schulen besucht hat, wird zu einem Welschen, wenn auch sein Bater oder seine Mutter, ja felbst beide, aus dem deutsch = redenden Landesteil stammen. Wenn nun ein übelgeratenes Kind aus dem Jura in eine ftaatliche Erziehungs= oder Besserungsanstalt treten soll, so ift, unferer Unficht nach, die hauptbedingung zu feiner Bekehrung, daß es dort einen Hausvater, eine haußmutter oder Lehrer finde, welche seine Sprache reden und in derselben, sowohl in der Schule als im gewöhnlichen Umgang, erzieherisch auf es wirken können. Niemand wird dies bestreiten, insbesondere wenn es sich um ein verwahrlostes, schlecht veranlagtes Kind handelt. Da, noch mehr als bei einem fittlich normalen Knaben ober Mädchen, muß alles dahin gerichtet werden, daß ein moralischer Erfolg erwirkt werde, um so mehr, als die bößgearteten Kinder meistenteils nicht im zarten Alter in die Rettungsanstalten untergebracht werden und hier

nur wenige Jahre verbleiben.

Was für die Besserung der verwilderten Jugend als notwendig erscheint, gilt auch mehr oder weniger für die Erwachsenen, Männer und Frauen, welche in Arbeitseanstalten versetzt werden müssen. Diese pslichtvergessenwäter und Mütter sollen in diesen Instituten nicht bloß zur Arbeit angehalten werden, sondern es muß, sollen sie gebessert entlassen werden, von deren Vorsteher, seiner Frau und dazu berusenen Personen auf ihren Charakter, ihren Willen, ihre Sittlichkeit täglich und immersort gewirkt werden. Das ist ein Ersordernis, dem man in unsserm Kanton bisher leider nicht genug entsprochen hat, d. h. in der Arbeitsanstalt für Männer.

Betreffend Rettungs= und Arbeitsanstalten für französisch-sprechende Berner darf es nicht unerwähnt bleiben, daß nicht nur die 86,000, die laut der Bolkszählung vom Jahre 1888 den Kanton bewohnen, in Betracht kommen, sondern daß ungefähr eine gleiche Zahl in der Westschweiz oder in Frankreich niedergelassen ist. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß für unsern Zweck circa 160,000 Seelen zu berücksichtigen sind. Im Kanton Neuenburg besinden sich circa 30,000 AltsBerner, im Waadtland 25,000, in Genf ungefähr

12,000 ac.

Daß im Fall der Verarmung und der Verwahrlosung der Kanton, beziehungsweise die Heimatgemeinden, für die im Welschland niedergelassenen Berner oft einschreiten muß, ist nur zu bekannt. Laut dem Bericht der Armensdirektion für das Jahr 1891 unterstützte der Kanton circa 1000 Personen in den Kantonen Neuendurg, Waadt und Genf. Viele auswärtswohnende Verner müssen in Armen= und Rettungsanstalten placirt werden. Vezüglich der Arbeitsanstalten heißt es in einem der letzten Verichte der Armendirektion: "In einem neuen Armengesetz sollte "jedenfalls die auswärtige Armenpslege in bestimmte "Grenzen gewiesen werden, und da wo die Unterstützungs- "bedürstigkeit sich als eine Folge der Liederlichseit und "Pflichtvergessenheit herausstellt, sollte unnachsichtlich Heim- "schub stattsinden können, damit gegen die Fehlbaren mit "aller Strenge des Strafgesetzs oder des Gesetzs über "Arbeitsanstalten eingeschritten werden kann."

Sie sehen, daß es an Elementen für die Bevölkerung von französischen Rettungs- und Arbeitsanstalten nicht sehlt und ganz sicher nicht sehlen wird, wenn pklicht- gemäß von Staat und Gemeinden gegen die Verwahrslosung der Kinder und gegen die Arbeitsschen, Trunkslucht und Liederlichkeit ihrer Eltern und Erwachsener,

überhaupt fräftig und zielbewußt reagirt wird.

Kach diesen allgemeinen Bemerkungen sei es mir erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Gesetzgebung bereits auf die Sprach= und Charaktereigenheiten der Welschen Rücksicht genommen hat. Dies geschah nicht durch das für unser bernisches Armenwesen bahnbrechende Gesetz von 1848 über Einführung von Armenanstalten und speziell von Kettungs= und Zwangsarbeitsanstalten, ein Werk des unvergeßlichen Patrioten sund Menschenfreundes L. Schneider, sondern durch daszenige vom 2. September 1867 über Erweiterung der Kettungs= anstalten und des darauf beruhenden Keglements. Im

lettern wurde vorgesehen, daß an einer der Anaben= anstalten und an der Mädchenanstalt je ein Gehülfe an= zustellen sei, der den Unterricht in frangofischer Sprache erteilen konne. Infolge diefer gesetzlichen und reglemen= tarischen Bestimmungen wurde in der Knabenanftalt Landorf eine Spezialklaffe für welsche Kinder unter ber Leitung eines französischen Lehrers errichtet. Diese Rlaffe existierte nur turze Zeit und seit vielen Jahren ist der Unterricht für alle hausgenoffen ein gemeinfamer; tein welscher Lehrer leitet die Erziehung der französischen Böglinge. Die Berichte der Anftalt heben aber regel= mäßig hervor, daß diefe Bermischung von deutschen und welschen Knaben große Nachteile bietet. Richt nur leiden die frangöfisch = sprechenden bedeutend darunter, sondern auch die deutschen werden in ihren Fortschritten in der Schule geheinmt. Darum wird von der Verwaltung von Landorf die Trennung dieser zwei Kategorien von Kindern gewünscht und empfohlen.

In der einzigen Mädcherrettungsanstalt des Kantons befinden sich stets Zöglinge aus dem Jura und der Westschweiz, wenn auch nicht in so großer Zahl wie in den Knabeninstituten. In Kehrsah sollte laut dem Reglement ein Unterricht in der französischen Sprache stattsinden. Derselbe wird aber nicht erteilt. Nach dem gleichen Reglement sollten die Zöglinge aller Rettungsanstalten in Familien von 12—15 unter je einem Gehülsen gruppiert werden. Auch diese bedeutungsvolle Bestimmung ist leider in Vergessenheit geraten. Eines Tags sollte sie mehr Beachtung sinden, will man, wie es uns geboten erscheint, ersolgreich und anhaltend auf den Charakter jedes einzelnen dieser verwahrlosten Kinder einwirken.

Werfen wir nun einen Blick auf den Bestand der Rettungsanstalten und die Zusammensetzung derselben in Bezug auf die Muttersprache der Zöglinge. Im Sommer 1891 besanden sich in denselben 183 Kinder (Landorf 50, Erlach 37, Narwangen 45, zusammen 132 Knaber und in der Mädchenanstalt Kehrsat 51 Mädchen). Unter diesen Zöglingen zählte man 25 Knaben und 7 Mädchen, deren Muttersprache die französische war. Aus den welschen Gemeinden des Jura stammten nur 10 Kinder; die übrigen kamen aus den Kantonen Reuenburg, Waadt, Genf 2c., einzelne aus Frankreich.

Gegenwärtig gibt es in Landorf 61, in Aarwangen 58, in Erlach 45, zusammen 164 Knaben, d. h. 32 mehr als vor ungefähr zwei Jahren. In Kehrsat befinden sich 61

Madchen, b. h. 10 mehr als im Jahre 1891.

Die Bermehrung von 42 Zöglingen in dieser turzen Spanne Zeit beweist, daß die Rettungsanstalten immer mehr zum Bedürfnis geworden und auch besser geschätzt werden und zwar mit vollem Recht; denn es ist konstatiert worden, daß ungefähr ²/s der ausgetretenen Kinder als wohlgeraten zu betrachten sind. Eine Hauptursache der Zunahme war bereits — und wird immer mehr sich sühlbar machen — die Gewährung eines Beitrages aus dem Alkoholzehntel; derselbe beträgt, gemäß dem Dekret über Berteilung des Alkoholzehntels vom Jahre 1891, Fr. 50 sür jedes von den Gemeinden oder armen Familien dortsin placiertes Kind. Dadurch ist das Kostgeld thatsächlich von Fr. 120 und Fr. 150 auf Fr. 70 und Fr. 100 herabgesetzt worden. Sollte, wie es unmittelbar nach dem Gesetz von 1848 geschah und zwar, weil das letztere vorschrieb, daß der Staat die Rettungsanstalten allein zu gründen und zu unterhalten habe, das Kostgeld, wenigstens für die vom Richter zur Enthaltung verur

eilten Kinder, abgeschafft werden, so würden ganz gewiß die Gemeindebehörden viel öfter als zuvor Klagen ansbringen und folglich energischer und erfolgreicher gegen die Verwilderung der Jugend und die Pflichtvergessenheit seitens der Eltern auftreten. Daß die Folge solcher Maßeregeln eine geringere Armenlast der Gemeinden und des Staates für die Zukunft wäre, ist selbstverständlich.

Da also die Rettungsanstalten immer mehr benütt werden und gegenwärtig bereits mehr oder weniger an Neberfüllung leiden, so muß die Bermehrung derselben als eine dringliche bezeichnet werden. Es ist also leicht begreislich, daß der Regierungsrat auf das wohlbegründete Berlangen der jurassiehne d'émulation — den Beschluß gefaßt hat, eine fünste Rettungsanstalt, und zwar eine solche für welsche Knaben, zu errichten. Bei der ersten Beratung des Bersassungsentwurfs haben Sie selbst dem Gesuch des Jura entsprochen und die Gründung diese Instituts unter die Uebergangsbestimmungen aufgenommen. Dafür sind wir Ihnen dankbar. Hoffentlich wird diese Rettungsanstalt nächstes Jahr eröffnet werden können. Die nötigen Maßregeln wurden zu diesem Zwecke

bon der hohen Regierung ergriffen.

Was die Gründung einer Rettungsanstalt für Mädechen anbetrifft, welche in meinem Antrag ebenfalls in Aussicht genommen ist, so wird das Bedürsnis nach derselben sich wohl bald kundgeben. Besteht einmal eine Besserungsanstalt für Anaben im Jura und erwirdt sie sich die Achtung und die Sympathien der Bevölkerung, so werden die Gemeinden thatkräftiger werden und bald zum dargebotenen Mittel greisen, um der Berwahrlosung auch der Mädchen wirksam entgegentreten zu können. Dann, meine Herren, werden wir besser als je zuvor gegen den schlechten Schulbesuch, die erbärmlichen Kekrutenprüfungen, das Berbrechertum, das z. B. in den Freibergen die höchste Stufe im Kanton erreicht, wirken können, und den Gemeinden, sowie dem gemeinnüßigen Berein wird es möglich sein, die Armenlast zu vermindern und die Folgen des Prinzips der Oertlichseit im Armenwesen nicht mehr zu fürchten. Darum, meine Herren, bitten wir Sie inständig, unsern Vorschlag anzunehmen und in diesem Punkt den Jura zusriedenzustellen.

Unsere Wünsche und Ansprüche erstrecken sich aber weiter als auf Rettungsanstalten. Zur Beseitigung der erblichen Armut, der Unwissenheit und der Unssittlichteit bieten dieselben ein ganz vorzügliches Mittel, aber die Eltern, welche diese unschuldigen Kinder verwahrlosen und verwildern lassen, müssen absolut gestraft und wenn möglich gebessert werden. Dafür sind Arbeitsanstalten gegründet worden. Schon vor etwa zehn Jahren hat die Société jurassienne d'émulation die Errichtung einer solchen mitten im Jura postuliert und für diese Propaganda gemacht. Die Aufmerksamseit nicht bloß der französisch sprechenden Bevölkerung des Kantons wurde darauf gelenkt, sondern es wurde der hohe Regierungsrat gebeten, diesem Resormwerk ein günsstiges Ohr zu leihen und er thats, indem er auf Kosten des Staats Pläne zur Umwandlung eines dafür in Aussicht genommenen Gebäudes entwerfen ließ. Wenn dies geschah, so liegt der Grund darin, daß das Geset über die Arbeitsanstalten vom Jahre 1884 eine Vermehrung derselben vorsah. Man nahm allgemein an, daß infolge der Bestimmungen obigen Gesetzs betreffend Bersetzung in Arbeitsanstalten auf administrativem Wege und daherige

Erleichterung der Aufnahme in diefelben viele Gintritts=

begehren gestellt würden.

Die zuerst errichtete Arbeitsanstalt für Männer in Ins wurde, entgegen den Erwartungen, nicht sosort stark benutt; sie war eben neu und wenig bekannt; auch schien das von den Gemeinden in den ersten Jahren geforderte Kostgeld von Fr. 150 und Fr. 100 zu hoch. Die Stadt Bern war es besonders, die davon Nuten zog. Seit ungefähr einem Jahre hat sich aber die Frequenz dieser Männeranstalt kolossal gehoben. Schuld daran war besonders die bedeutende Herabsetzung des Kostgeldes, das auf Fr. 50 normiert wurde. Einzelne arme Gemeinden erhielten selbst die volle Unentgeltlichsteit, so z. B. Rohrbach für 13 ihrer Ungehörigen.

Die folgenden Ziffern illustrieren die rasche Entwicklung der Anstalt in Ins. Am 10. September 1891 befanden sich daselbst 66 Arbeitshäusler; am 31. Dezember desselben Jahres zählte man 77. Am 1. Januar 1893 stieg die Zahl der Detinierten auf 143 und am 1. April 1893 wies die Kontrolle der Anstalt 157 Insaßen nach. Die Landgemeinden sind nunmehr zahlreich vertreten und sie scheinen entschlossen zu sein, immer mehr zu biesem vom Geset dargebotenen Mittel greifen zu wollen.

Da aber Ins ungenügend ist und in dem baufälligen, ehemaligen Schützenstand, der zum Arbeitshaus umgewandelt worden ist, kaum 60 Personen beherbergt werden können, so müssen notgedrungen ungefähr 100 Detinierte, entgegen dem Gesetz und dem gesunden Verstand, mit korrektionnell und kriminell Bestraften in St. Johannsen und Witzwyl vermengt werden, was höchst beklagenswert ist. Die Vermehrung der Arbeitsanstalten ist zur absoluten Notwendigkeit geworden und wir wissen, daß die Polizeidirektion, die Gesängniskommission und der Rezierungsrat sich mit dem Studium von Projekten beschäftigen, um ungesäumt Ordnung zu schaffen und dem großen Uebelstande abzuhelsen.

Die Gelegenheit ift also ba, den früher ausgesprochenen wohlbegründeten Wünschen der gemeinnützigen Männer im Jura zu entsprechen. Dieses soll baldigst geschehen, um so mehr, als gegenwärtig mehr als 20 Insasen von InssWitwhl aus dem Jura und der Westschünzig dorthin versetzt wurden. Die Zahl der welschen Arbeitshäusler wird ganz gewiß rasch zunehmen, sobald eine solche Anstalt ihren Sit im Jura hat und, wie wir es hoffen dürsen, auf gesunder Grundlage geschaffen sein wird. An bösen Elementen, die dahin gehören, mangelt es leider in den Ortschaften des alten Vistums nicht, besonders in denjenigen, wo die Schnapspest wütet. Sie müssen wissen, daß in dieser Hinzelne Bezirte des Jura sich

vor vielen des alten Kantons auszeichnen.

Auch die laut Dekret vom Jahre 1888 gegründete Arbeitsanstalt für Frauen, welche provisorisch in der Strasanstalt von Bern eine Unterkunft gesunden hat, leidet gegenwärtig an Ueberfüllung. Ansangs erfreute sie sich nicht eines starken Besuchs, obschon tüchtige Diaskonissen die gefallenen Weiber pklegen und zur Sittlichsteit anspornen. Die Verhältnisse haben sich aber in der letzen Zeit gewaltig geändert. Währenddem im Jahre 1890 kaum mehr als 40 Frauen hier interniert waren, zählte man am 31. Dezember 1891 schon 77; am 1. Januar 1892 besanden sich daselbst 120 und gegenwärtig trifft man in der Arbeitsanstalt in Bern sast so viele Frauen, als es Männer gibt in Inseswicht. Darunter besinden sich ein Duzend Juvassierinnen, besonders aus

den katholischen Aemtern Freibergen, Pruntrut und Dels= berg. Heute ware die Gründung einer welschen Weiber= arbeitsanftalt verfrüht; die Zeit wird aber bald kommen, wo man das Bedürfnis einer Befferungsanftalt für französisch-sprechende Frauen empfinden wird. Sobald dies tonftatiert ift, tann bann, wenn Sie den Antrag ber juraffischen Deputierten annehmen, ein neuer Fortschritt in der Bekämpfung der Ursachen der Armut und des Berbrechertums unter der frangösischen Bevölkerung des Kantons bewerkstelligt werden.

Nach Auseinandersetzung der Verhältniffe in den bestehenden Rettungs= und Arbeitsanstalten und nachdem ich die speziellen Bedürfnisse des französisch-sprechenden Teils unserer bernischen Bevölkerung hervorgehoben habe, fei es mir geftattet, Ihre Aufmerkfamteit auf die finan= ziellen Folgen ber Berfaffungsrevifion für den Jura zu lenken.

Daß die neue Verfaffung eine Mehrbelaftung der juraffifchen Steuerzahler herbeiführen wird, wird niemand in diesem Saale bestreiten. Der Artikel 90 fagt zwar, daß es die Pflicht des Staates sein wird, für die Ent= laftung der Gemeinden beforgt zu fein. Biele Gemeinden des alten Kantons werden, vermute ich, in diefer Hoff= nung nicht getäuscht werden. Dieses trifft aber ganz sicher für die allermeisten steuerzahlenden Bürger des neuen Rantonsteils nicht zu. Erstens wird nach Urt. 104, vom 1. Januar 1894 hinmeg das Gefet über die Bermögenssteuer auch auf den Jura feine Anwendung finden. Das bedeutet wohl, daß von dieser Zeit an die Steuer= quote nicht mehr 1,8%,00, sondern wie im alten Kantons= teil 2%,00 betragen wird. Die daraus resultierende Mehr= belastung berechne ich auf Fr. 90 bis 100,000 jährlich. Würde man 1,7% o als Grundlage nehmen, wie es ber Fall wäre ohne den provisorischen Zuschuß eines Behn= tels für die Erweiterung der Irrenpflege, so betrüge die Erhöhung ca. Fr. 130,000. Zweitens werden die Ginwohner= gemeinden Armensteuern zu erheben haben, ein ominoses Geschenk, das unvermeidlich ift, sobald das Oertlichkeits= prinzip im Armenwesen zur Geltung gelangt. Ich wage es nicht, über die daherige Mehrbeftenerung irgend eine Mutmaßung auszusprechen. Möge sie nicht denjenigen Ausgaben ber Städte und induftriellen Ortschaften bes alten Kantons für Notarmen=, Spend= und Kranken= taffen proportional fein! Daß unter folchen Umftanden die Juraffier vor den finanziellen Folgen einer Verein-heitlichung im Gebiete des Armenwesens eine gewisse Angst haben, wird jeder billig denkende Mensch leicht

Und doch muß der Jura diefes Opfer auf den Altar des Vaterlandes bringen! Wie der alte Kanton am denkwürdigen 2. Februar 1867 unter Anführung des mutigen Jakob Stämpfli Millionen für den Bau von Eifenbahnen durch die juraffischen Thaler und die Rettung diefes Landesteils vor dem materiellen Ruin hergab, so gebietet ber Patriotismus, daß ber Jura fich ebenfalls Opfer auferlege, damit die hochft bringliche Revisionsfrage jum Abschluß gelange, die Einheit des Kantons gefichert werde und eine ruhige, gefunde Entwicklung des Landes ftatt=

finden tonne.

Mit großem Widerstreben gibt der Jura seine im Armenwesen garantierte Stellung auf und wenn er es doch thut, so ist es in der Hoffnung, daß die schlimmen Erfahrungen, die unter der Herrschaft des gegenwärtigen Armen= und Niederlaffungsgesetes gemacht murben, ju

einer gründlichen und heilsamen Umwandlung der lettern führen werden. Bielleicht ift für die Erreichung diefes hohen Zieles die Beteiligung des Jura eine notwendige.

Das ist wenigstens meine Ansicht.

Dag die juraffischen gemeinnütigen Männer für Alenderungen eintreten werden, welche die Niederlaffungs= freiheit den bedrängten Familien und Einzelpersonen thatfächlich fichern und die Einwohnergemeinden wenig belasten, dürfen Sie als sicher betrachten, sind ja diese Pringipien Lebensfragen für ben neuen induftriellen Landesteil. Der Kampf wird von unferer Seite kein befensiver mehr fein, sondern ein offensiver. Breiche muß geschoffen werden in eine wurmstichige, das Land be= drohende und schädigende Festung.

Unsere Losung ift also nicht Aufgeben unserer Grund= sätze und Traditionen im Armen- und Niederlassungs= wesen und stumme Ergebung in unser Schickfal, son-bern im Gegenteil Beseitigung ber großen Uebelstände, unter welchen ber alte Kanton leibet und folglich eine Urmengesetzgebung, beren fich ber ganze einig geworbene

Ranton freuen könnte.

Sollten Sie, meine Herren, dem von mir geftellten Antrag, welcher als ein Kompromiß oder eine armenpflegerische Kompensation für das vom Jura zu bringende Opfer gelten muß, Ihre Genehmigung erteilen, so werde ich und mit mir viele jurassische Deputierte für den Ver= faffungsentwurf ftimmen und ju bemfelben vor unfern Wählern fteben!

Burkhardt. Es scheint mir, wir haben heute den Tag, wo der Jura seine Bunsche äußert. Es scheint einem faft, als mache man die Berfaffung nur für ben So stellt auch Herr Schwab einen Antrag, wonach wir schon heute fagen sollen, was dem Jura qukomme. 3ch glaube, der Jura habe keine Urfache, fo tendenziös aufzutreten. Man hat ihm, ohne daß hier darüber ein Wort verloren wurde, auf 1894 ben Schuldenabzug, den er feit Jahren verlangte, geftattet und ebenfo eine Rettungsanftalt für Anaben bewilligt. Jest tommt herr Schwab und verlangt noch drei ober vier weitere Anstalten. Glaubt Herr Schwab, die Anstalten seien im alten Kanton so beliebt? Die Meinungen find noch sehr geteilt, ob die Anstaltserziehung die richtige ist. Ich bin nicht dieser Meinung; doch werden wir darüber sprechen, wenn wir ein neues Armengesetz beraten. In die Berfassung gehören solche Bestimmungen nicht. Ich glaube, einmal mussen wir mit den Herren Jurassiern und ihrer Begehrlichkeit abrechnen, und beshalb ftelle ich ben Untrag, den Antrag des Herrn Dr. Schwab abzuweisen.

Marti, Regierungsrat. Ich will die Nütlichkeit der von Herrn Dr. Schwab verlangten Anstalten nicht in Abrede stellen, und ich will auch zugeben, daß ein folches Entgegenkommen eine Klaffe von Bürgern im Jura ver= anlassen könnte, für die Verfassung zu stimmen. 3ch möchte deshalb, so viel an mir, dem Antrag des Herrn Schwab nicht entgegentreten, und wenn man ihn in die llebergangsbestimmungen aufnimmt, so fällt die Gin-wendung des Herrn Burkhardt dahin, so etwas gehöre nicht in die Berfassung. Dagegen möchte ich mich jedoch verwahren, daß der Staat eine positive Berpslichtung übernimmt, schon nächstes Jahr zwei Anstalten zu bauen und in Betrieb zu segen. Das ist des Guten zu viel. Nächstes Jahr muffen wir das Aloster Bellelan umbauen,

was auf Fr. 400,000 zu stehen kommt, zum Zwecke der Unterbringung unheilbarer Irren, und es wird diese im Jura liegende Anstalt dem Jura und dem alten Kantone gute Dienste leisten. Es ist auch möglich, daß man damit eine der verlangten Arbeitsanstalten verbinden kann. Man wird die Sache untersuchen, kann aber diese Anstalten nicht nur so aus dem Aermel schütteln. Ich möchte deshalb den Antrag des Herrne Schwab so redigieren: "Der Staat wird im französsischen Kantonsgediet mit thunlicher Beförderung und je nach Maßgabe des Bedürfnisses solgende Anstalten errichten:..." Damit kann sich der Jura nach meinem Dasürhalten vollständig begnügen. Man wird nach Maßgabe des Bedürfnisses successive, nicht auf einmal, diese Anstalten errichten. Ich stelle also nicht einen Gegenantrag; nur in Bezug auf die Ausstührung möchte ich dem Großen Kate die nötige Freiheit gewahrt wissen.

M. Voisin. Je crois que les Jurassiens se déclareront satisfaits de la proposition que vient de faire M. le directeur Marti. Nous ne pouvons pas tout exiger à la fois.

M. Daucourt. Au cas où la proposition de M. Marti serait acceptée, je retirerais volontiers la mienne. Je m'associe à la déclaration de M. Voisin.

Präsident. Kann sich Herr Schwab der Redaktion des Herrn Marti anschließen?

Dr. Schwab. Ja, herr Präfident!

Schmib (Andreas). Ich möchte nur eine unschuldige Frage an die Herren Juraffier stellen, die Anfrage nämlich, ob diese Anstalten auch dann errichtet werden sollen, wenn der Jura in seiner Mehrheit die Versassung verwirft? (Große Heiterkeit.)

Dr. Schwab. Das ist eine sehr verfängliche Frage. Ich möchte meinerseits Herrn Schmid fragen, ob er garantieren kann, daß der Oberaargau oder das Oberland in großer Mehrheit für die Revision stimmen wird? Ich denke, kein Repräsentant eines Landesteils wird eine solche Garantie übernehmen wollen. Was ich persönlich erklären kann ist das, daß ich das Möglichste thun werde, damit die Verfassung angenommen wird. (Bravo!)

M. Stockmar, conseiller d'Etat. Permettez-moi aussi un seul mot à l'adresse de M. Schmid. Si la Constitution est votée — et j'espère bien qu'elle le sera, — il n'y aura plus en présence l'un de l'autre le Jura et l'ancien canton, il n'y aura plus qu'un canton de Berne et des Bernois.

v. Steiger, Regierungsrat. Auch der Antrag des Herrn Marti, obschon er bedeutend annehmbarer ist, als derjenige des Herrn Dr. Schwah, scheint mir doch noch etwas zu weit zu gehen. Ist es richtig, daß der Staat ganz allein aus seinen Mitteln einem einzelnen Landesteil vier Anstalten errichtet? Es ist ja recht, wenn dort solche Anstalten errichtet werden; aber wenn jeder andere Landesteil auch vier Anstalten wollte, so gäbe das 24 Anstalten. Ich din nicht derjenige, der jedem Landesteil Rappen für Rappen vorrechnen will, was man ihm be-

willigt; ich helfe sogar — damit wir zur Einheit des Kantons kommen — mit, gegenüber dem Jura etwas mehr zu thun, namentlich auf dem Gebiete des Armenwesens; aber ich möchte doch den Staat nicht so binden, daß er aus eigenen Mitteln im Jura 4 Anstalten errichten muß, während in den andern Landesteilen solche Anstalten teilweise unter Mitwirkung der Gemeinden entstanden sind. Die Anstalten in Utzigen, Riggisberg, Worben, Dettenbühl sind alle aus der Initiative der Gemeinden hervorgegangen und der Beitrag des Staates ist verhältnismäßig ein beschehener. Wir haben ferner Erziehungsanstalten, die vielsach aus Privatinitiative hervorgegangen sind, und deshalb glaube ich, es sollten die im Jura zu errichtenden Anstalten nicht von vornherein ausschließlich aus Staatsmitteln bestritten werden. Ich beantrage daher, beizusügen "soweit thunlich unter Mitswirkung der Gemeinden".

M. Stockmar, conseiller d'Etat. Nous sommes en train de rédiger une Constitution unitaire; nous voulons l'unité dans tous les domaines, mais il y a une unité que nous ne réaliserons jamais, celle de la langue, et il restera toujours des Bernois de langue allemande et des Bernois de langue française. Or c'est pour ceux-ci, et non pas pour une partie du canton, que nous demandons des établissements spéciaux.

M. de Steiger nous cite des exemples qui ne sont absolument pas concluants. Il nous dit que l'ancien canton a des hospices de pauvres établis par les communes ou avec leur concours, mais nous eu avons aussi dans le Jura, et nous n'avons jamais demandé d'autre subside à l'Etat que ceux qui sont assurés par la loi. Aujourd'hui, nous vous demandons pour les besoins de la population bernoise de langue française, non pas des hospices, mais des établissements de refuge pour enfants vicieux et des maisons de travail. Dans l'ancien canton, c'est l'Etat qui a établi ces maisons, et jamais les communes n'y ont contribué autrement que par les pensions qu'elles paient pour leurs ressortissants. Il ne peut pas être question de traiter le Jura sous ce rapport autrement que l'ancien canton.

En ma qualité de directeur de la police, je me permettrai encore une observation. Le gouvernement constate tous les jours que la maison de travail pour hommes à Anet est insuffisante et l'on sera obligé très prochainement d'en établir d'autres, peutêtre une dans l'Oberland et une dans la partie française du canton. Je constate aussi que non-seulement les Jurassiens ont besoin d'un refuge pour les enfants vicieux, mais qu'il se trouve dans l'ancien canton un certain nombre d'enfants de langue française qui auraient besoin d'un établissement de ce genre; ceci s'applique surtout aux enfants de Bernois établis dans tous les cantons de la Suisse romande, placés par leurs communes à Landorf. A l'âge de 16 ans ils retournent dans leurs familles, où ils sont obligés de désapprendre l'allemand ponr rapprendre le français. L'ancien canton a donc autant d'intérêt que le Jura à la création de cet établissement.

Il ne s'agit pas du reste de créer tout d'un coup les quatre maisons demandées par M. Schwab; elles ne doivent être établies qu'au fur et à mesure des besoins. On n'a donc pas à craindre que cette disposition entraîne des dépenses excessives. Elle est simplement équitable, et rien de plus.

Marti, Regierungsrat. Ich möchte nur mit zwei Worten beutsch das bestätigen, was Herr Stockmar sagte. Der Staat hat auch im alten Kanton Arbeitsanstalten errichtet, und die Gemeinden haben nichts daran beigetragen; anderseits besitzt der Jura seine Armenanstalten ohne daß der Staat daran etwas leistet. Es ist daher eine Begriffsverwechselung, wenn Herr v. Steiger sagt, nur diese im Jura neu zu errichtenden Anstalten sallen zu Lasten des Staates. Anderseits möchte ich auch desstätigen, daß es sich nur darum handelt, die Anstalten zu erstellen; unterhalten müssen sie von den Gemeinden werden, indem diese für die unterzubringenden Individuen zu bezahlen haben. Es wäre also absolut nicht richtig, für die Errichtung dieser Anstalten die Gemeinden irgendwie in Mitleidenschaft zu ziehen, und ich möchte Sie bitten, wenn der von mir modiszierte Antrag des Hern Schwad eine Brücke sein kann, um den Jura, wenn auch nur zu einem Teil, für die Kevision zu gewinnen, diesen Antrag anzunehmen.

Prafident. Kann herr v. Steiger seinen Bufat fallen laffen?

v. Steiger, Regierungsrat. Ich kann benselben nicht ganz fallen lassen, sondern höchstens etwas einsschränken. Was die Arbeitsanstalten betrifft, die eine Art Korrektionshaus sind, nur mit dem Unterschied, daß die betreffenden Personen auf administrativem Wege statt durch richterliches Urteil daselbst plaziert werden, so gebe ich zu, daß dieselben ausschließlich vom Staat errichtet und bestritten werden sollen. Soweit man aber an bloße Urmen= und Erziehungsanstalten denkt, wie viele im Kanton durch private Thätigkeit gespiesen werden, soll es dem Staate wenigstens freistehen, eine Mitwirkung der Gemeinden zu provozieren. Ich bin daher einverstanden, daß man mein Umendement auf die Erziehungsanstalten beschränkt oder in diesem Sinne eine Notiz ins Protokoll aufninmt.

Dr. Schwab. Es kann sich nur um die Rettungsanstalten handeln, und in dieser Beziehung kann ich mitteilen, daß infolge der Beiträge aus dem Alkoholzehntel
die Zahl der Kinder in diesen Anstalten sehr bedeutend
zugenommen hat und eine Ueberfüllung da ist. So
wenig man nun bei Gründung der vier bestehenden Anstalten von den Gemeinden einen Beitrag verlangte, so
wenig wird man dies bei der Gründung neuer solcher Anstalten thun. Im übrigen sind diese Anstalten kantonale Anstalten und die meisten Kinder müssen infolge
richterlichen Urteils dort untergebracht werden. Aus
diesen Gründen sinde ich, daß man von den Gemeinden
keine Zuschüssen sind verpslichten. Uebrigens handelt es sich nicht
nur um die Jurassier. In der übrigen Westschweiz leben
65,000 Altberner, die ebenfalls ein bestimmtes Kontingent
in die Arbeits= und Kettungsanstalten liesern, so daß
diese Anstalten im Jura einen kantonalen Charakter haben
werden.

Burkhardt. Gine Rettungsanftalt für welsche

Rnaben ist vorgesehen. Herr Schwab verlangt aber noch 3 oder 4 weitere Anstalten, und ich möchte warnen, dies zu besichließen, mit Rücksicht auf die Abstimmung im alten Kantonsteil. Man ist im alten Kanton nicht so geneigt, neue Anstalten zu errichten, wie Herr Schwab sich vorstellt. Es braucht eine solche Bestimmung überhaupt nicht in die Verfassung aufgenommen zu werden; denn der Große Kat hat jederzeit das Recht, eine solche Anstalt zu errichten. Wenn Sie glauben, Sie können damit den Jura für die Revision gewinnen, so irren Sie sich; es wird einsach ein Kampsmittel sein, um im alten Kanton die Kevision zu Fall zu bringen. (Widerspruch.)

Präsident. Herr v. Steiger erklärte, daß es ihm genüge, wenn in's Protokoll eine Notiz in dem Sinne aufgenommen werde, daß diese neuen Anstalten im Jura in gleicher Weise zu errichten und zu betreiben seien, wie diesenigen im deutschen Kantonsteil. Sind Sie mit einer solchen Protokolnotiz einverstanden?

Einverstanden.

Abstimmung.

Für den Entwurf 90 Stimmen " " Antrag Marti 87 "

Art. 107-111.

Ohne Bemerfung angenommen.

Art. 112.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission hat gefunden, da der Eid nun einmal in der alten Verfassung stehe und anderseits diejenigen, welchen ihre Ueberzeugung die Leistung des Eides nicht gestatte, zum Handgelübde zugelassen werden müssen, so solle man es gleich halten, wie in der Eidgenossenschaft, wo ebenfalls eine religiöse Eidessormel vorgelesen wird, wobei man sich aber auch auf ein Gelübde beschränken kann.

Dabei ist durchaus nicht gesagt, daß diejenigen, welche keinen Sid ablegen, dies aus Abneigung thun, sondern es wird die Sidesformel vielsach gerade aus religiösen Bedenken vermieden. Wir sagten deshalb, wenn jemand erkläre, sein Gewissen erlaube ihm nicht, einen Sid zu thun, so wolle man nicht lange den Gründen nachsorschen, sondern ohne weiters gestatten, daß ein Gelübde an die Stelle des Sides tritt. Wenn ich machen könnte, wie ich wollte, so würde ich überhaupt von diesen Amtseiden abstrahieren; denn ich glaube nicht, daß jemand dadurch gewissenstellt wird, wenn er nicht schon vorher gewissenhaft war. Da ich aber weiß, daß man im allgemeinen glaubt, wenn man einen Sid leisten müsse, so nehme

man die Sache nachher ernster, so stelle ich keinen Antrag auf Beseitigung des Amtseides. Die Hauptsache ist, daß die richtigen Leute gewählt werden; dann wird man eine gute Bertretung haben auch ohne daß ein Eid oder ein Gelübde abgelegt wird.

Angenommen nach Antrag der Regierung und der Kommission.

Präfident. Ich frage an, ob man auf einzelne Artikel zurücktommen will?

Bühlmann. Ich beantrage, auf den Art. 85 zurückzukommen im Sinne des Antrages des Herrn Dürrenmatt. Sie erinnern sich, daß in einem Moment, wo
der Große Kat sehr ermüdet war, dieser Artikel dahin
geändert wurde, daß das Placet abgeschafft wurde. Man
begnügte sich also nicht mit einer Streichung des ersten
Alineas, sondern hat das Placet überhaupt verfassungsmäßig gestrichen, indem Herr Dürrenmatt im letzen
Moment seinen Antrag zu Gunsten dessenigen des Hern
Folletete zurückzog. Es wurde mir mitgeteilt, daß viele
Mitglieder über die Tragweite dieses Beschlusses nicht
orientiert waren....

Präsident. Ich muß Herrn Bühlmann darauf aufmerksam machen, daß nach dem Reglement eine Begründung nicht zulässig ift. Allerdings war die Praxis immer die, daß eine kurze Begründung zugelassen wurde. Ich glaube nun aber, Herr Bühlmann habe von diesem Rechte genügend Gebrauch gemacht.

Dürrenmatt. Herr Bühlmann hat meinen Ramen genannt. Ich weiß zwar schon, daß dadurch sein Anstrag nicht populärer wurde; aber ich muß doch bemerken, daß ich mich dem Antrag des Herrn Folletête angesschlossen habe und daß somit kein Antrag Dürrenmatt mehr besteht.

M. Folletête. Je propose au Grand Conseil de laisser l'article tel qu'il a été voté.

Präsident. Ich kann keine weitere Diskussion gestatten; wir stimmen ab.

Abstimmung.

Für Zurücksommen 83 Stimmen. Dagegen 84 "

Müller (Ed., Bern). Obschon dieses Resultat nicht sehr ermutigend ist, so möchte ich doch beantragen, auf die Abstimmung betreffend den Art. 106 zurückzukommen. Es handelte sich um eine Differenz von 3 Stimmen und ich habe verschiedene Herren sich erheben gesehen, von denen ich wußte, daß sie anders stimmen wollten; ein-

zelne haben sich dann wieder gesett! Ich habe den Eins druck erhalten, man sei über die Abstimmung nicht völlig orientiert gewesen. Ich glaube deshalb, mit Rücksicht auf diese geringe Stimmendisserenz und da die Frage doch eine gewisse Tragweite hat....

Präfibent. Herr Müller, ich glaube, Sie haben von Ihrem Begründungsrecht nun auch genügend Gebrauch gemacht. (Heiterkeit).

Burkhardt. Ich stelle ben Antrag, nicht zurück= zukommen.

Abstimmung.

Für Zurucktommen 92 Stimmen. Dagegen 75 "

Präsident. Ich eröffne nun über den Art. 106 wieder die freie Diskussion.

Schmid (Andreas). Ich habe gegen den Antrag des Herrn Marti und nun für Zurückkommen gestimmt, und da man darin einen Widerspruch erblicken könnte, will ich denselben erklären. Ich habe den Art. 106, wie er gedruckt vorliegt, nicht bestreiten gehört und war der Meinung, der Antrag des Herrn Schwab sei ein Zusakantrag. Ich sand nun, da in Art. 106 des Entwurfs dem Jura bereits eine Besserungsanstalt zugesichert sei, so sei es des Guten zu viel, demselben noch vier weitere Anstalten zu versprechen. Man hat mir nun gesagt, es sei dies eine irrige Aussalfung, und ich möchte daher fragen, ob der Antrag des Herrn Marti ein Zusakzult. 106 ist oder aber an die Stelle des Art. 106 treten würde.

Eggli, Berichterftatter bes Regierungerats. Rur wenige Worte, und ich nehme mir die Freiheit, die Un= frage des herrn Schmid gerade zu beantworten, da ich überzeugt bin, daß Herr Marti fie auch nicht anders beantworten würde. Der Antrag des Herrn Marti würde an Plat bes bisherigen Art. 106 treten. Der Art. 106 bes Entwurfs fieht eine Knabenrettungsanstalt für den Jura vor. Dem gegenüber wird erklärt: Das ge-nügt nicht; es muß dazu auch eine Rettungsanstalt für Madchen tommen, und ferner muffen zwei Arbeitsanftalten (für Männer und Frauen) errichtet werden. 3ch möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß schon der Berfaffungsrat von 1883 seinerzeit einen ähnlichen Satz aufgestellt hat, indem es in Art. 47 des Entwurfes von 1885 heißt: "Außerdem beteiligt fich der Staat an der Armenpflege: 3. durch Erftellung von Arbeits= anftalten für Erwachsene und von Rettungsanstalten für bosartige Rinder wobei die Bedürfniffe der deutsch'= und französisch sprechenden Bevöl= terung zu berücksichtigen sind." Gegenwärtig ist es der jurasischen Bevölkerung kaum möglich, bös= geartete Kinder in unsern deutschen Rettungsanstalten unterzubringen. Die Vorschriften bestimmen zwar, daß auch der französischen Sprache mächtige Lehrer angestellt werben sollen. Allein es wird biefer Borschrift nicht genügend nachgelebt, so daß die Juraffier in der Unmöglichkeit sind, von den Rettungsanstalten Gebrauch zu machen. Man kann natürlich — Herr Burkhardt hat biese Frage aufgeworfen — über die Anstaltserziehung verschiedener Meinung sein; aber der Kanton Bern steht nun einmal seit 1848 auf diesem Boden. Wir haben eine Rettungsanstalt für Mädchen in Kehrsatz und drei Rettungsanstalten für Knaben in Landorf, Aarwangen und Erlach, und ich glaube, wenn wir für Knaben im alten Kanton drei Rettungsanstalten haben, treffe es auch eine auf den Jura. Daß aber das nämliche Bedürsnis auch sür Mädchen besteht und die Geschlechtertrennung durchgesührt werden nuß, ist selbstwerständlich. Das gleiche ist der Fall in betreff der Arbeitsanstalten. Es hat denn auch der Regierungsrat seinerzeit diese Berhätlnisse gewürdigt, indem er ins Revisionsprogramm den nämlichen Satz aufnahm, wie er im 1885er Berfassungsentwurf stand. Angesichts dessen und da Herr Dr. Schwab sagt: Das ist eine Brücke, die es uns Jurassiern ermöglicht, für die Revision einzustehen, sollten wir nicht zaudern, die dargebotene Hand anzunehmen und damit dazu beizutragen, daß der Jura, der unter der neuen Armengesetzgebung auch Opfer bringen muß, leichter zum Entwurf stimmen kann und die jurassischen Bootssührer, welche für den Entwurf einzustehen gewillt sind, dies mit gutem Gewissen des Kevisionswerkes Früchte tragen wird, kann man freilich nicht wissen:

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Ich habe in der frühern Abstimmung gar nicht gestimmt, weil ich nicht recht begriffen habe, was für ein Unterschied besteht zwischen der Möglichkeit, solche Anstalten auf dem Gesetzgebungswege zu errichten, und der Aufnahme einer Borschrift in die Verfassung, die sich auf die Wendung beschräntt "nach Maßgabe des Bedürsnisses". Wenn man aber damit, daß man diese Bestimmung in die Verfassung aufnimmt, das St. Immerthal für die Revision gewinnen kann, wie Herr Dr. Schwab sagt, so stimme ich nun dafür. Man kann das thun ohne irgendwie einem Grundsatz zu nahe zu treten.

Burthardt verlangt bas Wort.

Rufe: Schluß! Schluß!

Burkhardt. Da man nichts mehr hören will, so verzichte ich aufs Wort.

Präsident. Für den Fall, daß der Antrag des Herrn Marti angenommen werden sollte, nehme ich an, es sei neuerdings auch die von Herrn v. Steiger angeregte Protokolnotiz beschlossen.

Abstimmung.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Marti) Winderheit.

Dürrenmatt. Ich stelle den Antrag, auf Art. 6, Ziff. 6, zurückzukommen. Ich wünsche im Interesse der Annahme des Entwurfes eine redaktionelle Aenderung vorzuschlagen, die der Anschauung der großen Mehrheit entspricht, aber geeignet ist, eine Unklarheit zu beseitigen.

Ich würde sagen: "Jede Erhöhung der direkten Staatsfteuer über den zweisachen Betrag des Einheitsansages von 1 Franken pro mille des Bermögens." Es war allgemein die Meinung in der Kommission, daß unter dem Einheitsansat ein Franken vom Tausend des Bermögens zu verstehen sei. Wenn man etwas versdoppeln will, so muß man doch genau wissen, was die Einheit ist.

Abstimmung.

Für Zurucktommen Mehrheit.

Prafident. Ich eröffne über Art. 6, Biff. 6, die Diskuffion.

Dürrenmatt. Ich enthalte mich einer weitern Begründung; der Antrag ist im Interesse der Annahme bes Entwurfs gestellt.

Bühlmann. Ich möchte Ihnen belieben, den Antrag des Herrn Dürrenmatt abzulehnen. Sie würden damit unter Umftänden die Außarbeitung eines neuen Steuergesetzes erheblich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Wir wissen nicht, wie ein neues Steuergesetz aussehen und welche Steuerart eingeführt werden wird. Sollte man in dieser Beziehung zu ganz andern Grundlagen kommen, so müßte bei Annahme des Antrages Dürrenmatt vorerst eine Partialrevision der Versfassung vorgenommen werden. Ich möchte Sie deshalb warnen, diesen Antrag anzunehmen.

Abstimmung.

Für Festhalten am Entwurf . . . 124 Stimmen. Für den Antrag Dürrenmatt . . 41 "

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Der Antrag des Herrn Dürrenmatt hätte ein neues Steuergesetz insofern präjudiziert, als es die Steuer auf das Bermögen legen müßte; man kann aber nicht wissen, ob das neue Steuergesetz nicht die Einkommenssteuer als einzig maßgebende Steuer aufstellen wird, und aus diesem Grunde haben Sie den Antrag des Herrn Dürrenmatt abgelehnt. Zur Beruhigung könnte man aber im Protokoll anmerken, für den Fall, daß ein neues Steuergesetz auf das Bermögen basiert werde, gelte als Einheitsansat I Franken vom Tausend. Es ist das zwar selbstversständlich; denn sonst könnte man ja unter Umständen einen solchen Einheitsansatz annehmen, daß man keine Steuererhöhung mehr vor das Volk bringen müßte.

Dürrenmatt. Mit einer solchen Protokollnotiz könnte ich mich einverstanden erklären; ich bin überzeugt, daß dadurch viele Bürger beruhigt würden.

Der Große Rat erklärt fich mit ber von herrn Dr. Brunner angeregten Protofollnotig einverstanben.

Steffen (Madiswyl). Ich beantrage, auf den Art. 112 gurückzukommen in dem Sinne, daß man den reli=

giösen Gid streicht und den Artikel so aufnimmt, wie er aus der ersten Beratung hervorging.

v. Steiger, Regierungsrat. Ich stelle ben Gegen= antrag.

Abstimmung:

M. Folletête. J'aurais une question à poser au sujet de l'art. 109, second paragraphe. On est fixé sur la représentation au Grand Conseil, mais quant au renouvellement des autorités de district, je n'ai rien vu dans le projet de Constitution qui puisse nous éclairer. Nous avons innové, dans les art. 44 et 56, en attribuant aux électeurs la nomination des préfets et des juges de district, mais il est nécessaire de savoir quand ces nouveaux fonctionnaires entreront en charge, et comme il est dit que le Grand Conseil fixera l'époque de la votation, on pourrait croire que dès le jour de l'acceptation de la Constitution par le peuple, les assemblées seront convoquées pour le renouvellement des autorités de district.

C'est pourquoi je demande des explications au

rapporteur du gouvernement.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Ich nehme an, daß der gegenwärtige Große Kat seine Umtsdauer fertig machen wird. Nächstes Jahr haben wir die Keuwahlen und bis dahin amten wir und die Bezirksbeamten ruhig weiter; ich glaube, das sei selbstwerständlich. Wir wollen nicht auf einmal mit allem Bestehenden tabula rasa machen.

Folletête verlangt das Wort.

Rufe: Schluß! Schluß!

Folletête. Ich erkläre mich mit der Ansicht des Herrn Rapporteurs einverstanden; aber es scheint mir, daß es doch nötig war, diese Frage zu stellen.

Seiler. Ich beantrage auf den Art. 19 zurückzukommen betreffend die Repräsentationsziffer für die Großratswahlen.

Abstimmung.

Für Burudtommen Minderheit.

Weitere Anträge auf Zurückkommen werden nicht gestellt.

Es folgt nun die

Schlußabstimmung,

die auf Antrag des Herrn Dr. Brunner, der genügende Unterstützung findet, unter Namensaufruf stattsindet.

Für Annahme der Berfaffung (mit "Ja") stimmen 179 Mitglieder, nämlich die Berren: Aeberfold, Affolter, Ballif, Baumann, Bärtschi, b. Bergen, Bigler, Bircher, Blafer, Bläuer, Bourquin, Brand (Tavannes), Brand (Enggistein), Bratschi, Brunner, Buchmüller, Bühler, Bühlmann, Burger, Burkhalter, Burkhardt, Chodat, Cho-quard, Choulat, Comte, Cuenin, Dähler, Droz, Dubach, Dürrenmatt, Egger, Eggimann (Hasle), Eggimann (Sumis= wald), v. Erlach (Münfingen), v. Erlach (Gerzenfee), Etter (Jehikofen), Etter (Maikirch), Fleury, Flückiger, Freiburghaus, Frutiger, Fueter=Schnell, Gabi, Gerber (Unterlangenegg), Gouvernon, v. Groß, v. Grünigen, Guenat, Gugger, Gurtner, Gyger, Gygax (Kirchberg), Habegger (Zollbrück), Haberli (Münchenbuchsee), Haborn, Halbemann (Rünkhofen), Hari (Abelboden), Haslebacher, Hauert, Haufer (Gurnigel), Hegi, Heller=Bürgi, Herren, hirschi, Hirter, hofer (Hasti), hofer (Oberönz), Houriet, Hunziker, Jacot, Fäggi, Jenni, Jenzer, Inner, Iseli, Jugeler, Kisling, Klap, Krebs (Wattenwhl), Krebs (Eggi= whl), Krenger, Kunz, Kufter, Lanz, Lauper, Lenz, Leuch, Lüthi (Rüberswyl), Lüthi (Gümligen), Marcuard, Marsschall, Marthaler, Marti (Lyh), Maurer, Messer, Weyer (Biel), Meyer (Laufen), Michel (Meiringen), Morgenschall thaler (Leimiswhl), Moser (Biel), Mosimann, Mouche, Müller (Couard, Bern), Müller (Emil, Bern), Müller (Langenthal), Müller (Tramlingen), Naine, Neuenschwander (Lauperswyl), Neuenschwander (Thierachern), Probst (Emil, Bern), Probst (Edmund, Bern), Raaslaub, Rätz, Dr. Reber, Reichenbach, Reymond, Rieben, Rieder, Riem, Kiser, Robert, Rolli, Romy, Koth, Schärer, Scheidegger, Scherz, Schindler, Schlatter, Schmalz, Schmid (Andreas, Burgdorf), Schmid (Karl, Burgdorf), Schneeberger (Orpund), Schneeberger (Schoren), Dr. Schwab, Schweizer, Seiler, Siegerift, Spring, Stämpfli (Schüpfen), Stauffer, Steffen (Madiswyl), Steffen (Geimiswyl), v. Steiger, Steiner, Steinhauer, Stettler, Stoller, Stotinger, Streit, Stucki (Ins), Stucki (Niederhünigen), Stucki (Wimmis), Tanner, Tieche (Biel), Trachsel, Tschannen, Tufcher, Boisin, Wälchli, Walther (Oberburg), Walther (Sinneringen), v. Wattenwyl (Richigen), v. Wattenwyl (Uttigen), Weber (Biel), Weber (Graswyl), Wenger, Wieniger, Will, Wolf, Wüthrich, Wyg, Zaugg, Zehnder, Zingg (Dieß-bach), Zingg (Ins), Zingg (Bußwyl), Zürcher, Zhro.

Für Berwerfung (mit "Nein") stimmen 10 Mitzglieder, nämlich die Herren: Boillat, Boinan, Daucourt, Eljäßer, Folletête, Grandjean, Hennemann, Jobin, Sieben=mann, Wermeille.

Die herren Burrus, Choffat, Comment und Péteut enthalten sich der Abstimmung, während die abwesenden herren hari und häberli (Aarberg) erklären lassen, daß sie im Falle der Anwesenheit mit "Ja" gestimmt hätten. Prafident. Im Unschluß hieran haben wir noch zu erledigen den

Beschlussesentwurf betressend Revision der Staatsversassung vom 31. Heumonat 1846.

(Siehe Nr. 20 ber Beilagen zum Tagblatt bes Großen Rates von 1893.)

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Re= gierungerat hat gefunden, es folle ber Entwurf Staats= verfassung in einen Beschlussesentwurf eingekleidet werden und zwar in der Weise, daß auf das Resultat der Volks= abstimmung vom 20. Wintermonat 1892 abgeftellt und die zutreffenden Paragraphen der bestehenden Versaffung. (§ 92 über das Versahren zur Aufstellung eines Entwurfs und § 95 über das Versahren betreffend die Abftimmung über den fertigen Entwurf) angerufen wurden. In einem erften Artifel wurde dann der ganze Entwurf ben politischen Berfammlungen gemäß § 95 der gegen= wärtigen Berfaffung zur Unnahme oder Berwerfung vorgelegt. In einem zweiten Artikel läßt fich der Große Rat das Mandat geben, das Ergebnis der Volksabstimmung gu ermitteln; benn in den bestehenden Borfchriften ift nur von der Ermittlung des Ergebniffes bei Befegen ge= sprochen, nicht aber bei einem Berfaffungsentwurf. Ferner wird gefagt, daß im Falle der Annahme die Berfaffung durch ben Großen Rat mit dem Datum der Bolksabstimmung in Araft erklärt werde. Es find das alles nur formelle Ergänzungen; allein fie gehören zur richtigen außeren Ausstattung ber ganzen Arbeit. — Was ben Tag der Bolksabstimmung betrifft, so will ich darüber bem Berrn Rommiffionspräfidenten das Wort Laffen.

Der Große Rat pflichtet dem Beschlussentwurfe still-schweigend bei.

Präsident. Was den Tag der Volksabstim = mung betrifft, so erteile ich darüber dem Herrn Kommissionspräsidenten das Wort.

Dr. Brunner, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission beantragt, die Bolksabstimmung auf den 4. Juni festzusezen. Man sagte sich, das Interesse an der Sache sei nun wach und wenn man die Abstimmung auf später verschiebe, so werden bis dahin die Leute müde, ist mit dem Kaspischen der beschieben der beschieben der beschieben der beschieben der beschieben der beschieben der kann Kaspischen der beschieben der beschieben

fich mit dem Gegenstand zu beschäftigen.

Dabei möchte ich aber folgendes zu erwägen geben. Wenn Sie glauben, das Volk werde am 4. Juni, namentlich bei schönem Wetter, nicht zahlreicher zur Urne gehen, als letzten Sonntag, so thun Sie besser, die Abstimmung nicht auf den 4. Juni anzusetzen, sondern zu verschieben, dis die Leute etwas weniger faul sind. Es wird das zwar etwas lang gehen; aber einmal wird es auch kommen. Wenn Sie aber glauben, Sie können Ihre hintermänner mobil machen, so daß sie am 4. Juni stimmen, mit andern Worten, wenn Sie glauben, denselben so viel Interesse einslößen zu können, daß sie sich anstrengen und einige Schritte von zu Hause thun, um einen Zettel in die Urne zu wersen, dann ist der 4. Juni

weitaus der geeignetste Tag. Sie mögen sich nun entscheiden; sie kennen ihre Leute besser als ich. Dabei will ich meine Hintermänner in Bern nicht etwa loben; ich hosse, daß Sie mehr zur Urne bringen. Mit Rücksicht auf daß großartige Votum, daß Sie soeben abgegeben haben, hosse ich, daß Bolk werde sich der Wichtigkeit der Abstimmung bewußt werden und es werde uns gelingen, das Werk zu einem guten Ende zu führen. Es ist ja kein Parteisieg, den man erringen wird, aber der Sieg eines richtigen, gesunden Fortschrittes und — man darf es sagen — des gesunden Menschenverstandes, daß man nicht bei einer längst veralteten Versassung stehen bleiben kann. Wollen Sie also dafür sorgen, daß möglichst alle stimmfähigen Vürger zur Urne gehen.

Der Große Kat erklärt sich mit dem 4. Juni als Abstimmungstag einverstanden.

Präsident. Ich möchte noch mitteilen, daß das Primarschulgesetz auf die Tagesordnung vom Freitag gessetzt wird. Morgen kann ich der Sitzung nicht beiwohnen, und als Berichterstatter der Kommission wünschte ich doch an der Schlußberatung teilzunehmen.

Das Präsibium bemerkt ferner, daß der Namensaufruf bei der Schlußabstimmung über den Verfassungsentwurf zugleich als Situngsappell gelte. Danach waren 194 Mitglieder anwesend. Abwesend waren 76 Mitglieder, wovon mit Entschuldigung: die Herren Negerter, Urm, Benz, Viedermann, Coullery, Fahrnh, Gygar (Vleienbach), Hobegger (Bern), Höberli (Narberg), Hofer (Langnau), Horn, Itten, Michel (Interlasen), Moschard, Moser (Herzzogenbuchsee), Nägeli, Dr. Schenk, Schüpbach, Stämpsli (Bern). Steck, Sterchi, v. Werdt; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Nebi, v. Allmen, Anken, Beguelin, Belrichard, Beutler, Blatter, Blösch, Borter, Boß, Cattin, Charmillot, Clemençon, Demme, Friedli, Gerber (Stessisdurg), Gerber (Bern), Gerber (Bärau), Glaus, Grieb, Haldimann (Eggivoyl), Hänni, Hari, Hauser (Weißenburg), Henzelin, Heß, Hilbrunner, Hosmann, Hostettler, Howald, Hubacher, Hussen, Rasifer, Rloßner, Rohli, Lehmann, Mägli, Marchand, Marvlf, Marti (Mülchi), Mérat, Minder, Morgenthaler (Ursenbach), Reiger, Prêtre, Kenser, Kuchti, Sahli, Sommer, Thönen, Tieche (Vern), Tschanen,

Schluß der Sitzung um 53/4 Uhr.

Der Redaktor: Rud. Schwarz.

Fünfte Sitzung.

Ponneefting den 27. April 1893,

morgens 8 Uhr.

Vorfigender: Vigepräfident Weber.

Der Namensaufruf verzeigt 176 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 93, wodon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Biedermann, Coullery, Gygax (Bleienbach), Horn, Itten, Moschard, Moser (Herzogenbuchsee), Nägeli, Probst (Emil, Bern), Dr. Reber, Dr. Schenk, Stämpsli (Bern), Sterchi, v. Werdt, Jyro; ohne Entschuldigung adwesend sind: die Herren Uebersold, Uebi, Uegerter, Ussolfend sind: die Herren Uebersold, Uebi, Uegerter, Ussolfend, Endem, Anken, Beguelin, Belrichard, Blatter, Boh, Bourquin, Cattin, Chodat, Choulat, Clémençon, Comment, Cuenin, Dubach, Fahrnh, Frutiger, Glaus, Grandjean, Guenat, Gygax (Bütikosen), Hartiger, Glaus, Grandjean, Guenat, Gygax (Bütikosen), Hartiger, Glaus, Grandjean, Guenat, Gygax (Bütikosen), Hartiger, Heichenbach), Hauser (Weißenburg), Hegi, Heller-Bürgi, Hoser (Oberönz), Hosselter, Howald, Kubacher, Hunziker, Husselsen, Rohli, Rrenger, Leuch, Lüthi (Küderswyl), Marchand, Marschall, Marti (Lyh), Merat, Morgenthaler (Ursenbach), Moser (Biel), Mouche, Neiger, Reymond, Kitschard, Kolli, Komp, Ruchti, Sahli, Schlatter, Schmalz, Schmid (Undreas, Burgdorf), Schneeberger (Schoren), Schweizer, Sommer, Steinhauer, Stoller, Tanner, Tieche (Bern), Tschiemer, Wälchli, Walter (Oberburg), Will, Wyh, Zehnder, Ziegler.

Das Protokoll der gestrigen Nachmittagssitzung wird abgelesen und genehmigt.

Präsibent. Ich habe Ihnen die traurige Mitteilung zu machen, daß eines unserer Mitglieder, Herr Oberst Mägli von Wiedlisdach, gestern gestorben ist. Die Herren Kollegen kennen die Erscheinung des Herrn Mägli zur Genüge, indem er seit dem Jahre 1870 ununterbrochen dem Großen Kate angehörte. Herr Mägli war ein echter Berner und sein Wirken sowohl im Großen Kate als in

seiner engern Heimatgemeinde darf auf volle Anerkennung zählen. Ich möchte Sie ersuchen, zum Zeichen der Trauer um das heimgegangene Mitglied sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Präsident. Ich teile ferner mit, daß das Bureau an das Leichenbegängnis eine Deputation, bestehend aus den Herren Oberst Roth und Oberstlieutenant Grieb abgeordnet hat. An die Familie des Verstorbenen wurde ein Beileidschreiben gerichtet. — Ich nehme an, Sie seien damit einverstanden.

Einverstanden.

Tagesordnung:

Nachkreditbegehren für die Jufligdirektion.

I.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung eines Nachkredits von Fr. 8401. 13 pro 1892 auf Rubrik XII C 5, Allgemeine Kassen, Berlust.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Die Justizdirektion sucht um einen Rackstredit von Fr. 8401. 13 nach, herrührend von den Berlusten, welche der Staat infolge der Unterschlagungen und Fälschungen des Amtsschreibers Fleuti in Saanen erlitten hat. Diese Berluste betrugen circa Fr. 29,000, von welcher Summe jedoch nur Fr. 8401. 13 auf Staatsrechnung genommen und durch einen Rachstredit gedeckt werden müssen. Den Rest hat die Hypothekarkasse zur Tilgung und Berrechnung übernommen. Die Summe von Fr. 8401. 13 ist in der Staatsrechnung pro 1892 bereits verrechnet; es muß aber sormell noch ein Rachstredit in dieser Höhe bewilligt werden.

Bewilligt.

II.

Der Regierungsrat sucht ferner um Bewilligung eines Nachkredits pro 1892 im Betrage von Fr. 2569. 88 auf Rubrik IIIa C, Meiringen, Grundbuchherstellung, nach.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Infolge des Brandes von Meiringen und der Zerstörung der meisten Grundbücher mußten dieselben neu erstellt werden. Durch Beschluß des Regierungsrates wurde der Justizdirektion hiefür ein Kredit von Fr. 5000 eröffnet. Die Arbeit ist nun gemacht und hat Fr. 2569. 88 gekostet, so daß der Kredit nicht viel mehr als zur hälfte in Anspruch genommen werden mußte. Da für

diese Ausgabe im Budget kein Ansatz vorgesehen war, so muß ein Nachkredit bewilligt werden.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Biuangdirektion.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung eines Nachfredits pro 1892 im Betrage von Fr. 22,889. 41 auf folgenden Rubriken:

XII B 4,	Drucktoften	der	R	ınt	on	₿=		
	buchhalterei						Fr.	477. —
	Domänen,						"	7 28. 8 5
В 5,	Domänen,	Bra	indu	erf	ich	e=		
	rungskoften						"	18,2 4 3. 22
C 1,	Staatssteuer	n					"	436. 33
C 2,	Gemeindefte:	uern		•	•	•	"	1,651.6 6
XXIII A 3,	Jagdaufsicht			•			"	1, 2 39. —
В 2,	Fischereiaufs	icht			•	•	"	113. 35
		Zufammen.					Fr.	22,889. 41

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Dieser große Nachkredit betrifft hauptsächlich vermehrte Brandversicherungskosten (Fr. 18,243), und diese hinwieder sind entstanden durch Erhöhung der Brandversicherungsbeiträge infolge der bekannten großen Brände, welche Erhöhung bei Beratung des Budgets nicht vorausgesehen werden konnte. Ferner trat eine Uederschreitung ein in Bezug auf die Gemeindesteuern, die für die Staatsdomänen zu bezahlen sind. Die bezügliche Uederschreitung beträgt Fr. 1651. Endlich mußte bei der Rubrik Jagdaufsicht das Budget um Fr. 1239 überschritten werden, wobei ich bemerke, daß die Sinnahmen aus dem Jagdregal ziemlich höher waren, als budgetiert, so daß das Gesamtergebnis sich günstiger gesstaltet als das Budget.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Militärdirektion.

Der Rergierungsrat beantragt die Bewilligung folgender Nachtredite pro 1892:

ger	ider N	achkredite p	ro	18	92	:						
ĬΥ	F 2,	Bureautoft	en	der	Kr	eisl	tom	ma	n=			
		danten .								Fr.	34 2.	19
	H1a,	Bekleidung	u	nd p	erf	önl	iche	Au	ાજે=			
		rüstung .	٠.	•	•					"	7,351.	86
	H 3,	Transport									988.	35
	H 2c,	Munition	•	•	•					"	72 6.	20
						Rufammen			e11	Fr.	9 408	60

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Diese Mehrausgaben haben sich als gerechtfertigt herausgestellt, wobei konstatiert worden ist,

daß auf andern Aubriken entsprechende Ersparnisse gemacht worden sind, respektive daß die Einnahmen sich entsprechend höher stellen, so daß im großen und ganzen eine wesentliche Neberschreitung des Budgets der Militärbirektion nicht stattsand. Der Regierungsrat beantragt Genehmigung dieser Nachkredite.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission hat in Bezug auf die Rubrik Konfektion der Bekleidung und Ausrüstung wiederholt nähere Berichte verlangt, indem wir
die Ueberzeugung hatten, daß die Sache nicht ganz in Ordnung sei, indem die Beiträge des Bundes nicht richtig
bemessen seinen und der Staat zu große Zuschüsse machen müsse. Wir haben uns nun aus den eingelangten Berichten überzeugt, daß die betressenden Rechnungsposten
dah in Ordnung sind und beantragen Bewilligung des Nachkredits mit Kücksicht darauf, daß die Ausgaben den
gesetzlichen Ansorderungen durchaus entsprochen haben.

Bewilligt.

Nachkreditbegehren für die Erziehungsdirektion.

Der Regierungsrat beantragt die Bewilligung eines Nachkredits von Fr. 10,715 auf Rubrik VI D 3, Leibgedinge für Brimarlehrer, und zwar:

gedinge für Primarlehrer, und zwar: Pro 1891 . . Fr. 6505.— " 1892 . . . " 4210.—

Scheurer, Finanzbirektor, Berichterstatter des Regierungerate. Wie Sie fich erinnern werden, hat man ins Budget pro 1891 für Primarlehrerleibgedinge einen Extrafredit aufgenommen, d. h. man bewilligte über die gesetzliche Summe von Fr. 24,000 hinaus, beziehungs-weise in neuester Zeit Fr. 36,000, zu welcher Ausgabe man berechtigt zu fein glaubte gestützt auf den vier-jährigen Boranschlag von 1870/74, einen Extrafredit, um ben dringenoften Bedürfniffen, die durch den ordentlichen Rredit nicht befriedigt werden konnten, zu entsprechen. Bei der Verteilung dieses Kredits ging die Erziehungsdirektion und auf deren Antrag die Regierung von Boraussetzungen aus, die sich nicht verwirklichten. Die Erziehungsbirettion nahm an, es werden fo und fo viele alte Lehrer fterben und es werden infolge beffen fo und so viele Leibgedinge frei werden. In dieser Bor-aussetzung hat man sich nun gewaltig geirrt, sei es, daß nicht so viele Lehrer starben als gewöhnlich, sei es, daß ein anderer Rechnungsfehler begangen wurde. Es entstand infolge dessen pro 1891 eine bedeutende Mehrausgabe. Der Regierungsrat nahm damals Anftand, mit einem Nachtreditbegehren vor den Großen Rat zu treten und wies die Erziehungsdirektion an, sie solle die Mehrausgabe im Jahre 1892 einzusparren suchen. Nun hat aber die Erziehungsdirektion erklärt, es habe sich das im Laufe des Jahres als absolut undurchführbar erwiesen, indem fie den Lehrern, welche bereits im Genuß von Leibgedingen gewesen seien, diefelben nicht habe ent= ziehen oder reduzieren konnen; es wurde dies in Lehrerfreisen einen Sturm des Unwillens erregt haben. Ferner

habe einigen neuen bringenden Begehren, wo eine eigentliche Notlage vorhanden war, entsprochen werden müssen. Es habe deshalb der Kredit pro 1892 nicht zur Bezahlung des vorjährigen Ausgabenüberschusses verwendet werden können. Der Regierungsrat hat sich überzeugt, daß die im Jahre 1891 gemachten Mehrausgaben nicht wohl auf dem Wege der Ersparnis, d. h. dadurch beigebracht werden können, daß man den alten Lehrern die Leibgedinge reduziert, sondern daß nichts anderes übrig bleibt, als für den betreffenden leberschuß einen Nachkredit auszuwirken. Der Regierungsrat beantragt Ihnen denselben zur Bewilligung.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschafts= kommission. Es handelt sich um zwei Nachtredite im Ge-samtbetrage von Fr. 10,715; der eine betrifft das Jahr 1891, der andere das Jahr 1892. Sie wissen, daß wir es hier mit einem gesetlichen Rredit zu thun haben, der aber unter den gegenwärtigen Berhältniffen absolut nicht genügt. Die Sache ift schon wiederholt im Großen Rate besprochen worden, und es hat derselbe außer= ordentliche Kredite bewilligt. Die Erziehungsdirektion ift jedoch auch über diese außerordentlichen Kredite hinaus= gegangen, indem fie etwas zu viele Leibgedinge bewilligte in der Annahme, es werden im Laufe des Jahres fo und so viele Leibgedinge frei werden. Im Jahre 1891 ftarben nun gang mertwürdig wenig penfionierte Lehrer, was ein Defizit von Fr. 6505 zur Folge hatte. Der Regierungsrat verweigerte einen Rachtredit, indem er fand, die Erziehungsdirektion folle fich besser einrichten; schließ-lich muß diese Summe aber doch auf irgend eine Weise gedeckt werden. Die Staatswirtschaftskommission ift nun einverstanden, pro 1891 und 1892 einen Nachtredit von Fr. 10,715 zu bewilligen. Sie spricht aber den Wunsch aus, man möchte sich etwas strenger an die gesetlichen Bestimmungen halten; hoffentlich tann diefes Berhaltnis baldigft neu geordnet werden.

Dürrenmatt. Das Gesetz ist in Bezug auf den Kredit für Leibgedinge sehr deutlich, indem es das Maximum auf Fr. 24,000 sixiert. Nichtsdestoweniger wurde dieser Kredit wiederholt überschritten. Ich stelle keinen Gegenantrag, erkläre aber, daß ich zu diesem Rachkredit nicht stimme, damit man mir nachher nicht vorhalten kann — wie es schon geschehen ist — ich habe zu einem ungesetzlichen Beschlusse Hand geboten. Es geschieht das durchaus nicht aus Hartherzigkeit gegenüber der Lehrerschaft. Ich weiß, daß dringende Bedürsnisse der Lehrerschaft. Ich weiß, daß dringende Bedürsnisse zu Berfügung steht, leider nur zum kleinsten Teil befriedigt werden können. Aber da heißt es nun einmal, sich nach der Decke des Gesetzs strecken, dis das Gesetz ein anderes sein wird.

Bewilligt.

Armenholzablösungsvertrag mit der Gemeinde Oberhünigen.

Der Regierungsrat beantragt, dem mit der Einwohner= gemeinde Oberhünigen abgeschlossen Armenholzablösungs= vertrag, wonach berfelben für die Berzichtleiftung auf das ihr im sogenannten großen Doppwald zustehende Armenholzrecht eine Summe von Fr. 15,750 ausgerichtet wird, die Genehmigung zu erteilen.

v. Wattenwhl, Forstbirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. In den letten Jahren wurden mit den Gemeinden Biglen, Bowhl und Konolsingen-Hölchingen im Amtsbezirk Konolsingen Armenholzablösungsverträge abgeschlossen. Heute liegt ein weiterer solcher Vertrag mit der Gemeinde Oberhünigen vor. Dieselbe hat auf dem sog. großen Doppwald eine Servitut von 63 Ster zu Gunsten der Ortsarmen, und es ist die Gemeinde mit der gleichen Entschädigung einverstanden, die der Gemeinde Konolsingen-Hölchingen bezahlt wurde, nämlich Fr. 250 per Ster, indem die Verhältnisse genau die gleichen sind. Es muß demnach eine Ablösungssumme von Fr. 15,750 bezahlt werden. Der Regierungsrat empsiehlt Ihnen diesen Vertrag zur Genehmigung.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Es handelt sich hier um den Loskauf von
einer auf dem großen Doppwald lastenden Dienstbarkeit. Die Ablösungssumme von Fr. 250 per Ster ist offenbar nicht zu hoch, indem Oberhünigen in unmittelbarer Rähe des Waldes ist, so daß mit Rücksicht auf den Transport dieses Armenholzrecht für sie bedeutend mehr Wert hat als an andern Orten. Gleichwohl wurde die Ablösungssumme nicht höher bemessen, als in andern Fällen, und wir glauben deshalb, diesen Vertrag durchaus zur Genehmigung empfehlen zu können.

Genehmigt.

Förderung der Rebenverficherung.

Der Regierungsrat beantragt, es sei versuchsweise für das Jahr 1893 die Rebenversicherung aus dem Kredit IX, M 1, in der Weise zu subventionieren, daß der Mehrbetrag der Prämien über 3% der Versicherungssumme vor dem Blühen und über $2\frac{1}{2}$ % nach dem Blühen vom Staate übernommen wird.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich möchte die Bemerkung voraussschicken, daß wenn die Direktion des Innern dieses Geschäft behandelt, das eben so gut in den Geschäftskreis der Landwirtschaft fallen könnte, es deshalb geschieht, weil der Direktion des Innern das Bersicherungswesen zugeteilt ist und das vorliegende Geschäft in diese Materie einschlägt.

Sie haben vor drei Jahren begonnen, die Hagelversicherung in der Weise zu unterstüßen, daß beschlossen wurde, jedem Bersicherten die Policekosten zurückzuerstatten und überdies 20% der Prämien zu übernehmen. Außerdem wurde beschlossen, ganz besonders hagelgefährelichen Gemeinden in den Aemtern Seftigen, Konolsingen, Signau zc., die eine Zeit lang von der schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft von der Versicherung auß=

geschlossen waren, noch eine Extrasubvention zukommen zu lassen und alles zu übernehmen, was eine Prämie von 5 % übersteige. Es konnten nämlich jene Gemeinden nur gegen Bezahlung außerordentlicher Prämien versichern. Das Resultat dieser Unterstützung der Hagelversicherung, in Verbindung mit dem Bund, war bisher ein günstiges. Die Hagelversicherung hat sich in der ganzen Schweiz erheblich verbreitet und speziell im Kanton Vern hat sich das Versicherungskapital nahezu verdreisfacht und hat sich pro 1892 auf nahezu 5 Millionen beslausen, während die Gesellschaft vor 10 Jahren in der

gangen Schweiz nicht für mehr verfichert hatte. Für eine Art der landwirtschaftlichen Rulturen war jedoch bis jest noch tein Fortschritt zu verzeichnen. Es betrifft dies den Rebbau. Es wurden außerordentlich wenig Reben gegen Hagel versichert, und es hat dies verschiedene Ursachen. Einerseits find die Brämien für die Rebenversicherung ziemlich hoch; fie betragen je nach bem Stadium, in welchem die Berficherung abgeschloffen wird — ob vor oder nach dem Blühen — 5 oder 4 vom hundert. Rimmt man dazu die Thatfache, daß die Rebbauern unseres Kantons eine lange Reihe ungünftiger Jahre hinter fich haben, in benen vielfach nicht einmal der Arbeitslohn eingebracht wurde, fo begreifen wir, daß bie Leute im allgemeinen zurückhaltend waren und sich nicht noch zu Ausgaben für die Berficherung entschließen konnten. Dazu mag der Umstand gekommen sein, daß die Hagelschläge im Rebgebiet früher nicht sehr häufig waren. Letzteres ist nun anders geworden. Die Gegend von Tufcherz, Twann, Ligerz und Neuenstadt wurde in den letten Jahren mehrfach fehr ftart von Sagelwettern heimgesucht, so speziell in den Jahren 1891 und 1892. Da nun boch einige Rebenbesitzer sich gegen Hagel ver-sichert hatten und die Wohlthat der Versicherung bei Unlag biefer hagelichläge erfahren konnten, fo drang auch in weitere Rreife der Wunsch, der Verficherung beizutreten. Man fand aber im allgemeinen die Prämien Die Rebgesellschaft Iwann-Ligerz-Tuscherz hat sich deshalb unterm 6. August des letten Juhres in einer Betition an die Direttion des Innern gewandt. Diese Betition geht dahin, "daß die hohe Regierung des Rantons Bern die Berficherung der Reben gegen Sagelschaden auf die Dauer von 10 Jahren noch mehr er= leichtern möchte, als es bisher geschehen ist, indem sie so hoch subventioniert, daß die Rettoversicherungsprämien por dem Blühen 2 1/2 % und nach dem Blühen 1 1/2 %

ber Versicherungssumme nicht übersteigen.
Der Regierungsrat beantragt, dieser Petition wenigsstens zum Teil zu entsprechen. Wie schon bemerkt, betragen die Prämien für die Rebenversicherung 5% vor und 4% nach dem Blühen. Würde den Rebbauern eine gleiche Subvention verabsolgt, wie allen andern Landewirten, so erhielten sie außer der Bergütung der Policestoften einen Beitrag von 20%, d. h. die Prämien würden sich auf 4, beziehungsweise 3,2% reduzieren. Das ist noch immer sehr viel, und der Regierungsrat beantragt daher, etwas weiter zu gehen und vor dem Blühen die Mehrprämie über 2½% zu übernehmen. Es geht das nicht ganz so weit, wie die Petitionäre wünschten; wir glaubten aber nicht weiter gehen zu dürsen, namentlich mit Rückssicht darauf, daß man den besonders hagelgefährlichen Gegenden nicht einmal so start entgegenkommt.

Was den weitern Wunsch betrifft, man möchte diese Subvention für 10 Jahre beschließen, so ist dies nicht thunlich, indem der Große Rat sich vorbehalten muß, je nach den Erfahrungen und den Büdgetverhältnissen die Subvention fortdauern zu lassen oder zu reduzieren. Ich glaube das letztere zwar nicht; allein der Konsequenz wegen kann sich der Große Rat nicht verpslichten. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Regierungsrates zur Annahme.

Als Merkwürdigkeit möchte ich noch beifügen, daß die Direktion der schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft gar nicht erfreut war, als wir ihr von unserer Absicht Mitteilung machten, indem sie fürchtet, die Beteiligung könnte eine zu große werden und es könnte dann die sogenannte Klumpenversicherung eintreten, so daß die Gesellschaft vielleicht in Zukunft sich veranlaßt sehen könnte, gegen eine Extraversicherung der Reben Einspruch zu erheben. Für dies Jahr that sie es nicht, und ich din der Ansicht, die Hagelversicherung sei doch schließelich dafür da, daß man sie benußen kann.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftstommission. Die Staatswirtschaftskommission ist mit dem Antrag der Regierung einverstanden, indem sie auch sindet, man dürse über den gewöhnlichen Staatsbeitrag etwas hinausgehen. Sie wissen, in welch' empfindlicher Weise die Gegend am Bielersee durch Hagelschläge heimgesucht wurde, so daß es angezeigt ist, derselben in erhöhtem Maße beizuspringen. Dagegen war das Maß der Subvention, das die Petenten sorderten, ein etwas zu großes, und die Staatswirtschaftskommission geht mit der Regierung einig, daß man nicht mehr übernehmen könne als was über eine Prämie von 3%, beziehungsweise $2^{1/2}$ % — je nach dem Zeitpunkt der Versicherung geht. Danach hätte der Staat 2, beziehungsweise $1^{1/2}$ % zu übernehmen.

Dabei möchte ich noch die Bemerkung machen, daß die ganze Art und Beise, wie die schweizerische Sagelversicherungsgesellschaft vorgeht, mir nicht als richtig erscheint. Als im Emmenthal, im Amt Konolfingen, einige Jahre hintereinander Hagelschläge auftraten, da hieß es: Wir nehmen teine Berficherungen mehr auf, und als fich später die Gefellschaft wieder zur Berficherung entschloß, waren die Prämien fehr hoch. Es ftellt fich nun je länger je mehr heraus, daß die Statiftit über die hagelschläge eine ganz unzuverlässige ift. Es zeigt fich jedes Jahr, daß in bisher immer verschont gebliebenen Gegenden Sagelfchläge auftreten. Speziell in der Gegend, der ich angehöre, tamen bis in die 80er Jahre feit unvordentlichen Zeiten keine hagelschläge vor. Seit einer Reihe von Sahren kamen wiederum keine mehr vor; dafür aber waren in andern Gegenden folche zu verzeichnen. Wenn daher die schweizerische Hagelversicherungsgesellschaft fagt: Wenn zwei, drei Jahre hintereinander in der gleichen Gegend Hagelschläge eintreten, so betrachten wir die be= treffende Gegend als hagelgefährlich und erhöhen die Pramien um das zwei=, drei= und vierfache, so ist das nicht ein richtiges Borgeben. Man ftraft damit diejenigen, welche es am wenigsten vertragen konnen und verleidet ihnen damit die Berficherung. Rach mir ge-wordenen Mitteilungen von Leuten, die in die Berhältniffe genau hineinsehen, ift die Behandlung des Rantons Bern und einzelner Gegenden desfelben, an Sand ber von der Gesellschaft aufgestellten Grundsätze, keine ganz loyale. Die Staatswirtschaftskommission behält sich vor, diese Berhältnisse einmal näher zu prüfen; man weiß allgemein, daß man es mit einer Berwaltung zu thun hat, die hie und da eine etwas ruppige ist.

Mosimann. Es ist allerdings richtig, daß für gewiffe Gegenden, namentlich für die Aemter Konolfingen und Seftigen, die Brämien fehr erhöht worden find. Ich habe wiederholt mit der Direktion des Innern darüber gesprochen und wir haben versucht, die übermäßig hohen Brämienansätze (5, 6 und 7 %) zu reduzieren. Allein bei näherer Prüfung mußte man zugeben, daß das nicht so leicht ist. Man muß nicht vergessen, daß die Gesellschaft auf Gegenseitigkeit beruht und daß man daher in solchen Gegenden, welche mehrere Jahre lang hagelge= fährlich waren, die Prämien etwas erhöhen muß, wenn schon am Kopf der Policen der Satz steht: "Alle für Einen, Einer für Alle". Burde man Die Bramien gleichmäßig verteilen, so würde z. B. aus dem Amt Nidau, das nicht hagelgefährlich ift, niemand beitreten; gegenwärtig be-zahlt man dort nur eine Prämie von 1 %, früher fogar nur eine solche von 0,8%, ebenso in Kehrsak, während z. B. Riggisberg bedeutend mehr bezahlen muß. Würden fich aber die nicht hagelgefährlichen Gegenden an der Berficherung nicht beteiligen, so vermöchte die Gefellschaft nicht zu existieren. Die Subvention von 20 % jeitens bes Kantons hat nun zur Folge gehabt, daß sich die Berficherungssumme verdreifachte. Wenn diese Zunahme fortdauert, bann wird die Gefellschaft in der Lage fein, die Prämien herabzuseten. Bis jett aber mar ein anderes Borgehen, als das eingeschlagene, nicht möglich.

Was nun die Rebenversicherung anbetrifft, so ließ die Direktion des Innern durchblicken, man sei in Zürich davon nicht erbaut gewesen. Da ist nun zu bemerken, daß wenn z. B. im Kanton Waadt oder Reuenburg alle Rebenbesitzer versichern und mehrere Jahre nacheinander Hagelschläge eintreten würden, es sich fragen würde, ob man dieselben fernerhin zur Versicherung zulassen könnte; denn sobald es in die Blüten hagelt, ist nichts mehr zu hoffen und hagelt es nach dem Blühen, so ist in der Regel ein großer Teil der Ernte verloren. Es ist desshalb begreislich, wenn die Direktion in dieser Veziehung etwas vorsichtig ist. Immerhin möchte ich den Antrag der Regierung und der Staatswirtschaftskommission warm zur Annahme empfehlen. Es handelt sich nur um ein Probesahr, und es wird sich dann herausstellen, ob und

inwiefern unfer Borgeben gerechtfertigt ift.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Ich möchte nicht sagen, daß nicht, je nach
dem Risiko, eine Erhöhung der Prämie eintreten soll.
Allein was ich nicht billigen kann, ist das, daß die Gesellschaft schon nach einem oder zwei Hagelschälägen erklärt, die betreffende Gegend sei hagelgefährlich, ohne daß
sie dabei auf längere Berioden Rüdssicht nimmt. Die Gesellschaft sagt einsach: In der und der Zeit haben wir in dieser und dieser Gemeinde so und so viel ausbezahlen müssen; demnach muß eine so und so hohe Prämie bezogen werden. Wenn die Gesellschaft einmal erstarkt ist und über einen entsprechenden Reservesonds verfügt, so muß sie unbedingt zu einem andern System übergehen und nicht schon nach wenigen Hagelschlägen bedeutende Prämienerhöhungen vornehmen. Der Antrag des Regierungsrates wird jum Beschluß erhoben.

Räufe und Berkäufe.

(Siehe Nr. 23 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

a) Perkauf des Reftes der Spitalpromenade in Beru.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der größere Teil der Spitalpromenade in Bern wurde bereits vor einiger Zeit verkauft. Es blieb übrig der kleinere, aber bessere, zu Baupläten geeignete Teil. Steigerungen und Konkurrenzen hatten zur Folge, daß als höchstes Angebot ein Preis von Fr. 110 per offeriert wurde, was einen Gesamtkauspreis von Fr. 242,440 ausmacht. Dieses Angebot wurde von Sachverständigen und vom Regierungsrat als genügend erachtet. Einzelne Stimmen gingen zwar dahin, das Terrain würde später noch mehr gelten, bis auf Fr. 120 per 2. Allein, man fand doch, es sei für den Staat vorteilhafter, das Terrain zum Preise von Fr. 110 per hinzugeben, als dasselbe noch längere Zeit zu behalten, ohne daß es etwas abträgt und zu riskieren, daß man dann doch nicht mehr lösen wird.

Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, daß die Zins= bedingungen für die Käufer etwas günstig find. Fr. 42,440 find baar zu bezahlen und die Restanz in fünf jährlichen Raten von je Fr. 40,000. Unterdeffen ift die Hauptreftang ginsfrei. Die Käufer wollten von diefer Bedingung, nicht abstrahieren und diefer Standpunkt hat vieles für sich. Die Käufer fagen, fie wollen das Terrain nach und nach überbauen - es follen fünf Gebäude barauf er= ftellt werden - fie werden infolge beffen erft im Laufe von einigen Jahren zu wirklichen Erträgniffen gelangen; es ware daher nicht billig, wenn sie unterdessen die hohe Raufsumme berginfen mußten. Da ber Staat ein großes Intereffe hat, diefes Terrain endlich verkaufen zu konnen, fo konnte man fich diefer Bedingung fügen. Dabei ift die Sache aber fo verftanden, daß die Räufer wirklich fo vorgehen, wie fie fagen. Sollten fie das Terrain binnen turzem wieder verkaufen und einen Profit zwischen= herausnehmen, was nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, so wäre das Motiv für die Zinsbefreiung nicht mehr vorhanden. In diesem Falle sollte der Staat von der Kaufsumme Zins verlangen dürfen. Die Käufer selber werden diese Auffaffung gewiß teilen, und es sollte die-felbe zur Sicherung des Staates noch in einer nach= träglichen Bereinbarung niedergelegt werden. In diesem Sinne empfiehlt Ihnen der Regierungsrat diesen Berkauf gur Genehmigung.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Dieses Geschäft ist offenbar ein sehr vorteilhaftes. Wir erhalten für dieses Terrain, das dis jest nicht einmal in der Grundsteuerschatzung figurierte, eine Summe von Fr. 242,440, ein Preis, der auch mit Rücksicht auf die in der Stadt Bern üblichen Preise als ein sehr hoher bezeichnet werden kann. Aufgefallen ist der Staatswirtschaftskommission, daß die Kausbedingungen etwas eigentümlich festgesetzt sind, indem Fr. 42,440 sofort bezahlt werden sollen und der Rest von Fr. 200,000 in fünsährlichen Katen von je Fr. 40,000. Während dieser sünf Jahre soll die Kestanz unverzinslich sein, sosern die Katenzahlungen eingehalten werden. Wie nun der Herr die Katenzahlungen eingehalten werden. Wie nun der Herr Finanzdirektor angedeutet hat, besteht die Möglichkeit, daß die Käuser das Terrain nicht selbst überbauen, sondern dasselbe weiter verkausen. Für diesen Fall wäre die Zinsbefreiung nicht am Platz und ich möchte deshalb beantragen — die Staatswirtschaftskommission hat sich darüber zwar nicht ausgesprochen — ausdrücklich den Borbehalt zu machen, daß im Falle eines Weiterverkauss die Zinsbefreiung dahinfallen soll.

Mit dem beantragten Borbehalt genehmigt.

b. Perkauf eines Teils der Pfrunddomane in Signau.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich habe der gedruckten Mitteilung über dieses Geschäft nichts beizufügen.

Genehmigt.

c. Ankauf eines Studes Erdreich an der Freienstrafe in Bern.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Der Staat hat dieses Terrain gegenwärtig noch nicht absolut nötig, sondern es ist der Rauf ein vorsorglicher für den Fall, daß der Staat, der in dieser Begend bereits größeren Grundbefit hat, auf dem einzelne Inftitute der Sochichule erstellt wurden, Erweiterungs= oder Neubauten ausführen möchte. Auch liegt das Terrain vis-à-vis der errichteten neuen Unftalten, fo daß es leicht, wenn es in privaten Sanden geblieben mare, in einer Urt und Beise hatte verwendet werden konnen (Ctablierung Lärm verursachender Gewerbe zc.), die den Benugern der staatlichen Inftitute läftig sein mußte. Der Staat glaubte alfo, den Unlag benuten zu follen, um fich in den Befit diefes Terrains zu feben. Der Preis beträgt 80 Cts. pro Quadratfuß, ein Preis, bei dem der Staat absolut keine Gefahr läuft, etwas zu verlieren, auch wenn das Terrain für ihn überstüffig werden sollte. Schon jetzt erhielt der Staat Offerten, wonach er voraussichtlich das Terrain mit Prosit wieder hätte verkaufen können. Allein bas wollen wir nicht, sondern wir wollen das Terrain einstweilen behalten.

Genehmigt.

d. Inkauf der Besithung des herrn Cierarzt Jöhr in Bern am Schlachthausweg daselbst.

Der Regierungsrat sucht um die Ermächtigung nach, die Bestigung des Herrn J. Jöhr, Tierarzt in Bern, am Schlachthausweg daselbst, im Flächeninhalt von 15.78 Aren, bestehend aus Hausplat, Garten und Umschwung und darauf stehendem Gebäude (Grundsteuerschatzung Fr. 87,700, Brandversicherungssumme Fr. 68,000) um den Preis von Fr. 100,000 anzukaufen und die nähern Bertragsbedingungen sestzusehen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ueber dieses Geschäft konnte keine gedruckte Borlage vorgelegt, überhaupt nicht einmal ein Vertrag abgeschlossen werden; dasselbe ist aber aus gewissen Gründen so pressant, daß es noch in dieser Session er-ledigt werden muß, in der Weise, daß man dem Regierungsrat die Ermächtigung zum Ankauf erteilt.
Es handelt sich um die sogenannte Milchturanstalt des Herrn Tierarzt Jöhr in Bern. Dieselbe besindet sich

Es handelt sich um die sogenannte Milchkuranstalt des Herrn Tierarzt Jöhr in Bern. Dieselbe besindet sich in allernächster Nähe der Tierarzneischule; sie ist nur durch einen Weg von derselben getrennt. Herr Jöhr erwarb seinerzeit das Terrain vom Staat und der Gemeinde in der Absicht, darauf eine Milchkuranstalt einzurichten. Das Geschäft wurde auch eine zeitlang betrieben, allein wie es scheint nicht zum Vorteil des Unternehmers. Es wurde dann in ein Unternehmen ähnlicher Art umgewandelt, indem sich eine Aktiengesellschaft für den Betrieb einer Molkereianstalt bildete, die nun seit Jahren

in diefem Gebaube zur Miete ift.

Nun hat sich herr Jöhr vor einiger Zeit an den Staat gewendet mit der Beschwerde, die Anatomie der Tierarzneischule, deren Bau in unmittelbarer Nähe in Aussicht stehe, mache den Betrieb eines Milchgeschäftes in der ehemaligen Milchkuranstalt zur Unmöglichkeit; er werde daher in seinen Interessen bedeutend geschädigt, benn das Gebäude sei speziell zu diesem Zwecke erstellt worden; der Staat sei daher schuldig, ihm den Schaden zu vergüten, und um einem Prozesse auszuweichen, wäre es das beste, wenn der Staat die Milchkuranstalt kaufen wurde, um fo mehr als er diefelbe für Zwede der Tierarzneischule sehr gut brauchen könnte. Herr Jöhr forderte jedoch einen Preis (Fr. 146,000), auf den der Staat nicht eintreten konnte, so wenig als auf das Entschädi= gungsbegehren, indem nach den bestehenden Borschriften, felbst wenn dem Geschäfte des Herrn Jöhr wirklich ein Schaden zugefügt würde, der Staat nicht zur Bergütung desselben angehalten werden konnte. Dabei anerkannte aber ber Staat, daß es - bei annehmbarem Preis im Interesse des Staates ware, sich der Besitzung des Berrn Johr zu verfichern. Es ift nämlich für eine spätere Erweiterung der Tierarzneischule kein staatliches Terrain mehr vorhanden, und es könnte eine Erweiterung nur in der Richtung gegen die Bestigung des Herrn Jöhr vor-genommen werden. Gine solche Erweiterung liegt aber nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, und fie wurde namentlich zur Notwendigkeit werden, wenn der alte Wunsch in Erfüllung ginge und in Bern eine eidgenöf= fische Tierarzneischule errichtet wurde. Wurde eine solche Erweiterung nötig, so mußte man fich bann einen sehr hohen Kaufpreis für die Milchkuranstalt gefallen laffen.

Herr Jöhr hat sich nun vor einiger Zeit neuerdings an den Regierungsrat gewendet. Seinen alten Stand-

punkt betreffend Entschädigung macht er nicht mehr geltend; dagegen teilte er mit, infolge eingetretener Um= ftande befinde er fich sozusagen in der Notlage, das Gebäude veräußern zu muffen; er setze deshalb den Breis auf Fr. 126,000 — den Selbstkostenpreis — herab. hierauf hat der Regierungsrat das Gebäude schäken laffen. Das Resultat ging dahin, das Gebäude habe einen Wert von rund Fr. 100,000 und wenn der Staat es um diesen Preis erwerben könne, so solle er nicht zögern, es zu thun. Dies wurde durch die Finanzdirektion Herrn Jöhr eröffnet. Borgeftern ging nun von dem= selben die Erklärung ein, daß er die Offerte des Staates wohl oder übel annehmen muffe. Sie sehen, daß es nicht möglich war, eine gedruckte Vorlage zu machen ober einen Bertrag abzuschließen. Das Geschäft muß aber, wie schon gesagt, aus gewissen, in den Berhält-nissen des Herrn Jöhr liegenden Gründen noch in dieser Session erledigt werden. Wie die Expertise konstatierte, ift das Gebäude fehr folid und forgfältig erftellt und beruht die Erklärung des herrn Johr, daß ihn das Bebäude weit über Fr. 100,000 koftete, burchaus auf Wahrheit. Herr Jöhr verwendete viel zu viel für das Gebäude und es waren diese zu großen Anlagekosten der Hauptgrund des Mißerfolges des Jöhr'schen Unternehmens. In dem Gebäude befindet fich eine Wohnung, beren Mietwert von den Experten auf Fr. 1200 veran= schlagt wird. Für die übrigen Bestandteile bezahle die Molkereigesellschaft einen Mietzins von Fr. 3000, der dem Wert der Lokalitäten durchaus entspreche. Es ist somit ein Minimalertrag von Fr. 4200 vorhanden, so daß sich der Kaufpreis von Fr. 100,000 zu 4,2 % verzinsen würde, eine Berzinsung, die acceptabel ist mit Rücksicht darauf, daß das Gebäude neu und so solid erstellt ift, daß auf bessen Unterhalt auf Jahre hinaus nicht viel verwendet zu werden braucht. Für den Fall also, daß der Staat nicht selbst von dem Gebäude Ge= brauch machen muß, ist eine Berzinsung gesichert, die ihn vor direkten Verluften schütt. Muß er aber felbst davon Gebrauch machen, so hat er das Gebäude um einen Preis erworben, um den er dasselbe später, bei einem Zwangsankaufe, nicht mehr erhalten murbe. Der Regierungsrat sucht beshalb um die Ermächtigung nach, die Besitzung des herrn Jöhr jum Preise von Fr. 100,000 zu erwerben und die nahern Raufsbedingungen festzuseten.

Bühlmann, Berichterstatter ber Staatswirtschaftskommiffion. Nach der ausführlichen Berichterstattung des herrn Finanzdirektors kann ich mich kurz faffen. Die Staatswirtschaftskommission überzeugte fich aus den Akten, daß dieser Rauf ein vorteilhafter ift. Die Milchkuranftalt befindet fich in unmittelbarer Nähe der Thierarzneischule und es ift eine Erweiterung diefer lettern nur in der Richtung gegen die Milchkuranstalt möglich. Da sich nun eine günstige Gelegenheit bietet, dieselbe zu einem ver-hältnismäßig niedern Preise zu erwerben, so glaubt die Staatswirtschaftskommission, man solle es thun und so für die Zukunft vorsorgen. Die Staatswirtschaftskommis fion glaubt, es sei vielleicht möglich, einzelne Räumlich= keiten schon jett für die Thierarzneischule zu verwenden. Es sollen Lokalitäten da sein, die sich gut als Stallungen eignen. Ueberhaupt ist die Besitzung eine solche, daß der Staat unter feinen Umftanden je eine Einbuße erleiden wird. Die Staatswirtschaftstommiffion empfiehlt Ihnen daher den Antrag des Regierungsrates zur Annahme,

mit dem Wunsche, es möchte geprüft werden, ob das Gebäude nicht schon jett ganz oder teilweise zu Zwecken der Thierarzneischule verwendet werden könnte, so daß die im Bau begriffenen Stallungen vielleicht etwas reduziert werden könnten. Freilich sind, wie mir mitgeteilt wurde, die daherigen Arbeiten schon vergeben. Immerhin ist es gut, wenn die Regierung die Verwendung des Gebäudes prüft.

Die vom Regierungsrat gewünschte Ermächtigung wird demselben erteilt.

Strafnachlaggefuche.

(Siehe Nr. 25 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Dieselben werden nach den übereinstimmenden Anträgen der Regierung und der Bittschriftenkommission ohne Diskussion erledigt.

Geset

betreffend

Abanderung des Gesetzes über die Bermögenssteuer.

(Siehe Nr. 22 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Eintretensfrage.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Es ist dem Regierungsrat wiederholt der Auftrag erteilt worden, eine oder mehrere Vorlagen auszuarbeiten, welche den Zweck haben, die Staatsverwaltung zu vereinfachen und das sinanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen. Das letztere Ziel muß man selbstverständlich zu erreichen suchen einerseits durch Vermehrung der Einnahmen und anderseits durch Vermehrung der Ausgaben, letzteres seinerseits zu erreichen durch Vereinsachungen im Staatshaushalt. Diese Postulate wurden veranlaßt durch die in den letzten Jahren verschlimmerte Finanzlage des Kantons, sowie durch das neue Schulzgest, das dem Staat bedeutend größere Leistungen auserlegt.

Es ift nun von der Finanzdirektion eine Vorlage ausgearbeitet worden, welche den Titel trägt: "Gesetz über Bereinsachungen und die Herstellung des Gleichsgewichts im Staatshaushalt" und in 16 Paragraphen verschiedene Maßregeln zu diesem Zwecke vorschlägt. Ich werde Ihnen in gedrängter Kürze vom wesentlichsten Inhalt Mitteilung machen. Der Regierungsrat trat auf die Beratung des Entwurses ein, aber je weiter er in der-

felben vorrückte, defto mehr haben fich die Schwierigkeiten gehäuft und ichließlich war die Situation berart, daß der Finanzdirektor selbst nach Mitteln und Wegen suchte, um das Ziel auf einem andern Wege zu erreichen. Die Borlage der Finanzdirektion umfaßte nämlich die ver-schiedenartigsten Gegenstände. Sie hatte hauptfächlich das Biel im Auge; die Form, unter welcher das Biel erreicht werden follte, war ihr Nebenfache, und fo war es für fie nicht ftogend, daß ein Sammelfurium entstand, das vor den gewöhnlichen Grundfägen der Gesetgebungslogik nicht Stand halten konnte. Es ift zwar diefes Vorgeben nicht ohne Beispiel, denn im Jahre 1880 wurde der nämliche Weg eingeschlagen und vom Großen Rate und dem Volk genehmigt. Allein da die Finanzlage heute nicht fo fcblimm ift, wie Ende der 70er Jahre, fo find die Mitglieder des Großen Rates weniger geneigt, alles zu acceptieren, was ihnen präsentiert wird, und dabei auf die Form keine Rudficht zu nehmen. Ende der 70er Jahre stund man bekanntlich vor Jahresbesiziten von einer Million und mehr; überhaupt war die Situation berart, daß um jeden Preis eine Befferung herbeigeführt werden mußte. Gegenwärtig ist die Lage nicht so schlimm. Die Staatsrechnung pro 1892 schließt allerdings mit einem Defizit, allein dasselbe beträgt nicht einmal Fr. 200,000, mahrend im Budget ein folches von über Fr. 900,000 vorgefehen war. Würden an den Staat nicht neue Ansprüche herantreten, so wurde es gewiß gelingen, durch eine haushälterische Berwaltung und Ergreifung berjenigen Magregeln, Die innerhalb der Kompetenz des Regierungsrates und des Großen Rates getroffen werden können, das Gleichgewicht herzustellen. Es handelt fich aber nicht nur um das, sondern auch um bie Beschaffung neuer Mittel für fünftige Aufgaben.

Es ift also, wie gesagt, im Schoose des Regierungsrates die Beratung des ursprünglichen Entwurfes der Finanzdirektion abgebrochen worden. Die Finanzdirektion erhielt den Auftrag, die Borlage in verschiedene Einzelvorlagen aufzulösen und in erster Linie sofort ein Geset betreffend Abänderung des Bermögenssteuergeses vorzulegen. Letzteres ist geschehen und Sie haben den Ent-

wurf in Sänden.

Nun eine kurze Mitteilung darüber, was der ursprüngliche Gesetzesentwurf enthielt und was in der nächsten Zeit zum größten Teil dem Regierungsrate in

anderer Form wieder vorgelegt werden wird.

In Art. 1 war ungefähr das enthalten, was nun Gegenstand der heutigen Gesetsesvorlage betreffend Abänderung des Vermögenssteuergesetzes bildet. In Art. 2
war eine Abänderung des Stempelgesetzes vorgeschlagen
in Bezug auf die Aussührung und Handhabung desselben (Nebertragung der Bollziehung und der Bußanwendung an die Administrativbehörden nach Anleitung
des Gesetzes von 1854). Es ist eine jedermann bekannte
Thatsache, daß die Aussührung des Stempelgesetzes keine
genügende ist und daß bei einer richtigen Anwendung
desselben die Erträgnisse bedeutend größer sein würden.
Die Hauptursache hiesür erblickt man darin, daß die Bollziehung in der Hand der Gerichtsbehörden liegt. Wenn
man gegen jemand Klage wegen Richtbeobachtung des
Stempelgesetzes erheben will, so muß man vor den Richter gehen, und dieser hat in diesen Dingen oft eine
andere Anschauung als der Gesetzgeber und die Administration. In Art. 3 war eine Abänderung des Erbschaftsund Schenkungssteuergesetzes vorgesehen und zwar in der

Beise, daß bei großen Bermögen, wo einer einzelnen Perfon eine Summe von über Fr. 100,000 gufällt, ber Buschlag erhöht worden wäre. Der Art. 4 stellte neue Borfchriften auf über die Benutung von Bafferfraften Es ist dieser Gegenstand in andern Kantonen bereits legislatorisch geordnet und zu einer Einnahmequelle für den Staat verwendet worden, während im Kanton Bern dies dis jest nicht geschehen ist. In Art. 5 wurden die gegenwärtig im Jura bestehenden Einrichtungen bezüglich der Administration in Steuersachen aufgehoben und durch die im alten Kanton bestehenden Ginrichtungen ersett. In Art. 6 war die Aufhebung der Stelle des Salzhand= lungsverwalters vorgesehen. Der Art. 7 bezweckte die Aufhebung einer Stelle der Baudirektion. In Art. 8 war eine Reduktion der bestehenden Forftinspektoren vorgesehen. In Art. 9 wurde bestimmt, daß alle Beamten, welche auf ein Leibgeding oder eine Pension Anspruch haben (Pfarrer, Lehrer 2c.), an die Ausgaben des Staates einen jährlichen Beitrag zu leisten haben; ausgenommen waren die Primarlehrer, indem die daherigen Berhältniffe im neuen Schulgesetz geordnet sind. In Art. 10 wurde über die gegenwärtig auf etwas ungesetzlichem Boden sich befindende Biehentschädigungstaffe neu legiferiert. In Urt. 11 wurde eine Auffichtsbehörde für die Hochschule vorgesehen, um gewiffen Uebelftanden in finanzieller Beziehung, die bei der Budgetberatung so oft zur Sprache kommen, vorzubeugen. Gleichzeitig wurde vorgesehen, es solle in Zukunft den Privatdozenten kein Honorar mehr aus-gerichtet werden. In Art. 12 wurde der kantonalen Brandversicherungsanstalt die Pflicht auferlegt, den Staat für die Mitwirtung einzelner feiner Beamten, namentlich zur Beforgung des großen Geldverkehrs, zu entschädigen. Der Art. 13 stellte eine Borschrift auf in Bezug auf die Innehaltung der Budgetkredite und die Bewilligung von Nachfrediten. In Art. 14 wurde eine Reduktion der öffentlichen Kaffen ins Auge gefaßt, wogegen die Kantonalbank und ihre Filialen für die Bermittlung des Geldverkehrs des Staates in höherem Mage in Anspruch genommen worden wären. In Art. 15 wurden die Bor= schriften des Finanzgesetzes von 1880 über Unleihen und deren Rückzahlung einer Abanderung unterworfen. In Art. 16 wurde der Beschluß vom 15. Juli 1891 betreffend die Beteiligung des Staates am Baue neuer Eifen-bahnen zum Gegenftand der Gesetzgebung gemacht, in der Weise, daß die neuen Linien Thun-Konolfingen, Langenthal-Denfingen und Saignelegier-Chaux-be-Fonds, die mittlerweile in ein gewisses Stadium vorgerückt find, unter die zu subventionierenden Linien aufgenommen wurden. Ferner war vorgesehen, daß die Frist für die Leistung des Finanzausweises auf 8 Jahre verlängert worden wäre.

Dies ist im wesentlichen der Inhalt der ursprünglichen Gesetzesvorlage. Ich füge bei, daß einzelne dieser Aenderungen nicht notwendigerweise Gegenstand eines Gesetzes sein müssen, sondern ganz gut durch Dekret des Großen Rates eingeführt werden können. Sie wurden in das Gesetz aufgenommen, um dem Bolke ein Ganzes vorzulegen und einzelne, vielleicht nicht sehr populäre Bestimmungen des Gesetzes etwas annehmbarer zu machen. Ich mache daraus kein Hehl und es wurde auch im Regierungsrat gesagt, das Ganze mache den Eindruck einer Angelsischerei — ich kann nicht sagen Bauernfängerei, denn das paßt hier nicht (Heiterkeit) — und man habe einzelne Bestimmungen nur aufgenommen, um die Bürger zu veranlassen, auch zu den andern zu stimmen. Das ist indessen schon oft geschehen und namentlich auch bei Anlaß des Bereinfachungsgesetzes vom Jahre 1880. Es ist gewiß nicht verboten, daß der Große Rat bei Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen eine gewisse Klugheit

beobachtet.

Ich will ferner noch kurz mitteilen, welche Ersolge sich die Finanzdirektion von dem neuen Gesetze versprach. Sie schätzte, niedrig gerechnet, die Vermehrung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben auf wenigsstens Fr. 400,000. Einen Hauptposten bildet dabei die Abänderung des Vermögenösteuergesetze, die nun heute vorliegt und deren sinanzielles Resultat auf etwa Fr. 120,000 veranschlagt werden kann. Bei einer solchen Verbesserung der Finanzlage, wie sie durch diese verschiedenen Maßnahmen erreichbar ist, wäre es möglich, das Primarschulgesetz successive zur Aussührung zu bringen, ohne daß man in sinanzielle Schwierigkeiten geraten würde. Gelingt es im Verlauf der Jahre, eine allgemeine Steuerresorm zu stande zu bringen mit ihren erhossten sinanziellen Resultaten, so besteht erst recht kein Zweisel, daß die vermehrten Ausgaben für die Schule ohne Schwierigkeiten bestritten werden können.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen gehe ich zu der heute zu beratenden Borlage über. Ich schiede auch hier

einige Bemerkungen allgemeiner Natur voraus.

Vorerst will ich erklären, was auch aus den Erwägungen hervorgeht, daß durch dieses Gesetz einer allgemeinen Steuerresorm nicht vorgegriffen werden soll. Die Vorlage hat einen rein transitorischen Charakter und die Hauptsache ist, daß sie möglichst bald in Kraft tritt. Nach Annahme der revidierten Versassung und Beseitigung der Schwierigkeiten für die Resorm der Steuergesetzgebung kann dann die hier niedergelegte Materie auch wieder neu geordnet werden.

Beranlassung zu der heutigen Vorlage und ihrer

Dringlichkeit gaben folgende Berumftandungen.

Nach dem Geset über die Bermögenssteuer vom Jahr 1856 ift das Grundeigentum im Kanton Bern zu versteuern und zwar entweder vom Eigentümer des Grund= ftückes oder, wenn ein Schuldenabzug gemacht werden kann, in Form der Kapitalsteuer vom Gläubiger. Für die Versteuerung ift der Schuldner haftbar. Es ist ihm das Recht eingeräumt, von seinem Grundsteuerkapital die darauf haftenden Schulden in Abzug zu bringen und dem Gläubiger ist die Pflicht auferlegt, das Kapital zur Berfteuerung anzugeben und gleich zu versteuern wie der Grundeigentumer fein Grundeigentum. Bon diefer Berechtigung zum Schuldenabzug find verschiedene Ausnahmen gemacht, unter andern auch die, daß folche Rapitalien nicht abgezogen werden können, deren Gläubiger nicht im alten Kanton, also nicht im Bereich des Gesetzes angeseffen find. Dagegen hatte der Schuldner bas Recht, die betreffende Steuer vom Bins in Abzug zu bringen. Diefe Borfchriften galten schon vor 1856 und fie blieben in Kraft bis anfangs der 80er Jahre, wo fich zwischen Bern und einem auswärts wohnenden Gläubiger ein Streit entwickelte, der vor Bundesgericht führte und dahin entschieden wurde, es stehen diese Borschriften mit der Bundesverfaffung im Widerspruch. Es wurde nämlich einem in Bug wohnenden Gläubiger vom Schuldner, gestützt auf das Gesetz, ein Abzug in der Sohe des Steuerbetreffnisses gemacht. Der Gläubiger wollte sich das nicht gefallen laffen, indem er fagte, er muffe fein

Rapital in Zug versteuern und er sei nicht schuldig, auch noch im Kanton Bern eine Steuer zu bezahlen; es ware das eine Doppelbesteuerung. Das Bundesgericht, das schließlich zu entscheiden hatte, erklärte, nach bundes= gerichtlicher Prazis sollen Kapitalien am Wohnort des Gläubigers versteuert werden und es dürfe der Gläubiger in einem andern Kanton nicht auch noch zur Berfteue= rung, fei es in diefer ober jener Form, angehalten werden. Dagegen war nicht viel einzuwenden. Allein das Bundes= gericht blieb dabei nicht stehen, sondern erklärte, nach bem Sinn und Beift des bernischen Besetzes habe ber Schuldner die betreffende Steuerquote, die er sonft vom Bins in Abzug brachte, nicht an fich felbit zu tragen, fondern er sei zum Schuldenabzug berechtigt. Es ift diese Argumentation des Bundesgerichts von bernischen Juristen und vom bernischen Fiskus nicht als richtig anerkannt worden. Es wurde fatalerweise der Angelegen= heit damals nicht diejenige Bedeutung beigelegt, die sie in Wirklichkeit hatte, indem es fich nur um eine unbedeutende Summe handelte. Bon diefem Entscheid des Bundesgerichts erhielt aber das Publikum Kenntnis und die auswärts wohnenden Gläubiger begannen davon Gebrauch zu machen. Es entspann sich bald nachher ein zweiter Streit betreffend ein Badeetabliffement, wo es sich um ein Kapital von mehreren hunderttausend Franken handelte, deffen Gläubiger außerhalb des Kantons wohnte. Bern schenkte diesmal dem Geschäft die größte Aufmertsamteit; allein das Bundesgericht hielt an seiner Un= schauung fest, dabei allerdings zugebend, daß man die Sache früher auch anders hätte beurteilen können; allein die Sache fei nun einmal so und es werde daran nichts mehr geändert. Seither hat man es nun mit einer festen Braxis zu thun, die für den Kanton Bern die Folge hatte, daß sich zur Stunde die Rapitalien, beren Gläubiger außerhalb des Kantons wohnen, auf mindestens 60 Millionen belaufen, so daß der Ausfall für den Staat, ganz gegen den Sinn und Geist des Bermögenssteuergesetzes, auf jähr= lich Fr. 120,000 beziffert werden muß, der sich noch von Jahr zu Jahr steigert, wenn nicht Salt geboten wird. Dies Jahr steht bei einem einzigen Institut ein neuer Entzug von 2 Millionen Kapital in Aussicht. Die Eidgenöffische Bank besitzt nämlich in Bern unterpfandliche Kapitalien von circa 2 Millionen, die vom Schuldner abgezogen werden und für die uns die Steuer entgehen wird, da die Bank ihr Domizil nach Zürich verlegt. Es ift das ein gang unnatürlicher Zuftand; benn überall stütt sich die Steuerberechtigung in erster Linie auf Grund und Boden, der Kanton Bern aber, der seine eigene Steuerhoheit besitzt, wird für einen großen Teil des Grundeigentums der Steuerberechtigung beraubt! Das vorliegende Gefet foll nun diefen Uebelftand befeitigen.

Bei diesem Anlasse werden noch einige andere zeitgemäße Aenderungen vorgeschlagen, auf die ich jest nicht eintreten will; ich bemerke nur, daß das alte und immer dringlicher gewordene Postulat betreffend Revision der

Grundsteuerschatzungen erledigt werden foll.

Dies find die Gründe, welche dieses Abänderungsgesetz veranlaßten. Ich hoffe, Sie werden anerkennen, daß diese Abänderung sehr berechtigt und eine sofortige Behandlung des Gesetzes durchaus angezeigt ift. Ich beantrage Ihnen, auf dasselbescenzutreten.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Kommiffion. Nach dem einläßlichen Referat des Herrn Finanz-

direktors kann ich mich sehr kurz fassen. Die Kommission kam einstimmig zu dem Antrage, es sei auf den Entwurf einzutreten; dabei war sie sehr damit einverstanden, daß der Regierungsrat den ursprünglichen Entwurf nicht vor den Großen Rat brachte, sondern sich entschloß, über die ganze Materie der Bereinfachung des Staatshaushalts und der Wiederherftellung des finanziellen Gleichgewichts sachlich getrennte Borlagen einzubringen. Aus dem Re-fume des Herrn Finanzdirektors über den ursprünglichen Entwurf werden Sie den Eindruck erhalten haben, daß berselbe fehr verschiedenartige Sachen enthielt, die fich neben einander fehr fonderbar ausgenommen hatten. Auch konnten wir uns des Bedenkens nicht erwehren, daß wenn man alle diefe Bestimmungen im gleichen Ent= wurf gebracht hatte, es leicht hatte passieren konnen, daß bem einen das, dem andern jenes gefallen oder auch nicht gefallen hätte, wobei es fraglich wäre, ob nicht schließlich das Mißfallen über das Gefallen das Ueber= gewicht erhalten hätte. Gesetzgebungstechnisch war es offenbar richtig, die Vorlage zu zerlegen, und es war naheliegend, mit berjenigen Spezialvorlage ben Unfang zu machen, die liquid ist und den meisten Erfolg ver-spricht. Was die Revision der Grundsteuerschatzungen betrifft, fo ift dies eine alte Forderung. Auf bem Lande flagt man vielfach darüber, daß die Grundsteuerschatzun= gen zu hoch feien, während fie in ben Städten vielfach ju niedrig find. In Bern z. B. tommt es fehr häufig bor, daß die Rauffumme die Grundsteuerschatzung nabezu um das Doppelte überfteigt. Es muß in diefer Beziehung ein Ausgleich geschaffen werden, und es ift daher ein Gebot der Gerechtigkeit, daß diese Revision an die Hand genommen wird. Wie es sich in Bezug auf die Vor= schriften über den Schuldenabzug verhält, hat Ihnen herr Scheurer einläglich erörtert und Sie haben gehört, daß es fich für den Staat um eine ganz bedeutende Mehreinnahme (im Minimum Fr. 120,000) handelt. Auf die Einzelheiten des früheren Entwurfes trete ich hier nicht ein; denn es wurde uns zu weit führen, wenn wir schon heute alle die verschiedenen in Betracht kom= menden Fragen in die Diskuffion hineinziehen wollten. Ich bemerke nur, daß derfelbe Berschiedenes enthielt, was sehr diskutabel gewesen wäre. Heute handelt es sich Lediglich um das vorliegende Geset betreffend Abanderung des Bermögenssteuergesetzes, und ich beantrage Ihnen, auf dasfelbe einzutreten.

Dürrenmatt. Es scheint, die Frage der Bereinsfachung des Staatshaushaltes solle wieder den nämlichen Berlauf nehmen, wie schon früher einmal. Angesichts drohender Desizite und neuer Ausgaben nahm man einen löblichen Anlauf, um im ganzen Staatshaushalt Bereinsfachungen einzuführen. Es scheint aber, nachdem man sich an die Aufgabe heranmachte, haben Regierung und Kommission den Berleider bekommen. Ich bedaure das und möchte wünschen, ohne daß ich einen Antrag auf Nichteintreten stelle, die Regierung möchte auf dem von ihr zuerst eingeschlagenen Bege verharren. Ich bin einsverstanden, daß man das vorliegende Geset, das nun einmal vorberaten ist, zum Abschluß bringt. Im übrigen aber möchte ich den Antrag stellen, über die weiteren Punkte solle eine zusammenfassende Borlage gemacht werden. Man hat zu diesem Zwecke eine ziemlich zahlsreiche Kommission ernannt, welche die Aufgabe hatte, diese und jene Bereinfachungen zu beraten, indem die

einzelnen Mitglieder des Rates nicht immer das Material an der hand haben, von fich aus Unregungen zu machen. Man fette deshalb eine Kommiffion ein, damit dieselbe eine löbliche Initiative entwickle. Entbindet man fie von diefem Auftrage, fo bleibt es wieder den einzelnen Mitgliedern überlaffen, was fie anregen wollen und ob einer der vom Beren Finangdirektor angeführten Punkte zur Ausführung gebracht werden foll oder nicht. Es ift aber, wie gefagt, nicht jedermanns Sache, Motionen ju stellen oder Postulate zum Staatsverwaltungsbericht zu beantragen. Man kommt nicht gerne in den Ruf, man langweile den Rat mit Motionen, und infolge deffen unterbleibt manches, was geschehen sollte. Etwas anderes ist es, wenn eine Kommission da ist, welche die Aufgabe hat, im ganzen Gebiet der Staatsverwaltung die Aehren Bufammenzulefen, von denen herr Scheurer einmal gefbrochen hat. Wenn die Kommiffion auf dem von der Regierung zuerft eingeschlagenen Wege verharrt mare, fo bin ich überzeugt, daß fie noch dies und jenes gefunden hatte, das man hatte hereinbeziehen konnen, das man aber nicht gerne zum Gegenftand einer befonderen Borlage macht. Ich muß vor allem daran erinnern, daß der Besoldungsetat der Staatsbeamten, wenige Ausnahmen vorbehalten, zur Stunde noch immer auf einem ganz gesetwidrigen Boden steht. Ich will die Ausführungen nicht wiederholen, die ich schon mehrmals angebracht habe, wie das gekommen ift, fondern nur die Biffern in Erinnerung bringen, um die es fich handelt. Es ift in den 70er Jahren auf dem Wege des vierjährigen Budgets eine Befoldungserhöhung durchgeführt worden, welche Fr. 238,000 ausmachte. Später wurde das vierjährige Fr. 238,000 ausmachte. Budget vom Volk verworfen und damit auch die Befoldungserhöhungen. Gleichwohl murden diefelben feither fortwährend, in ungesetlicher Beife, weiter verabfolgt. Ich will nun nicht behaupten, daß fich hier eine Er= sparnis von Fr. 238,000 machen ließe, erstlich aus dem Grunde nicht, weil viele dieser Besoldungen, gerade auf dem Gebiete des Schulwesens und in der Centralver= waltung, feither auf gesetzlichem Wege erhöht wurden. Ich will auch nicht behaupten, daß z. B. die Besoldun= gen unferer Regierungsrate herabgefett werden follten; dieselben beziehen sicher keine zu hohe Besoldung. Etwas anderes ware es vielleicht in Bezug auf die Befoldungen der Bezirksbeamten, namentlich nach der infolge des eid= genössischen Betreibungs und Konkursgesetzes eingetretenen Arbeitsteilung. Auch bei gewiffen Amtsichaffnerbesol-dungen ließe sich etwas ersparen. Von allem dem habe ich in den Ausführungen des Herrn Scheurer nichts gehort. Das ware also eines: der Besoldungsetat muß abfolut wieder einmal auf eine gesetliche Bafis geftellt werden.

Ich will im weitern nur noch einen Punkt erwähnen. Der Kanton Bern macht sich in Bezug auf die Lehrerbildung eine ganz lächerliche Konkurrenz. Er unterhält vier Staatsseminarien, zwei im deutschen Kantonsteil und zwei im Jura. Dieselben bilden, nebst den Privatseminarien, eine mehr als genügende Zahl von Lehrern und Lehrerinnen aus. Außerdem existiert aber in Bern an der Mädchensekundarschule auch noch eine Seminarabteilung zur Heranbildung von Primarlehrerinnen. Der Staat muß die Hälfte der Lehrerbesoldungen bezahlen und dafür liesert diese Schule eine Masse Lehrerinnen, welche denjenigen, welche in Hindelbank gebildet wurden, Konkurrenz machen und zum großen Teil keine Anstellung

finden. Ich weiß nicht, wie hoch sich der Staatsbeitrag an die Lehrerbesoldungen beläuft; allein nach dem Umfang zu schließen, kann er hinter den Kosten des Seminars in hindelbank nicht weit zurückbleiben. Aehnlich sind die Verhältnisse im Jura, wo ebenfalls Sekundarsschulen Lehrerinnen liefern. Entweder soll man die Staatsseminarien ausheben oder dann nicht an andere Schulen zum Zwecke der Heranbildung von Lehrerinnen Staatsbeiträge an die Lehrerbesoldungen verabsolgen.

Dies sind einige Punkte, von denen ich glaube, daß sie ebenfalls in das Vereinfachungsgesetz gehören, von dem ich wünsche, daß es die verschiedenen Reformen in einer einheitlichen Vorlage zusammenfaßt. Die Bunt= schedigkeit eines solchen Bereinfachungsgesetes kann mich nicht hindern, diese Art des Borgehens vorzuziehen. Auch im Bereinfachungsgesetz vom Jahre 1880 find alle mög= lichen Bestimmungen enthalten, die nur vom fistalischen Gesichtspunkte aus mit Rucksicht auf die damals dringend nötig gewordene Finanzreform unter einander in Berbindung standen. Gottlob und Dank sind wir heute nicht so schlimm daran, wie damals, als herr Scheurer sein schwieriges Amt antrat. Aber ich finde doch, man follte auch heute in der damals von Herrn Scheurer betretenen Bahn weiter gehen. Herr Scheurer hat das Verdienst, damals das Messer mit Schneid angesetzt zu haben, und ich möchte wünschen, daß man nicht wartet, bis wir wieder auf dem gleichen Punkte find, wie im Jahre 1878. Ich mochte deshalb die Regierung bitten, ben von ihr zuerft eingeschlagenen Weg beizubehalten.

Müller (Eduard, Bern), Berichterstatter der Romtann den Standpunkt nicht acceptieren, auf welchen herr Dürrenmatt Die Commissioner Dürrenmatt die Kommiffion ftellen möchte. Bur Erledigung der von herrn Dürrenmatt genannten Aufgaben haben wir eine ständige Kommission, nämlich die Staats-wirtschaftskommission. Diese soll sehen, wo Ersparnisse gemacht werden könnten. Die Spezialkommission aber, deren Präsident ich zu sein die Ehre habe, wurde niedergefest zur Vorberatung eines bestimmten Gefetesentwurfes. Allerdings glaubte man bei Bestellung der Kommission, es werde ein etwas umfangreicherer Gesetzentwurf vorgelegt; die Kommiffion hatte aber nicht den Auftrag, einen andern Entwurf auszuarbeiten, sondern fie hatte lediglich den Entwurf der Regierung zu prüfen, um Ihnen darüber Bericht erstatten zu können. Die Kommiffion hatte nun allerdings fagen können, fie beantrage Rückweifung bes Entwurfes an die Regierung mit der Einladung, das ursprüngliche Projekt wieder aufzunehmen und eine Gesamtvorlage einzubringen. Die Kommission stellt aber einen solchen Antrag nicht, weil sie glaubt, das von der Regierung eingeschlagene Vorgehen sei richtiger. Wenn Sie etwas anderes beschließen wollen, so mögen Sie das thun. Die Kommission glaubt, mit Ruc-sicht auf die Ihnen bereits mitgeteilten Beschlüffe der Regierung fei dafür geforgt, daß der heutigen Vorlage weitere Vorlagen folgen werden. Wir ftreiten uns denn auch heute nicht um Grundfage; herr Dürrenmatt fühlt das felbst, denn fonst würde er einen bestimmten Antrag ftellen. Auf die einzelnen Bunkte einzutreten, welche Berr Durrenmatt berührte, halte ich nicht für opportun, da fie mit dem vorliegenden Entwurf nichts zu thun haben.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Re-

gierungsrats. Beranlaßt durch die Aeußerungen des Herrn Dürrenmatt, möchte ich erklären, daß der Finanzdirektor fehr dankbar mare, wenn er nicht einzig darüber nach= grübeln müßte, wo man etwas ersparen fonnte, sondern wenn fich auch andere Leute damit befaffen und ihm mitteilen würden, wo nach ihrer Ansicht Ersparnisse zu machen wären. Man wird diese Unregungen nicht von der Hand weisen, sondern fie ernftlich in Erwägung ziehen; denn es gibt im Staatshaushalt immer Gebiete, wo es Spezialkenntniffe braucht, um fie genau zu über= feben. Ich möchte nur noch einen Buntt berühren. Es ift ungemein schwierig, bestehende Besoldungen herabzu= segen, und der Finanzdirektor muß im allgemeinen froh fein, wenn es bei ben bisherigen Anfagen bleibt. Dabei möchte ich betonen, daß eigentlich keine Befoldung zu hoch ist, wenn fie verdient wird. Man kann also nicht allgemein fagen: Die Besoldungen find zu hoch. Es ist wohl möglich, daß diefer und jener nicht das verdient, was er bezieht; würde er aber seine Pflicht gehörig er= füllen, so wäre die Besoldung nicht zu hoch. Söhere Ansprüche an den Staat find natürlich immer vorhanden, und wir sind in dieser Beziehung erst jüngst einer großen Gefahr entronnen. Sie erinnern sich an die Differenzen infolge der Jura-Simplonbahn-Angelegenheit. Als der Streit zwischen der Westschweiz und dem Kanton Bern auf dem Höhepunkt angekommen war, haben einzelne westschweizerische Kantone die Besoldungen ihrer Regie= rungsrate höher angesett als der Ranton Bern. Das gefchah offenbar nur, um dem Ranton Bern den Meifter zu zeigen. Die Gefahr war nun groß, daß man im Kan-ton Bern gesagt hätte: das laffen wir uns nicht ge= fallen; wir bermögen unfere Regierungsrate beffer gu bezahlen als ihr Westschweizer. Glücklicherweise ging dieser Relch an der Finanzbirektion vorüber (Beiterkeit), und er wird wahrscheinlich nicht so rasch wiederkehren (Heiterkeit). Wenn Ersparnisse gemacht werden konnen, so tann es nicht geschehen auf dem Wege der herabsetzung der Besoldungen, sondern auf dem Wege der Beseitigung nicht absolut nötiger Stellen, die ohne Gefahr für die Staatsverwaltung befeitigt werden konnen. Ich wiederhole nochmals, daß die Regierung froh ist, wenn ihr aus dem Schoofe des Großen Rates oder von anderer Seite Ansichten zur Kenntnis gebracht werden, wo und wie Bereinfachungen eintreten konnten.

Das Eintreten wird ohne Widerspruch beschloffen.

§ 1.

Scheurex, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. In § 1 wird im ersten Sat die unverzügeliche Revision der Grundsteuerschatzungen ins Auge gefaßt. Daß eine solche nötig ift, ist bekannt. Man könnte vieleleicht den Berdacht hegen, da die Borlage eine Berbesserung der Finanzlage zum Zwecke habe, so werde die Revision im Sinne der Erhöhung ausfallen, während die Klagen vom Land dahin gehen, die Grundsteuerschatzungen seine namens der Regierung die bestimmte Erklärung abgeben, daß sie nicht erwartet, die Grundsteuerschatzungen werden erhöht

werden, sondern sie ist der Ansicht, es werde eine Reduktion derselben ersolgen. Bei der letzten Generalrevission im Jahre 1875 versolgte man allerdings den Zweck, die Schatzungen zu erhöhen, und es wurde inderthat eine Vermehrung des Grundsteuerkapitals um viele hundert Millionen bewerkstelligt. Diesmal wird ein ähnliches Resultat nicht zu erwarten sein, sondern es wird unzweiselhaft eine Reduktion der Schatzungen die Folge sein.

Run kann man aber sagen : Warum eine folche Revifion vornehmen, die der Wiederherstellung des Gleich= gewichts nur nachteilig fein kann? Borerft glaube ich nicht, daß die Schatzungen im großen und ganzen in fehr hohem Mage zurückgehen werden. Es find verschie= dene Faktoren, welche dies verhindern. Vorerst find die Schatzungen nicht in allen Landesteilen zu hoch, sondern es gibt folche, in denen eine Reduktion nicht zu befürch= ten ift. Es werben im Gegenteil, namentlich in städtisichen Orten, speziell in Bern, Erhöhungen stattfinden. Ferner haben viele Grundbefiger, namentlich die verschuldeten, ein Intereffe, daß ihr Kredit nicht zu sehr reduziert wird, und fie werden deshalb dafür forgen, daß in Bezug auf die Reduktion ein gewiffes Maß ein= gehalten wird. Bei gewiffen Grundstücken, die mit fpe= ziellen Kulturen besetzt find, z. B. mit Reben, muß eine erkleckliche Reduktion erfolgen, indem die Schatzungen zu hoch find. Aber gerade in jenem Gebiet find wieder an= dere Faktoren vorhanden, welche die Reduktion paraly= fieren, indem im Moosgebiet bedeutend großere Bodenwerte entstanden find infolge der Kultivierung von Möfern,

verlaffenen Flugbetten 2c. Bum Zwecke der Vornahme der Revision der Grund= steuerschatzungen foll das Berfahren revidiert werden. Gegenwärtig ift basselbe in den §§ 5-30 des Gesetzes von 1856 geregelt und diese gesetliche Reglierung ift schuld, daß die Regierung die Revision nicht schon längst beantragt hat. Gine Revision nach dem bisherigen Verfahren kame viel zu teuer zu stehen. Diejenige von 1875 tostete über Fr. 300,000. Es ist durchaus nicht nötig, so große Roften zu mochen und einen folchen Apparat in Scene zu feten, wie es früher der Fall mar. Früher bestand neben den vielen Spezialkommissionen in den Gemeinden eine Centraltommiffion, die im ganzen Lande herumgeschickt wurde, um die Grundstücke anzusehen, die aber im Grunde genommen nur eine Reise durch das Land machte, ohne viel dabei zu sehen. Ich war im Jahre 1875 in der Lage, als Abgeordneter des Gemeinderates von Sumiswald, wo ich damals wohnte, mit derjenigen Abteilung der Centralkommission, welche das Emmenthal bereifte, herumzugehen. Nun war man da= mals im Emmenthal nicht der Meinung, daß die Grund= steuerschatzungen erhöht werden sollten. Trotzem hat man Die herren von der Centralkommiffion fehr gut empfan= gen, hat aber möglichst darauf hingewirkt, daß sie mög-lichst wenig sehen. Man führte sie zum guten Wein und zum schlechten Land (Heiterkeit) und hat erreicht, daß sie wirklich der Meinung waren, man konne da nicht viel Allein später kam die Geschichte dann doch In Bern wurde den Herren gefagt, fie haben sehr schlecht gearbeitet, die Grundsteuerschatzungen muffen erhöht werden, und fo wurden denn in Bern am grunen Tisch die Grundsteuerschatzungen im Umt Trachselwald um so und so viel erhöht. Dazu hat man den Apparat der Centralkommission nicht nötig. Uebrigens brauchen verschiedene Arbeiten, die man seinerzeit machte, nicht

neuerdings gemacht zu werden, so z. B. die Klaffeneinteilung der Grundstücke. Es fragt sich bloß, ob in einer Gemeinde die Grundsteuerschatzungen zu hoch sind oder nicht. Das weiß man aber, ohne daß man eine große Anzahl Leute hinschickt. Es ergibt sich das aus den abgeschlossenen Käusen, auch können die Gemeinden ihre Wünsche geltend machen. Es ist daher absolut notwendig, daß das disherige Verfahren beseitigt wird. An dessen Platz wird dann der Große Kat auf dem Dekretswege ein anderes Verfahren aufstellen, das nach meiner Anssicht sehr einsach sein kann und nicht große Kosten verzursachen wird. Man wird hauptsächlich auf die aus den verschiedenen Gegenden geäußerten Wünsche abstellen und dabei auch die übrigen Kenntnisse, die man bereits besitzt oder sich leicht verschaffen kann, verwerten. Es ist das, wie Sie sehen, auch ein Stück Vereinsachung des Staatshaushaltes. — Ich beantrage Ihnen, den § 1 anzunehmen.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Kommission. Ich möchte nur beifügen, daß die Sache so verstanden ist, daß sich der § 1 auch auf den neuen Kanstonsteil beziehen soll. Da das Bermögenssteuergesetz vom Jahre 1856 nur für den alten Kanton erlassen ist, die Revision der Grundsteuerschatzungen im Jahre 1875 sich aber auch auf den neuen Kanton erstreckte, so ist selbstverständlich, daß auch diesmal die Revision der Grundsteuerschatzungen auf den neuen Kantonsteil ausgedehnt werden soll. Allein die Kommission hat gefunden, es sei zweckmäßig, dies im Gesetz ausdrücklich zu sagen, und es wurde deshalb in § 5 eine bezügliche Bestimmung ausgenommen. — Ich empsehle Ihnen den § 1 zur Un=nahme.

Angenommen.

§ 2.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich habe über diesen Paragraph schon im Eingangsrapport erschöpfend Auskunft gegeben. Ich füge nur bei, daß die Redaktion, wie sie hier vorliegt, nicht als eine definitive zu betrachten ist, sondern daß bei der zweiten Beratung möglicherweise eine etwas andere Redaktion vorgeschlagen werden wird. Man wird sich dis zur zweiten Beratung zuständigen Ortes darüber orientieren, ob diese Redaktion eine genügende ist, damit wir nicht riskieren, daß vor der bundesgerichtlichen Instanz, vor die alle Fragen betressend Doppelbesteuerung gezogen werden können, die neuen Borschriften nicht Stand halten.

Bigler. Es war mir leiber nicht möglich, der Kommissionssitzung beizuwohnen. Gestatten Sie mir daher hier, eine Anregung zu § 2 anzubringen. Ich bin selbstwerständlich mit dem Artikel an und für sich einverstanden, indem damit einem von der Staatswirtschaftskommission aufgestellten Postulat nachgekommen wird. Es existieren aber in Bezug auf den Schuldenabzug und das ganze Versahren in dieser Materie noch andere Uebelstände, auf die ich hier ausmerksam machen möchte.

Wenn man die Geschäftskontrolle der Steuerverwal= tung anfieht und daneben die Geschäftstontrolle der Fi= nanzdirektion, so muß man zum Schlusse kommen, man habe es im Ranton Bern darauf abgefehen, Steuerver= schlagniffe zu machen. Die Bahl der registrierten Steuer= verschlagnisse ist nämlich eine fast unglaublich hohe. Bisher wurde jede Steuerverschlagnis mit der fünffachen Buße belegt. Nach dem vorliegenden Entwurf foll in Zu= tunft jede Berschlagnis nur noch mit der zweifachen Buße bestraft werden. Daraus muß ber Schluß gezogen wer= den, daß man mit der hohen Buge nichts ausrichtete und daß der Grund für die vielen Steuerverschlagniffe in den Einrichtungen felber liegen muß. Wie geht es mit den Steuerangaben? Dieselben sollen im Laufe des Monats Juli gemacht werden; in der übrigen Zeit ift es nicht möglich, auf der Gemeindeschreiberei eine Un= gabe zu machen. Dies hat zur Folge, daß eine große Zahl Angaben nicht richtig gemacht werden, weil man die Sache im Laufe des Jahres vergißt. Es ift in den allermeiften Fällen nicht bofer Wille der Betreffenden schuld, fondern rein nur die Bergeglichkeit. Es ift, taufmännisch gedacht, durchaus unrichtig, im Jahre nur eine Zeit von drei bis vier Wochen einzuräumen, um seine Angaben zu machen; die Kontrolle sollte vielmehr so eingerichtet werden, daß man jeden Fall fofort angeben tann, fo daß man nicht mehr daran zu denken braucht. Es ist allerdings im § 39 des gegenwärtigen Steuer= gesetzes vorgesehen, daß ein Schuldenabzugsregister ge-führt werden soll. Dasselbe wird auch geführt; allein es darf nur im Monat Juli etwas in dasselbe eingetragen werden. Gleich verhält es fich mit den Angaben über Kapitalveranderungen überhaupt, den Zinsreduttionen 2c. Gewöhnlich handelt es fich um Geschäfte, die notarialisch beforgt werden, und die meisten Notare haben eine besondere Kontrolle angelegt, um dann im Juli ihre Klienten auf die Steuerangabe aufmertsam zu machen. Das thut der Klient denn auch. Allein seither hat er vielleicht noch eine Zinsreduktion vorgenommen oder bei einem andern Notar etwas verschreiben laffen, der keine solche Kontrolle führt. Er glaubt nun, er habe seine Sache richtig beforgt, bekommt dann aber richtig eines schönen Morgens einen sogenannten "Giftzettel" in welchem es heißt, er habe fo und so viel Steuer nach= zubezahlen.

Ein fernerer Umstand ist der, daß die Steuerverwaltung die Revision nicht von einem Jahr zum andern zu bewältigen vermag. Die Arbeit wird immer größer und zieht sich hinaus, so daß die Verschlagnisse erst nach zwei oder drei Jahren zur Kenntnis der Vetressenden kommen. Dann mußten sie zum Notar gehen und ein Gesuch um Reduktion abfassen lassen. Die Praxis war dann die, daß man sich mit dem zweisachen Vetrag begnügte. Gleichswohl haben die Vetressenden das Gesühl, es sei ihnen Unrecht geschehen. Es sind mir viele Fälle bekannt, wo gerade in Vormundschaftssachen die Steuerangaben insfolge Verquickung der Umstände unterblieben.

Wenn also festgestellt ist, daß die Steuerverschlagnisse die exledigt wurden seit ich der Finanzdirektion vorstehe, daher rühren, daß man die Angaben nicht zur richtigen Zeit machen kann, so sollte man Mittel und Wege suchen, um den Steuerzahlenden Gelegenheit zu geben, sich der Pflicht der Steuerangabe so rasch als möglich zu entle- bigen. Es sollten Kontrollen angelegt werden, sowohl sigen. Es sollten Kontrollen angelegt werden, sowohl schlimmer ist, es steckt darin ein Anlaß zu Unwillen im sür den Kapitalzuwachs als den Kapitalabgang, in welche wegen dieser Händel ergangen sind, sind unzählbar.

könnten. Man hat mir gesagt, es gebe im Laufe des Sahres so viele Aenderungen, daß es unmöglich sei, solche Kontrollen zu führen. Ich sinde, da könnte man das gleiche auch in Bezug auf die Geburts- und Totenregister sagen. Da viele Kinder schon im Laufe des Jahres sterben, so könnte man auch sagen, man wolle warten dis zum Schlusse des Jahres und dann während 14 Tagen die Eintragungen vornehmen.

Da mir nicht bekannt ift, ob die Regierung und die Kommission sich mit den von mir berührten Uebelständen befaßt haben — aus dem vorliegenden Entwurf und aus den Voten der Herren Berichterstatter ist dies nicht zu entnehmen — so erlaube ich mir die Anfrage, ob es nicht möglich wäre, bei diesem Anlasse der von mir ge-

schilderten Kalamität abzuhelfen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Re= gierungsrats. Wenn herr Bigler in ber Sitzung ber Kommission anwesend gewesen wäre, so wäre er wahr= scheinlich von den Mitteilungen des Finanzdirektors befriedigt worden. Die Berhaltniffe, welche Herr Bigler berührt hat, sind wirklich derart, daß sie besprochen zu werden verdienen. Es liegen folche Buftande vor, daß man sich wirklich verwundern muß, daß dieselben so lange existieren konnten, und welche die Administration in einer Weise belasten, von der niemand eine Ahnung hat. Im Gefet von 1856 ist die unrichtige Angabe von Kapitalien mit einer Buße im zweifachen Betrage der verschlagenen Steuer bedroht; bei unrichtigem Schuldenabzug beträgt die Buße das fünffache der verschlagenen Steuer. Man nennt diefe unrichtigen Ungaben Steuerverschlagniffe, und es sind dieselben im ganzen Kanton geradezu berüchtigt. Im wahren Sinne des Wortes find es aber keine Steuer= verschlagniffe, fondern bloße Irrtumer in den Angaben, die oft ihre erklärlichen Urfachen haben; oft auf Un= kenntnis oder auf Bergeßlichkeit und Nachläffigkeit be-ruhen und finanziell in der Regel keine große Tragweite haben. Die Zahl diefer Steuerverschlagniffe ift so groß, und man kann sich so leicht einer solchen Berschlagnis schuldig machen, daß man fagen kann, es fei im ganzen Kanton kein braver Mann, der nicht schon einen solchen Sandel hatte. Diese Fälle find viel zahlreicher, als man glaubt, und um Ihnen davon einen Begriff zu geben, will ich darüber folgendes mitteilen. Gegenwärtig liegen aus frühern Jahren noch circa 5000 unerledigte Geschäfte vor. Die Kontrollen von 1890 und 1891 — in einzelnen Bezirken auch diesenigen von 1890 — find noch nicht revidiert, indem die Bergleichung der Kapital= steuerregister mit den Schuldenabzugsregistern eine gang tolossale Arbeit ist, die eine Anzahl Personen der Steuer-verwaltung beständig beschäftigt. Rach einer Durchschnitts-berechnung stecken in diesen nichtrevidierten Kontrollen mindestens 12,000 Verschlagnissälle. Man kann also annehmen, es seien gegenwärtig 17,000 solche Berschlag= nisgeschäfte hängig und mit dem Jahre 1893 werden weitere 5000 dazu kommen. Die Zahl dieser Geschäfte, die erledigt wurden feit ich der Finanzdirektion vorstehe, ift Legion; oft find diese Geschäfte noch komplizierter Art und veranlaffen endlose Schreibereien. Es ftect in diesen Geschäften ein Arbeitsaufwand, der zu dem, was dabei herausschaut, in keinem Berhältnis fteht, und was noch schlimmer ist, es steckt darin ein Anlaß zu Unwillen im Volk, das die Sache als Chikane auffaßt. Die Flüche,

Um Ihnen einen Begriff zu geben, welche Arbeit ein folches Gefchaft verurfacht, will ich Ihnen folgendes mit= teilen. Ich habe diesen Morgen aufs Geratewohl ein beliebiges folches Geschäft herausgegriffen. Es betrifft eine arme Frau, die in Kirchberg Dienstmagd ift, deren Mann ein fleines Beimwesen in der Gemeinde Melchnau besessen hatte und die von Schuldenabzug zc. natürlich keinen Hochschein hat. Diese Frau erhalt eines morgens einen Brief, sie habe fich großartig gegen das Gesetz ver= fehlt und sei schuldig, Fr. 31 nachzubezahlen. Die Ber= schlagnis entstand dadurch, daß auf dem Gütlein ein Häuschen abbrannte, für das eine Brandentschädigungs= summe von Fr. 539. 64 ausgerichtet wurde. Diese Brand= entschädigungssumme wurde vom Pfandgläubiger, der Er= sparniskaffe, behändigt, welche Fr. 724. 60 zu fordern hatte. Dadurch reduzierte sich die Forderung auf Fr. 184. 96, und diese Summe murbe von der Raffe angegeben. Die Frau ließ aber ben Schuldenabzug in der Sohe des ur= sprünglichen Kapitals fortbestehen. Das ging so zwei, drei, vier Jahre, bis sie die Anzeige erhielt, sie habe so und so viel nachzubezahlen. Die Frau wird natürlich in große Angst geraten und der Sache nachgelaufen sein. Es wurden ihr mehrere Briefe geschrieben und schließlich gab sich ber Amtsschaffner die Mühe, wozu er nicht verpflichtet gewesen ware, in einem langen Briefe über ben ganzen Handel, der noch andere Komplikationen aufwieß, Auskunft zu geben. Der handel tam aber nicht sofort zur Erledigung. Die Steuerverwaltung schickte das Geschäft wieder an den Amtsschreiber, um einen Bericht einzuholen; diefer wies dasselbe an den Amtsschaffner, von welchem es an den Umtsschreiber zurückgelangte, der es seinerseits an die Steuerverwaltung einschickte. Diese war aber noch nicht befriedigt, das Geschäft ging neuer= bings an den Amtsschaffner, welcher Auskunft gibt und das Geschäft retourniert. Allein auch jetzt war die Steuer= verwaltung noch nicht befriedigt und es mußte noch die Auskunft des Gemeindeschreibers eingeholt werden. Und was war schließlich das finanzielle Resultat? Etwas zu einem Franken! Also wegen eines Frankens mußte eine solche furchtbare Geschichte angestellt werden; es mußte aber bis jest geschehen, wenn man nicht ristieren will, daß ber Staat unter Umftanden doch bedeutende Summen verliert. Diefer Zuftand muß und wird geandert werben und zwar in der Steuerverordnung, welche der Regierungsrat jeweilen über die Berichtigung der Grund= und Rapitalsteuerregister erläßt. In dieser Steuerverordnung wird man ein neues Shitem einführen. Die Finang= direktion hat schon lange daran gearbeitet, Remedur zu schaffen, und es muß in dieser Beziehung ein anderes Shiftem gefunden werden. Borläufig geht meine Idee dahin, daß man im gleichen Moment, wo die Berichti= gungen gemacht werden, sofort vergleicht, ob die Angaben harmonieren. Es wird das auch Arbeit geben, aber nicht ben vierten Teil der gegenwärtigen Arbeit. Zudem wer-ben die meisten dieser Bezationen zc., wie fie heute an der Tagesordnung sind, wegfallen. Es besteht also die beste Abficht, dem gegenwärtigen Unfug, man darf die Sache wohl fo nennen, ein Ende zu machen und dem Wunsche des herrn Bigler zu entsprechen.

Häberli (Münchenbuchsee). Ich möchte vorerst erklären, daß ich die Borlage sehr begrüße und speziell die in § 2 niedergelegte Tendenz als richtig ansehe. In gewissen Fällen enthält dieser Artikel aber doch eine Härte,

in folden Fällen nämlich, wo der Gläubiger, der bisher im alten Kanton wohnte, aus demfelben wegzieht ohne daß der Schuldner davon Kenntnis erhält, was ja leicht möglich ift. In einem solchen Falle kame der Schuldner unter Umftänden in den Fall, die Steuer doppelt bezahlen zu müffen. Ich glaube deshalb, man follte für folche Fälle eine Ausnahme aufstellen; denn es wäre nicht recht, wenn der Schuldner für den Gläubiger die Steuer und eventuell noch eine Buße bezahlen müßte. Aber auch wenn der Schuldner vom Wegzug des Gläubigers Kenntnis erhält, könnte es gleichwohl noch zu Unbilligfeiten fommen, indem der Schuldner am Blag des Blaubigers die Steuer bezahlen muß und das Rapital nicht von heute auf morgen abbezahlen kann; er muß es zu= erst aufkünden und erst nachher kann er es abbezahlen, wenn er anderswo das Geld findet; auch für diesen Fall follte man eine Ausnahme vorfeben. Ginen beftimmten Antrag stelle ich nicht, sondern wünsche nur, daß die vorberatenden Behörden bis zur zweiten Beratung fich die Sache überlegen.

§ 2 angenommen.

§ 3.

Scheurer, Finangdirektor, Berichterstatter bes Regierungerate. Bei den fogenannten Steuerverschlagniffen, von denen ich vorhin gesprochen habe, ift noch die weitere Unomalie vorhanden, daß eine und diefelbe Sandlung nicht gleich beftraft wird, je nachdem fie vom Gläubiger ober vom Schuldner begangen wird. Der Gläubiger muß als Buße die zweifache Steuer, der Schuldner da-gegen die fünffache Buße bezahlen. Es macht also faft den Eindruck, der Große Rat habe im Jahre 1856 in der Mehrheit aus Kapitaliften bestanden und habe die Rapitalisten in nicht berechtigter Weise bevorzugen wollen. Mus dem Nachlesen der Großratsverhandlungen habe ich mich aber überzeugt, daß diese Tendenz nicht vorhanden war, sondern diese Verschiedenheit mehr das Resultat eines Bufalls in einer ziemlich verwickelten Abstimmung war. Es ift nun Gelegenheit geboten, diese Berschieden= heit aufzuheben und zu bestimmen, daß alle gleich ge= halten werden follen, und zwar in der Weise, daß der Schuldner, der bisher mit der höheren Buße bedroht war, unter die geringere — im zweifachen Steuerbetrage gestellt wird.

Bigler. Ich möchte auch zu diesem Paragraphen eine Anregung machen. Herr Scheurer bemerkte, daß die gleiche Widerhandlung bisher durchaus ungleich mit einer Buße geahndet wurde. Ich sinde nun, wenn jemand aus Bergeßlichkeit es unterläßt, den Schuldenabzug zu machen, so sollte man auch hier die Härte des Gesetzes mildern. Nach dem Gesetze wird nämlich angenommen, der Betressende habe den Schuldenabzug nicht machen wollen. Es kommt oft vor, daß jemand seine Steuerangaben nicht richtig macht, gleichzeitig aber auch vergißt, den Schuldenabzug richtig zu machen. Ich sinde, in einem solchen Falle sollte eine Berrechnung eintreten

können. Bisher war dies nach § 38 des Bermögens= steuergesess nicht möglich, und es hat dies vielkach Un=

wille hervorgerufen.

Ich möchte ferner auch noch auf folgenden Umftand aufmerksam machen. Sobald die Steuerregister geschlossen sind, kann man keine Angabe mehr berichtigen, indem Gemeindeschreiber und Amtsschaffner erklären, die Steuerverwaltung nehme nachträgliche Berichtigungen nicht an. Ich habe selber ersahren, daß im Laufe des Jahres die Entdeckung gemacht wurde, es hätte die und die Amortisation angegeben werden sollen. Man fragte mich, was man nun machen müsse. Man ging von Pontius zu Pilatus, und schließlich erhielt man von der Steuerverwaltung die Mitteilung, man solle die Sache das nächste mal angeben und im übrigen warten, dis die Revision vorüber sei; dann könne man entweder die Buße bezahlen oder ein Gesuch um Erlaß derselben einreichen. Ich halte das nicht für richtig; es sollten Mittel und Wege gefunden werden, damit man solche Irrtümer, wenn sie entdeckt werden, sosort angeben könnte, um eine Buße zu vermeiden.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Wenn das von mir stizzierte neue Verfahren in Bezug auf die Angaben betreffend die Kapitalskeuer und den Schuldenadzug in Kraft erwächst, so wird sich in Bezug auf die von Herrn Bigler berührten Verhältnisse verschiedenes ändern und einzelne Uebelstände werden geradezu unmöglich werden. Was die Frage betrifft, ob nicht jemand, der einen begangenen Fehler im Laufe des Jahres entbeckt, denselben sollte gut machen können, so ist dafür bereits gesorgt. Wenn Herr Bigler von Fällen spricht, die er selbst erlebt habe, so muß dies in frühern Jahren gewesen seinen Fehler entbeckt und sich an die Behörde wendet, bevor er einen Mahnbrief erhält, keine Buße ausgesprochen werden soll. Eine bezügliche bestimmte Vorschrift ins Gesetz aufzunehmen, ist nicht nötig. Es läßt sich das alles auf dem Weg der Vollziehung reglieren, und die Herren Großräte dürsen überzeugt sein, daß alle diese Steuervorschriften im Sinne der Milderung neu regliert werden sollen.

Präsident. Stellt herr Bigler einen bestimmten Untrag?

Bigler. Ich bin durch die Mitteilungen des Herrn Finanzdirektors befriedigt, und es soll mich freuen, wenn diese Milderungen recht bald zur Ausführung kommen.

§ 3 angenommen.

§ 4.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Hier schlägt der Regierungsrat folgende Fassung vor: "Die Provision der Gemeinderäte für den Steuerbezug (§ 68 des Gesetzes) wird auf 3% erhöht." Nach § 68 des gegenwärtigen Gesetzes beziehen die Ge-

meinderäte für die ihnen durch das Gefetz aufgetragenen Berrichtungen eine Provision von 2 vom Hundert von denjenigen Steuerbeträgen, welche sie während der vorgeschriebenen Bezugsfrist an den Amtsschaffner abliefern. Diese Verrichtungen bestehen in der richtigen Führung der Grund= und Kapitalsteuerregister; ferner in der regel= mäßigen periodischen Verrichtung derselben, sowie im Steuerbezug. Diese Funktionen find so weitgehende und es ist damit eine so große Arbeit verbunden, daß schon oft geklagt wurde, die Provision sei zu gering und sollte erhöht werden. Der Regierungsrat hat die Begründet= heit dieser Rlagen eingesehen und beantragt eine ent= sprechende Erhöhung. Die Kommission schlägt eine ver-änderte Fassung vor. Sie möchte sagen: "Die Provision der Gemeinden für den Steuerbezug im Sinne des § 68 des Gesetzes vom 15. März 1856 wird auf 3 % erhöht." Sie hat dafür folgende Gründe. Sie fagt, der Steuerbezug zc. sei in den verschiedenen Gemeinden auch verschieden organisiert. In größeren Gemeinden falle die Provision für den Steuerbezug 2c. in die Ge= meindekaffe, wogegen die mit den Steuerangelegenheiten beauftragten Beamten aus der Gemeindekasse direkt be= soldet werden. Mit Rücksicht auf diese Gemeinden ist es nun richtiger, wenn man fagt, die Provision solle den Gemeinden zufließen, ftatt den Gemeinderäten. Ferner wurde bemerkt, daß es mitunter in Landgemeinden vor= komme, daß man dem schlechtbesoldeten Gemeindeschreiber die Führung der Steuerregister übertrage, daß dagegen die Gemeinderäte die Steuern selber einziehen, um die Provision in die Tasche zu stecken. Um solchen Uebelständen den Riegel zu schieben, schlägt die Kommission die erwähnte neue Redaktion vor, und der Regierungsrat pflichtet derselben bei.

Dürrenmatt. Es ift mir nicht bekannt, daß die Gemeinden wegen der zu niedrigen Provision reklamiert haben. Ich habe mich bei verschiedenen Großräten und Gemeindebeamten erkundigt, man sagte mir aber, man habe nicht reklamiert. Es scheint mir deshalb, man könnte von einer Erhöhung vorläusig noch absehen. Falls sie sich zwischen der ersten und zweiten Beratung als ein Bedürfnis herausstellen sollte, so ist es dann immer noch früh genug, sie vorzunehmen. Bei einer Steuereinnahme von 3 Millionen macht die Erhöhung für den Staat immerhin einen Ausfall von Fr. 30,000 aus. Wir würden also mit dem vorliegenden Gesetz auf der einen Seite wieder verlieren, was wir auf der andern Seite einzubringen trachten. Ich möchte daher beantragen, von der Erhöhung Umgang zu nehmen.

v. Wattenwhl (Uttigen). Ich muß den Antrag des Herrn Dürrenmatt bekämpfen. Es wurde in der Kommission gesagt, man werde in Zukunft von den Gemeindeschreibern, welche bis jett die Steuern bezogen haben, mehr verlangen. Infolge dessen muß man sie auch besser besolben. Ich stimme deshalb zum Art. 4, wie er vorliegt.

Haldimann (Rünkhofen). Ich finde, die Provifion werde, so wie der Art. 4 lautet, nicht richtig verteilt, indem nicht darauf Rückficht genommen ist, ob eine Gemeinde arm sei oder große Kapitalisten aufzuweisen habe. Wird die Provision einzig nach den abgelieferten Steuern berechnet, so sind die reichen Gemeinden im Borteil. Ich beantrage deshalb, den Artikel 4 an die Kommission zurückzuweisen, in dem Sinne, daß man nicht einsach die Prodision erhöht, sondern auch die Zahl der Steuerpslichtigen berücksichtigt und per Nummer einen bestimmten Betrag ausrichtet.

Müller (Ed., Bern), Berichterstatter der Kommission. Ich möchte sowohl den Antrag des Herrn Dürrensmatt, als denjenigen des Herrn Haldimann bekämpfen. Was die Erhöhung auf 3 % anbetrifft, so verhält es sich damit, wie mit andern Dingen. Man muß allmälig eine Erhöhung vornehmen, und ich glaube, es sei eine solche im Interesse des Staates. Richt nur kann er mehr Arbeit verlangen, um dem Publikum entgegenzukommen, sondern die Gemeinden werden auch ein vermehrtes Interesse haben, daß die Steuern rechtzeitig eingehen.

Was den Antrag des Herrn Haldimann auf Rückweisung anbelangt, um eine Art Stala aufzustellen, so
glaube ich, es verlohne sich nicht, einen komplizierten Apparat einzurichten und einen förmlichen Rechnungshof aufzustellen, um herauszudividieren, wie viel Provision einer Gemeinde zukomme. Auch würde es
schwer halten, einen Maßstab zu sinden, der absolut gerecht wäre. Herr Halbimann hat von reicheren, größeren
Gemeinden gesprochen, welche im Borteil seien. Allein
er vergißt, daß die Sache in größern Gemeinden auch
viel mehr zu thun gibt, weil man die Leute nicht so gut
kennt, wie in kleineren Gemeinden, wo den Behörden
alle Berhältnisse genau bekannt sind.

Haldimann (Künkhofen). Herr Müller hat mich nicht richtig verstanden. Meine Unregung hätte keine komplizierte Rechnung zur Folge. Man stellt für alle Gemeinden die Provision einheitlich fest, und der Amtsschaffner hat bald zusammengezählt, wie viele Rummern Grundbesitzer und Kapitalsteuerpslichtige da sind. Außer der gewöhnlichen Provision würde nun dem Gemeindeschreiber noch per Rummer eine bestimmte Gebühr außegerichtet. Das wäre nach meinem Dafürhalten eine richtige Verteilung der Provision.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Ich möchte seksstellen, daß bei der Finanzbirektion wegen zu niedriger Honorierung denn doch versschiedene Reklamationen eingegangen sind. Auch mußte man wiederholt, wenn man gegen eine Gemeinde auftreten und sie zu besserer Ordnung anhalten mußte, den Borwurf anhören, für daß, was sie erhalte, leiste sie genug. Oft mußte man sich denn auch überzeugen, daß dieser Einwurf berechtigt war. An der Mehraußgabe, die für den Staat entsteht, habe ich absolut keine Freude, und wenn man glaubt, man könne es ohne eine solche machen, so ist mir daß sehr angenehm; allein ich glaube, man sei auf dem Lande im großen ganzen überall für eine Erhöhung.

eine Erhöhung.

Was den Antrag des Herrn Haldimann betrifft, so ist er unter allen Umständen nicht geeignet, sosort in eine bestimmte Redaktion gekleidet zu werden. Jedenfalls hätte derselbe Komplikationen zur Folge, über die ich mir momentan kein, Urteil bilden kann. Dagegen kann die Frage dis zur zweiten Beratung geprüft werden und wird man dann eher in der Lage sein, sich schlüssig zu machen, ob es angezeigt ist, eine bezügliche Bestimmung ins Gesetz aufzunehmen, bezw. ob man überhaupt auf die Anregung des Herrn Haldimann eintreten will.

Zingg (Bußwhl). Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß beim Brandsteuerbezug für jedes Gebäude 10 Rappen vergütet und außerdem von der Brandsteuer eine Provision von 2% außgerichtet wird. Aehnslich könnte man vielleicht auch für jeden Kapitals und Grundsteuerpslichtigen eine Gebühr von 10 Rappen außrichten und daneben die bisherige Provision von 2% beibehalten. Schon jett wurden für jeden Grundsteuerspslichtigen 5 Rappen bezahlt; dieser Betrag könnte vielsleicht auf 10 Rappen erhöht werden.

Scheurer, Finanzdirektor, |Berichterstatter des Regierungsrats. Auch die von Herrn Zingg angeregte Frage kann geprüft werden. Außer der Provision von 2% beziehen die Gemeinden schon jetzt bei neuen Außefertigungen der Grundsteuerregister 20 Rappen für jeden im Grundsteuerregister aufgenommenen Grundsteuerpslichtigen; in gewöhnlichen Jahren, wo eine solche Außfertigung nicht nötig ist, 5 Rappen für jeden im Steuerzegister verzeichneten Grundsteuerpslichtigen. Man kann nun dis zur zweiten Beratung prüsen, ob es vielleicht besser ist, diese Gebühren zu erhöhen und dafür die Propision auf 2% zu belassen. Sollte dieser Modus billiger sein, als die Erhöhung der Provision, so bin ich natürzlich sehr dafür, denselben zu wählen.

Die Herren Dürrenmatt und Haldimann er= Klären fich befriedigt.

§ 4 angenommen.

§ 5.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Hier ist die gewöhnliche Formel aufgenommen, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes alle mit demselben in Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben werden. Es ist nicht ganz leicht, alle die betreffenden Artikel hier ausdrücklich zu nennen. Diejenigen, welche auf das Schatzungsverfahren Bezug haben, könnte man allerdings aufführen. Andere Borschriften dagegen werden nur zum Teil abgeändert. Indessen wird man doch dis zur zweiten Beratung prüfen, ob es nicht angeht — was sich immerhin empsiehlt — die aufgehobenen Artikel speziell zu bezeichnen. Borläufig beantrage ich, den § 5 so anzunehmen, wie er hier vorliegt.

Ich füge gerade bei, daß die Kommission noch einen neuen Baragraphen (§ 6) vorschlägt. Es wurde in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, das Gesetz von 1856 beziehe sich nur auf den alten Kanton, das vorliegende Gesetz enthalte aber Vorschriften — nämlich betreffend die Vornahme der Kevision der Grundsteuerschatzungen nach einem vereinfachten Versahren — die man auf den ganzen Kanton ausdehnen wolle. Schon bisher sanden die Vorschriften betreffend Kevision der Grundsteuerschatzungen immer auf den ganzen Kanton Answendung. Es wird deshalb vorgeschlagen, einen § 6 beisufügen folgenden Inhalts: "Dieses Gesetz, dessen § 1 auch auf den neuen Kanton Anwendung sindet, tritt nach seiner Annahme durch das Volk sogleich in Kraft."

§ 5 sowie der neu vorgeschlagene § 6 werden angenommen.

Sechste Sitzung.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man auf einzelne Paragraphen zurückzukommen wünsche, meldet sich niemand zum Wort.

Feeitug den 28. Apeil 1893,

morgens 8 Uhr.

Es folgt nun noch die

Generalabstimmung.

Für Unnahme bes Gefetes Mehrheit.

Borfigender: Prafident Ritichard.

Die Motion des Herrn Großrat Boinay wird auf beffen Wunsch auf die nächste Session verschoben.

Ein Antrag, um 3 Uhr eine Nachmittagssitzung abzuhalten, zur Behandlung des Dekrets betreffend Anerkennung der chriftkatholischen Genossenschaft von Laufen als Kirchgemeinde, bleibt mit 53 gegen 54 Stimmen in Minderheit.

Schluß ber Sitzung um 121/4 Uhr.

Der Redaktor: Kud. Schwarz. Der Namensaufruf verzeigt 138 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 131, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Biedermann, Boinah, Burrus, Chossat, Chossar, Choss

Das Protokoll der geftrigen Sitzung wird abgelefen und genehmigt.

Cagesordnung:

Redaktionelle Bereinigung des Berfaffungs= entwurfes.

(Siehe Seite 215 hievor.)

Eggli, Berichterstatter des Regierungsrats. Bei der zur Borbereitung der Drucklegung des Bersassungsentwurfes ersolgten nochmaligen Durchsicht desselben hat sich herausgestellt, daß zwei Inkongruenzen redaktioneller Natur vorhanden sind. Die eine zwar könnte man als solche von materieller Natur betrachten, allein sie beruht auf einem puren Bersehen, das korrigiert werden muß. Es betrifft dies die Repräsentationszisser für die Wahlen in den Großen Nat. Nachdem Sie dieselbe auf 2500 heruntergeseth haben, ist unterlassen worden, auch die Bruchzahl heradzusehen. Sie blieb auf 1500 angegeben, während sie nur noch 1250 betragen sollte. Der betressende Passus in Art. 19 müßte also lauten: "Eine Bruchzahl über eintausendzweihundertundfünfzig Seelen berechtigt ebenfalls zur Wahl eines Mitgliedes." Ich benke, Sie werden damit ohne weiteres einverstanden sein.

Die zweite redaktionelle Aenderung betrifft den Burgergutsartifel. In dem Alinea, das von der Aufnahme neuer Mitglieder spricht, ift der Wortlaut folgender: "Die Aufnahme neuer Mitglieder steht den Burgerschaften und burgerlichen Korporationen ausschließlich zu." In demjenigen Teil des Artikels, der von den Burgerguts= beiträgen handelt, heißt es: "Die bisherigen Leiftungen der burgerlichen Korporationen an die Armenpflege ihrer Angehörigen werden dem Grundsage nach beibehalten." Bährend also hier einfach von den burgerlichen Kor-porationen gesprochen wird, reden wir an der andern Stelle von den Burgerschaften und burgerlichen Rorporationen. Das lettere ift sogar ein Pleonasmus, denn in den burgerlichen Korporationen find die Burgerschaften ober Burgergemeinden inbegriffen. hier muß Konkordang geschaffen werden, damit man später bei der Interpretation der Verfassung nicht glaubt, der Rat habe am einen Ort etwas anderes sagen wollen als am andern Ort. Es muffen daher am einen Ort die Worte "Burgerschaften und" eingeschaltet, oder es muffen am andern Ort diese Worte gestrichen werden. Der Regierungsrat ift zur Unficht gekommen, es follte das lettere geschehen und zwar aus dem Grunde, den ich bereits angeführt habe. Ich habe aber auch nichts dagegen, wenn der Rat die pleonastische Ausdrucksweise wählen und an beiden Orten fagen will "Burgerschaften und burgerlichen Rorporationen".

Dürrenmatt. Ich ziehe gerade diese letztere Ausbrucksweise vor, weil sie dem Beschluß der Kommission, wie ihn Herr Brunner formulierte, entspricht. In dem Beschluß der Kommission ist diese doppelte Bezeichnung enthalten.

Nun möchte ich noch einen andern Wunsch äußern, der sich ebenfalls auf die Ausstührung des Revisions= beschlusses bezieht. Ich frage an, ob ich das gerade jett thun kann? (Präsident: Ja.) Da die Abstimmung über die Verfassung auf den 4. Juni angeordnet ist, also auf einen sehr nahen Termin, so ist anzunehmen, daß

die Verteilung der Vorlage und der Botschaft höchst wahrscheinlich erft wenige Tage vor der Abstimmung effektuiert sein wird, wenn fie auch von der Staatskanglei möglichst speditiv vorgenommen wird. Ich möchte bes-halb ben Wunsch aussprechen, daß ber Presse, also sämtlichen Blättern des Kantons möglichft frühzeitig ein bereinigter Abzug zugeschickt werde, bamit wenigstens bie Beitungen im Falle find, den Wortlaut der neuen Berfaffung zu kennen und eventuell zu publizieren. — Und noch ein weiterer Wunsch. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn auch die Verhandlungen über die zweite Revifions= beratung zum Zwecke des Gebrauchs bei öffentlichen Versammlungen möglichst frühzeitig im Tagblatt des Großen Rates erscheinen würden und nicht etwa erft nach der Volksabstimmung. Ich möchte daher beantragen, es solle mittelst des dazu nötigen Kredites das stenographische Bureau erweitert werden, damit die Uebersetzung der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen in beschleunigtem Tempo vorgenommen werden kann. Es braucht nichts weiter, als daß die Staatskanzlei das nötige Sülfspersonal bezahlt.

Präfibent. Was vorerft die redaktionellen Aenderun= gen anbelangt, so nehme ich an, Sie feien mit den Anträgen der Herren Regierungsrat Eggli und Dürrenmatt einverstan= den, und was die eben geäußerten Wünsche des herrn Dür= renmatt betrifft, so nehme ich an, es werde denfelben Folge gegeben. Was die Berteilung der Botschaft und der Borlage betrifft, so erklärt die Staatskanzlei, und en= gagiert fich zum Beftimmteften, daß die Borlagen recht= zeitig, d. h. brei Wochen vor der Abstimmung verschickt werden. Was im weitern die Herausgabe der Verhandlungen anbelangt, so ist mir mitgeteilt worden, daß unser Stenograph, Herr Schwarz, erklärt habe, daß die Berhandlungen bis zum 15. Mai übersetzt werden können. Es kann dies aber noch beschleunigt werden, wenn nach Untrag des herrn Dürrenmatt ber nötige Rredit zur Berftartung des stenographischen Bureaus gewährt wird. Ich nehme an, Sie seien einverstanden, daß in diesem Sinn die Regierung eingeladen werde, die Herausgabe der Berhandlungen zu befördern.

Defret

betreffend

Anerkennung der driftfatholischen Genoffenschaft von Laufen-Zwingen als Kirchgemeinde.

(Siehe Nr. 26 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1893.)

Eintretensfrage.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Erlauben Sie mir, meine Berichterstattung, die ich im übrigen so kurz als möglich fassen will, einzuleiten mit einer Stelle aus einer Schrift des gewesenen Lehenskommissän Stettler: "Bersuch einer kurzen Geschichte bes zum Kanton Bern gehörenden Teils des ehemaligen Bisthums Basel". Rachdem Stettler da erörtert hat, wie durch die Reformation der Stadt Basel der Fürstbischof sich veranlaßt gesehen, seinen Sitz nach Bruntrut zu verlegen, fährt er folgendermaßen fort:

der Fürstbischof sich veranlaßt gesehen, seinen Sitz nach Pruntrut zu verlegen, seinen Sitz nach Pruntrut zu verlegen, seinen Sitz nach Pruntrut, "Der Bischof verlegte seinen Sitz nach Pruntrut, worüber ihm im Jahre 1525 diese Stadt ihre Freude bezeugte, ihn bei sich ausnehmen zu können . . . In demjenigen Theile des Bisthums Basel, welcher noch fortwährend der weltlichen Herrschaft des Fürstbischofs unterworfen blieb, hatte die neue Glaubenslehre an vielen Orten Eingang gefunden und mehr ober minder tiefe Wurzeln geschlagen. Wilhelm Farel und vor ihm Thomas Wyttenbach von Biel, der muthige Lehrer Zwingli's, waren die Reformatoren des gegenwärtig noch zum protestantischen Glauben sich bekennenden leberbergischen Lan= bestheils, nämlich von Biel, Renenftadt, dem Teffenberg, Erguel und dem Münfterthal. Aber auch Laufen und Zwingen, im jezigen Amtsbezirk Delsberg, hatten die neuen Lehren ergriffen, die selbst bis in die Stadt Pruntrut Anhänger gefunden. Den thätigen, rastlosen Bemühungen des spätern Fürstbischofs Jakob Christoph Blarer von Wartensee (1556—1605), welches sich die Berftellung des römisch-katholischen Glaubens in feinen Besitzungen zur Lebensaufgabe gemacht hatte, gelang es, mit Hulfe der Jesuiten, des papstlichen Runtius und eines vom Erzbischofe von Besançon eingeleiteten Bann= und Exkommunikations-Prozesses, die abgefallenen Pruntruter und die Bewohner obiger zwei Aemter zum alten Glauben zurudzubringen. Um defto leichter zu feinem Bwede zu gelangen, hatte jener Fürstbischof ein Bundniß mit den VII katholischen Kantonen der schweizerischen Eidgenoffenschaft geschloffen, in welchem sich diese ver-pflichteten, seine Unterthanen mit bewaffneter Hand in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückzuführen. Deffen ungeachtet aber hielten die übrigen, früher er= wähnten Landestheile am neuen Glauben fest und fan= den hiezu fräftigen Schutz und Schirm an dem seit der Reformation noch enger mit ihnen verbündeten Bern, an beffen ernftem Willen die vereinten Bemühungen nicht nur des obigen Bischofs und seiner Nachfolger, sowie der katholischen Stände, sondern auch von Kaiser und Reich und des Königs Ludwig XIV. in Frankreich schei= terten."

Ein ähnliches Bild, wie es uns hier aus der Reformationszeit vorgeführt wird, haben wir heute vor uns. Der protestantische Geist, der damals in Lausen-Zwingen lebendig war, ist, wie es scheint, nicht ganz erloschen, nur hat er sich äußerlich umgebildet zum Altsatholizismus. Nun verlangt die christatholische Genossenschaft vom Kanton Bern gesetliche Anerkennung ihres Bestandes. Der § 6 des Kirchengesetses sagt: Als Kirchgemeinden gelten, sosenn sie sich den Bestimmungen des Gesetse unterwersen 3. solche Religionsgenossensschaften, welche, sei es, daß sie innerhalb oder außerhalb der anerkannten beiden Landeskonfessionen stehen, durch einen besondern Erlaß des Großen Kates als öffentliche Kirchgemeinden erklärt werden. Bon dieser Bestimmung des Kirchengesetse ist dis zur Stunde noch keine Anwendung gemacht worden und die erste Anwendung, die wir zu machen haben, bietet sich namentlich mit Kücksicht auf die Bermögensfrage unter ganz besondern Schwierigkeiten, auf die ich später zurücksommen werde, Schwierigkeiten, die nicht denkbar sind da, wo es sich um die Anerken-

nung neuer Kirchgemeinden im Schooße der protestantischen Kirche handelt oder da, wo es sich um die Anerkennung römischkatholischer Kirchgemeinden handelt, während die Christatholiken im Besitze des Kirchengutes sind. Diese Schwierigkeiten konzentrieren sich in der Frage der Mit-

benutung der Rirchengebäude.

Seit der eingetretenen Glaubensfpaltung im fatholischen Landesteile, seit dem bekannten vatikanischen Konzil, hat fich die Mehrheit der katholischen Bevölkerung von Laufen=Brvingen bis in die lette Zeit zum Chrift= tatholizismus bekannt; fie hat den Kirchgemeinderat be-stellt und hat einen chriftkatholischen Pfarrer gewählt. Die römischkatholische Kirche hat daselbst mit Hilse propagandistischer Thätigkeit von Luzern her eine eigene Kirche, die sogenannte Notkirche gebaut und hat einen eigenen staatlich nicht angestellten Geistlichen gehabt, Herrn Abbe Neuenschwander. Im Berlauf der Zeit aber — nach ben Gründen habe ich nicht zu forschen — hat sich die römischscholische Minderheit zur Mehrheit hinaufge-schwungen, was in erster Linie dadurch äußerlich dotumentiert wurde, daß der Kirchgemeinderat aus römisch= fatholischen Mitgliedern bestellt murde. Gine zeitlang, bis die Amtsdauer des driftkatholischen Beiftlichen abgelaufen war, hatte Laufen-Zwingen einen chrifttatholischen Pfarrer und einen römischkatholischen Kirchge-meinderat. Als dann aber die Amtsdauer abgelaufen war, machte die Mehrheit ihren Willen dahin geltend, daß der driftkatholische Pfarrer beseitigt und Abbe Reuen= schwander als Ortsgeiftlicher gewählt wurde. Bei zwei Anlässen noch hatten die Christkatholiken ihre Kraft ver= sucht, zuerst als es sich um die Frage handelte, ob die Pfarrstelle neu ausgeschrieben werden folle, — die Ant= wort lautete mit Mehrheit ja — und dann als die Be-werberlifte nur den Namen des chriftkatholischen Geistlichen enthielt — Herr Neuenschwander war zu jener Zeit nicht wahlfähig, weil er noch nicht ins bernische Ministerium aufgenommen war — weshalb die Majorität die Bewerberlifte als ungenügend erklärte und eine neue Ausschreibung verlangte. Mittlerweile war nun Herr Neuenschwander ins Ministerium aufgenommen worben. Er meldete fich an und wurde unter Enthaltung ber Chriftfatholiten einftimmig, mit 176 Stimmen, ge= mählt.

Run find feitens der Chriftkatholiken, die mittlerweile eine Genoffenschaft gebildet, verschiedene Eingaben an ben Regierungerat gelangt, Eingaben, welche verlangten, es möchte der Regierungsrat auf feinen Befchluß betref= fend Aufnahme des herrn Abbe Reuenschwander ins bernische Ministerium zurücktommen und denselben auf= heben; Eingaben, welche verlangten, es möchte der Wahl bes herrn Abbe Neuenschwander wegen vorgekommener Unzukömmlichkeiten die Anerkennung verfagt werden; Eingaben endlich, die verlangten, es möchte der chrift= tatholischen Minorität die Mitbenützung der Pfarrtirche zugestanden werden. Angesichts diefes Streits im Schoofe der Kirchgemeinde Laufen-Zwingen, von dem man wohl sehen konnte, wie er entstanden, aber nicht, wie er enden werde, glaubte der Regierungerat, es liege im Interesse bes firchlichen Friedens, einen Ausweg zu machen. Er hat deshalb eine Konferenz veranstaltet, an welcher er selber durch Delegierte vertreten war und an der ferner durch Delegierte die römischkatholische Kirchgemeinde und die chriftkatholische Genoffenschaft teilnahmen. Un dieser Ronferenz ift unter anderem verabredet worden, der Regierungsrat möchte sich auf einzureichendes Gesuch der Christkatholiken beim Großen Rate dahin verwenden, daß diese als selbständige Kirche förmlich anerkannt werde. Man betrachtete dies als das einzige Mittel, die streitenden Brüder organisch auseinanderzuhalten, so daß sie einander in firchlichen Sachen nichts mehr angehen, daß sie nicht mehr um die Majorität kämpken und daß jeder wisse, wo er stimmberechtigt sei und wo er seine Steuern zu zahlen habe. Seitens der Delegierten der interessierten Parteien ist dieser Vorschlag damals mit Dank aufgenommen worden.

hier muß ich Ihnen nun, weil im schriftlichen Bortrag verschiedene Details nicht erwähnt find, in aller Kürze die Thatsachen mitteilen, auf welchen einzelne der Eingaben der driftkatholischen Genoffenschaft beruhten. herr Abbe Reuenschwander, den die Regierung nach mehrfachen Berhandlungen ins Minifterium aufgenommen hat, hat seine theologischen Studien im collegium germanicum in Rom gemacht. Sein Befähigungszeugnis ift unterschrieben vom Jesuitengeneral Pater Bekz. Das collegium germanicum hat namentlich die Aufgabe, junge angehende Beiftliche unter jesuitischer Schulleitung für diejenigen Landesgegenden heranzubilden, in welche die Jesuiten personlich nicht hingehen durfen, also für Deutschland und die Schweiz. Run haben die Chriftkatholiken geltend gemacht, Abbe Neuenschwander gehöre entweder dem Jefuitenorden felbst an oder einem folchen, der dem Jesuitenorden affiliert sei. Authentische Beweise hiefür lagen jedoch teine vor und der Regierungsrat verfügte daher, es folle Herr Abbe Neuenschwander vor dem Regierungsstatthalter von Laufen eine amtliche Erklärung barüber abgeben, daß er weder dem Jesuitenorden an= gehöre, noch bemfelben affiliirt fei. Diefe Erklärung ift erfolgt und gestützt darauf ist nachher die Aufnahme des herrn Neuenschwander ins Ministerium beschlossen worden. Nun machten die Christkatholiten geltend, die Erklärung fei allerdings erfolgt, aber es gebe gleichwohl Beweise, wonach man annehmen muffe, daß herr Neuenschwander boch in irgend einer Beife zu diefem Orden gehore. Auf die Erörterungen, die darüber stattgefunden haben, will ich nicht weiter eintreten. Gin zweiter Bunft betrifft die Nichtgenehmigung der Pfarrwahl. Die christkatholische Partei hat, wie ichon bemerkt, an den Wahlverhandlungen nicht mehr teilgenommen und die Bahl des herrn Neuenschwander ist deshalb einstimmig erfolgt. Aber am Tag vor der Wahl, am Samstag Abend, hat ein Gelage stattgefunden, das man Vorversammlung nannte, an welchem ein bedeutender Bruchteil der Wählerschaft auf Koften anderer bewirtet wurde. Und noch am Wahltag felber find einzelne Gruppen der Wählerschaft aus Zwin= gen, an einem Ort sogar unter Anleitung eines Kirch= gemeinderats, in Wirtschaften von Laufen mit Kas, Brod und Wein bewirtet worden. Ich bin überzeugt, daß wenn bei der Wahl eines protestantischen Geiftlichen solche Dinge vorkommen würden, man allgemein den Gindruck hätte, daß bas einer berartigen Bahl unwürdig fei. Sier ist indessen in Erwägung gezogen worden, daß sich nur eine Partei bei der Wahl beteiligte, so daß eigentlich diese Einwirkungen mit Wein, Kas und Brot praktisch ohne Bedeutung waren; ferner hat man fich gefagt, daß man, wenn man nicht wieder ben Borwurf tulturkampferischer Absicht gewärtigen wolle, genötigt sei, Sachen, die in dieser Richtung im tatholischen Jura paffieren, mit etwas andern Augen anzusehen, als wenn fie im protestantischen Kantonsteil passiert wären. Man hat also, nachdem der Regierungsrat nach der Friedenskonferenz freie Hand hatte, auch die Pfarrwahl genehmigt und keine Rücksicht auf die erhobenen Einwendungen genommen.

Um schwierigsten stand es natürlich mit dem Gesuch betreffend Mitbenützung der Pfarrkirché, die nun einmal im Besitze der römischkatholischen Mehrheit war, weil es an den Fingern abzuzählen war, daß, sobald der Regierungsrat den Römischkatholischen gesagt hatte: ihr lagt auch die Chriftkatholiken in die Kirche hinein, jene wieder ausgezogen waren und ihren Gottesdienft in der Notkirche abgehalten hatten, woraus dann eine Seeschlange mit allen Unannehmlichkeiten und Störungen ber Bevölkerung à la Mariahilf entstanden wäre. Des= halb wurde die Sache im Einverftandnis mit den Ronferenzdelegierten provisorisch so geordnet, daß man sagte: Ihr Christfatholiken haltet euern Gottesdienst vorderhand in der Notkirche ab, ihr werdet aber als Glieder der driftfatholischen Kirchgemeinde von Laufen = 3wingen grundfählich jum zweckentsprechenden Gebrauch des vor- handenen Kirchenvermögens, also auch der Kirche, mitberechtigt erklärt. Die römischkatholische Kirchgemeinde refurrierte gegen diefen Beschluß beim Bundesgericht,

wurde aber abgewiesen.

Dies ist das Thatsächliche, das zu erwähnen war. Und nun fragt es fich: Rann und foll bem Gefuch der Chriftkatholiken entsprochen werden? Sie haben aus dem Vortrag ersehen, daß der Regierungsrat ein Verzeichnis der Anhänger der drifttatholischen Minorität verlangt hat. Diefes Berzeichnis weist 217 mehrjährige Manns= personen auf, worunter allerdings 4 mit dem Geburts= jahr 1873, die aber kirchlich bereits mit dem 16. Jahr majorenn wurden, 86 Chefrauen von Chriftkatholiten, 102 mehrjährige Frauenspersonen und 233 Minderjährige und Kinder, also zusammen 638 Kantons= und Schweizer= bürger. Die katholische Wohnbevolkerung von Laufen= Bwingen beträgt 1510 Seelen (Laufen 1103, Zwingen 407). Wenn man ben Erfahrungefat, daß jeweilen etwa der fünfte Teil der Bevölkerung stimmberechtigt ift, auf diese Zahlen anwendet, so hätten wir also circa 300 Stimmberechtigte. Inderthat weisen auch die Abstim= mungen eine solche Teilnahme der Wählerschaft auf, wobei sich bei der einen Abstimmung 183 und 141 und bei der andern 181 und 119 Stimmen gegenüberstanden. Run ift aber ja wohl benkbar, daß unter den angeführ= ten 217 Mannspersonen ein großer Bruchteil nicht gemeindestimmberechtigt ift, fo daß man alles in allem die Angaben der driftkatholischen Genoffenschaft betreffend ihre Anhängerzahl als zutreffend betrachten muß. Die römischkatholische Gemeinde kritisiert zwar dieses Mitgliederverzeichnis und behauptet, dasfelbe fei in verschiedenen Punkten nicht richtig; es seien Leute mitgezählt worden, die nicht mehr im Gemeindefreis wohnen ober die zur römischkatholischen Rirche gehören u. f. w. Aber felbst wenn man fich auf ben Boden diefer Rritit ftellt, so bleiben immerhin etwa 550 Personen, welche der drift= katholischen Gemeinde von Laufen-Zwingen angehören. Da fragt es fich nun, ob geftütt auf diese Zahlenverhältniffe Unhaltspuntte für Areirung einer besondern Kirchgemeinde vorliegen. Das ift eine Frage grundfätlicher Ratur, fie geht nicht nur die drifttatholischen Glieder der Rirch= gemeinde Laufen=Zwingen an, sondern in gleicher Beife die Bekenner der römischkatholischen Rirche in andern

Ortschaften, wo fie in Minderheit find, und fie geht auch die protestantischen Minderheiten an.

Der Regierungsrat findet nun, es sei hier ein sehr ansehnlicher Bruchteil sowohl der Stimmberechtigten als der Gesamtzahl der Angehörigen der Kirchgemeinde Laufen-Zwingen vorhanden, der sich vom bisherigen Verbande loslöfen und auf eigene Guge ftellen will. Raturlich fann der Begriff "fehr ansehnlicher Bruchteil" nicht mathematisch genau umschrieben werden. Es ift im Vortrag der Kirchendirektion darauf hingewiesen worden, daß wir Rirchgemeinden protestantischer und katholischer Konfession haben, welche die gleiche oder sogar eine geringere Zahl von Kirchgenossen ausweisen. Nun fragt es sich nur: will ber Staat, der das Opfer übernehmen muß, die Beift= lichen zu befolden, diefes Opfer übernehmen, um das Biel zu erreichen, das fich der Regierungsrat gesett hat, näm= lich den konfessionellen Frieden dadurch wiederherzustellen, daß er der chriftkatholischen Minderheit ihren organischen Bestand gibt. Ich glaube, der Große Rat sollte da nicht einen Moment zaudern. Es handelt sich darum, eine Glaubensrichtung, die fich von der Majorität losgelöst, weil fie ihre eigenen Wege geben will, anzuerkennen und auch finanziell zu unterstüten. Bern hat fich immer auf biefen Standpuntt geftellt. Gin Beweis dafür liegt ja auch in der eingangs citierten Schilderung aus der Reformationszeit. So, denke ich, werde der Große Rat auch heute keinen Anstand nehmen, auf das Dekret einzutreten. Die Detailfragen, speziell die Bermögensfrage, die die schwierigste ift, werde ich mir später auszuführen erlauben. Ich beantrage Ihnen also namens des Regierungsrates Eintreten auf das Defret.

Grieb, Berichterstatter der Kommissionsmehrheit. Die Rommiffion zur Prüfung der regierungsrätlichen Vorlage hat sich nicht einigen können; sie teilt sich in eine Mehr= heit und in eine Minderheit, indem von den fünf Rommissionsmitgliedern sich ein Mitglied gegen die Borlage aussprach, mahrend bie andern vier Mitglieder für die Borlage eintreten. Herr Folletête wird Ihnen seinen Minderheitsstandpunkt näher ausführen — ich habe den Auftrag, ben Standpunkt zu begründen, welchen die Kommissionsmehrheit einnimmt. Ich kann mich babei sehr kurz fassen, indem ich im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern der Kommissionsmehrheit auf den gedruckten Vortrag und auf dasjenige verweisen kann, was

herr Kirchendirektor Eggli foeben auseinandergesett hat. Sie haben gehört, daß es sich um zwei haubtfragen handelt, um die Anerkennung der driftkatholischen Genoffenschaft von Laufen-Zwingen als felbständige Rirchgemeinde und um die Ausscheidung bes Bermögens ber gegenwärtigen Rirchgemeinde. Was die erfte Frage betrifft, so haben Sie gehört, daß grundfählich als zuläffig erklärt werden muß, daß der Große Rat dem Gesuch entsprechen und die cristkatholische Genossenschaft von Laufen-Zwingen als selbständige Kirchgemeinde erklären tann. Es ift diefes Recht in § 6 des Rirchengefeges ausgesprochen, der Ihnen verlesen worden ift, und es ift auch von der römischkatholischen Kirchgemeindeversamm= lung von Laufen-3wingen anerkannt worden. In Ziffer 1 ihres Beschlusses vom 2. Februar 1893 wird gefagt, die Unerkennung ber driftkatholischen Genoffenschaft fei Sache des Großen Rates. Ich glaube also, der Große Kat sei, sobald er findet, es liege ein Interesse vor, auch sofort kompetent, die Anerkennung auszusprechen. Daß diese Unerkennung im vorliegenden Fall zwedmäßig ift, geht am beften aus demjenigen hervor, was Ihnen herr Re= gierungerat Eggli mitgeteilt hat, und aus den Bahlen, die im schriftlichen Bortrag angeführt find. Die Kom= mission hat sich übrigens, was diese Zahlen betrifft, ge-fagt, es komme da nicht so genau darauf an; denn es fei felbstverständlich, daß folche Bahlen beständigem Wechsel unterworfen feien. Ein Berzeichnis, das im Frühling aufgenommen wird, wird im herbst darauf schon viele Aenderungen erfahren haben. Solche, die im Frühling unterschrieben haben, wohnen im herbst nicht mehr in der Gemeinde und andere find dafür gekommen. Rurg, es genügt uns, ju feben, daß wir es, mas die beiden Konfessionen anbelangt, ungefähr mit halb und halb zu thun haben. Und wenn auch am heutigen Tag vielleicht nicht exakt die Sälfte der Einwohner von Laufen-3wingen Chriftkatholiken find, fo bilden diefe auf jeden Fall, wie die regierungsrätliche Borlage fagt, einen großen Bruchteil. Uebrigens haben Sie ja gehört, daß an jener Delegiertenkonferenz auch die römischtatholischen Dele= gierten zugaben, daß es im Intereffe der Sache liege, wenn die Anerkennung erfolge. Soweit ist auch Berr Folletete mit uns einverstanden, nur will er dann einige

Vorbehalte machen.

Was die zweite Hauptfrage, die Frage der Vermögens= ausscheidung betrifft, so will ich mir erlauben, gleich hier in aller Kürze ben Standpunkt der Kommissionsmehrheit ju beleuchten. Diefe Bermögensausscheidung wird von ben Römischkatholiken bestritten. Die Rommiffionsmehr= heit sagt fich aber, die Ausscheidung sei eine Folge der Entscheidung der ersten Frage, der Frage der Anerkennung. Wird die Anerkennung ausgesprochen, so muß auch die Frage der Bermögensausscheidung bejaht werden. Wer A fagt, muß auch B fagen. Die Sache ist nicht anders anzusehen als so, daß aus ber bisherigen einen zwei Rirchgemeinden gemacht werben. Sie erfeben das fpeziell aus dem Wortlaut des § 2 des vorgeschlagenen Dekretes. Wird die bisherige Kirchgemeinde in zwei verschiedene Kirchgemeinden aufgelöst, so muß infolge deffen auch das Bermögen, das der bisherigen Kirchgemeinde angehörte, unter die nunmehr aus dieser entstehenden zwei Gemeinden ausgeschieden werden. Es handelt fich also nicht darum, das vorhandene Bermögen oder einen Teil desfelben Dritten zuzuweisen oder seinem Zwecke zu ent= fremden. Das Bermögen foll den gleichen Zwecken er-halten bleiben, denen es bis dahin diente, den Zwecken bes Kultus, der von den einen allerdings in der und von den andern in anderer Beise ausgeübt wird. foll durch die Ausscheidung des Bermögens einfach den neuen Berhältniffen, Die geschaffen werden, Rechnung getragen werden. Bon Seiten der Begner Diefes Gedankens ist geltend gemacht worden, das Bermögen gehöre der Rirche und konne diefer nicht mehr entfremdet werden. Es hat aber schon in ber Kommission der Bertreter des Regierungsrates nachgewiesen, daß dieser Sat nicht richtig sei, und die Kommissionsmehrheit ist dieser Ansicht bei= getreten. Es ift darauf hingewiesen worden, daß nach bernischem Staatsrecht und nach bernischer Auffaffung das Bermögen nicht der Kirche, sondern den Rirch= gemeinden gehört, und aus diesem Grund ift benn auch der Entscheid des Regierungsrates durch das Bundesgericht bestätigt worden. Wenn die Auffassung der Rommissionsminderheit richtig ware, so hatte man in ben Siebziger= und anfangs der Achtziger-Jahre, als die Chriftkatholiken in der Nehrheit waren, den Römisch= katholiken, wenn sie gekommen wären wie jest die Christ= katholiken, sagen müssen: wir können euch nichts zusprechen, das Vermögen gehört der christkatholischen Kirche.

Man hat in der Kommission auch die Frage aufgeworfen, die der Berr Rirchendirettor bereits berührt hat, wie man sich denn in Zukunft solchen Begehren gegenüber zu verhalten habe, ob der heutige Beschluß nur gang speziell mit Rudficht auf die Berhaltniffe in Laufen-3wingen gefaßt werde ober ob, wenn in Zukunft ähnliche Begehren von Minderheiten an uns gelangen, wir denfelben Grundsatz auch dort anwenden wollen, den wir hier aussprechen. Der herr Kirchendirektor hat auf Diefe Frage erklärt, daß es fich hier nach feiner Auffaffung um einen prinzipiellen Entscheid handle, und die Rommiffion ift diefer Auffaffung beigetreten. Wird die Borlage angenommen, so ist damit ein Grundsatz auß-gesprochen, der auch in Zukunft bei andern Minderheiten, die ähnliche Verhältnisse aufzuweisen haben, wie die christ-katholische Genossenschaft von Laufen-Zwingen, seine Gültigkeit haben soll. Endlich darf man auch feststellen, daß das Bundesgericht in einer längern Pragis in vielen Fällen die gleichen Grundfätze zur Anwendung brachte, wie fie in der Borlage zum Ausdruck gekommen find.

Es handelt sich, wie Sie dem Eingang des Vortrages entnehmen, um die Herstellung und Konsolidierung des arg gestörten Friedens in Laufen-Zwingen. Die Kommission glaubt, daß man in kirchlichen Dingen die weiteste Toleranz anwenden und jeden nach seiner Façon selig werden lassen sollte. Und sie glaubt, es sei Pslicht des Großen Kates, hiezu Hand zu bieten und diejenigen Mittel zu ergreifen, die zum Ziele, zur Herstellung und Festigung des konfessionellen Friedens, führen können. Die Kommissionsmehrheit empsiehlt deshalb Eintreten in die Vorlage.

herr Vizeprafident Weber übernimmt den Vorsit.

M. Folletête. Comme on pouvait facilement s'y attendre, j'ai fait minorité dans la commission et me suis opposé à l'entrée en matière, telle qu'elle vous est actuellement présentée. Ceci principalement à cause des conséquences que ce décret pourrait avoir. J'ai signalé tout particulièrement en commission le grand danger qui résulterait du partage des biens paroissiaux. Je me propose de traiter avec quelques

développements cette importante question.

Si la minorité catholique chrétienne de Laufon obtient le droit de s'ériger en paroisse spéciale et de réclamer le partage des biens paroissiaux appartenant à la paroisse romaine, comme corporation officiellement reconnue par l'Etat, il y a ici à Berne une communauté catholique romaine très importante qui peut-être, en nous plaçant au point de vue de la loi sur l'organisation des cultes de 1874, aurait dans une votation la majorité; qui, dans tous les cas, forme la majorité des adhérents du culte catholique — en y comprenant les étrangers qui, en vertu de la loi de 1874, ne sont pas admis au droit de vote —. Il y a à Bienne aussi une communauté analogue très nombreuse, très vivace, et une autre pareillement nombreuse à Saint-Imier, — trois communautés romaines donc, —

qui pourraient demander au Grand Conseil, dans un moment assez rapproché, d'être mises au bénéfice du décret qu'on veut vous faire voter aujourd'hui. Ces démarches de la part de paroisses catholiques romaines devraient nécessairement aussi avoir pour conséquence le partage des biens paroissiaux. J'indique ces conséquences, parce que ces trois communautés, qui ont possédé la belle église de Berne que vous voyez aujourd'hui entre les mains des dissidents. celles de Bienne et de St-Imier dont on les a successivement dépouillées par les conséquences de la loi ecclésiastique de 1874, peuvent arriver à réclamer aux catholiques le partage des biens paroissiaux, ou dans le cas où cela ne serait pas possible, la vente par licitation de ces édifices. Je ne sais si cette conséquence, qui me paraît très logique, a été suffisamment entrevue par le gouvernement, et notamment par la Direction des cultes, mais ce que je sais, c'est qu'il y a là une éventua-lité qui pourra se produire. Il faudra bien se faire à cette idée que si la communauté catholique chrétienne de Laufon obtient une reconnaissance spéciale de l'Etat, les trois communautés catholiques romaines que je viens de citer devront obtenir non seulement cette reconnaissance, mais aussi les avan-

tages qui en résultent.

Ceci posé, je crois devoir entrer dans quelques détails, que je vais essayer de condenser autant que possible, pour éclairer davantage et complètement la position respective des deux confessions à Laufon. Il s'est produit dans cette localité, on ne peut pas le nier, comme dans certaines localités du Jura, un mouvement vieux-catholique, plus prononcé cependant qu'autre part. Est-ce que peut-être ce mouvement serait encore une réminiscence de l'ancienne dissidence du XVIme siècle? Je n'en sais rien, mais cela paraît possible, il n'y a du reste pas intérêt à le rechercher ici. Mais ce que je constate, c'est qu'à Laufon les vieux-catholiques ont gagné, à la faveur de circonstances exceptionnelles sur lesquelles je n'ai d'ailleurs pas à insister davantage, plus d'adhérents que dans l'immense majorité des communes catholiques du Jura. Ce que nous ne savons pas, ce que nous ne pouvons pas savoir par les pièces du dos-sier, c'est si la majorité des électeurs et surtout la majorité de la population catholique s'est jamais prononcée d'une manière positive en faveur de cette nouvelle confession. C'est probable quant aux électeurs, et très douteux quant au sentiment de la population prise dans son ensemble; mais ce qui est très certain aussi, c'est que les catholiques romains ont conservé à Laufon une minorité considérable devenue majorité par suite des évènements que vous connaissez. Ils ont commencé par bâtir, comme à Delémont et autre part dans le Jura, une église provisoire appelée Notkirche, pour abriter le culte de la religion catholique romaine, après avoir été dépossédés de l'église paroissiale ensuite des mesures exceptionnelles qui ont précédé dans le Jura catholique la mise en vigueur de la loi de 1874 sur l'organisation des cultes. On sait que ces mesures exceptionnelles ont été la conséquence de la suspension de curés en mars 1873. Il y a depuis lors à la tête de cette paroisse catholique romaine un

ecclésiastique distingué qui porte le titre de docteur en théologie. Ici une simple observation. Je ne sais si le fait est assez connu ici, mais il est bon de le rappeler. Le diocèse de Bâle possède d'ancienneté au collége germanique de Rome un certain nombre de places vacantes, de bourses, si l'on veut. Le séminaire germanique est un établissement de premier ordre dont la réputation est incontestée en Allemagne et ailleurs. Il est possible qu'il s'y trouve des professeurs appartenant à l'ordre des Jésuites, mais il n'en est pas moins vrai que cet établissement a une grande importance, une grande renommée: c'est une haute école théologique et ecclésiastique. Ceux qui en sortent se distinguent par leurs connaissances solides et par un excellent esprit; nous avons plusieurs de ses anciens élèves dans le Jura, et ils comptent en général parmi les prêtres les plus instruits. Or, à l'expiration des fonctions du curé vieux-catholique, les catholiques romains de Laufon se sont, dans le courant de 1892, décidés à aborder la lutte et ont essayé de reprendre l'administation de la paroisse. Immédiatement, ils se sont heurtés à une première difficulté tirée de la position spéciale de leur curé. Ils avaient à leur tête un ecclésiastique qui n'était pas admis dans le ministère bernois; un mouvement d'opposition acharné de la part des vieux-catholiques s'est élevé contre l'admission de cet honorable ecclésiastique dans les rangs du ministère cantonal. On a cherché à impressionner le gouvernement en lui disant: nous avons un véritable jésuite à la tête de la paroisse, il est impossible que le gouvernement l'accepte dans les rangs du ministère; quand même il serait élu par la paroisse, il est impossible que le gouvernement donne sa ratification à une pareille nomination.

Nous comprenons parfaitement bien la valeur de ce mouvement, et nous savons comment il faut le qualifier. En effet, nos adversaires n'ignoraient pas que cet ecclésiastique est un homme très prudent, dont la réputation est non seulement intacte, mais qui jouit à Laufon et dans le pays tout entier d'une grande considération; ils se rendent parfaitement compte de ceci, c'est que si l'on pouvait éloigner cet homme, ce serait pour ainsi dire décapiter la

paroisse catholique romaine.

Le gouvernement n'est pas entré dans cette voie, et je l'en félicite. Il a compris qu'il s'agissait là d'un acte d'équité à remplir et une fois qu'on a eu résolu de s'en tenir à la loi, on a eu vite raison des calomnies lancées contre M. Neuenschwander. Je crois que personne, dans son âme et conscience, n'a cru qu'il appartenait à la Compagnie de Jésus. On lui a demandé à cet égard une déclaration officielle qu'il a donnée de la manière la plus solennelle, de sorte que si certaines gens affectaient de croire jusqu'à présent qu'il était un jésuite déguisé, ils peuvent être certains aujourd'hui que cet ecclésiastique est un ecclésiastique séculier, n'ayant aucun lien avec un ordre quelconque.

Voilà donc M. Neuenschwander nommé par la paroisse. Au préalable, une première votation s'était faite à Laufon. Ce vote, daté du 15 février 1891, a eu pour effet de faire déclarer, par 183 voix contre 141, la cure vacante après l'expiration des 6 années du

titulaire vieux-catholique, M. Burckardt. Puis, survint une décision analogue le 23 août, par 181 voix contre 119. Les catholiques chrétiens voyant enfin que la lutte devenait impossible, désertèrent le combat et laissèrent la majorité nommer un curé dans la personne de M. Neuenschwander. Ici, une simple observation. Voyez la persistance du mouvement, le sérieux de son caractère. Une première votation donne aux catholiques romains 183 voix, une seconde fois 181, et la troisième, bien qu'il n'y eût pas d'opposition de la part du parti adverse, puisqu'il ne s'est pas intéressé à l'élection, il se trouve en-core 176 voix valables. Il y a donc à Laufon, on ne saurait le méconnaître, une majorité catholique romaine très nettement prononcée. Cette majorité s'est reproduite en toute occasion, s'est même accentuée. Maintenant, que faire? Voilà deux confessions en face l'une de l'autre! L'esprit de la loi sur l'organisation des cultes est que la majorité de la paroisse choisit son culte et nomme le curé de la paroisse. En d'autres termes, la minorité doit se soumettre à la majorité. On nous a appliqué maintes fois ce principe dans toute sa rigueur. Pourquoi ne l'applique-t-on pas à Laufon? — On répond qu'il y a là une situation exceptionnelle, qu'on ne saurait régler que par des mesures exceptionnelles. Voyons de plus près ce qu'il en est. On prétend que les vieux-catholiques ont à peu près la majorité à Laufon, que les chiffres des adhérents vieux-catholiques et catholiques romains s'égalisent assez sensiblement; que par conséquent il y a nécessité évidente à donner à cette minorité importante une satisfaction légitime. Je ne méconnais pas, je le répète, que le mouvement vieux-catholique soit nettement prononcé à Laufon, je ne songe point à le contester, mais j'estime qu'on a beaucoup exagéré la portée de ce mouvement, et que si peut-être, sans vouloir appliquer aux dissidents de Laufon la loi, le gouvernement avait continué sur un autre terrain les négociations entamées, nous serions arrivés au moyen d'une mesure provisoire et transitoire, à éviter une rupture, au lieu de consacrer les dissensions d'une manière aussi définitive et irrémédiable que nous allons le faire par le décret d'aujourd'hui. Je fais allusion à ce qui s'est passé à Porrentruy où nous avons eu, pendant une dizaine d'années, un mouvement vieux-catholique. A un certain moment, lorsque les catholiques romains eurent reconquis la paroisse de Porrentruy, on a présenté au conseil de paroisse des listes de familles dissidentes analogues à celles de Laufon; ces listes et pétitions étaient signées par des électeurs ayant soi-disant tous le droit de vote, au nombre de 100, 200, 300, — on a prétendu même que le chiffre des adhérents du nouveau culte allait jusqu'à 600 personnes. Manifestement, il y avait exagération, et ce qui s'est passé depuis lors à Porrentruy n'a pas tardé à démontrer que tout ce mouvement soi-disant religieux, était plutôt un mouvement politique qu'autre chose; que ces pétitions dont on nous accablait étaient l'œuvre de je ne sais quel esprit de contradiction qui s'est manifesté en toute occasion. De plus, nous avons pu constater beaucoup de supercherie dans la manière dont les péti-

tions se sont remplies et signées: il s'est trouvé des gens qu'on faisait signer à leur insu; d'autres, morts ou absents du pays, y figuraient cependant; d'autres signaient pour des membres de leur famille fréquentant notoirement et ostensiblement le culte catholique romain, etc., etc. Nous avons vu tout cela, et nous nous sommes vus bien des fois dans le cas de le signaler au gouvernement; mais à Porrentruy on a fini par comprendre que les vieux-catholiques devenus minorité ne pouvaient pas être traités comme majorité, pas plus qu'à Laufon. On reproche aux catholiques romains l'obstination avec laquelle ils refusent de célébrer leur culte dans la même église que les dissidents. Ceux-ci, sachant fort bien que des raisons dogmatiques s'opposent à cette cojouissance, ne manquent jamais de faire parade de leur tolérance en offrant aux catholiques romains, lorsqu'ils sont en majorité, la cojouissance de l'église, qu'ils savent d'avance devoir être refusée — et quand ils sont en minorité, en se déclarant prêts à célébrer la messe sur le même autel. Ces manifestations n'ont rien de sérieux, pas plus que le reproche que l'on fait de ne pas avoir évité les conflits en exécutant de suite la loi de 1874. Si nous avons été obligés par les événements d'abandonner les églises de nos paroisses, c'est en vertu de la mise à exécution de la loi de 1874 et par suite de la destitution des curés alors en charge, suivie de leur bannissement et de l'appel d'ecclésiastiques étrangers qu'un décret provisoire nous a imposés pour six ans. On comprend que, lors même que nous aurions été majorité — et nous l'étions de fait dans l'immense majorité de nos paroisses — nous ne pouvions pas accepter un curé appartenant à une autre confession que la nôtre; c'eût été absolument vain, inutile, et même ridicule, les prescriptions de notre église étant assez formelles à cet égard; nous ne pouvions pas assister au culte d'un prêtre qui n'appartient pas à notre confession et que nous n'avions par conséquent aucune raison de nommer ou de reconnaître. Voilà un point de vue qu'il ne faut pas quitter un seul instant pour apprécier ce qui s'est passé dans le Jura, et pour envisager surtout la position de Laufon sous son vrai jour. Le culte vieux-catholique étant, depuis 1874, le seul officiellement reconnu à Laufon, M. Neuenschwander avait été placé par l'évêque comme curé de la paroisse catholique romaine, qui continuait à exister lors même qu'elle n'était plus paroisse officielle. J'ai dit que le culte de cette paroisse libre se célébrait dans une église spéciale.

Par conséquent, lors même que les catholiques romains auraient eu la majorité à Laufon, il n'y avait évidemment pas lieu de leur part de s'intéresser au vote paroissial, ne pouvant pas alors élire un curé de leur choix: quand ils s'y sont intéressés, c'est qu'on était arrivé à une période d'apaisement réel, et qu'ils avaient enfin l'espoir de nommer le curé et de reprendre l'administration paroissiale.

J'ai parcouru avec un grand soin toutes les listes de pétitions jointes aux pièces du dossier et je constate qu'elles ont été élaborées avec précipitation, sous l'empire de la passion; il fallait absolument se hâter d'arriver devant le Grand Conseil

avec des listes d'adhérents en plus grand nombre possible. J'ai déjà signalé cet excès de zèle. Je ne puis m'empêcher de faire remarquer la légéreté avec laquelle un notaire de Laufon a légalisé les signatures de 167 citoyens habiles à voter qui se trouvent au bas d'une requête du 1er septembre 1892 et légalisée le 13 du même mois. Je suis absolument convaincu que le notaire n'a pas vu ces 167 citoyens signer, qu'il n'a pas été à même de les connaître, et qu'il a procédé de confiance. Il y a plus. Le notaire fait un singulier calcul. Au lieu de 167 signatures légalisées, il n'y en a véritablement que 165, par le fait d'une double signature, par hasard celle du fils du préfet, qui a signé une seconde fois étant en garnison, je ne sais si c'est à Colombier, Lucerne ou ailleurs. On mentionne encore la signature d'un nommé Moritz Lutz, portée sur deux lignes; on a compté Moritz sur l'une, Lutz sur l'autre, et le notaire, très grave-ment, met un numéro d'ordre au mot Moritz à la première ligne et un autre au mot Lutz à la seconde. Dans ses observations, le conseil de paroisse mentionne encore 3 personnes en état de faillite, 3 étrangers non suisses, 2 mineurs, 1 mort et 7 signataires non domiciliés dans la paroisse. Ce sont là des détails insignifiants, si l'on veut, auxquels il ne faut pas attacher plus d'importance qu'il n'en méritent, mais ils ont cependant leur signification. Dans une affaire de ce genre, qui est avant tout une affaire de conscience, il aurait convenu d'agir avec tout le sérieux que comporte la situation.

Depuis que cette pétition a été déposée, 2 signataires fréquentent le culte romain, et sont signalés comme tels par le conseil paroissial. Sur le registre de familles, qui compte 167 personnes, le conseil paroissial signale une centaine de personnes à peu près appartenant notoirement à l'église romaine; de sorte qu'on pourrait à peu près reconstituer les chiffres de la manière suivante. Il y a à Laufon d'après le recensement 1111 personnes, Zwingen en compte 417, ce qui fait au total une population paroissiale de 1528 âmes. Si l'on en déduit 550 vieux-catholiques et quelques protestants, il reste à peu près 1 millier de catholiques romains; vous voyez que véritablement la majorité leur appartient. Le conseil paroissial remarque que ces chiffres sont suffisants pour faire évanouir une illusion que l'on cherche à accréditer par tous moyens, à savoir que les vieux-catholiques sont en majorité prépondérante à Laufon-ville, et que la population seule de Zwingen restée catholique romaine, a donné l'appoint pour faire pencher la balance du côté de la majorité actuelle.

Je laisse donc ces détails. J'ai cru, je le répète, devoir en faire part au Grand Conseil, comme rapporteur de la minorité. Il est temps d'examiner la valeur de la pétition et les conséquences qu'elle pourrait avoir.

Il est vrai que la loi de 1874 dans son article 6 porte qu'il est loisible au Grand Conseil, par décrets spéciaux, de faire subir aux circonscriptions territoriales des paroisses les modifications que comportent les circonstances, après avoir entendu chaque fois les intéressés. C'est un article qui pourrait

avoir son application dans le cas particulier s'il n'y avait pas d'autres circonstances et d'autres articles de loi qui viennent à la traverse. S'il ne s'agissait que de reconnaître aux vieux-catholiques le droit de se constituer en paroisse, soit! je pourrais encore me prêter à un décret pareil, si la majorité s'y prêtait. Mais quant aux conséquences qui découlent du décret, et notamment celle qui vise le partage des biens, je crois qu'il n'existe pas de fondement juridique pour admettre ce partage. Je veux tout de suite citer les articles 69 et 80 de notre Constitution, qui garantissent aux paroisses leurs biens paroissiaux comme propriété incommutable. Je fais aussi allusion à l'art. 50 de la Constitution fédérale qui dit:

Le libre exercice des cultes est garanti dans les limites compatibles avec l'ordre public et les bonnes mœurs....

«...Les contestations de droit public ou de droit privé auxquelles donne lieu la création de communautés religieuses ou une scission de communautés existantes, peuvent être portées par voie de recours devant les autorités fédérales compétentes...»

On nous dit que la question a déjà été résolue par arrêt du Tribunal fédéral, et le rapporteur de la majorité de la commission a prétendu que le décret se base essentiellement sur la jurisprudence fédérale qui fait absolument règle, sans qu'il y ait désormais moyen de le contester. Je ne suis pas de cet avis pour les motifs suivants. En ce qui concerne les biens des paroisses, ces biens font partie de ceux qui sont reconnus, garantis par la Constitution actuelle. La Constitution reconnaît non-seulement les biens communaux bourgeois aux communes bourgeoises, mais encore la possession de leurs biens paroissiaux aux paroisses reconnues par l'Etat. Ceci me paraît absolument incontestable. D'ailleurs, nous examinerons plus tard de plus près cette question de propriété, mais dès à présent nous pouvons dire qu'elle n'est pas du tout tranchée; le Tribunal fédéral, à propos du recours que les catholiques romains de Laufon lui ont adressé contre la décision gouvernementale reconnaissant en principe la cojouissance des biens paroissiaux, quant à la célébration du culte dissident dans l'église paroissiale, ne s'est prononcé que sur des questions de forme, laissant la question de fond parfaitement intacte. Ceci est dit expressis verbis. Donc, la question de propriété reste parfaitement intacte. Les catholiques romains de Laufon ont eu raison de protester contre le décret qui attribue en principe la cojouissance des biens paroissiaux et non pas la copropriété. A nos yeux, cette cojouissance est aussi inadmissible et aussi peu justifiée en droit que la copropriété.

La distinction que le Tribunal fédéral a établie donnera lieu certainement à des recours devant cette haute autorité, qui seront, j'espère, pris en considération

Voilà le point de vue auquel je me suis placé dans la commission consultative pour m'opposer à la prise en considération de l'entrée en matière sur le décret qui vous est présenté. Je fais une distinction essentielle entre la reconnaissance de la communauté catholique chrétienne de Laufon comme paroisse, et le droit de copropriété qui lui est attribué; c'est ce droit qui nous choque surtout en raison des

conséquences qu'il peut avoir.

Je ne reconnais pas, dans l'état actuel de notre législation fédérale, au Conseil-exécutif ni au Grand Conseil, le droit d'enlever aux paroisses les garanties que leur donne l'art. 69. Les paroisses sont propriétaires, il n'appartient à personne de changer ces rapports de propriété, de les modifier de façon à attribuer à un nombre plus ou moins considérable d'adhérents tout ou partie de ces biens. M. le rapporteur du gouvernement a fait allusion comme le rapporteur de la majorité de la commission, au droit sur les biens paroissiaux que la législation bernoise actuelle accorde non pas à l'Eglise ou à la confession religieuse qui est dominante dans une paroisse, mais à la commune paroissiale comme telle. Ce nouveau droit, Messieurs, n'est conforme ni aux garanties si clairement exprimées dans l'Acte de Réunion, ni à celles de la Constitution cantonale.

Dans notre manière de voir, ce ne sont pas les paroisses qui possèdent ces biens, ils ont une destination spéciale dont on ne peut pas les détourner, et qu'elles-mêmes ne sauraient modifier. Le gouvernement n'a aucune qualité de le faire: il ne le peut pas, en vertu de l'art. 69, cela est évident. Je ne m'étonnerais pas trop cependant de voir le gouvernement et la majorité de la commission chercher à expliquer et commenter la loi dans le sens de la possibilité d'accorder à la minorité catholique chrétienne de Laufon des droits comme l'expression vraie et juste de la législation actuelle.

Nous avons trop souvent vu les pouvoirs publics recourir à de semblables subtilités, pour tenter de légitimer une situation irrégulière. Mais, on ne saurait trop le dire, ces explications n'ont aucune base juridique. Je vais plus loin, et je dis que le décret actuel avec la portée qu'on lui donne est en contradiction avec la loi sur l'organisation des cultes.

Vous voyez donc que ce n'est pas sans de solides raisons que nous nous opposons à la prise en considération du présent décret. S'il pouvait rétablir la paix confessionnelle à Laufon — je fais abstraction de ce qui concerne le partage des biens — s'il pouvait, dis-je, rétablir cette paix, nous pourrions peut-être nous y prêter dans l'espoir que ce décret serait transitoire, — et à cet égard, je ferai plus tard une observation que j'ai déjà présentée à la commission. Dans cet ordre d'idées, il y avait quelque chose à faire. Le gouvernement a tenté de louables efforts pour régler la situation par une transaction adoptée d'abord par les représentants des deux confessions. Cette transaction faisait à la minorité l'importante concession de la Notkirche pour la célébration du culte vieux-catholique. Pourquoi la minorité a-t-elle désavoué ses représentants et repoussé l'arrangement intervenu sous les auspices du gouvernement? Pourquoi le gouvernement n'at-il pas imposé cet arrangement aux vieux-catholiques de Laufon, comme il en a imposé un pareil, plus onéreux encore, il y a dix ans, à la majorité catholique romaine de Porrentruy? Tout en sachant gré au Conseil-exécutif de ses efforts pour apaiser les dissensions confessionnelles de Laufon, on peut regretter qu'il n'ait pas poussé son action plus loin. Il aurait non-seulement pu, mais $d\hat{u}$ le faire. Il l'a bien fait à Porrentruy. J'augure bien cependant de la prudence que nous connaissons aux catholiques romains de Laufon par ce qui s'est passé à Porrentruy. Pour moi, la dissidence de Laufon est de nature politique, et n'aurait pas résisté à l'effet de la transaction projetée.

Voilà les observations que j'ai cru devoir faire. La discussion des articles du projet me donnera l'occasion de revenir sur certains points.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Herr Folletête hat die Frage der Vermögens=ausicheidung bereits in sein Botum hineingezogen. Ich habe meinerseits ausdrücklich erklärt, daß ich das im Eingangsrapport nicht thun werde, denn diese Frage ist eine Frage besonderer Art. Ich werde diese Materie also erst besprechen, wenn wir zur Behandlung des betreffenden Artikels kommen, und trete deshalb vorderhand auf alles dassenige, was Herr Folletête über die Frage der Vermögensausscheidung vorgetragen hat, nicht ein.

Ballif. Nachdem von den beiden Berichterstattern der Regierung und der Kommissionsmehrheit einerseits und von Herrn Folletête als Berichterstatter der Kommissionsminderheit anderseits die beiden Standpunkte, die dieser Borlage gegenüber eingenommen wurden, des nähern auseinandergesett worden sind, erlaube ich mir, mit ganz kurzen Worten hier anzusühren, unter welcher Boraussetzung es mir als Mitglied der Kommission mögslich war, mich den Anträgen der Regierung anzuschließen und für das Dekret, wie es vorliegt, einzutreten.

Ich glaube, daß die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung geeignet ift, den in Laufen-3wingen geftorten Frieden zwischen den beiden Glaubensrichtungen wieder herzustellen. Die Anerkennung der Minorität der bisherigen Kirchgemeinde als selbständige Kirchgemeinde ent= spricht sodann nach meinem Dafürhalten ber richtigen Unwendung des Prinzips der Toleranz in Glaubens= fachen und des Prinzips der Gleichberechtigung der verschiedenen Konfessionen. Jeder, der in Glaubenssachen dem Prinzip einer wahren Toleranz huldigt, wird der prattischen Unwendung bieses schönen Grundsates, wie fie die Regierung vorschlägt, ganz sicher nur beiftimmen können, und zwar um so eher, als das Dekret sich auf gesetzlichen Boden stügen kann. Laut § 6 des Rirchen= gefetes ift dem Großen Rat ausdrücklich das Recht ge= wahrt, neben bereits bestehenden Kirchgemeinden auch andere religiöse Genoffenschaften als felbständige Rirch= gemeinden anzuerkennen. Nun aber kommt die Frage betreffend das von der Trennung hergeleitete Recht auf das Kirchgemeindevermögen. In dieser Beziehung wäre ich geneigt, die von Herrn Folletête angeführten Bedenken in gewiffen Richtungen zu teilen, wenn nicht schon ober= instanzliche Entscheibe vorlägen, welche die Buläffigkeit einer Ausscheidung von Kirchenvermögen im Falle von Trennung von Kirchgemeinden bereits ausgesprochen haben. Darauf ist es nicht mehr wohl möglich, die recht= liche Befugnis zu einem folchen Vorgehen fernerhin noch in Frage zu ziehen. Herr Folletête hat zwar vorhin be-zweifelt, daß solche Entscheide vorliegen. Der letzte Ent= scheid des Bundesgerichtes bezieht sich allerdings nicht auf die Frage des Befiges des Kirchenvermögens, fondern nur auf diejenige der Mitbenutzung der Kirche; aber wie ich den Akten entnehmen konnte, find früher solche Ent=

scheide getroffen worden.

Dagegen erkläre ich nun ausdrücklich, daß ich dem vorliegenden Dekret und dem darin vorgeschlagenen Ver= fahren nur in bem Sinn und unter ber Boraussetzung beipflichten kann, daß der Entscheid, den der Große Rat hier treffen soll, nicht als ein vereinzelter, nur Laufen-Zwingen betreffender, betrachtet, sondern daß ihm eine grundfähliche Bedeutung verlieben wird, in bem Sinn, daß das Prinzip der Toleranz, das nun gegenüber der Minderheit der Kirchgemeinde Laufen-3wingen angewendet wird, vorkommendenfalls auch gegenüber andern Mino-ritäten Anwendung finden soll. Herr Folletete hat bereits auf einzelne Konfequenzen aufmerkfam gemacht. Ich acceptiere diese Konsequenzen vollständig, aber nicht nur betreffend die katholische, fondern auch mit Bezug auf die proteskantische Kirche. Auch im Schooße der protestantischen Kirche kommt es nicht felten vor, daß Minoritaten, feien fie nun positiv oder reformerisch, mit einer getroffenen Pfarrwahl nicht einverstanden sein können, und der Fall ift daher durchaus nicht ausgeschloffen, daß solche größere Minoritäten das gleiche Recht reklamieren werden, das wir jett der Minorität in Laufen-Zwingen zusprechen.

Der Herr Kirchendirektor hat, nachdem ich in der Rommission auf diese Konsequenzen ausmerksam gemacht hatte, persönlich und im Namen des Regierungsrates dieselben voll und ganz anerkannt; auch Herr Regierungsrat Stockmar hat sich vorgestern in der Verfassungs- debatte in ganz gleichem Sinne ausgesprochen und die Kommissionsmehrheit ist in dieser Aussalfung ebenfalls einig. Die Herren anerkennen alle, daß der Entscheid, der heute getroffen werden soll, ein grundsätlicher sein soll. Nachdem diese Erklärungen vorliegen, nehme ich meinerseits ebenfalls absolut keinen Auskand, mich dem Dekretsentwurf anzuschließen und den Antrag auf Sin=

treten zu unterstüten.

Meyer (Laufen). Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Regierung und der Kommission auf Eintreten beizustimmen. Bor allem möchte ich Sie ersuchen, die Angelegenheit nicht zu verschieben, denn dadurch würden die Berhältnisse in Laufen-Zwingen derart unhaltbar, daß die Folgen nicht berechnet werden könnten und zwar in religiöser wie in volkswirtschaftlicher Beziehung. Das Berhältnis der beiden Parteien spist sich von Tag zu Tag mehr zu, und darunter leidet jede Industrie und jedes Gewerde und insbesondere die Erziehung der Jugend. Sine Fortpslanzung des Streites würde Folgen nach sich ziehen, die nicht zu berechnen sind. Ich möchte Sie dasher im Interesse des Wiederausslebens der Gemeinden Laufen und Zwingen ersuchen, dem Antrag auf Eintreten zuzustimmen.

Abstimmung.

Für Eintreten Mehrheit.

§ 3.

Angenommen.

§ 2.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regie= gsrats. Bei diesem Artikel möchte ich Sie auf folgende rechtliche Sachlage aufmerksam machen. Wir haben verschiedene Rirchgemeinden, die im Laufe der Zeit geschaffen worden find, im Rirchengesetze "Pfarreien" genannt, die dazu dienten, den in einer gewiffen Wegend zerstreuten Glaubensgenoffen einen firchlichen Berband zu schaffen ohne eigentliche Rücksichtnahme auf territoriale Begrenzung. So haben Sie feit langerer Beit die tatholische Pfarrei, nunmehrige Kirchgemeinde Bern, die tatholischen Kirchgemeinden Münfter, St. 3mmer und Biel. Umgekehrt haben wir die protestantischen Kirch= gemeinden Pruntrut = Freibergen und Delsberg = Laufen, sowie die deutsche Kirchgemeinde des St. Immerthales. Diese unterscheiden sich vom vorliegenden Fall alle da= durch, daß fie neue Gebilde find, neben den territorial bestehenden Rirchgemeinden hinzugezogen, sogenannte Diaspora-Gemeinden. Bei solchen Gemeinden kann na= türlich von einem Unspruch auf das Kirchenvermögen niemals die Rede sein, denn das vorhandene Rirchen= vermögen gehört den bestehenden territorialen Rirch= gemeinden, mit welchen sich die Diasporagemeinden nicht in Berbindung bringen laffen, weil fie jur Pflege eines Rultus geschaffen wurden, der nicht derjenige der betreffenden Bevölkerung ift, welche die betreffenden Ge= meindeterritorien bewohnt. Unders, wie gesagt, verhält es fich im vorliegenden Fall. Wir haben hier die bis= herige Kirchgemeinde Laufen-Zwingen, die sich auflöst als einheitliche Kirchgemeinde und fich in zwei katholische Rirchgemeinden spaltet. Deshalb muffen wir hier in § 2 die Faffung mählen: "Demgemäß wird die bisherige Kirchgemeinde Laufen in betreff der mit den Kultusangelegenheiten zusammenhängenden Gegenstände in zwei Kirchgemeinden aufgelöst" — also die bisherige einheit= liche Kirchgemeinde verschwindet und an deren Stelle treten zwei neue — "nämlich in a. eine römischkatholische Kirchgemeinde, b. eine chriftkatholische Kirchgemeinde." Run kommt die Beschreibung des Personalbestandes: "Jede diefer Rirchgemeinden umfaßt die innert den Grengen der bisherigen Rirchgemeinde befindlichen Bewohner, welche der betreffenden kirchlichen Namensbezeichnung an= gehören."

Ich glaubte auf die Besonderheit des vorliegenden Falles gegenüber den Fällen, die ich vorhin erwähnt, aufmerksam machen zu sollen. Ich empfehle Ihnen Annahme des § 2 in der vorliegenden Fassung.

Angenommen.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterftatter bes Regierungsrats. In § 3 handelt es fich darum, die Bu= gehörigkeit zum Personalbestand der neuen christkatho= lischen Kirchgemeinde authentisch festzustellen, und zwar vorerst in formeller Beziehung. Das wird im ersten Minea ausgedrückt: "Die Bugehörigkeit zu der chrift-katholischen Kirchgemeinde wird erstmals festgestellt festgestellt auf Grundlage einer ichriftlichen Erklärung zu Sanden bes bisherigen Kirchgemeinderats." 3ch glaube, das fei das einzig denkbar richtige Verfahren. Diejenigen, welche entschließen, der chriftkatholischen Kirchgemeinde angehören zum wollen, können das in Form einer Gefamterklärung tollettiv thun oder es tann jeder Gin= zelne beim bisherigen römischkatholischen Kirchgemeinderat eine schriftliche Erklärung abgeben. Das zweite Alinea betrifft die Fähigkeit, eine solche Erklärung abzugeben und ftutt fich in diefer Beziehung auf die Bundesverfaffung und auf diejenigen Grundfate, die in unferem Defret über Steuern zu Kultuszwecken vom 2. Chrift= monat 1876 enthalten find. Befähigt zur Abgabe ber Ertlärung wäre bemnach jeder, ber bas 16. Altersjahr zurudigelegt hat. Bor bem 16. Altersjahr verfügt eine Person noch nicht selbständig über ihre konfessionelle Zu-gehörigkeit, ebensowenig verfügen darüber nach dem 16. Jahr diejenigen Personen, welche nicht im stande sind, ihren Willen mit klarem Bewußtsein zu äußern. hier muß eine Bertretung Plat greifen und diese ift gegeben in der Person des Inhabers der elterlichen oder vor= mundschaftlichen Gewalt, also des Vaters, eventuell der Mutter, oder des Bogtes. "Im übrigen", ist am Schluß hinzugesügt, "ist jede Stellvertretung in der Willenserklärung ausgeschloffen." Es wurde dies ausdrücklich gefagt, damit nicht etwa geglaubt wird, es konne der Ehemann durch seine Erklärung rechtlich bewirken, daß auch seine Frau mit ihm der neuen Kirchgemeinde beitrete. wiffen aus Erfahrung ja fehr gut, daß Frauen in firch= lichen Dingen häufig einen andern Standpunkt einneh= men, als die Manner, und es ift fehr leicht denkbar, daß die Frau römischkatholisch bleiben will, während der Mann Christkatholik wird. Wir wissen ja: es gehört zum Spftem der romischkatholischen Rirche - und vielleicht steht da das Eblibat auch nicht ganz außer dem Ideengang — in kirchlichen Dingen hauptfächlich auf das weibliche Geschlecht einzuwirken, und es find denn auch in Kirchensachen die Frauen viel empfänglicher, als die Männer im allgemeinen find. Daher foll Vorforge dafür getroffen werden, daß die Willenserklärung des Mannes nicht von Gesetzes wegen für die Frau verbind= lich ift. Die Frau foll felbständig auch eine Erklärung abgeben. Schließlich sagt der § 3 noch: "Der bisherige Rirchgemeinderat hat von den eingelangten Erklärungen dem Kirchgemeinderat der christfatholischen Kirchgemeinde schriftliche Mitteilung zu machen.

Ich glaube, der ganze Artikel ordne und respektiere die in Frage kommenden Prinzipien in richtiger Weise, und ich möchte Ihnen daher empfehlen, denselben anzunehmen.

Angenommen.

8 4.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regie-rungsrats. Der § 4 schreibt vor, wie die christfatholische Kirchgemeinde auf Grundlage des Gesetzes zu organisieren fei, und da muß man sich vorderhand noch mit der pri= vatrechtlichen Genoffenschaft begnügen, wie fie fich heute präsentiert und dieselbe als kompetent erklären, weil wir sonst kein Organ hatten, das einen provisorischen Rirchgemeinderat bestellen konnte. Wir haben im Detret auch gerade die Mitgliederzahl dieses Kirchgemeinderats festgeset und zwar auf sieben Mitglieder. Dieser provisorische Kirch= gemeinderat nimmt nun vom bestehenden Kirchgemeinderat die diefem zugegangenen Erklärungen entgegen, for= tiert diefelben, soweit es fich um ftimmberechtigte Rirch= gemeindemitglieder handelt, und trägt diese lettern auf das Stimmregifter auf. Sodann hat der provisorische Kirchgemeinderat auch die Aufgabe, einen Entwurf eines Kirchgemeindereglementes auszuarbeiten. Sind diese Bor-arbeiten gethan, so soll er die erste nunmehr offizielle Kirchgemeindeversammlung zur Beratung und Beschlußfaffung zusammenberufen. Diese Kirchgemeindeversammlung wird das Reglement beraten und nach deffen Feststellung dem Regierungsrat zur Sanktion überweisen. Wenn bann diese erfolgt ist, so handelt es sich um die Bor-nahme der definitiven Wahlen des Präsidenten und Schreibers der Kirchgemeinde und des Kirchgemeinde= rates, sowie des Geistlichen. Ich halte dafür, auch diese Ordnung der Dinge sei richtig und empfehle den § 4 zur Annahme.

Angenommen.

§ 5.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Nunmehr ist das Stimmregister der bisherigen Kirchgemeinde zu bereinigen. Es sind Alle zu streichen, welche erklärt haben, daß sie zur christkatholischen Gemeinde gehören. Ich denke, das verstehe sich von selbst und beautrage Annahme.

Angenommen.

§ 6.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. § 6 betrifft die Zeit, wo beide Kirchgemeinben organisiert dastehen und behandelt die Frage eines allfälligen Nebertritts von einer Kirchgemeinde zu andern. Es ist das eine Frage, die namentlich mit der Frage der Kultussteuern zusammenhängt. Da hat der Regierungsrat geglaubt, es sei am richtigsten, wenn man diese Sache des Nebertritts so ordne, wie der Austritt aus der Kirche in der Rubrik "Steuerbefreiung" im Dekret betreffend Steuern zu Kultuszwecken geordnet ift. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Paragraphen.

Angenommen.

§ 7.

Eggli, Rirchendirektor, Berichterstatter des Regierungerate. Run tommen wir jur Bermögensfrage, und hieruber erlaube ich mir einige Erörterungen. Ich habe bereits bemerkt, daß hier die Frage der Benutung des Rirchengebäudes die Hauptfrage ift, während die Frage der Rirchenfonds in den hintergrund tritt und diejenige des Pfarrhauses überhaupt nichts zu sprechen geben wird, indem bereits erklärt ift, daß diefes bem romifchtatholischen Beiftlichen verbleiben foll. Ueberall da, wo ein Kirchengebäude im Besitze von Protestanten ift, und wo eine protestantische Minorität auf Grund eines prinzipiellen Beschlusses, gleich dem heutigen, sich von der Mehrheit loslösen würde, würde die Frage der Mitbenützung des Kirchengebäudes keine Schwierigkeit machen und auch zu einer Bermögensausscheidung wurde es nicht kommen, sondern man wurde das so halten, wie hier in Bern, wo das Bermögen der fämtlichen drei oder bald vier Kirchgemeinden durch die Gesamtkirchgemeinde gemein= schaftlich verwaltet wird. Bom Grundfat der Toleranz geleitet, laffen wir Protestanten sogar Römischkatholiken ihren Gottesdienst in unsern Kirchen abhalten. Das gleiche gilt auch von den Chriftkatholiken. Auch fie fagen, wo fie im Befige eines Kirchengebaudes find, ju ben römischkatholischen Brüdern: kommt zu uns, feiert euern Gottesdienft in unfern gemeinschaftlichen Sallen. Unders aber verhält es sich, wenn die römischkatholische Kirche im Besit eines Kirchengebäudes ist. Die römischtatho-lische Kirche hulbigt bekanntlich dem Prinzip der Universalität — deswegen nennt sie sich katholisch — aber damit in Berbindung der absoluten Ausschließlichkeit.

Ich habe ein neuestes Werk über katholisches Kirchen= recht von dem Berliner Professor Hinschius vor mir und werde Ihnen eine Stelle daraus vorlesen. Hinschius sagt: "Es muß demnach als Rechtsgrundsat der katholischen Kirche bezeichnet werden, daß ein katholisches Kirchengebäude niemals durch die kirchlichen Behörden und Organe nichtkatholischen Christen zum Gebrauch für ihren Gottesdienst eingeräumt werden darf. Aber anderseits hat die katholische Kirche die Vornahme von gottesdienstlichen Handlungen durch Häretiker in einer Kirche gu keiner Beit als einen Grund betrachtet, welcher die Benugung einer solchen für ihre eigenen gottesdienftlichen 3wede auch nur vorübergehend auszuschließen vermöchte. Sie hat fich damit die Möglichkeit offen gehalten, nicht nur in ihren von Saretitern in Befit genommenen Rirchen katholischen Gottesbienft feiern zu laffen, sondern auch da, wo es die Umftande erfordern, die kirchlichen Gebäude anderer chriftlichen Konfessionen zu diesem Zwecke zu benuten." Alfo, wo fie im Besitz der Kirche sind: Ausschluß; wo aber andere Konfessionen im Besit der Rirche find: Wahrung der Möglichkeit, dieselbe auch zu benuten. Diesen Sat der Nichtzulassung der gemein=

schaftlichen Benutzung haben nun die kirchlichen Ober= behörden ganz besonders verschärft gegenüber den 211t= katholiken — nicht zwar durch ein Dekret, das als solches einen Rechtssatz bilden wurde, sondern durch eine Zuschrift oder Instruktion des Papstes, auf dem Berwaltungsweg an die deutschen Bischöfe erlassen — denn in Deutsch= land hat sich die Frage des Simultangebrauches gegen= über den Altkatholiken hauptsächlich präsentiert. Zuschrift hat in deutscher Sprache folgenden Wortlaut; ich entnehme fie der bundesrätlichen Botschaft betreffend den Mariahilf-Handel. Der papftliche Runtius schreibt an die deutschen Bischöfe am 12. Märg 1873: ben gegenwärtigen Berhältniffen konnte jede Dulbsamkeit bei dem Gebrauche der Rirchen zu Gunften der Neukeger (Altkatholiken) als Gleichgültigkeit und als Mangel der nötigen Festigkeit angesehen werden; auch wäre das der Gefahr des Aergernisses und für die Ginfaltigen des Abfalls vom Glauben ausgesett. Darum ift zur Ber= meibung von Gefahren und Mergerniffen ber Simultan= gottesdienst mit den Reukegern in derselben Kirche weder zuzulassen noch zu dulden Es wäre sehr zu wün= fcen, daß alle Bifchofe in ähnlichen Fällen die nämliche Handlungsweise einhielten; denn die vereinte Macht ist ftarker." Mit der Gefahr des Abfallens der Einfältigen im Geifte hat es folgende Bewandtnis: Bekanntlich bildet das Megopfer im katholischen Gottesdienst den Mittelpuntt, um den fich die übrigen gottesdienftlichen Sandlungen drehen. Während die protestantische Kirche die Messe aufgehoben, hat sie die altkatholische Kirche beibehalten, hat aber babei die Aenderung getroffen, daß sie bieselbe in der Landessprache lesen läßt, während fie in der römischkatholischen Rirche in Lateinischer Sprache gelesen wird. Nun ift klar, daß die römische Rirche eine bedeutende Gefahr des Abfalls darin fieht, daß die christ= katholische Kirche die Messe so lesen läßt, daß sie jeder= mann versteht. Auch wäre noch ein anderer Punkt zu betonen, er betrifft die Beichtfrage. Doch will ich, um nicht zu weitläufig zu werden, davon abstehen.

Mit der erwähnten Instruktion also haben sich der Bapft und feine Bifchofe auf den Standpuntt der abfoluten Ausschließlichkeit gestellt. Sie glauben, bas aus tattischen Grunden thun zu muffen, um den Rrieg gegen= über der dristkatholischen Kirche um so rascher siegreich zum Ende führen zu können. Diefe Situation aber bietet für uns in der vorliegenden Frage ihre bedeutenden Schwierigfeiten. Das Kirchengebäude in zwei getrennte Abteilungen zu teilen, ist unmöglich. Man wird also auf irgend eine Berftändigung abstellen muffen oder eventuell auf den Entscheid des Regierungsrates als berufene Instanz. Ich habe noch immer die Hoffnung — es ist vielleicht eine illusorische, ich gebe es zu, ich bin da zu sehr Optimist und kann mich zu wenig in den Geist der Intoleranz hineindenken — ich sage, ich habe noch immer die Hossinung, daß, wenn es einmal unter den Gemeinde= gliedern, nicht beim Bischof, heißen wird: Wollen wir nicht lieber in ein und berfelben Rirche Gottesdienst halten, als daß die einen, die im Befit bleiben, den an= dern eine Ausweifungssumme bezahlen muffen? eine Ver= ständigung möglich sein wird. 2 Punkt vorläusig bei Seite lassen. Aber wir konnen diefen

Bit der Große Rat kompetent, den Sat auszusprechen: .Ueber das der bisherigen Kirchgemeinde Laufen ange= hörende Bermögen hat zwischen den beiden Kirchgemeinden eine Ausscheidung stattzufinden?" Das ist der einzige ma= teriell=rechtliche Sat, der in dem § 7 enthalten ift. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß eine Theorie des katholischen Kirchenrechts dahin geht, daß die Kirche felbit, der Papft und feine Bischöfe Subjett des Rirchen= vermögens feien. Diese find im Besit des Kirchenver-mögens und nur diese verfügen über die Berwendung des Ertrages desfelben. Allein bei uns gilt diefer Rechts= sat nicht. Bei uns find verfassungsmäßig und nach Maggabe des Kirchengesetes die Kirchgemeinden die Eigen= tümer des Kirchenvermögens. Wir haben es also hier mit einem Bermögen zu thun, das im Befitz der Rirch= gemeinde Laufen-Zwingen fteht. hat nun der Große Rat die Kompetenz, zu erklären: diefes Bermögen ift zu teilen? In dieser Beziehung verweise ich auf folgenden Entscheid des Bundesgerichtes in Sachen Sins, vom 13. September 1879. Ziffer 3 der Erwägungen lautet: "Run find die Parteien wiederum darüber einig, daß nach aargauischem Rechte die Kirchgemeinde als juristische Person Eigen= tümer des Kirchenvermögens fei. Ist aber dies richtig, so kann in der angefochtenen Dekretsbestimmung ein ver= fassungswidriger Eingriff in das Eigentum nicht erblickt werden. Denn in diesem Falle wird durch die Teilung einer Pfarrei die Rechtsperfonlichkeit, das Eigentums= subjekt, verändert, und nun ist nicht einzusehen, warum diejenige Behorde, welche zu diefer Magregel tompetent ift, nicht auch das Recht haben follte, mit der Berände= rung resp. Trennung des Rechtssubjettes auch eine hierdurch bedingte Trennung des zu Kirchenzwecken bestimmten Gemeindegutes im Prinzip zu verfügen." Angewendet auf unfern Fall fagt das Bundesgericht: Wenn der Große Rat nach Mitgabe bes § 6, Biffer 3 bes Rirchen= gesetes tompetent ift, die Rirchgemeinde in zwei Rirch= gemeinden aufzulösen, so ift nicht einzusehen, warum der Große Rat nicht auch kompetent sein sollte, eine Teilung des Bermögens unter den neu entstandenen Rirchgemein= den zu verfügen.

Wer ift bann nachher kompetent, die Ausscheidung durchzuführen? Sier sagen wir: die Berwaltungsbehörden find zuständig. Bir haben in der ganzen Guteraus= scheidung, wie fie fich zwischen Burger- und Ginwohnergegemeinden vollzogen hat, wie auch in der Büteraus= scheidung zwischen Ginwohner= und Rirchgemeinden in unserem bernischen Recht immer die Verwaltungsbehörden als die zuständigen Organe betrachtet und das möchten wir auch im vorliegenden Falle so geordnet wissen. Wie ich bereits bemerkt habe, ist gegen die Verfügung Regierungsrates als Berwaltungsbehörde, wonach des christkatholischen Genoffenschaft von Laufen-3wingen das Mitbenützungsrecht grundsätlich zugesprochen wird, das Bundesgericht angerufen worden. Und hier fagt nun das Bundesgericht: "Wenn die Rekurrentin be-hauptet, es habe sich im vorliegenden Falle um einen verfassungsmäßig zur Zuständigkeit des Zivilrichters ge-hörenden Privatrechtsstreit gehandelt, so ist dies unbegründet. Wie der Regierungerat des Kantons Bern mit Recht bemerkt, handelt es sich im vorliegenden Falle nicht um einen Eigentums= oder Teilungsstreit rucksichtlich des Kirchengutes der Kirchgemeinde Laufen-Zwingen. Im Streite liegt vielmehr, ob einer Minderheit der Rirchgemeindegenoffen von Laufen-Zwingen die Mitbenutung des Kirchengutes für Zwecke eines Sondergottes= dienstes einzuräumen sei." Das Bundesgericht fügt aber in Parenthese bei und es wollte damit einen deutlichen Wink an die richtige Udreffe geben: Wenn einmal der

Große Rat die Vermögensteilung dekretiert hat, so nehmt unfere kostbare Zeit nicht noch einmal in Unspruch mit einem Rekurs über diese Frage — ich sage, das Bundesgericht fügt in Parenthese bei: "(vgl. übrigens in betreff der rechtlichen Natur solcher Streitigkeiten zwischen Roporationen öffentlichen Rechts Amtliche Sammlung ber bundesgerichtlichen Entscheidungen Band XVII, S. 603 ff.)." Und nun wollen wir noch kurz diese Bergleichung anstellen. Es ist das ein Entscheid vom 30. Oktober 1891 in Sachen der römischkatholischen Kirch= gemeinde Trimbach. Da fagt das Bundesgericht in Biffer 3 der Erwägungen: "In That und Wahrheit nun erscheint die Streitigkeit zwischen der römischkatholischen und der chriftkatholischen Gemeinde Trimbach nicht als eine folche privat=, sondern als eine solche öffentlichrecht= licher Natur. Allerdings ftellt fich die Rlage der romifchkatholischen Kirchgemeinde Trimbach ihren Schlüssen nach als eine Eigentums= (Vindikations=) eventuell Teilungsklage dar und find Bindikations= und Teilungs= klagen regelmäßig privatrechtlicher Natur. Allein hier trifft dies nicht zu. Die Kirchgemeinden find nach solothurnischem Staatsrecht unzweifelhaft Korporationen bes öffentlichen Rechts: ihr Zweck ift als ein öffentlicher anertannt und ihr Gut ift öffentliches, der Befriedigung eines öffentlichen Bedürfniffes gewidmetes Gut. Trennung und Neubildung von Kirchgemeinden geschieht durch ftaatsrechtlichen Att (Art. 53 B.-B.). In concreto nun ift in der frühern ungeteilten tatholischen Gemeinde Trimbach eine Spaltung eingetreten, in Folge beren biefelbe sich mit hoheitlicher Genehmigung in eine christkatholische Gemeinde einerseits, in eine römisch= katholische anderseits geteilt hat. Beide infolge dieser Spaltung neugebildeten Gemeinden find als Rorporationen öffentlichen Rechts anerkannt. Die Frage nun, ob die eine oder andere diefer neugebildeten Gemeinden ausschließlich ober ob beibe nebeneinander Unspruch auf bas Bermögen der frühern ungeteilten Kirchgemeinde haben, ift nicht eine folche des Privat= sondern des öffent= lichen Rechtes. Denn es handelt fich dabei nicht darum, ob, eventuell inwiefern, die eine oder andere der ftreitenden Gemeinden durch privatrechtliche Titel, Vertrag, Verjährung und dergleichen Eigentum an dem Bermögen erworben habe, fondern darum, ob die Erfüllung des 3weckes ausschließlich auf die eine oder andere der Ge= meinden oder auf beide übergegangen fei. Denn hievon hangt bas Recht auf bas Rirchenvermögen ab. Letteres war nicht der freien Verfügung der Gemeinde anheimgegeben, fondern durch feine Zwedbestimmung gebundenes öffentliches Gut. Nachdem die ursprüngliche ungeteilte Gemeinde in Folge der eingetretenen Glaubensspaltung nicht mehr befteht, sondern sich in zwei verschiedene Religionsgenoffenschaften getrennt hat, muß dieses Gut berjenigen oder benjenigen Religionsgenoffenschaften gu= geteilt werden, welche an Stelle der frühern ungeteilten Gemeinde getreten find, indem fie ihre Zwecke erfüllen. Da nun aber nach folothurnischem Staatsrecht die Rirche als öffentliche Institution, die Kirchgemeinden als öffentlich=rechtliche Korporationen oder Anstalten anerkannt werden, so ist die Frage, auf welche Korporation die Aufgaben und damit das Vermögen der frühern unge= teilten Gemeinde übergeben, nicht eine Frage des Privat=, fondern des öffentlichen Rechtes. Es handelt fich nicht um einen privatrechtlichen Bindifations= ober Teilungs= streit, sondern um eine Frage öffentlich=rechtlicher Suc=

ceffion. Der Streit ist nicht nach Grundsätzen des Brivatrechts, sondern des öffentlichen Rechts zu entsicheiden." Sie sehen, daß auch nach dieser Richtung hin die Frage eine von der höchsten, von der Bundessinstanz definitiv geordnete ist.

Nun glaube ich, weitere Bemerkungen brauche ich nicht zu machen. Was das Verfahren betrifft, so wird man in erster Linie eine gütliche Verständigung in Ausssicht nehmen, immerhin mit dem Vorbehalt, daß der Ausscheidungsvertrag der Sanktion des Regierungsrates zu unterliegen hat. Können sich die beiden Gemeinden nicht verständigen, so käme das Verfahren in Anwendung, das für Veschwerden in Gemeindeangelegenheiten gilt. Jede Partei reicht ihre Schrift ein. Hernach untersucht der Regierungsstatthalter von Amtes wegen, wie die Verhältnisse sind und wie sie am besten geordnet werden könnten, und entscheidet. Voraussichtlich wird die eine oder andere Partei rekurrieren. Sollte das nicht der Fall sein, so sind gleichwohl die Atten der Oberbehörde zur

Revision von Umtes wegen einzureichen. — Ich empfehle

Ihnen die Annahme bes § 7.

Grieb, Berichterstatter der Kommissionsmehrheit. Wie Sie bereits gehört haben, haben wir es hier nun mit dem eigentlichen Kampfparagraphen zu thun. Die Rommiffionsmehrheit hat fich auf den Boden geftellt, der § 7 in der Fassung, wie er vorliegt, sei nichts anderes als die Folge des § 2, den Sie bereits angenommen haben. Sie sind bei Beratung des § 2 vom Berichterstatter des Regierungsrates ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß die bisherige Kirchgemeinde Laufen nun aufhört in der Form zu existieren, in der fie bisher bestand, daß also nicht eine neue Kirchgemeinde hinzukomme, sondern daß die bisherige Kirchgemeinde aufgelöst und in zwei verschiedene Kirchgemeinden ge-trennt werde. Und nun sagen wir: Die ganz natürliche Folge dieser Auslösung und Neubildung zweier Kirch-gemeinden aus der bisherigen einen ist die: wenn die bisherige Kirchgemeinde Bermögen hatte, so muß dieses nun verteilt werden unter die zwei neuen Rirchgemeinden. Und wenn ich Ihnen eingangs gesagt habe, daß sich die Borlage und insbesondere der § 7 auf die bundes= gerichtliche Praxis stütze, so glaube ich find Sie hievon durch die bundesgerichtlichen Entscheide überzeugt worden, die Ihnen der Herr Berichterstatter des Regierungsrates mitgeteilt hat. Ich glaube darum, ich habe nichts von bem Gefagten zurudzunehmen, trotdem der Berr Bericht= erstatter der Kommissionsminderheit gemeint hat, ich habe da etwas Unrichtiges gesagt. Die Kommissionsmehrheit ift also mit dem Hauptsatz des § 7 voll und ganz ein-verstanden. Was das Berfahren betrifft, so haben Sie gehört, daß dasselbe bereits festgestellt worden ist. Die Kommission glaubt, es sollte eine gütliche Auseinanderfetung zwischen ben beiden Rirchgemeinden möglich fein. Ist dies aber nicht der Fall, so wird dann das Verfahren platgreifen, das Ihnen herr Regierungsrat Eggli geschildert hat. Die Rommiffionsmehrheit empfiehlt Ihnen die Annahme bes § 7.

Folletête, Berichterstatter der Kommissionsmindersheit. Ich beantrage Streichung des § 7. Obschon ich diese Frage schon in meinem Botum über die Eintretensfrage berührt habe, halte ich es doch für notwendig, mich nochmals darüber zu äußern und zwar in deutscher

Sprache, wobei ich die geehrte Versammlung im voraus um Nachsicht bitte. Herr Regierungsrat Eggli hat im Eingang seines Votums verschiedene Vetrachtungen über die gemeinschaftliche Benutung von Kirchengebäuden gepflogen. Darauf, meine ich, ist doch etwas zu antworten. Die katholische Kirche geht im Vewustsein ihres Rechts von dem Standpunkt aus, daß sie es nicht dulden kann, daß auf demselben Altar das Meßopfer auf zweierlei Weise dargebracht werde. Es wäre das nach dem gesunden Verstand und nach den Gesehen der Logik eine Täuschung der Gläubigen. Ich glaube, dieser Standpunkt rechtsertige sich vollständig. Man kann also nicht von Intoleranz reden.

Run kommen die Altkatholiken und fagen : wir moch= ten Miteigentum an eurer Kirche haben. Wir antworten ihnen, es sei uns das nicht möglich und zwar aus Gründen der Neberzeugung und der Dogmatit. Berftehen Sie wohl, daß die katholische Kirche wirklich berechtigt ist, diese Täuschung in ihrer Kirche nicht zu dulden. Wir haben feste und scharfe Grunde dafür, weshalb das Si= multaneum mit den Altkatholiken nicht angeht. Brotestanten z. B. haben wir schon hie und da das Recht der Mitbenützung eingeräumt. Das ift in Pruntrut gefchehen und, was Sie vielleicht nicht wiffen, volle fünfzehn Sahre lang. Die Sache verhält sich so. Der altkatholische Kirchenrat hatte in einem Vertrag der protestantischen Gemeinde die Mitbenützung der Kirche für eine Zeit von circa 20 Jahren zugestanden, wogegen die protestantische Gemeinde jährlich Fr. 50 ober 100 an die altkatholische Raffe gablen follte, um fo an die Unterhaltungstoften der Kirche beizutragen. Aber als wir nun von der Kirche Besitz nahmen und als ein neuer katholischer Kirchgemeinde= rat bestellt worden war, haben wir den Vertrag nicht fortbauern laffen, fondern haben ausdrücklich beschloffen: wir laffen den Protestanten das Mitbenützungsrecht der Kirche, aber wir nehmen nicht einen Pfennig dafür an die Unterhaltungstoften. Run sehen Sie wohl, daß wir nicht auf dem Boden der Intolerang stehen. Wir fteben auf dem Boden des Rechtes, unferes guten Rechtes. Wir können den Altkatholiken nicht die Benützung unferer Kirchen einräumen, daß sie an unserem Altar den Gottes=

dienst auf andere Weise seien.

Und wie verhält es sich nun mit der Frage des wirkslichen Eigentums? Der römischkatholische Kirchenrat von Laufen macht hierüber in seiner Antwort auf die Eingabe der christsatholischen Gemeinde folgende treffliche Bemerkung: "Was die nach erfolgter Anerkennung als selbständige Kirchgemeinde anbegehrte Teilung des Kirchgemeindevermögens anbetrifft, dit zu bemerken, daß weder in der Bundesverfassung, noch überhaupt im Bundesrecht eine Bestimmung enthalten ist, daß, wenn ein Teil einer Kirchgemeinde austritt und sich eine eigene kirchliche Organisation gibt, diese gebildete neue Gemeinde Anspruch auf Mitbenutzung oder Herausgabe eines Teils des Bermögens habe; die Bundesverfassung sagt nur, daß das Bundesgericht eventuelle Anstände entscheide, und dabei ist offendar verstanden, im Sinne des betesenden Staats- und Kirchenrechts. Nun ist aber in den gegenwärtig bestehenden einschlägigen Gesehen und Berfassungensteilung nirgends vorgesehen oder zulässig erstlärt; gegenteils, das Gemeindevermögen der gegenwärtigen Gemeinden ist ausdrücklich gewährleistet, §§ 69 und 80 der bernischen Staatsversassung, §§ 5 und 6 des

Kirchengesetes und Art. 4 ber Bereinigungsurtunde bom 23. November 1815. Wenn eine solche Teilung voll= zogen werden will, fo muß eben beren Berechtigung gu= vor in dem bestehenden Rechte anerkannt oder aufgestellt sein, oder es muß ein solcher Rechtsanspruch durch ein neues Gefet oder durch Berfaffungsrevifion erft begründet werden. Weder der Regierungsrat, noch der Große Rat kann von fich aus den Sat der Teilbarkeit des Kirchenvermögens aufstellen. Es handelt fich um ein wohler= worbenes Recht." Diese Bemerkungen finde ich vollständig zutreffend. Sie liefern den Beweiß, daß, was die recht= liche Frage betrifft, wir es find, welche auf dem Boden des Rechtes stehen. Die Bereinigungsurkunde sagt in Art. 4: "Die Regierung von Bern sichert den katho-lischen Gemeinden das Eigentum und die Berwaltung ihrer noch eristierenden Kirchengüter (fonds de fabrique) zu, die fie entweder bereits besitzen, oder wieder erhalten könnten. Ihr Extrag soll zu den Ausgaben für den Gottesbienft, sowie zur Erbauung, zum Unterhalt und zur Verzierung der Tempel verwendet werden. Die Berschenkungen und Bergabungen zu Gunften berfelben wird man anerkennen und respektieren." Beshalb ift biese Satzung in die Bereinigungsurkunde aufgenommen worben? Aus dem einfachen und bekannten Grund, weil während der Revolution die Kirchengüter vom Staat verkauft worden waren und weil die katholische Bevölke= rung bei der Bereinigung von 1815 ausdrücklich verlangt hat, daß eine klare und deutliche Bestimmung in die Bereinigungsurfunde aufgenommen werde. Man wollte für die Butunft das Gigentum der Rirchengüter fichern. Run tommt 1846 die Berfaffung und fagt in Art. 69: "Den Gemeinden, Burgerschaften und übrigen Korporationen ist ihr Vermögen als Privateigentum gewährleistet. Ihnen steht ausschließlich die Berwaltung deskselben zu. Der Ertrag dieses Bermögens wird ferner seiner Bestimmung gemäß verwendet." Ist das nicht flar? Und doch behauptet man, daß das Airchgemeindegut nach diesem Artitel nicht als gewährleistet angenommen werden konne. Ich glaube das Gegenteil. Es scheint mir nicht möglich, daß man der katholischen Kirche das Eigentumsrecht am Rirchengut und das Recht, über dasfelbe zu verfügen, bestreiten könne. Das Kirchengeset kann diesen rechtlichen Standpunkt in keiner Weise abgeandert haben. Run fagt man, das Eigentum sei nicht der Kirche, sondern der Kirchgemeinde zugesichert worden. Dies ist nicht nur ein großer Irrtum, sondern es ware auch eine Ungerechtigkeit; benn es fteht fest und ift absolut erwiesen, daß die Ent= stehung des Kirchengutes eine absolut kirchliche und zwar römifchtatholisch-tirchliche ift. Das Rirchengut hat eine eigene, klare und beutliche Bestimmung: es soll nur der katholischen Kirche dienen und darf dieser Zweckbestimmung nicht entfremdet werden. Alle rechtlichen Spit= findigkeiten konnen diesen Standpunkt nicht andern. Uebrigens ift dies in dem Bericht der Rirchendirektion, wenn anch nicht förmlich ausgesprochen, so doch angedeutet. 3ch lefe ba nach ber Zusammenftellung des Rirchenver= mögens den Sat: "Eigentumerin dieses Bermögens ift bis zur gegenwärtigen Stunde die Kirchgemeinde Laufen= Zwingen." Also die Kirchgemeinde, die römischkatho= lische Rirchgemeinde von Laufen-Zwingen ist Eigentumerin bieses Kirchengutes. Sat nun der Große Rat das Recht, die Bestimmung dieses Kirchengutes abzuändern und einen Teil davon den Bekennern der- neuen Lehre gugu= weisen? Ich glaube nicht! Ich bin entschieden gegen

eine solche Auffassung. Das Kirchengut würde badurch seiner gang klaren Bestimmung entzogen und mehr oder weniger Minderberechtigten zugewiesen werden. Welches Unrecht haben denn die Männer der neuen Lehre auf eine Teilung des kirchlichen Bermögens? Die römisch= katholische Pfarrgemeinde von Laufen, für welche das Gut zusammengebracht wurde, besteht noch in ihrer AUgemeinheit. Sie ist eine staatlich anerkannte Korporation. 🖎 ist nicht möglich, dieser staatlich anerkannten Korpo= ration das Kirchengut aus den Händen zu nehmen, ich möchte fast sagen zu rauben. Und wenn wir jest die Teilung gutheißen, was fann dann nachher tommen? Ich fete den Fall, daß die Chriftkatholiken, wenn eine Ausscheidung vorgenommen worden ift, sich nachher wieder in zwei verschiedene Richtungen teilen. Der Fall ist gar nicht unmöglich. Was dann? Ober es kommt biefer Fall im Schooß der römischkatholischen Rirche vor. Und nun kommen diejenigen, die fich ablösen, mit dem Gesuch vor den Großen Rat, daß ihnen die Mitbenutung der Pfarrfirche eingeräumt und daß das Gut der römisch= katholischen Kirche geteilt werde? Halten Sie dann eine solche Teilung für möglich? Und doch wäre das eine Logische Konsequenz des Dekretes. Sie sehen: überall ftogen Sie auf Schwierigkeiten. Wenn Sie einmal ben Boben des guten Rechtes verlaffen, fo haben Sie keine Festiakeit mehr.

Die Frage, hat man gesagt, sei vom Bundesgericht entschieden worden. Ich bestreite das des Bestimmtesten. Die Frage hat dem Bundesgericht nicht in der Fassung vorgelegen, wie sie ihm nach Annahme des Dekretes vorgelegt werden wird. Denn unzweiselhaft wird der katholische Kirchgemeinderat, wenn Sie den vorgelegten Dekretsentwurf zum Beschluß erheben, an das Bundesgericht rekurrieren. Wir haben da wieder dieselbe Seeschlange vor

uns, wie im Mariahilf-Sandel.

Ich bedaure es von ganzem Herzen, daß sich der religiöse Frieden in Laufen nicht hat wiederherstellen lassen. Hätten die Dissidenten einen bessern Willen an den Tag gelegt, so glaube ich, hätte man zu einer Berständigung kommen können. Doch sei dem, wie ihm wolle: daraus, daß die Christkatholiken als besondere Kirchgemeinde anerkannt werden, können diese noch kein Recht auf das Kirchengut der römischkatholischen Kirche ableiten. Dieses hat seine besondere Bestimmung, welcher es erhalten bleiben muß, so lange die römischkatholische Kirchgemeinde in Laufen besteht.

Ich glaubte diese Auseinandersetzungen machen zu sollen, um Ihnen klar und deutlich die gefährlichen Konstequenzen einer solchen Teilung vor Augen zu führen. Ich habe meine Aeußerungen vom Standpunkt des Rechtes aus gemacht. Aber ich meine, auch vom Standpunkt einer gesunden und klugen Politik aus sollte man aufzäumen mit den Bestrebungen, eine fast abgestorbene Kirche wieder zu beleben. Ich empfehle Ihnen darum, das Eigentum seinem rechtmäßigen Eigentümer, der

römischkatholischen Kirche, zu belassen.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Bor allem aus gebe ich meiner Freude darüber Ausdruck, daß Herr Folletête die vorliegende Materie ganz objektiv auf dem rechtlichen Boden behandelt und in keiner Weise der Sache kulturkämpferische Allüren gegeben hat. Ich sehe mich nur zu einigen rein juristischen Gegenbemerkungen veranlaßt und wiederhole hier

wieder, was ich schon in der Kommission gesagt habe: Es genügt, wenn herr Folletête seinen 3wed erreichen will, die einfache Streichung des Artikels nicht. Denn wenn wir im Defret über das Schickfal des Bermögens nichts bestimmen, so haben wir herrenloses Gut. Wir haben diejenige Kirchgemeinde, welcher das Vermögen bis zur gegenwärtigen Stunde angehört hat, beseitigt; fie besteht nicht mehr. Es ist darauf schon vorhin vom Berichterstatter der Kommiffion ausdrücklich aufmertsam gemacht worden. herr Folletête muß alfo, um das Ber= mogen der zukunftigen romischkatholischen Rirchgemeinde zu sichern, in Berbindung mit dem Streichungsantrag den weitern Antrag stellen, es sei ein Artikel an Stelle des zu streichenden aufzunehmen, in welchem gefagt wird : das Kirchenvermögen gehört ausschließlich der römisch= fatholischen Kirchgemeinde. Dann wird aber mahrschein= lich von anderer Seite ein Antrag fommen, bag bas Rirchenvermögen ausschließlich der christkatholischen Bemeinde gehören foll. Zwischenhinein nun fteht unfer Antrag, daß die beiden neuen Gemeinden sich in das Bermögen der alten aufgelösten Gemeinde teilen follen, was offenbar das einzig richtige ist. Auf die Einwände, welche Herr Folletête aus der Bereinigungsurfunde, der Berfassung und dem Kirchengesetz hergeleitet hat, will ich nicht eintreten; denn es find dieselben schon im regierungsrätlichen Bericht, Seite 5, erste Spalte, widerlegt. Man muß nur nicht immer aus dem Geficht laffen, daß es sich um Kirchgemeinde= Vermögen handelt. Herr Folletête hat sich selber auf den Urt. 4 der Vereinigungs= urkunde berufen. Dieser Artikel spricht vom Bermögen der katholischen Gemeinden und der Artikel 69 der Berfaffung fpricht von Gemeindevermögen. Wenn nun aber das Gemeindevermögen als solches der Kirch= gemeinde bleibt, fo stehen wir vollständig auf dem Boden ber Berfaffung und des Gefetes. Das Bermögen wird nicht einem Dritten zugewendet, sondern es bleibt der Gemeinde. Da nun aber aus einer Gemeinde zwei geworden find, so verhält es sich hier wie mit dem Erbe, das zwei Brüder unter sich teilen, deren Bater gestorben ist. Man hat den frühern Träger des Bermögens nicht mehr; zwei neue Trager find an deffen Stelle getreten. Doch will ich jett über diesen Punkt nicht weitläufi= ger werden.

Folletête. Herr Eggli behauptet, daß mein An-trag nuglos sei, wenn ich bloß Streichung des Artikels 7 verlange, da in diesem Falle das Laufener Kirchen= gut herrenlos ware. Diefer Anficht muß ich bes ent: schiedensten entgegentreten. Das Kirchgemeindegut Laufen ist nicht herrenlos. Es hat eine Eigentümerin und diese ist die römischkatholische Kirche, oder wenn sie wollen, die römischkatholische Kirchgemeinde. Die katholischen Rirchen — das möchte ich noch beifügen — find übri-gens vom Bischofe eigens konsekriert und tragen daher bas Merkmal ihrer Bestimmung; der Beweis des Gigentums ift ein thatsächlicher. Folglich ist die Pfarrkirche von Laufen, die jest in den Sänden der romischkatholischen Rirchgemeinde ift, fein herrenloses Gut, ebensowenig wie die Rapitalien, Renten u. f. w. Denn das alles find Mittel, die ausdrücklich für die Zwecke des katholischen Gottesdienstes beschafft wurden. Das dies Thatsache ist, kann urkundlich nachgewiesen werden. In allen Stiftungsurkunden finden Sie immer den gleichen Sat, daß die Vergabungen von Anhängern der romischkatholischen Kirche gemacht worden sind und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung für den römischkatholischen Gottesdienst. Solche Thatsachen reden und sie haben ihre rechtlichen Folgen. Wie gesagt, wenn es zu einer Teilung kommt, dann wird sich jedenfalls das Bundesgericht darüber auszusprechen haben. Ich will keine weiteren Worte mehr verlieren. Ist es mir gelungen, Ihnen darzuthun, daß wir es mit einer Frage von unabsehdaren Konsequenzen zu thun haben, so bin ich vorläusig zufrieden.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Nur noch eine Bemerkung. Herr Folltste hat da bereits in Detailfragen hineingegriffen, die nach meiner Ansicht heute nicht zu erörtern sind. Diese Fragen werden sich bei der Ausscheidung entscheiden. Wenn Stiftungen mit spezieller Zweckbestimmung vorhanden sind, so daß angenommen werden kann, der Stifter habe das Objekt der Stiftung spezissisch römischkatholischen Kirchenzwecken zuwenden wollen, so wird darauf selbstwerständlich bei der Ausscheidung Kücksicht genommen werden.

Abstimmung.

Für Annahme des Artikels . . . Mehrheit.

Art. 8.

. Angenommen.

Art. 9.

Angenommen.

Art. 10.

Folletête. Zu Art. 10 beantrage ich einen Zusatz. Nach dem Sate: "Gegenwärtiges. Dekret tritt sofort in Kraft" möchte ich beifügen: "und bleibt in Kraft so lange die jetigen Berhältnisse die gleichen sein werden." Ich möchte einer endlichen Verständigung der beiden Richtungen nicht Thür und Thor verschließen. Ich will Sie nur daran erinnern, was sich in Pruntrut ereignet hat. In Pruntrut hatten wir in den Jahren 1880 und 1881 eine starte altkatholische Bewegung. Die Altkatholiken sind bei den Wahlen unterlegen und haben dann eine selbständige Genossenschaft gebildet und sind als solche mit einer Eingabe um Einräumung des Mitbenützungsrechts der Kirche an den Regierungsrat gelangt. Der Regierungsrat hat ihnen prinzipiell recht gegeben. Nun kam es zu Kekursen an das Bundesgericht, von welchem dann die Kömischkatho-

liken abgewiesen wurden. Nun kam die Regierung auf ben Gedanken, es sei doch möglich, eine faktische Trennung der beiden Konfessionen vorzunehmen und traf den Ent= scheid, daß die romischtatholische Rirchgemeinde der Diffidentengenoffenschaft ein Lokal für ihren Gottesdienst zu verschaffen habe, und zwar für fo lange als fich die Verhältnisse nicht wesentlich verändert hätten. Das geschah. Ein großer Teil der Römischkatholiken war dieser Transaktion sehr abgeneigt. Nachdem wir nun von Jahr zu Jahr eine Abnahme der Frequenz des chriftfatho-lischen Gottesdienstes beobachtet hatten, gelangten wir zweimal vor den Regierungsrat, wurden aber abgewiesen. Erft das dritte mal hatten wir Erfolg. Der Regirungs= rat sandte einen Kommissär nach Bruntrut, der bald Gelegenheit hatte, sich davon zu überzeugen, daß es mit der altkatholischen Sache aus war. Er begab sich an einem Sonntag unangemeldet in die Pfarrkirche, in der ber römischkatholische Gottesdienst abgehalten wurde. Die Kirche war gefüllt. Dann ging er in die Kirche der Chriftfatholiken und fand ein paar Frauen und Rinder und einige Männer, im ganzen etwa 12-13 Ber= fonen. Geftütt auf den Bericht diefes Rommiffars fand fich dann die Regierung veranlaßt, uns von unserer Berpflichtung zu entlasten und ihre Berfügung zurückzunehmen. Das geschah vor einigen Jahren. Jest ist die Dissibenz in dem Grad verschwunden, daß alle frühern Unhänger derselben die Pfarrfirche besuchen. Pruntrut ist wieder zu seinem früheren Zustand zurückgelangt. Das ist ein schönes Resultat und ich verdanke es der Regierung, daß sie die Sand zur Erreichung desselben geboten hat. Nun frage ich mich: wäre es nicht möglich, daß wir ein gleiches Refultat auch in Laufen erleben würden, und will man nun durch das Detret für alle Bukunft eine Berftanbigung erschweren ober unmöglich machen? Man wird hier wohl nicht einwenden, wie es im Schooß der Kommission geschehen ist, daß man damit den Zelotismus einführe. Dies ware absolut nicht richig. Aber wenn der Große Rat zu einer endlichen Berftandigung die Sand bietet und meinen Untrag annimmt, so ist ein großer Schritt zur Legung des Konflittes ge-than. Darum empfehle ich Ihnen meinen Antrag.

Burger. Ich kann ben Antrag des Herrn Folletête absolut nicht unterstüßen. Her Folletête geht von der Voraussetzung aus, daß die christfatholische Gemeinde Laufen in nächster Zeit zusammenfallen werde. Er befindet sich in dieser Beziehung jedenfalls im Irrtum, wenn er glaubt, daß wir die Grundsäße, die wir seit 20 Jahren vertreten, von heute auf morgen wieder preisgeben werden. Uns ist es recht, wenn ein Kommissär nach Laufen kommt, denn er wird sinden, daß unser christfatholischer Gottesbienst sehr gut besucht wird und daß wir uns, trozdem wir auf dem Gottesacker Gottesdienst halten müssen, doch nicht begraben lassen. Wenn Herr Folletête von der "fast abgestorbenen" christfatholischen Kirche gesprochen hat, so protestiere ich gegen diesen Ausdruck. Die Zukunft wird zeigen, daß unsere Kirche gauf sesten Fiehe.

Eggli, Kirchendirektor, Berichterstatter des Regierungsrats. Kur ganz wenige Bemerkungen. Herr Folletête bringt eine neue Klaufel, die man, wenn sie grundsätlich adoptiert werden sollte, jedem Geset und sogar der Verkassung anhängen sollte. Denn alles Irdische ist vergänglich und alle Verhältnisse wandeln sich im Lauf

der Zeit und jedes Gesetz gilt nur so lange, als die von biesem vorausgesetzten Verhältnisse vorhanden sind. Aber abgesehen hievon, würde durch Annahme des Zusat= antrages ein Zankapfel in das Dekret hineingelegt, was mit der gangen Intention des Defretes in Wider= spruch steht. Wir sagen im Eingang, daß wir das Defret erlaffen "in der Absicht, den unter den Angehörigen der bisherigen Kirchgemeinde Laufen geftorten konfessionellen Frieden wieder herzustellen und dauernd gu befesti= gen." Daher barf man auch annehmen, bag, was hier Definitiv beschloffen werde, auch dauernden Beftand habe. Sett man das nicht voraus, dann hätte man nicht auf das Dekret eintreten sollen. Das Beispiel von Pruntrut hat etwas für fich, aber ich mache auf folgenden kleinen Unterschied aufmerksam. Unter der Herrschaft des Kirchen= gefetes und bevor die jetige Revifionsbewegung begonnen hatte, ist man immer von der Fiktion ausgegangen, man habe im Kanton nur eine katholische Kirche, und man überließ es in den einzelnen Gemeinden dem Kampf, welche Richtung die Mehrheit habe. Deshalb ließ man auch in den 80er Jahren die driftkatholische Bereinigung in Bruntrut bei ber Gemeinde und raumte ihr bloß eine eigene Rirche ein, ohne daß fie dadurch als eigene Rirch= gemeinde anerkannt worden ware. Dank diefes Provisoriums, dank vielleicht auch des Umstandes, daß bei vielen fich an Stelle des ursprünglichen Eifers eine gewiffe Indifferenz geltend machte und dant mahrscheinlich auch ber Thatsache, daß an der Spike der katholischen Kirchgemeinde Pruntrut ein Mann steht, der die allgemeine Achtung ber gangen Bevölkerung von Pruntrut genießt, ift bie drifttatholische Genoffenschaft zusammengeschmolzen. Sier aber, glaube ich, sei die Sache anders und hier follte man vorberhand auf Bestand zählen. Aendern sich die Berhältnisse, so kann der Große Rat jederzeit auf das Detret zurücktommen. Ich empfehle Ihnen also Ableh= nung des Zusagantrages des herrn Folletête.

Dürrenmatt. Es scheint mir doch, man follte die Wiedervereinigung der getrennten Brüder ins Auge faffen und nicht nur ihren Streit. Dazu würde der Antrag Folletête bie Sand bieten. Es fann ja auch bas Um= gekehrte beffen geschehen, was herr Folletête in Aussicht geftellt hat. Wenn herr Burger fo fehr von der Lebens= fähigkeit der christkatholischen Kirche überzeugt ist, so könnte ja auch der Fall eintreten, daß die Romischtatholiten zu den Chriftfatholiten gingen. In diesem Fall braucht man auch nicht zwei Kirchen zu haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf den Uebelstand ver= weisen, den wir mit der christkatholischen Fakultät der Universität Bern erleiden. Man hat seinerzeit im Gifer eine Institution geschaffen, die wir jest nicht mehr nötig haben und die nun weder leben noch fterben fann. Sie zählt gegenwärtig fünf Professoren und fünf Studenten und von diesen fünf Studenten ist tein einziger ein Berner. Nun möchte ich nicht, daß es mit den Verhält-nissen in Laufen in Zukunft ähnlich ergehen würde. Was wird geschehen, wenn kraft dieses Dekrets in Laufen ein römischkatholischer und ein christkatholischer Geiftlicher gewählt wird und fich dann herausstellt, daß man nur noch einen Geiftlichen nötig hat? Dann kann man ben überflüffigen Geiftlichen nicht entlaffen, weil der Beftand der beiden Kirchen durch das Defret festgesetzt worden ist. Da wird man fich in der gleichen Schwierigkeit befinden, wie hier mit der katholischen Fakultät, deren Professoren man nicht entlassen kann, weil sie, wenn ich nicht irre, lebenslänglich gewählt sind. Bielleicht läßt sich eine bessere Redaktion als diejenige des Herrn Folletête sinden. Ich möchte nicht gerade sagen, daß das jezige Dekret bestehen soll, so lange die Verhältnisse gleich sind, sons dern ich würde vorziehen, zu sagen, daß das Dekret wieder aufgehoben werden könne, wenn die Verhältnisse es gestatten.

Grieb, Berichterstatter der Kommission. Ich bin doch verpssichtet, Ihnen mitzuteilen, daß sich die Kommission mit dieser Frage ebenfalls beschäftigt hat, da Herr Folletête in der Kommission einen ähnlichen Antrag stellte. Die Kommission war der Meinung, daß ein solcher Zusak nicht aufgenommen werden sollte. Das Dekret wird ja ohnedies jederzeit abgeändert oder aufgehoben werden können. Die Kommission fand, es wäre unpraktisch, eine solche Bestimmung aufzunehmen. Soll da eine Grenze festgesetzt werden, und wie? Soll gesagt werden: sobald einer weniger ist, als so und so viele, so betrachten wir die Verhältnisse als nicht mehr gleich und heben das Dekret auf. Wir fanden, daß ein derartiger Zusak eine unversiegliche Quelle fortwährender neuer Streitigkeiten bilden würde. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen somit Ablehnung des Zusakes.

Abstimmung.

Für den Zusatz (Redaktion vorbehalten) Minderheit.

Es folgt nun noch bie

Generalabstimmung.

Bür Unnahme des Defrets . . Große Mehrheit.

herr Präsident Ritschard übernimmt wieder den Borfig.

Motion des Geren Großrat Paucourt betreffend Anterftütung der Zamilien, deren Angehörige fich im Militärdieust besinden.

(Siehe diese Motion Seite 249 des Tagblattes des Großen Rates von 1892.)

M. Daucourt. Bien que les sources de dépenses ne manquent pas pour le canton de Berne, comme nous le voyons tous les jours, je ne crois pas le moment inopportun pour attirer votre attention sur le règlement d'une question qui rentre, par un cer-

tain côté dans la réforme de l'assistance publique dont le Grand Conseil vient de s'occuper.

Je veux prévoir le cas où des chefs de famille de la classe ouvrière, étant au service militaire, ne peuvent pourvoir à l'entretien de leurs familles. Il y a de nombreux exemples de ce genre; j'en connais personnellement, et vous sans doute aussi, Messieurs. Que convient-il de faire en pareilles circonstances? La Confédération elle-même a pris des mesures récentes pour protéger le soldat en service contre les accidents. Mais à côté du soldat, il y a la famille qui peut être dans le besoin. Il faudrait pouvoir l'assurer contre la faim. Des dispositions spéciales existent: C'est d'abord la loi du 13 novembre 1874 sur l'organisation militaire de la Confédération suisse; elle porte que « les cantons sont tenus de secourir d'une manière suffisante et de munir de conseillers et de protecteurs les familles des hommes appelés sous les drapeaux, qui tomberaient dans le besoin par suite de l'absence de leurs chefs » (article 234). L'application de ces dis-positions est-elle réglée dans notre canton? Oui, jusqu'à un certain point; mais elle ne l'est certainement pas d'une manière suffisante.

La loi fédérale dont je viens de parler n'abroge pas l'art. 150 de la loi du 17 mai 1852, ainsi conçu: « A la demande de leurs ressortissants qui se rendent en service de campagne, les communes d'habitants et de bourgeois sont tenues de commettre un conseil pour diriger sans rétribution l'économie domestique de chacun d'eux; elles sont de plus chargées de veiller à ce que leurs familles ne manquent ni de nourriture, ni d'habillement, ni d'asile et à ce que leurs travaux agricoles soient exécutés. » article si favorable à l'ouvrier, au paysan, combien y en a-t-il dans nos communes qui en profitent ou même qui le connaissent? Je suis persuadé que dans la nouvelle partie du canton, il ne se produit, pour ainsi dire, pas un seul cas de cette assistance prévue

par l'article 150 de la loi de 1852.

Toutefois cet article me paraît prêter à des interprétations ambiguës; il manque de clarté sur deux points et l'objet de ma motion est précisément d'obtenir une rédaction plus précise, afin de faciliter une application correcte de cette disposition dans le sens de la loi fédérale. Quand on parle du service de campagne, on semble exclure par le fait le service qui comporte les cours d'instruction, de recrues, de répétition, les grandes manœuvres. On dirait qu'il ne s'agit absolument que des cas de guerre, par exemple le service de frontières, ou l'occupation d'un canton, comme l'intervention fédérale au Tessin, il y a trois ans. Cette expression «service de campagne» est trop vague, elle n'est surtout pas juste, car ce n'est pas ainsi que l'entend la loi fédérale du 13 novembre 1874; elle dit: Les hommes qui sont au service militaire (Militärdienst). Cela comprend tout, et va bien au delà du service de campagne, prévu par la loi bernoise. Le Département militaire fédéral, que j'ai pris la liberté de consulter, interprète l'article de cette façon-là: si donc la famille dont le chef est au service militaire tombe dans le besoin, que ce soit pendant des grandes manœuvres ou même un simple cours de

répétition, la commune doit assistance au chef de famille. Vous voyez donc, Messieurs, qu'il y a dans ces deux termes une première source de confusion qui peut donner lieu à des malentendus. Mais il y a une autre cause de conflits plus importante qu'il importe de faire disparaître. Il est dit dans le texte cantonal que les communes sont chargées de veiller à ce que les familles de militaires ne manquent ni de nourriture, ni de travail. Chargées de veiller, qu'est-ce que cela veut dire, au point de vue pratique? Veiller, cela est jusqu'à un certain point facile, mais payer, c'est autre chose. Or, qui paiera les frais? Sera-ce la commune bourgeoise ou municipale ou sera-ce l'Etat? Ou bien la commune qui paiera se fera-t-elle rembourser par l'Etat? et dans quelle mesure? Voilà une question que notre droit cantonal n'a pas encore vidée — ce qui ne métonne pas, puisque la loi cantonale est antérieure à la loi fédérale.

Ma motion a ainsi tout simplement pour but d'inviter le gouvernement à bien vouloir nous dire, soit par un décret, soit autrement, ce qu'on peut attendre de cette surveillance que l'Etat donne aux communes sur un ressortissant qui est au service militaire, de régler en un mot la question dans le but de faire disparaître les confusions qui existent actuellement. Je faisais allusion tout à l'heure à l'occupation du Tessin par les troupes bernoises. Il s'est produit à cette occasion dans la ville de Berne un certain nombre de réclamations: des familles de militaires se sont adressées aux autorités pour demander assistance. Qu'ont fait les autorités de la ville? Elles se sont bornées à donner des secours pour payer les loyers. Cela ne suffit pas, la loi fédérale exige bien autre chose. Ces secours, minimes, la ville a voulu encore les faire rembourser par l'Etat. Qu'a fait l'Etat? Rien. Il a estimé n'avoir rien à donner, et le conflit n'est pas encore vidé. C'est sur le fonds des pauvres, si je ne me trompe, qu'à Berne on a avancé les secours distribués aux familles des militaires. Mais est-ce sur ce fonds-là, et au détriment des pauvres, que le montant de ces frais doit être prélevé? Cela n'est pas correct. Les familles ouvrières qui reçoivent momentanément assistance ne doivent pas être classées au rang des nécessiteux; il y a là quelque chose qui n'est pas digne; l'ouvrier au service de l'Etat ne mendie pas.

On éviterait tout conflit à l'avenir en rendant la loi cantonale plus explicite à cet égard, et en nous apprenant surtout si c'est la commune ou l'Etat qui doit payer, et dans quelles proportions. Inutile de recommencer à tout propos le conflit de Berne. C'est le moment de s'occuper de cette question, puisque nous réglons celle de l'assistance. Et puis, le Département militaire fédéral prépare, vous le savez, une nouvelle loi sur la durée du service militaire, qui entraînera probablement une extension de la durée du service actuel. Les besoins que j'ai signalés se représenteront donc plus souvent. Enfin, par suite de l'appel du landsturm à des exercices réguliers annuellement, beaucoup de pères de famille peut-être, qui déjà ne toucheront pas de solde, pourront difficilement subvenir en service aux besoins de leur ménage. La loi fédérale s'applique par des

règlements spéciaux, pourquoi notre canton n'en aurait-il pas un, comme l'ont d'autres cantons que je pourrais nommer. C'est le meilleur moyen de combler les lacunes et de prévenir les conflits que je viens d'énumérer. Je demande donc simplement que l'Etat veuille bien régler les cas prévus par l'article 14 de la loi fédérale militaire et donner aux communes les directions nécessaires.

M. Stockmar, conseiller d'Etat, rapporteur du gouvernement. Je ne m'expliquais pas pourquoi M. Daucourt avait cru devoir présenter sa motion, qui n'est que la reproduction d'un postulat de la commission d'économie publique, liquidé à l'occasion du rapport de gestion de 1889 en 1891. Mais, du moment où il croit que le conflit entre la ville de Berne et l'Etat à propos du service militaire au Tessin n'est pas liquidé, je comprends que M. Daucourt ait cru devoir réclamer une solution. Seulement, il n'y a plus lieu de statuer. En 1891, le gouvernement a déclaré que la question était tranchée par l'article 150 de la loi du 18 octobre 1852, qui est toujours en vigueur. Après les explications du gouvernement, la commission s'est déclarée satisfaite, et la commune de Berne n'a pas insisté.

M. Daucourt croit devoir reprendre la question sous une autre forme. Nous ne pouvons pas lui répondre autrement que nous l'avons fait en 1891.

Il faut d'ailleurs faire une distinction entre la compétence cantonale et la compétence fédérale. C'est à la Confédération à prendre des mesures pour soutenir les familles nécessiteuses dont les chefs sont absents par suite de service militaire fédéral. La question est actuellement pendante devant les Chambres fédérales. La Fédération des typographes en a pris l'initiative et cette proposition a été soutenue par la société du Grutli. Je crois donc qu'il ne conviendrait pas de compliquer la question en nous plaçant maintenant sur le terrain cantonal. Il convient d'attendre la décision des Chambres.

J'aurais aussi pour mon compte à citer des exemples peut-être encore plus probants que ceux de M. Daucourt, ainsi celui d'un militaire jurassien du district qu'habite M. Daucourt, tombé malade dans un cours de répétition à Colombier et qui, depuis une année, est placé dans une maison de santé par les soins de la Confédération. Sa famille ne reçoit pour tout subside que la solde d'hôpital, qui est évidemment insuffisante. Si la commune doit intervenir, il est permis d'espérer qu'elle pourra se faire rembourser ses frais par la Confédération, puisque la maladie de son ressortissant a été contractée au service militaire.

Le gouvernement vous propose donc de ne pas prendre en considération la motion de M. Daucourt.

M. Daucourt. Malgré ce que vient de dire M. le conseiller d'Etat Stockmar, ma motion conserve sa raison d'être: les dispositions bienfaisantes de la loi sur l'organisation militaire fédérale ne sont pas connues dans nos contrées, et quand elle n'aurait eu d'autre but que d'attirer sur elles l'attention des communes, et spécialement des chefs de famille ouvrières, cela aurait déjà suffi à la motiver. Au

reste, le Conseil-exécutif n'a jamais donné les explications qu'il vient d'être amené à fournir, en réponse à ma motion. M. Stockmar objecte que ce débat a déjà eu lieu il y a trois ans, ensuite d'un postulat de la commission d'économie publique, dont ma motion serait la simple reproduction. Je connais fort bien ce postulat; je ferai même observer que l'honorable directeur se trompe sur la date de la discussion: c'est le 3 février 1891, dans le rapport sur la gestion de l'Etat, que la commission d'économie publique demandait qu'on fît en sorte que les familles des militaires ne tombent pas dans la misère, lorsque ceux-ci sont au service. M. Stockmar a précisément répondu que le cas était réglé par la loi de 1852, qu'il a citée; mais, après avoir lu très attentivement son discours, j'ai constaté, comme vous pouvez le faire aussi, Messieurs, que le porte-voix du gouvernement n'a donné aucune interprétation officielle sur les points obscurs que j'ai relevés, points qui restaient donc inexpliqués et prêtant aux conflits après comme avant le débat. C'est pourquoi j'ai cru devoir reprendre la question, afin qu'elle soit une bonne fois élucidée, dans le canton de Berne, par un règlement spécial tranchant les cas douteux, comme en possèdent les autres cantons. Cela deviendra nécessaire un jour ou l'autre, car ce qui vient de se passer pour la commune de Berne, qui ne sait elle-même si c'est à elle ou à l'Etat à payer pour les familles des militaires en service, prouve assez que tout n'est pas réglé ni défini, comme le prétend M. Stockmar. Il est vrai que M. le directeur des affaires militaires assure également qu'il n'y a plus de conflit entre le gouvernement et la ville de Berne. Il me permettra d'être surpris de cette affirmation. Il n'y a qu'un instant, Monsieur le maire de Berne, avec lequel je m'entretenais de cet incident, m'a déclaré tout le contraire; il m'a dit positivement que les choses en étaient encore au même point, et que la réclamation de la commune n'avait pas encore obtenu la moindre satisfaction de la part du gouvernement. Et comme je le consultais sur l'opportunité de ma motion, l'honorable maire m'a conseillé de la maintenir. Je regrette que M. Müller ne soit pas ici en ce moment: il confirmerait certainement mes paroles.

Donc le conflit subsiste, ou du moins il existe encore un malentendu. Et qui est alors victime, Messieurs, de ces malentendus? L'ouvrier. Il demande à la commune un appui en faveur de sa famille qu'il va quitter pour aller au service. La commune refuse, croyant n'avoir rien à donner. De son côté, l'Etat fait la sourde oreille, et se retire. C'est la famille du militaire qui pâtit de tout cela, et faute de directions précises, l'article 234 de la loi fédérale demeure lettre morte.

M. Stockmar vient de dire, il est vrai, que le gouvernement estime que c'est aux communes seules à pourvoir à l'entretien des familles des militaires dans le besoin. Voilà une explication qui n'avait jamais été donnée: maintenant nos communes sauront à quoi s'en tenir sous ce rapport, et c'est heureux. Mais cette déclaration suffit-elle pour régler toute la question, qui a son importance: j'ai de la peine à le croire.

M. Stockmar, conseiller d'Etat, rapporteur du gouvernement. Je ne sais pas comment je pourrais exprimer l'opinion du gouvernement plus clairement qu'en disant que c'est aux communes à supporter ces dépenses, en vertu de l'article 150 de la loi de 1852.

(Interruption de M. Daucourt: Les communes

sont chargées de veiller . . .)

Comparez le texte allemand; le sens n'en est pas douteux. Du reste, veiller à ce qu'une chose se fasse veut dire, même en français, qu'on en est responsable. Nous admettons donc que c'est à la commune à payer. Si l'on veut apporter des changements à ce système, c'est au Grand Conseil à prononcer, mais on ne pourra le faire que par une loi, et non par un décret. Si l'on veut faire quelque chose sur le terrain cantonal, c'est la loi sur l'assistance qui doit régler cette matière.

Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Brafibent. Es ift eine Bittschrift eingelangt, es möchte ber Große Rat zu gunften ber Brandbeschädigten von Biezwil auf ein Taggeld verzichten. Es ift felbstverständlich, daß der Große Rat als solcher über die Berwendung des Taggeldes nicht Beschluß faffen kann, sondern daß es Sache jedes einzelnen Mitgliedes ist, ob es dem Gesuch entsprechen will oder nicht. Es war bisher Uebung, daß das Taggeld bei der Auszahlung vorläufig abgezogen wurde. Selbstverständlich hatte jedes Mitglied das Recht, wenn es mit dem Abzug nicht einver= standen war, zu reklamieren. Ich nehme an, daß auch in diesem Fall das gleiche Prozedere beobachtet werde.

Präsident. Bei der Bestellung der Kommission für das Wirtschaftsgesetz hat sich herausgestellt, daß es angezeigt mare, die Bahl der Mitglieder von 9 auf 13 zu erhöhen; dies namentlich mit Rücksicht darauf, daß es sich nicht nur um ein wichtiges Gesetz, fondern um ein Gefet handelt, das ein Ausnahmsfteuergefet ift. Es wird nun vorgeschlagen, es sei die Mitgliederzahl auf 13 zu erhöhen und ich frage Sie an, ob Sie damit ein= verstanden find. (Zustimmung.) Für diefen Fall wurde die Rommiffion bestellt aus den Berren

Großrat Seller = Bürgi, Präsident,

Fueter, Demme, Rrenger, Freiburghaus, Egger,

v. Erlach (Münfingen), Leuch,

Jacot, Michel (Interlaken),

Choquard, Will,

hadorn.

Für das Impfgeset haben Sie die Einsetzung einer Kommission von 9 Mitgliedern beschloffen. Sie wurde bestellt aus den Berren

Großrat Scherg, Präsident,

Borter, Begi,

Müller (Ed., Bern),

Weber (Biel),

Gouvernon,

Reichenbach,

Bürcher.

Präsident. Damit sind unsere Geschäfte bis ans Schulgesetz erledigt. Betreffend dieses Gefetz, das noch nicht gang zu Ende beraten ift, indem man fich vorbehalten hat, auf einzelne Artitel zurückzukommen und erft nachher die Generalabstimmung vorzunehmen, möchte ich Ihnen vorschlagen, die Behandlung auf die Maifeffion zu verschieben. Dies namentlich mit Rückficht auf den Umstand, daß noch eine Betition aus Lehrerkreisen, von einer Lehrerkonferenz in Münchenbuchsee, betreffend ben von der Versorgung der Witwen und Waisen von Lehrern handelnden Art. 50, eingelangt ift, welche den Art. 50 ju andern wünscht. Mit Rudficht auf die in diefer Petition angeführten Gründe und gemachten Unregungen scheint es mir angezeigt, daß die Kommission und die Regierung von der Petition Renntnis nehmen und darüber zu Rate figen. Denn es handelt fich um eine Aeußerung, welche diese Würdigung durchaus verdient. Die Verschiebung auf den Mai hat ja keine Inkonvenienzen, denn bekannt= lich tann das Schulgeset erft im nächsten Berbft ober im Unfang bes Winters jur Boltsabstimmung gelangen. Es tann fich alfo niemand beklagen, wenn die Schlußberatung um etwa einen Monat verschoben wird. Es find zwar schon früher, wenn jeweilen Berschiebungen des Schulgesetes stattsanden, hin und wieder hämische Bemerkungen in der Presse erschienen, in welchen dem Großen Kat eine Absicht unterschoben wurde, die er gar nicht hatte. Man hat die Sache jeweilen so bargeftellt, als fehle es uns am guten Willen. Aber die Berschie= bungen, welche ftattgefunden haben, lagen im Gegenteil gerabe im Intereffe des Gefetes; benn der Erlaß eines Schulgefetes in einem Kanton von der Vielgestaltigfeit des Kantons Bern ist eine schwierige Sache, und wenn zum genaueren Studium einzelner Fragen, kurz zur Er-zielung einer bessern Lösung Verschiebungen stattfanden, so war das gewiß keine verlorene Zeit. Daß es dem Großen Rat nicht am guten Willen fehlt, geht nament= lich daraus hervor, daß die Mehrausgaben, welche das Gefetz zur Folge haben wird, circa Fr. 800,000 betragen. Ich mache diese Bemerkungen nur mit Ruckficht auf die unrichtigen Deutungen, welche ben Verschiebungsbeschlüffen in der Preffe hie und da gegeben wurden. Ich fclage Ihnen also vor, die Schlußberatung auf den Mai zu verschieben. Im Mai wird die Beratung dann gang ficher zum Abschluß kommen.

Leng. Ich bedaure im höchsten Grad, daß man jest wieder eine Verschiebung der Schlußberatung verlangt. Schon in der letten Sitzung hatte das Schulgeset zum

Abschluß gebracht werden sollen und man ift nicht bazu gekommen. Nun heute am Freitag kommt man um 1/21 Uhr erst und sagt: jest kann man das Geseg natür= lich nicht mehr beraten, sondern muß es verschieben. Diese Berschiebungen machen im Bolt, wie ich erfahren habe, einen außerft schlimmen Gindruck. Run febe ich ja ein, daß man das Gefet jett in dieser Seffion nicht mehr behandeln tann. Aber ich mochte beantragen, daß man heute einen bestimmten Sitzungstag der nachsten Seffion bezeichnet, an welchem das Gefet zur Behandlung kommen muß und zwar gleich nach Beginn der Sitzung, nicht daß man zuerft noch ein anderes Gefet, oder eine Motion vornimmt bis es wieder Mittag ift, ehe das Schulgesetz an die Reihe kommt. Ich beantrage, es solle das Gefet am zweiten Tag der nächsten Seffion, vormittags 8 Uhr, zur Behandlung gebracht werden.

Burkhardt. Ich möchte den Antrag Lenz etwas modifizieren. Herr Lenz stellt den Antrag, es sei das Gesetz am Dienstag zu behandeln. Am Dienstag sind aber viele Großtäte auf dem Markt (Heiterkeit). Ich möchte darum beantragen, es sei das Gesetz auf den Mittwoch zur Behandlung anzusetzen, an welchem Tag gewöhnlich die Wahlen stattsinden. Was die Bemerkungen des Herrn Präsidenten betreffend die hämischen Bemerkungen in der Presse betrifft, so geht das in erster Linie mich an. Allein ich glaube, die Bemerkungen, welche in der Presse gemacht wurden, seien gerechtsertigt. Das Gesetz war bereits vor zehn Jahren spruchreif Die Kommission, deren Präsident der Präsident des Großen Kates ist, hat das Gesetz 2—3 Jahre herungeschleppt, bevor es hieher kam. Ich glaube darum, die "hämischen Be-merkungen" haben ihre Berechtigung gehabt.

Lenz. Ich kann mich dem Antrag des Herrn Burkhardt, daß die Beratung auf den Mittwoch angesetzt werde, einverstanden erklären.

Präsident. Ich habe nicht herrn Burthardt im Auge gehabt, als ich von hämischen Bemerkungen sprach. Wenn er fich nun aber betroffen fühlt, so kann ich nichts dafür (Heiterkeit.) Ich halte es für notwendig, Ihnen die Situation nochmals zu vergegenwärtigen, in welcher man sich letztes Jahr befunden hat. Wir standen vor der Frage, wie man nun das Gesetz in Kraft setzen wolle, und da murbe von allen Seiten konftatiert, daß dasfelbe Mehrausgaben von Fr. 800,000 gur Folge habe. Diefer Situation gegenüber ftanden wir alle mehr ober weniger ratlos da. Weder herr Leng noch herr Burkhardt konnten uns Auswege zeigen, wie man bas Gefet trot diefer penibeln Situation zu Ende beraten konne. Die Regierung fagte bazumal, fie habe ein Gesetz über die Herstellung des Gleichgwichts der Finanzen in Arbeit. Dieses Gesetz wolle fie bringen und dann werde man Gelegenheit haben, vom Stand der Finanzen Kenntnis zu nehmen und sich schlüffig zu machen, wie man nun mit dem Gefet über die Primarschulen zu Ende kommen wolle. Diefer Borichlag fand allgemeine Zustimmung; benn niemand wußte, wie anders man aus der unangenehmen Lage herauskommen könnte. Zu Anfang dieser Session nun ist eine etwas reduzierte Finanzvorlage eingebracht und eine weitere Borlage in Ausficht gestellt worden. Da haben Sie ohne Widerspruch beschloffen, es folle am Dienstag zuerft bie Berfaffungs= beratung kommen und bann sobald als möglich biefes Gefet über die Berftellung des Gleichgewichts und erft

in dritter Linie das Gefet über die Primarschulen. Nun haben Sie gestern das andere Geset, das dem Schulgeset vorangehen mußte, beraten, und so hat man das Schulgefetz erft heute auf die Traktandenlifte nehmen konnen. Run kommt noch hinzu, daß ein Punkt der Wiederer= wägung bedarf und daß ein großer Teil der Mitglieder des Großen Rates schon verreist find, wofür das Prafidium nichts tann. Nun halte ich dafür, daß es unter diefen Um= ständen für das Gesetz am besten ist, wenn die Schlußberatung verschoben wird, was um so leichter geschehen fann, da ja, wie ich schon fagte, teine Gefahr im Borzuge ift. Die Schulfreunde werden im herbst gleichwohl noch Gelegenheit haben, für das Gefetz einzuftehen. 3ch denke, fie werden ihre Freundschaft für das Gefet schon noch fo lange behalten können. Und denjenigen, welche schon jest im Sinne haben, das Gesetz zu verwerfen, kommen wir im Herbst auch noch früh genug (Heiterkeit). Wenn man nun verlangt, daß das Gesetz in der nächsten Session am Mittwoch zur Behandlung kommen foll, so bin ich für mich bamit gang einverstanden.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Das Schulgeset ift von jeher als Aschenbrödel behandelt worden, und man darf jebenfalls sagen, daß es verschleppt worden ift und baß es viel früher hatte fertiggeftellt werden konnen. Wäre es nicht verschleppt worden, so wäre man damit nicht in die Periode hineingekommen, in welcher man mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Borwürfe find oft gewiß nicht ohne Grund gemacht worden. Der Beschluß, daß das Gesetz am dritten Tag der nächsten Session zur Behandlung kommen soll, wird einer der Beschlüsse sein, welche nicht gehalten werden. Bergessen Sie nicht, daß die nächste Session einberufen wird, um die Erneuerungswahl einiger Behörden vorzunehmen. Der Große Rat wird eingeladen, um fein Bureau zu bestellen und andere Stellen zu besetzen. Diese Wahlen werden gerade am Mittwoch stattsinden. Nun glaube ich nicht, daß ein Gesetz, das möglicherweise noch ziemlich viel zu sprechen gibt, an einem solchen Tage, das heißt zwischen ben Wahlen hinein, beraten werden konne. Ich bin überzeugt, daß wenn Sie beschließen, das Gefet folle in der nachsten Seffion beraten werden, dann ein Antrag auf nochmalige Berschiebung gestellt werden wird. Man wird sagen: am 4. Juni, also in wenigen Tagen, wissen wir, ob die neue Berfaffung angenommen ist oder nicht, und da können wir dann auch ungefähr wissen, wie es dem Schulgesetz geben wird. Dann haben Sie ja auch feinerzeit beichloffen, das Gefet nicht zur Schlugabftimmung zu bringen, als bis man wiffe, wie man bas Gelb beschaffen konne, um die Ausgaben zu beden. Um britten Tag der nächsten Sitzung werden Sie darüber so wenig wissen wie heute. Es ist ja beschlossen worden, statt eines einzigen mehrere Gesetz zu erlassen. Diese Gefete werden in der nächsten Seffion noch nicht vorliegen, und beswegen wird man bann wieder Berichiebung verlangen. Da finde ich es schließlich beffer, wir beschließen heute nichts, anstatt etwas, von dem man zum voraus weiß, daß es nicht gehalten wird!

Der zweite Bizepräfident, Herr Weber, übernimmt das Präfidium.

Ritschard. Nur zwei Worte auf das Botum des Herrn Gobat, das Anschuldigungen enthält, die man nicht ftillschweigend hinnehmen kann. Weil verschiedenes

wider seinen Willen am Gesetz geändert wurde, hat Herr Gobat in dieser Sache den guten humor verloren. Aber bafür können wir nichts und wir haben uns nicht nach dem Humor des Herrn Gobat zu richten, sondern wir muffen das thun, was wir für das Richtige halten. Wir können auch dafür nichts, daß die Borlage so gut, so weitgehend und so schulfreundlich gemacht wurde, daß wir sauden, sie sei in vielen Sachen doch der Aenderung bedürftig. Nun habe ich schon gefagt, daß die Schaffung eines Schulgesetes für ben Kanton Bern mit Ruckficht auf die Verschiedenheit der Sprachen und der Verhalt= niffe, mit Rudficht auf bas Berhaltnis von Staat und Gemeinde und auf die Finanzen und nicht zum mindeften mit Rücksicht auf die vielen padagogischen Fragen, die da zu erwägen find, eine sehr schwierige Arbeit ist. Dafür, daß die Vorlage nicht so war, daß man sie gleich zur Abstimmung bringen konnte, konnte der Große Rat nichts. Da kamen Einwendungen, Bitten, Bedenken, Ratschläge von allen Seiten zugeschneit, und alles mußte wohl ge= prüft werden, damit man eine Vorlage zu stande bringen konnte, die Aussicht hätte, schließlich vom Volke angenommen zu werden. Ich habe früher oft gesagt, es sei keine Kunst, eine weitgehende Vorlage zu bringen. Es ist im Rechtswesen keine große Kunst, einen ausgezeichneten Civilprozeß zu bringen, es ist im Finanzwesen keine Runft, ein ausgezeichnetes weitgehendes Steuergeset zu ent= werfen, und es ift schließlich auch keine große Kunft, ein sehr weitgehendes Schulgeset auszuarbeiten. Aber das ift die Runft, eine Sache so zu bringen, daß man fie dem Bolte mundgerecht machen kann, daß man fich den Anschau= ungen des Bolkes nähert. Dabei braucht man fich ja nicht fklavisch unter die Anschauungen des Volkes zu beugen, sondern man kann ja oft das Bolk emporziehen und be= lehren. Aber bei so wichtigen Fragen sollte man sich boch immer fragen, wie man damit bei der Bolksab-stimmung zu stehen kommt. Aus allen diesen Gründen ist das Geschäft hin= und hergelegt worden. Oft fand man wieder Bessers, und Herr Gobat half ja selbst sehr fleißig mit, zu suchen, was etwa noch verbessert werden könnte. So ist es allerdings etwas lang gegangen, aber das Resultat ist das, daß wir einen Entwurf geschaffen haben, der auch seitens der Lehrerschaft als ein acceptables Werk angesehen wird. Diese Aussührungen mußte ich machen, um mich gegen den Vorwurf zu verwahren, als wäre das Schulgesetz als Aschenbrödel behandelt worden. Keinem Gesetz ist seit Jahren so viel Ausmerksamkeit geschenkt worden, wie gerade diesem.

Bühlmann. Da herr Gobat keinen Antrag gestellt hat, so möchte ich den Antrag stellen, es sei kein Abstimmungstag sestzusetzen. Ich bin der Ansicht, daß man die Debatte über das Schulgesetz nicht mitten in die Verfassungscampagne hineinnehmen kann. Nehmen wir die Abstimmung über das Schulgesetz im Großen Kate vor der Bolksabstimmung über die Verfassung vor, so kann das der Verfassung schaden. Ich möchte daher davor warnen, daß man die Schulgesetzstrage noch vor der Abstimmung über die Verfassung zur Erledigung bringt. Schaden für die Schulvorlage erwächst ja daraus nicht.

Dagegen könnte in diesem Fall eine dritte förmliche Beratung vorgenommen werden, was der Sache nur förderlich sein wird. Ich beantrage Ihnen also, Sie möchten davon absehen, einen bestimmten Termin für die Schlußberatung über das Schulgesetz sestzusehen.

Krenger. Es ift gesagt worden, daß es nicht angehe, zwei so wichtige Materien wie Schulgeset und Versassung zu behandlen. Es würde dies der gründlichen Behandlung des Schulgesets schaden. Ich wollte das seinerzeit auch; aber man ist nicht darauf eingegangen. Die seitherigen Erfahrungen haben nun zur Genüge erwiesen, daß Wahrheit darin lag, was ich damals sagte. Es freut mich, daß man zur Einsicht gekommen ist. Ich unterstüge also lebhaft den Antrag des Herrn Bühlmann, die lette Schulgesetseratung noch so lange zu verschieben, dis die Verfassungservision erledigt sein wird. Wir haben dann eine gewisse Basis, auf welche gestütt wir sagen können: wir wollen nicht eine kurze Schlußberatung, sondern eine dritte Hauptberatung oder eine zweite Auflage der zweiten Hauptberatung, indem durch Annahme der Verfassung viele wichtige Punkte sich ganz anders gestalten können und indem man bei Annahme der Verfassung wiederum Mut haben wird, mit neuen Sachen zu kommen.

Abstimmung.

Für den Antrag Burkhardt-Lenz . . Minderheit. Für den Antrag Bühlmann Mehrheit.

Das Bureau wird ermächtigt, das Protokoll ber heutigen Situng zu prüfen und zu genehmigen.

Schluß der Sitzung und der Seffion um 1 Uhr.

Der Redaktor: Kud. Schwarz.

Berichtigung.

Seite 140, erste Spalte hievor ift an drei verschiedenen Stellen zu lesen "Genevez" statt "Chevenez".

